This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

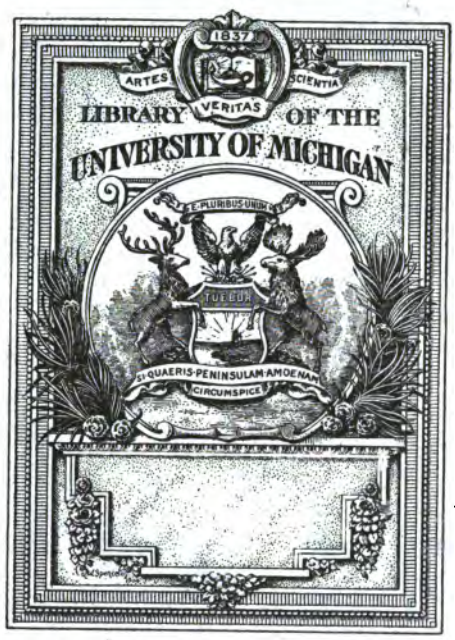
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

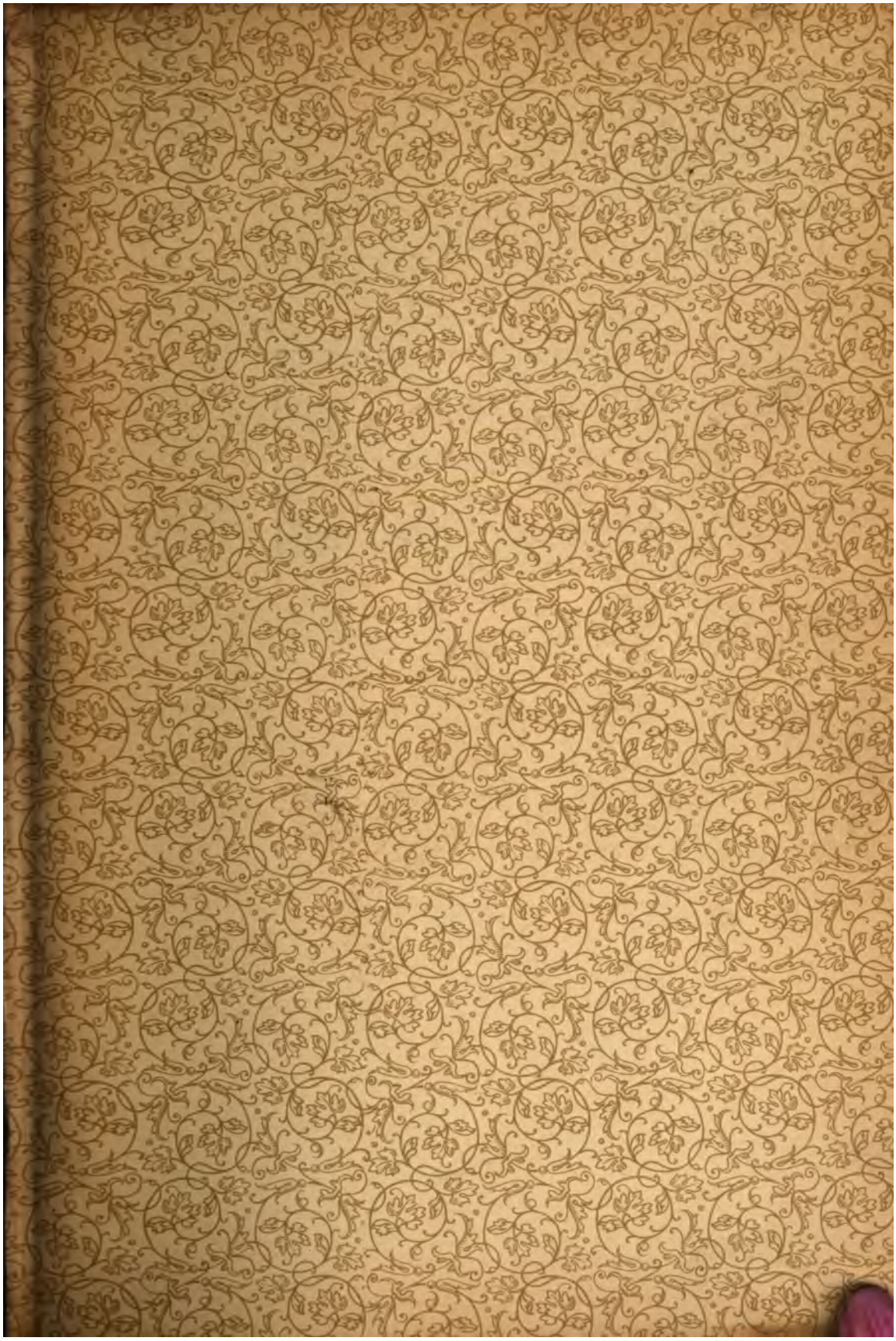
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

B 443721

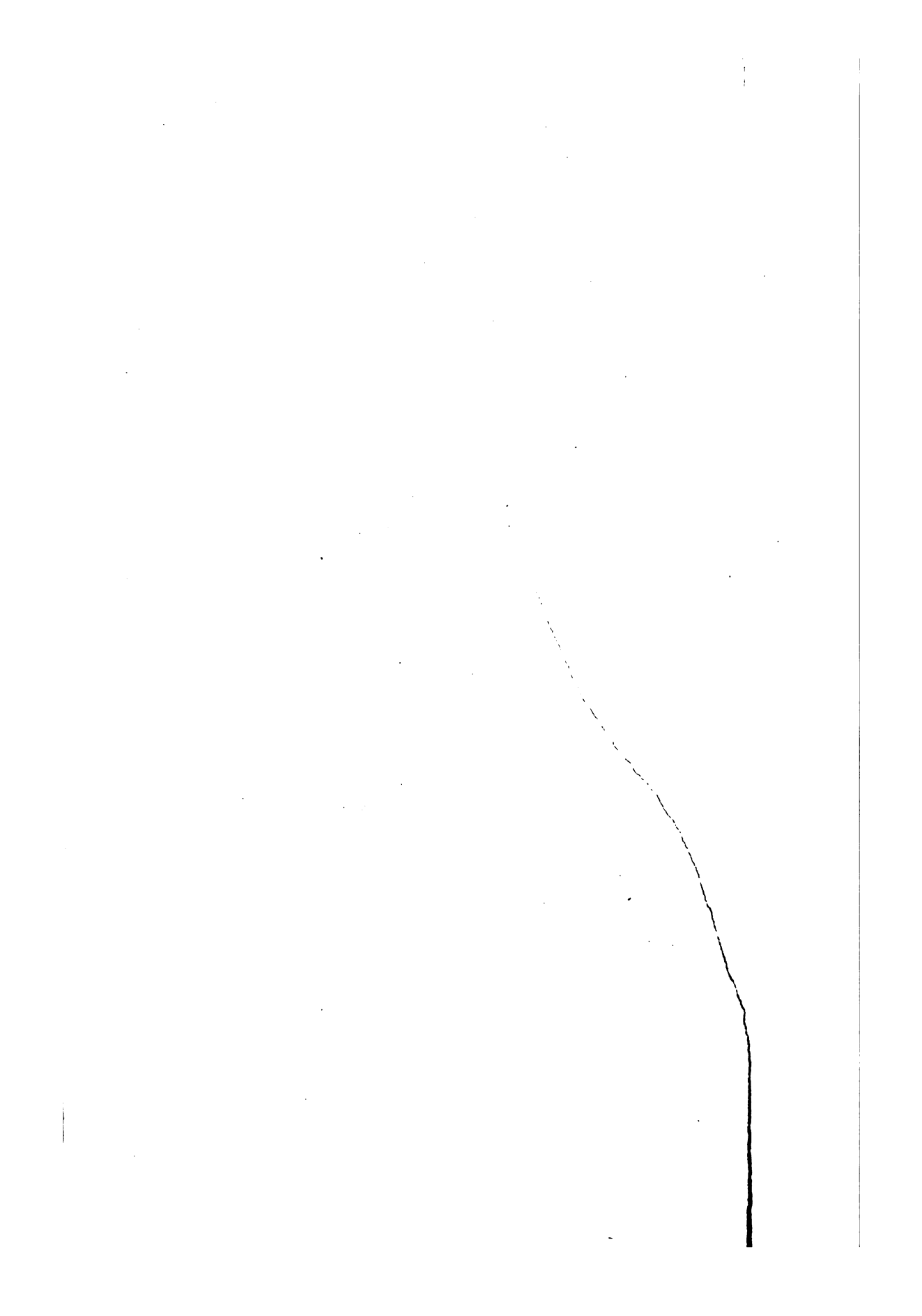

1837
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
E PLURIBUS UNUM
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE



DS
515
.B82

Ostasiatische Fragen.

China. Japan. Korea.



Ostasiatische Fragen.

China. Japan. Korea.

95477

Altes und Neues

von

M. Aug. Scipio von Brandt.

Berlin.
Verlag von Gebrüder Paetel.
(Elwin Paetel.)
1897.

Alle Rechte vorbehalten.

Vorwort.

Die in diesem Bande vereinigten Aufsätze stammen aus den Jahren 1873—1896; sie sind mit Ausnahme von zweien, „Die japanische Invasion von Korea in 1592“ und „Die Ermordung der Königin von Korea in 1895“ bereits früher in den „Mittheilungen der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens,“ der „Gegenwart“ der „Deutschen Revue“ und der „Deutschen Rundschau“ veröffentlicht worden. Wenn ich sie noch einmal dem Leser vorlege, so geschieht dies, weil die Fragen, mit denen ich mich während fünfunddreißig Jahren theoretisch und praktisch zu beschäftigen hatte, heute in höherem Maße als je zuvor das Interesse weiterer Kreise in Anspruch nehmen dürften und auch Deutschland sich nicht länger den commerziellen, finanziellen und politischen Erwägungen und Entschließungen entziehen kann, die sich durch den Verlauf der ostasiatischen Fragen ihm aufdrängen.

Die Aufsätze älteren Datums sind dem Bedürfniß entsprungen, mir selbst über das geistige und politische Leben der Völker klar zu werden, zu denen mich Amt und Stellung geführt hatten, die neueren dem Wunsche mein Scherflein zur Erkenntniß der wahren Interessen unseres Vaterlandes in Ostasien beizutragen. Wie weit mir das gelungen, wird der Leser am Besten beurtheilen können.

Wiesbaden, im Januar 1897.

M. von Brandt.

Inhaltsverzeichniß.

Seite

I. Die Entdeckung Japans und die Einführung des Christenthums. (1874.) 1
II. Japan. (1873.) 19
III. Zwei Episoden der japanisch-koreanischen Beziehungen:
1. Die japanische Invasion nach Korea in 1592 53
2. Die Ermordung der Königin von Korea in 1895 . . 69
IV. China und seine politische Stellung zur Außenwelt. (1879.) . . 89
V. China und seine Beziehungen zu Hinterindien und den Vertragsmächten. (1894.) 119
VI. Ostasiatische Probleme. (1894.) 137
VII. Ein englischer Consul und Diplomat in Ostasien. (1895.) . . 193
VIII. Die koreanische Frage. (1894.) 233
IX. Was in Ostasien geschehen muß. (1894.) 245
X. Der chinesisch-japanische Conflict. (1895.) 259
XI. Zur ostasiatischen Frage. (1895.) 269
XII. Das Cabinet Salisbury und die ostasiatische Frage. (1895.) . 281
XIII. Zwei asiatische Staatsmänner.
Ito Hirobumi. — Li Hung Chang. (1896.) 291
XIV. Li Hung Changs Weltreise und die chinesische Diplomatie. (1896.) 333
XV. Der französisch-siamesische Friedensschluß. (1893.) 349

I.

Die Entdeckung Japans und die Einführung des Christenthums.*)

(1874.)

*) Abgedr. Mittheilungen der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens. 1874. V. 28 f. Uebersetzt aus dem Englischen. Original.

Alexander von Humboldt beginnt das erste Kapitel seiner Geschichte des neuen Kontinents mit der Erklärung, d'Anville habe gesagt, daß der größte aller geographischen Fehler in den Werken des Ptolemäus die Ursache der größten aller der neueren Geschichte angehörigen geographischen Entdeckungen gewesen sei. Wie alle Paradoxen muß auch dieses cum grano salis genommen werden, aber es enthält doch Wahrheit genug, um es der Mühe werth zu machen, es sich etwas genauer anzusehen, um so mehr, als die weitere Entwickelung des von d'Anville erwähnten Fehlers auch einige, wenngleich indirekte Beziehungen zu Japan hat. Der Fehler wurde von dem berühmtesten Geographen des Alterthums begangen, von dem in der Mitte des zweiten Jahrhunderts n. Chr. zu Pelusium geborenen Claudius Ptolemäus, und bestand darin, daß derselbe die östlichen Grenzen Asiens, das Ptolemäus sehr wohl kannte, erwähnt er doch Ceylon (Taprobane, vermuthlich von Tapovane, Büßerwald), die Malediven, den Sunda-Archipel und China, bis zum 180. Grade östlicher Länge vorrückte und demselben dadurch in der Richtung einige vierzig Grad Ausdehnung mehr gab, als es thatsächlich besitzt, wenn man die nördlichen Theile, Korea, Japan und Kamschatka, ausnimmt.

Daß dieser Irrthum in der That viel dazu beigetragen hat, die Pläne des Columbus reifen zu lassen, kann wohl keinem Zweifel unterliegen, seitdem Navarrete in 1825 sein berühmtes

...iesen hat, daß Werk veröffentlicht und in demselben nachgew...gal in 1470, Columbus schon während seines Aufenthalts in Port...s einholte, d. h. drei Jahre, bevor er sich den Rath Toscanelli...Gründe seine Pläne auf das stützte, was er kosmographische ...rnung nannte, d. h. auf die verhältnißmäßig geringe Entf...der zwischen den westlichen Küsten Europas und Afrikas auf ...f einen und Kathay und Zipangu auf der anderen Seite und au... die Ansichten der alten Geographen über diese Punkte. Später, und besonders in 1492, kurz bevor er seine erste Entdeckungsreise antrat, brachte Columbus eine Menge weniger wichtiger Thatsachen und zufälliger Umstände vor, um sein System „über den Westen nach dem Osten zu gelangen", den schwächeren und weniger vertrauensstarken Gemüthern annehmbar erscheinen zu lassen, die bereit waren, ihren Einfluß gegen ihn in die Wagschale zu werfen, und es ist vielleicht keiner der am wenigsten bemerkenswerthen Umstände in dieser an solchen so reichen Angelegenheit, daß nach dem Tode des Admirals der Fiskal des Königs sich in dem Prozesse der Krone gegen Diego Colomb gerade dieser kleinen Thatsachen und Umstände bemächtigte, um den Beweis zu führen, daß die Entdeckung Amerikas weder etwas Großes noch etwas Neues gewesen sei. Was aber noch merkwürdiger erscheinen mag, ist, daß Columbus selbst gegen Ende seines Lebens alle kosmographischen und anderen Gründe über Bord warf und sich, wie er in 1504 in seinem Buche der Prophezeiungen schrieb, als ein Werkzeug des Allmächtigen ansah, von demselben erwählt, um die alten Prophezeiungen zu erfüllen. Er sah in seinen Entdeckungen nichts als ein Zeichen des herannahenden Untergangs der Welt, der er nur noch 155 Jahre weiterer Dauer zuerkannte, — eine seltsame, aber nicht seltene Form jenes Wahns, der oft die größten Geister befällt.

Was zu der Entdeckung Amerikas führte, war der Wunsch, einen Seeweg zu den Besitzungen des großen Chans von China zu finden, über dessen Macht und besonders über dessen Reich-

thümer die italienischen Reisenden die fabelhaftesten Berichte verbreitet hatten. Indien hatte seit den ältesten Zeiten Europa nicht allein mit seinen eigenen Erzeugnissen, sondern auch mit denen Chinas versorgt. Vor dem Einfall der Araber ging der Handel mit diesen Ländern durch das Rothe Meer, Aegypten und Alexandrien, aber nach der Eroberung Aegyptens durch die Chalifen machte der religiöse Fanatismus der Eroberer jedem Verkehr mit den christlichen Nationen des Westens ein Ende. Die italienischen Kaufleute, die besonders durch den Transport der Millionen von Kreuzfahrern und des für den Unterhalt derselben erforderlichen Proviants unermeßliche Reichthümer angesammelt und große Macht erworben hatten, mußten andere Verkehrswege aufsuchen. Von Pisa, Genua und Florenz zogen die Bürger dieser Städte aus und ließen sich in oder bei Konstantinopel nieder, sowie an den Ufern des Schwarzen Meeres, und gründeten Handelsniederlassungen und befestigte Posten selbst am Fuße des Kaukasus. Von Tana am Asowschen Meere zogen Kaufleute und Missionare, die letzteren meistens als diplomatische Agenten, über Land nach Gintorkan (Astrakan) an der Volga, um das Kaspische Meer herum und von dort durch das Gebiet der Mongolen nach Kambalu (Peking), eine Reise von elf bis sechzehn Monaten.

Die bekanntesten dieser Reisenden, die uns eine Beschreibung ihrer Erlebnisse hinterlassen haben, sind: Johann von Plano Carpini, ein Minoriten-Mönch (1246), Gesandter des Papstes Innocent IV., Wilhelm Rubruquis (oder Ruysbroeck), ein flämischer Minorit, den Ludwig der Heilige von Frankreich sandte (1253); Balducci Pegoletti von Florenz (1335) und Nicolas di Conti von Venedig (1419—1444). Dieser letztere hatte in einer Stunde höchster Gefahr den christlichen Glauben abgeschworen, eine Todsünde, von der ihn Papst Eugen IV. absolvirte, aber ihm als Buße auferlegte, einem seiner, des Papstes, Freunde eine wahrheitsgetreue Schilderung seiner Abenteuer zu geben — keine leichte Aufgabe, wie der alte Chronist dazu bemerkt.

Der berühmteste aller war indessen der Venetianer Marco Polo, dessen Reisen sich über sechsundzwanzig Jahre, von 1272 bis 1296 erstreckten, und der während dieser Zeit lange Jahre am Hofe des großen Chans lebte, der Eroberung Chinas durch diesen Herrscher beiwohnte und schließlich mit einer chinesischen Flotte nach Ceylon ging, als Begleiter einer chinesischen Braut für einen mongolischen Prinzen, der damals den Thron von Persien innehatte. Die Erzählung von dem, was er gethan und geleistet, erschien seinen Landsleuten so außerordentlich, daß sie ihm den Spottnamen „Messer Marco Millione" gaben, wegen der großen Zahlen, von denen er so vielfach Gebrauch macht. Heute wissen wir aber, daß Polo nicht allein einer der schärfsten, sondern auch der zuverlässigsten Beobachter war, die der neueren Erdbeschreibung zur Ehre gereichen. Die Erzählung seiner Reisen fand in der italienischen Sprache, in der sie abgefaßt worden, wie in anderen handschriftlich weite Verbreitung; die älteste lateinische Uebersetzung befindet sich jetzt in der Königlichen Bibliothek zu Berlin, und die erste gedruckte Ausgabe war die deutsche Uebersetzung, die in 1477 gleichzeitig in Wien und Nürnberg erschien.

Marco Polo war der erste, der der Insel Zipangu Erwähnung that, die im Meere östlich von China gelegen wäre. Was er über diese Insel berichtet, ist zu bekannt, um hier eine weitere Erwähnung nothwendig zu machen; nur mag bemerkt werden, daß seine Angabe von dem Reichthum Zipangus an Gewürzen und Gold von den Geographen der damaligen Zeit allgemein geglaubt wurde und nicht wenig zu dem Unternehmen beitrug, das, wenn es auch nicht zur Entdeckung Japans führte, doch andere Folgen haben sollte, die mächtig in die Geschicke der Welt eingriffen.

Die Geographen des 15. Jahrhunderts waren fest davon überzeugt, daß Kathay, das Reich des großen Chans, mit seinen ungeheuren Reichthümern sich viel weiter nach Osten erstrecke, als thatsächlich der Fall war, und daß Zipangu noch östlich von

Kathay liege. Toscanelli von Florenz, der berühmteste Physiker des Jahrhunderts, der damals in seinem 77. Jahre stand, schrieb in 1474 an Columbus, daß seine Fahrt nach der Ostküste von Asien weder eine sehr lange noch eine sehr schwierige sein würde, wenn er nur den in seinen, Toscanelli's, Karten verzeichneten Weg verfolgen wolle; daß er zuerst die (niemals existirt habende) Insel Antilia, dann Zipangu finden und schließlich die Küste der Provinz Mango*) und die große Hafenstadt Quinsai (Hangtchaufu) erreichen werde.

Columbus selbst wurde, als er am 8. August 1492 Spanien verließ, angewiesen, nach dem Osten zu segeln, dem Lande der Gewürze und nach dem Reiche des großen Chans, für den er von seinen Fürsten Beglaubigungsschreiben erhielt. Seine Absicht war, direkt nach dem Festlande von Asien zu segeln und Zipangu und die anderen Inseln erst auf der Rückfahrt zu besuchen. Er erwähnt in seinem Tagebuch unter dem 19. September, wie auch an einigen der vorhergehenden Tage, daß er glaube, in der Nähe einiger Inseln zu sein, daß es aber mehr als thöricht sein würde, jetzt diese Inseln anzulaufen, statt direkt nach dem Festlande zu steuern. Auch nachdem er am 24. Oktober das neu entdeckte Isabela für Cuba verlassen, glaubt er sich auf dem Wege nach Zipangu, „von dem so viele Dinge erzählt werden". Und während er so von den Reichthümern von Zipangu träumte, starb dort ein Mikado (Gotsutsi) in solcher Armuth, daß sein Leichnam vierzig Tage vor den Thoren des Palastes stand, weil die Mittel für sein Begräbniß fehlten! Columbus' Ueberzeugung, daß er Asien erreicht habe, wurde niemals erschüttert, selbst nachdem er das Festland des neuen Kontinents entdeckt hatte. Am 12. Juni 1494 ließ er seine ganze, damals aus einigen achtzig Leuten bestehende Bemannung eine Erklärung unterschreiben und beschwören, daß Cuba das

*) Richtiger Mangi oder Manzi, Südchina, im Gegensatz zu Kathay, Nordchina.

Festland von Asien sei und zu der Provinz Mango gehöre, von wo aus man Spanien zu Lande erreichen könne, und daß jedem, der später wage, dieser Erklärung zu widersprechen, wenn er die festgesetzte Geldbuße nicht entrichten könne, die Zunge aus dem Munde gerissen werden und er hundert Hiebe erhalten solle. In 1502 schrieb er dem Papst Alexander, daß er 1400 Inseln und 333 Meilen von dem Festlande Asiens entdeckt habe, und in 1504, achtzehn Monate vor seinem Tode, erklärte er wiederum, daß er am 13. Mai die Provinz von Mango erreicht gehabt habe.

Während es so ein Zufall war, der zur Entdeckung von Amerika durch die führte, die nach Kathay und Zipangu suchten, sollte das letztere auch durch einen Zufall entdeckt werden. Den Chinesen und Mongolen war es freilich schon lange bekannt gewesen, aber nach der großen Expedition der Mongolen in 1281, die auch von Marco Polo erwähnt wird, der sie indessen in ein falsches Jahr verlegt, scheint jeder Verkehr unterbrochen worden zu sein. Die asiatischen Schriftsteller sagen wenig genug über Japan. Rashid-eddin, der persische Historiograph der Mongolen, spricht in seinem „Djema ettawarikh", das in 1294 geschrieben wurde, von „Djemenku", ersichtlich von dem chinesischen „Jy pen ku" abgeleitet, und sagt, daß die Bewohner des Landes von kleiner Statur seien und dicke Bäuche hätten, sowie daß sich zahlreiche Bergwerke im Lande befänden. Auch der arabische Geograph Abulfeda erwähnt Japan und nennt es das östlichste aller bewohnten Länder.

Ein bestimmtes Datum für die Entdeckung von Japan und die Namen der Entdecker anzugeben ist auch heute noch unmöglich. Nach japanischen Quellen wurde das erste schwarze (fremde) Schiff im Jahre 1530 an der Küste von Awa auf Shikoku gesehen; nach einem anderen Bericht würden die ersten Fremden im Oktober 1543 auf der Insel Tanegasima an der Südspitze von Kiushiu gelandet sein. Dieses letztere Datum scheint das richtige zu sein, aber es stimmt mit keiner der von

Fremden selbst gemachten Angaben. Der Jesuit Cornelius Hazart legt die Entdeckung von Japan in das Jahr 1539, Franz Xaver fünf bis sechs Jahre später, und Antonius Galeanus erzählt, daß in 1542 Antonius Mota, Franziskus Zeimot und Antonius Peipot (Pexota) auf der Fahrt von Dodra in Makassar nach China durch schlechtes Wetter nach Kagosima verschlagen worden seien.

Fernand Mendez Pinto endlich, der auf die Ehre Anspruch macht, der Entdecker Japans gewesen zu sein, gibt allerdings keine bestimmte Zeit an, er kann aber, wenn er seine Abenteuer überhaupt in chronologischer Reihenfolge erzählt hat, nicht vor 1545 nach dort gelangt sein. Die Namen derer, denen die erste Entdeckung zu verdanken gewesen, sind ebenso unsicher. Die japanischen Quellen nennen sie Miura Siuskia und Christa Mota, und jeder kennt wohl ihre Porträts, wie sie Hok'sai abkonterfeit hat, mit Pelzmützen auf dem Kopfe und Arkebusen in den Händen. Pinto endlich, der Fürst der Lügner, wie seine Landsleute ihn zu nennen pflegten, nennt Christoforo Boralho und Diego Zeimoto als seine Gefährten, von denen der eine auch von Galeanus erwähnt wird.

Es scheint daher am wahrscheinlichsten, daß die ersten Europäer Japan in 1543 erreichten; der Versuch, die verschiedenen Namen mit einander übereinstimmen zu lassen, muß dagegen als hoffnungslos aufgegeben werden. Fest steht außerdem, daß die erste Beschreibung der Entdeckung Japans Pinto zu verdanken ist; aber seine persönlichen Erlebnisse von dem zu trennen, was er durch die Erzählungen anderer portugiesischer Abenteurer, von denen die chinesischen Meere damals wimmelten, in Erfahrung gebracht haben mag, dürfte ebenfalls unmöglich sein.

Pinto selbst gibt den nachstehenden Bericht über seinen ersten Besuch in Japan. Gezwungen, sich mit seinen Gefährten an Bord einer von dem damals wohlbekannten chinesischen Piraten Samipocheka befehligten Djunke zu flüchten, seien sie von einem anderen Piraten angegriffen und von der chinesischen Küste ver-

trieben worden. Durch einen heftigen Sturm überfallen, hätten sie versucht, die Liukiu-Inseln anzulaufen, aber da ihr Pilot in dem früheren Gefecht getödtet worden, sei es ihnen unmöglich gewesen, dort zu landen, und sie hätten wieder in See gehen müssen, wo sie dreiundzwanzig Tage lang herumgetrieben wären, bis sie endlich Land gesehen und in einer Bucht der kleinen Insel Tanegasima an der Südspitze von Kiusiu Zuflucht gefunden hätten. Freundlich aufgenommen, sowohl von den Behörden wie von der Bevölkerung, habe sich schnell ein lebhafter Handelsverkehr zwischen ihnen und den Eingeborenen entwickelt; die größte Aufmerksamkeit hätten indessen die Arkebusen erregt, mit denen er und seine beiden Gefährten bewaffnet gewesen seien. Die Nachricht von der Ankunft der wunderbaren Fremdlinge sei auch zum König von Bungo gedrungen, der einen der Fremden an seinen Hof geladen habe, und da er, Pinto, von munterem und liebenswürdigem Charakter gewesen, so sei er gewählt worden, diesen Besuch zu machen. Er habe Fuchau, die Hauptstadt von Bungo, nach einer Reise von einigen Tagen erreicht, wo am Hofe des Fürsten seine Arkebuse wieder das allgemeine Interesse erweckt habe. Nach verschiedenen Abenteuern wurde Pinto reich beschenkt entlassen und kehrte mit seinen Gefährten zusammen nach Chiampoo (wahrscheinlich Ningpo) zurück. Die Nachricht von dem neu entdeckten vortheilhaften Markte (Pinto erzählt, daß Samipocheca zwölfhundert Procent an seiner Ladung verdient habe) zog große Scharen portugiesischer Abenteurer nach Japan, die dort mit offenen Armen empfangen wurden; jeder der kleinen Fürsten auf Kiusiu und dem westlichen Theile von Nippon wetteiferte mit den anderen in dem Versuch, den fremden Handel nach den Häfen in seinem Gebiet zu ziehen, da der Gewinn, um den sie sich stritten, für jeden von ihnen wenn nicht Unabhängigkeit und Macht, so doch die Mittel bedeutete, für dieselben kämpfen zu können.

Mit dem Kaufmann kam der Missionar; in diesem Zeitalter der großen Entdeckungen waren Handel, Seeraub, Krieg

und Religion eng verbunden; Schwert und Kreuz gingen zusammen, und die Fälle, in denen das eine für das andere wirkte, waren unglücklicherweise nur zu häufig. In Japan war indessen der erste Verkündiger des christlichen Glaubens eines jener seltenen Beispiele von Reinheit und Entsagung, die die Achtung und Theilnahme aller besitzen, selbst nachdem Jahrhunderte über ihre Gräber dahingegangen sind. Es war in 1549, daß Franziskus Xavier in Begleitung eines anderen Jesuiten, Balthasar de Torres und zweier Japaner, von denen der eine, Handjero, aus adliger Familie stammte und wegen eines Todtschlags flüchtig geworden war, in Kagosima eintraf; der Fürst von Satzuma aber, der darüber entrüstet war, daß während des letzten Jahres die portugiesischen Schiffe seine Häfen nicht besucht hatten, empfing ihn wenig freundlich; Xavier mußte Kagosima verlassen, fand aber bessere Aufnahme in Nagato und Bungo; ein Besuch in Kioto verlief erfolglos, da die Hauptstadt damals die Scene innerer Kämpfe war. Xavier verließ Japan in 1551, um in Indien neue Missionare für Japan zu werben, starb aber in 1552 in China. Andere nahmen seinen Platz ein und erzielten solche Erfolge, daß bereits in 1564 sieben Kirchen und Kapellen in den Vorstädten Kiotos bestanden, während zahlreiche größere und kleinere christliche Gemeinden, besonders im Südwesten des Landes, entstanden waren. Die Gründe für diese außergewöhnlichen Erfolge können nicht zweifelhaft sein. Die beiden damals in Japan bekannten Religionen boten ihren Anhängern wenig oder nichts, was denselben das Elend und die Gefahren hätte ertragen helfen können, die Jahrhunderte innerer Kämpfe besonders über die niederen Klassen der Bevölkerung gebracht hatten. Der Shintoismus war zu einer Mythe herabgesunken, gekannt von wenigen, verstanden von niemandem, und der Buddhismus hatte längst seine belebende Kraft eingebüßt und sie durch die Lehre ersetzt, daß nur durch die Werke und Gebete der Priester Erlösung erlangt werden könne. Aber während er so nichts thun konnte, um das Gemüth

seiner Anhänger zu erheben, hatte er sie an große äußerliche Pracht bei dem Gottesdienste gewöhnt wie an die Erholung und Zerstreuung durch die Feste zahlreicher Heiligen und andere Feiertage. So kann es nicht Wunder nehmen, daß Tausende den christlichen Missionaren zuströmten, um sich taufen zu lassen. Die Religion, die ihnen gepredigt wurde, war besonders für die armen und niedrigen Klassen geeignet; sie gab ihnen nach dem Tode ein Paradies, das der Buddhismus erst nach vielen Wandlungen in Aussicht stellte, und durch eine kluge Benutzung reicher Kleidungen und eindrucksvoller Gebräuche, glänzender Processionen und Mysterien, in denen die Neubekehrten selbst eine Rolle übernahmen, schlugen die Missionare die buddhistischen Priester mit ihren eigenen Waffen auf ihrem eigenen Felde. Diese schnellen Fortschritte konnten indessen nicht stattfinden, ohne viele und mannigfache Verwickelungen hervorzurufen, in denen Recht und Gerechtigkeit nicht immer auf Seiten der Christen waren. Auf Kiusiu und besonders in Bungo, Arima und Omura, in welchen Fürstenthümern die Herrscher selbst Christen geworden waren, wurde das Bekehrungswerk mit Feuer und Schwert eben so sehr als mit dem Worte Gottes betrieben, die eingebornen Bonzen wurden verbannt und oft auch getödtet, und es geschah mehr als einmal, daß die Einwohner ganzer Districte den Befehl erhielten, sich zu der neuen Lehre zu bekehren oder Haus und Hof zu verlassen und in die Verbannung zu ziehen. So schien alles der Verbreitung des neuen Glaubens günstig. Nobunaga, der sich damals auf dem Gipfel seiner Macht befand, verfolgte offen die Bonzen und begünstigte eben so offen die Christen, deren Zahl in 1581 auf über hunderttausend angegeben wurde. In demselben Jahre sendeten die drei christlichen Prinzen auf Kiusiu eine Gesandtschaft nach Europa, um sich zu Vasallen des Heiligen Stuhls zu erklären.

In 1582 starb Nobunaga. Sein Nachfolger Hideyoshi (Taikosamma) erwies sich zuerst den Christen nicht ungünstig; er wechselte aber sehr bald seine Haltung, vermuthlich in der

Absicht, die buddhistische Priesterschaft sich günstig zu stimmen und in dem kommenden Streit um die Herrschaft ihre Unterstützung zu gewinnen und erließ in 1587 einen Verbannungsbefehl gegen die fremden Missionare. Dieser Befehl blieb indessen anfänglich ein todter Buchstabe: die Jesuiten schlossen ihre Kirchen und Kapellen und hörten auf, öffentlich zu predigen, das Bekehrungswerk wurde aber in Wirklichkeit so wenig unterbrochen, daß nach den eigenen Berichten der Missionare 30 000 Japaner innerhalb der drei auf das Ausweisungsdecret folgenden Jahre getauft wurden. Hideyoshi selbst schien durch den äußerlichen Gehorsam, den seine Befehle fanden, befriedigt. Er fürchtete vielleicht, den Antheil an dem Gewinn zu verlieren, den die Machthaber in Japan damals aus dem fremden Handel zogen, und es mag auch seinen Interessen entsprochen haben, die christlichen Prinzen auf Kiusiu nicht zum offenen Widerstand zu treiben. Das Verhalten der spanischen Bettelmönche, die in hellen Haufen von den Philippinen herüberkamen und offen den japanischen Gesetzen Trotz boten, indem sie ihre geistliche Kleidung trugen und öffentlich predigten, rief eine Wendung zum Schlechteren hervor, der Ausweisungsbefehl wurde erneuert, einige Kirchen und den Missionaren gehörige Häuser zerstört und schließlich in 1596 sechs Franziskaner, drei Jesuiten und siebzehn japanische Convertiten ergriffen, nach Nagasaki geführt und dort gekreuzigt.

Nach diesem Ausbruch von Hideyoshi's Zorn schien die Lage sich wieder zu bessern. Die Jesuiten, die ihrem alten Prinzip des passiven Gehorsams treu blieben, fuhren fort im Lande zu wohnen und selbst persönlichen freundlichen Verkehr mit Hideyoshi zu unterhalten. Sie behaupteten, daß es nur dem übermäßigen Eifer der japanischen unteren Beamten zuzuschreiben und gegen Hideyoshi's eigene Wünsche gewesen sei, daß die drei Jesuiten in 1598 den Märtyrertod erlitten hätten, und daß der Ausweisungsbefehl nur gegen die spanischen Bettelmönche gerichtet sei, die durch ihren offenen Widerstand sowie durch ihre Be-

ziehungen zu den Spaniern, die man wegen politischer Absichten gegen die Unabhängigkeit Japans in Verdacht hatte, Hideyoshi lästig geworden seien.

Auch der in 1598 erfolgte Tod Taikosamma's schien den Interessen der Missionare nicht ungünstig. Iyeyassu, der mächtigste der Fürsten, die um die höchste Gewalt kämpften, konnte es weder darauf ankommen lassen, die Vortheile zu verlieren, die ihm aus dem fremden Handel erwuchsen, noch sich die christlichen Fürsten und Bevölkerungen zu Feinden zu machen. Er versuchte es, die einen zu gewinnen, indem er sich den Missionaren sehr geneigt zeigte, und den andern zu vermehren, indem er die spanischen Mönche aufforderte, ihm zur Herstellung directer Handelsbeziehungen zwischen den Philippinen und seinen eigenen Besitzungen, dem Kwanto, behülflich zu sein. Aber bald entstanden Verwickelungen. Die heidnischen Fürsten auf Kiusiu fingen an, ihre christlichen Unterthanen zu verfolgen, um sie zur Abschwörung ihres Glaubens zu zwingen, und der entschlossene Widerstand dieser letzteren gegen den Willen und die Befehle ihrer Herren war eine so neue und ungewohnte Erscheinung in den politischen Zuständen des Landes, in dem die bisherige Rolle der unteren Klassen der Bevölkerung in passivem Gehorsam und sclavischer Unterwürfigkeit bestanden hatte, daß Iyeyassu stutzig wurde und es für nothwendig erachtete, Maßregeln zu ergreifen, um diesen gefährlichen Geist der Unabhängigkeit zu unterdrücken. In 1606 wurde ein Gesetz erlassen, das die christliche Religion verbot; aber wie in 1587 genügte auch diesmal ein äußerlicher Schein von Unterwerfung, um eine thätige Verfolgung abzuwenden, wenigstens soweit die Centralregierung in Betracht kam. In 1610 entstanden indessen neue Schwierigkeiten mit den Spaniern, und da die Bettelmönche wieder den Zorn der Regierung dadurch erregten, daß sie sich offen den gegen den öffentlichen Gottesdienst erlassenen Verboten widersetzten und die eingebornen Christen aufforderten, dasselbe zu thun, wurden in 1613 neue Verordnungen erlassen, durch die die christliche Religion

als eine Gefahr für den Staat erklärt und die Zerstörung der Kirchen und Austreibung aller Priester angeordnet wurde. Und diesmal wurden die Befehle in ihrem ganzen Umfange ausgeführt. In 1614 wurden 22 Franziskaner-, Dominikaner- und Augustinermönche, 117 Jesuiten und einige hundert japanische Priester und Catechisten mit Gewalt auf drei Dschunken eingeschifft und aus dem Lande fortgeschickt und durch diese Maßregel 600 000 japanische Christen ihrer geistlichen Lehrer und Häupter beraubt. Vielen der verbannten Priester gelang es indessen, heimlich nach Japan zurückzukehren und große Scharen neuer Missionare folgten ihnen, beseelt von dem Wunsche, die Krone des Märtyrerthums zu erringen. Dieser offene Widerstand gegen seine Befehle veranlaßte Hidetada, den Sohn und Nachfolger des Iyeyassu, zu blutigen Gegenmaßregeln zu greifen. Die Todesstrafe, die bis dahin, mit einer einzigen Ausnahme, nur gegen eingeborne Christen Anwendung gefunden hatte, wurde jetzt über jeden im Lande gefundenen fremden Priester verhängt. Strenge Aufsicht wurde überall eingeführt, der fremde Handel auf Hirado und Nagasaki beschränkt (1617), den Japanern das Verlassen des Landes verboten (1621) und endlich in 1624 alle Fremden, mit Ausnahme der Holländer und Chinesen, aus dem Lande verbannt. Zugleich dauerte die Verfolgung der eingebornen Christen fort. Tausende wurden gekreuzigt, enthauptet, ertränkt und lebendig verbrannt, bis endlich in 1692, mit Ausnahme einiger elenden Gefangenen in den Kerkern von Nagasaki, jede Spur des Christenthums zerstört worden zu sein schien; erst unserer Zeit war es vorbehalten zu zeigen, daß alle diese Maßregeln der Regierung bis zu einem gewissen Punkte vergebliche gewesen waren, und das Feuer, das man ganz erstickt zu haben glaubte, unter der Asche fortgeglüht hatte.

Diese Darstellung der Geschichte des Christenthums in Japan würde nicht vollständig sein, ohne wenigstens eine Erwähnung derjenigen Ursachen, die es der japanischen Regierung ermöglichten,

die Politik der Ausschließung der Fremden zu ergreifen und durchzuführen.

Die kurze Periode des Verkehrs zwischen Japan und dem Auslande fiel in die Blüthezeit der politischen und religiösen Eifersucht zwischen den europäischen Nationen, als Jedermanns Schwert gegen seinen Nachbarn war. Ihre Zwistigkeiten folgten den westlichen Nationen bis zu den Küsten Asiens; Spanier und Portugiesen, Engländer und Holländer wetteiferten in ihren Bemühungen, die Furcht und den Haß der Japaner gegen die zu erregen, die sie als die Feinde ihres Landes und ihres Glaubens ansahen. Während so die Fremden die Japaner lehrten, sie einen gegen den andern auszunutzen, gerieth der Aufschwung, den Handel und Entdeckungen einigen der europäischen Nationen gegeben, ins Stocken, die Vereinigung von Portugal mit Spanien, die Regierung Philipp's II. und III. in Spanien, der Aufstand der spanischen Niederlande und die Kriege zwischen Holland und England waren alles genügende Gründe, warum das, was Japan funfzig Jahre früher unmöglich gewesen wäre, nun im 17. Jahrhundert mit Straflosigkeit gethan werden konnte.

Aber ganz abgesehen von diesen politischen Ursachen, war die Haltung aller in Japan ansässigen Fremden nicht der Art, um den Japanern Achtung und Theilnahme einzuflößen. Durch die Bulle vom 28. Januar 1585 hatte Papst Gregor XIII. den Jesuiten das ausschließliche Recht verliehen, Missionare nach Japan zu senden. Clemens VIII. verlieh am 12. December 1600 dasselbe Recht den Bettelorden, vorausgesetzt, daß sie sich in Portugal einschifften und sich über Goa nach Japan begaben, und durch Papst Paul V. (Bulle vom 11. Juni 1608) wurde diese Erlaubniß schließlich auch auf die Mitglieder der Bettelorden ausgedehnt, die auf einem andern Wege, z. B. über die Philippinen, nach Japan gehen würden. Aber während diese Veränderungen durch die Päpste eingeführt und bestätigt wurden, warteten die Bettelmönche dieselben nicht ab, sondern begaben sich nach Japan, auf welchem Wege sie wollten und konnten, obgleich

die Strafe der excommunicatio major ipso facto incurrendo gegen alle Uebertreter angedroht war. Diese Unbotmäßigkeit gab zu vielfachen Zänkereien, das Wort ist stark, aber verdient, zwischen den verschiedenen Orden Veranlassung, die manchmal bis zur gegenseitigen Excommunication ging, ein Zustand, der den dem christlichen Glauben abgeneigten Japanern keinen vortheilhaften Begriff von den Priestern der neuen Lehre geben konnte. Zugleich gab der Sclavenhandel, den alle sich in Japan aufhaltenden Fremden, aber besonders die Portugiesen in großem Umfange trieben, den japanischen Behörden Grund und Vorwand zur Unzufriedenheit.

Die innern Unruhen, unter denen Japan lange vor der Ankunft der Fremden gelitten hatte und zu leiden fortfuhr, bis Iyeyassu seine Rivalen besiegte, die Kriege mit Korea und das allgemeine Elend der unteren Klassen der Bevölkerung, das denselben oft nur die Wahl ließ Hungers zu sterben, hatte eine solche Menge Menschenfleisch auf den Markt geworfen, daß, wie Bischof Cerqueira erzählt, selbst die malayischen und schwarzen Diener der portugiesischen Händler sich den Luxus gestatten konnten, japanische und koreanische Sclaven in Japan zu kaufen, um sie in Macao wieder zu verkaufen. Dieser Handel mit Sclaven, dem die Behörden in Macao wie die geistlichen Häupter in Japan (Bischof Cerqueira am 4. September 1598 und sein Vorgänger vor ihm) vergeblich, selbst durch Androhung der größeren Exkommunication, Einhalt zu thun versucht hatten und der Taikosamma zu dem Erlaß einer Verordnung veranlaßt hatte, durch die nicht allein die Verkäufer, sondern auch die Käufer von Sclaven mit dem Tode bedroht wurden, war unzweifelhaft eine der berechtigten Beschwerden der Japaner gegen die Fremden und hat jedenfalls sehr erheblich zu ihrer endlichen Vertreibung aus dem Lande beigetragen.

So brachten auf der einen Seite die politischen Zustände in Europa, die Eifersucht zwischen den einzelnen fremden Nationen, wie zwischen den Mitgliedern der verschiedenen geist-

lichen Orden und die Unbotmäßigkeit der Kaufleute, auf der andern die Furcht der japanischen Regierung, die niederen Klassen der Bevölkerung aus dem Zustande sclavischer Unterwürfigkeit zu eigenem, unabhängigen Fühlen und Denken erhoben zu sehen und ihr Wunsch, den Gewinn aus dem fremden Handel für sich und einzelne bevorzugte Gesellschaften zu monopolisiren, einen Zustand hervor, der während er die auswärtigen Beziehungen Japans auf den erbärmlichen Handel mit den Holländern auf Desima beschränkte, Japan zugleich des Verkehrs mit den andern Nationen beraubte, der allein den Proceß des geistigen Absterbens verhindern kann, von dem der Versuch außerhalb der Gemeinschaft mit Seinesgleichen zu leben uns so viele Beispiele an Individuen, Ständen und Nationen zeigt.

II.

Japan.*)

(1873.)

*) Abgedr. Die Gegenwart. 1873. 2 f.; 49 f.; 83 f.

I.

Als vor nun bald dreizehn Jahren die preußische Expedition unter der Führung des Grafen zu Eulenburg Berlin verließ, um dem Handel Deutschlands in Ostasien neue Bahnen zu brechen oder schon gewonnene zu sichern, war von den Ländern, mit denen in Unterhandlungen zu treten in erster Linie die Aufgabe der Gesandtschaft war, Japan das am wenigsten bekannte und daher wohl auch dasjenige, dem sowohl die Mitglieder der Expedition selbst, als auch die weiteren Kreise, welche sich für das Unternehmen interessirten, die regste Theilnahme zuwendeten. Und statt wie in so vielen Fällen zu ermatten oder von dem kaum berührten Gegenstande auf einen andern überzuspringen, ist diese Theilnahme mit seltener Ausdauer dem einmal gewählten Kinde ihrer Neigung treu geblieben, hat das Interesse an demselben aus den engen Kreisen der geographischen und ethnologischen Gesellschaften in alle Schichten der Bevölkerung überpflanzt und es schließlich dahin gebracht, daß nicht nur oberflächliche Beobachter in Japan das Land zu sehen vermeinen, in dem sich der kaum ausgestreute Samen westländischer Cultur mit bis dahin ungekannter Schnelligkeit zu den herrlichsten Blüthen und Früchten entwickelt hat.

Den Schwärmern diesen süßen Glauben zu rauben, den Thatsachen das glänzende Gewand abzustreifen, mit dem Unwissenheit oder Berechnung sie geschmückt, und der Hoffnung auf

Verwirklichung so mancher Utopien die Flügel zu beschneiden, ist keine angenehme Aufgabe, aber eine nothwendige, und da, nach dem alten Sprichwort, keine Zeit so gut ist wie die gegenwärtige, und wir außerdem bald das Vergnügen haben werden, eine außerordentliche japanische Gesandtschaft in den Mauern Berlins zu begrüßen, so scheint der Augenblick nicht schlecht gewählt, sich Japan und die Japaner etwas näher zu betrachten.

Dem armen Lande ist das traurige Schicksal geworden, nie durch eine ungefärbte Brille, sondern stets durch rosa oder dunkel angehauchte Gläser betrachtet zu werden. Wenn die alten Geographen von Cipango behaupteten, daß es ein Land, ubi piper et auri copia, sei, so thaten sie ihm damit in jedem Sinne Unrecht; an Gewürzen — denn so müssen wir piper doch wohl übersetzen (das Land „wo der Pfeffer wächst" als Bezeichnung des Reiches der aufgehenden Sonne dürfte weder den alten Japanern zugesagt haben noch den neuen besonderes Vergnügen bereiten) —; an Gewürzen also ist in Japan gar nichts und an Gold nie viel vorhanden gewesen; die ersten Besucher, die Portugiesen, Spanier und Holländer haben zwar manches schöne Geschäft mit der Ausfuhr von Gold gemacht und auch die neuen Argonauten, die von Europa und America nach Japan zogen als dasselbe dem Verkehr eröffnet wurde, sind dem Beispiel ihrer Vorgänger nicht ohne reichlichen Gewinn gefolgt, aber in beiden Fällen versiegte die goldene Quelle nur zu bald; das Gold, welches während langer Absperrung aufgesammelt worden war, floß in kurzer Zeit nach außen ab und wo vor Jahrhunderten Ausfuhrverbote und willkürliche Finanzmaßregeln die Lücke ausfüllen helfen sollten, muß jetzt America von seinem Ueberflusse an Japan abgeben.

Nach dieser Zeit des Pfeffers und des Goldes wurde das Licht, in dem Japan der Außenwelt erschien, immer rosiger. Der heilige Xaver und seine Nachfolger verkündeten die Lehre von dem Erlöser, der hauptsächlich für die Armen und Elenden erschienen sei, und da es an beiden keinen Mangel hatte, war

der Erfolg groß in Japan. Tausende und aber tausende ließen sich taufen, überall stiegen Kirchen und Capellen aus dem Boden, glänzten Kreuze, wehten Fahnen und ertönten die Gesänge der Processionen. Etwas Verfolgung konnte dem Bilde seinen Glanz nicht rauben. Wurde hier eine neugebaute Capelle von einem Pöbelhaufen zerstört oder ein neu gewonnener Christ unter Beobachtung aller gerichtlichen Formen zu Tode gemartert, weil er reich genug war, um die Habsucht seiner Feinde zu erregen, oder einflußreich genug, um ihnen gefährlich zu erscheinen, so warf doch auf der andern Seite auch manche Christenhand die Brandfackel in einen Tempel oder ein Bonzen-Kloster, und aus mehr als einem der Duodez-Staaten, mit denen Japan damals übersäet war, trieben christliche Proselyten die heidnischen Priester in die Verbannung oder zum Tode. Alles in allem sahen die Verhältnisse denen sehr ähnlich, wie sie im römischen Reiche herrschten, als das siegende Christenthum den Bekennern der alten Lehren die Unduldsamkeit zurückgab, über die es sich zur Zeit seiner Schwäche so bitter beklagt hatte, und es kann daher nicht Wunder nehmen, daß die Berichte der Missionare von Freude und Bewunderung überflossen.

Lange sollte dieser schöne Zustand indessen nicht dauern. Die leidigen Ketzer, die Holländer und Engländer, kamen nach Japan, und obgleich namentlich die Spanier alles thaten, um ihnen die Niederlassung unmöglich zu machen, waren die japanischen Fürsten doch schon klug genug geworden, um in den neuen Ankömmlingen ein willkommenes Gegengewicht gegen ihre alten Freunde zu sehen; dann konnten sich die Missionare unter einander nicht einigen, welchen von ihnen, Franziskanern, Dominikanern oder Jesuiten, der Papst das ausschließliche Recht ertheilt habe, den Japanern die Pforten des Himmels zu öffnen und „last but not least“ war für alle Missionare, vom heiligen Stuhl approbirte oder auf eigene Hand arbeitende, die Verführung bei den zerrütteten inneren Zuständen des Landes eine politische Rolle zu spielen zu groß, als daß sie ihr hätten wider-

stehen können. Dieses Einmischen in weltliche Verhältnisse wurde ihr Unglück. Die damals gerade im Kampfe um die Herrschaft begriffenen Shiogune suchten zunächst Zeit zu gewinnen, erließen halbe Verbote, die wiederum nur zur Hälfte ausgeführt wurden, und zeigten sich manchmal besonders den Jesuiten gegenüber durchaus nicht abgeneigt, eine gewisse beschränkte Duldung des Christenthums in ihren Erblanden zuzulassen. Kaum aber waren sie mächtig genug geworden, um weder die Intriguen der Missionare noch den offenen Widerstand der eingeborenen christlichen Fürsten des Südens fürchten zu müssen, als sie die Maske abwarfen. Dem Ausweisungsverbot, dem die Missionare entweder offen trotzten, oder das sie heimlich zu umgehen suchten, folgte eine blutige Verfolgung, die mit um so größerer Energie ins Werk gesetzt wurde, als die Aufständischen von Simabarra, die ursprünglich aus rein politischen Gründen zu den Waffen gegriffen hatten, die Fahne des Kreuzes aufpflanzten, um die Sympathien der auf Kiusiu immer noch sehr zahlreichen Christen zu gewinnen.

Mit rücksichtsloser Grausamkeit wurde gegen alles vorgegangen, was sich dem Befehl, dem christlichen Glauben zu entsagen, nicht unterwarf, und Hunderte wurden in den heißen Quellen des Wusen no Take oder auf den Richtplätzen von Nagasaki und Yedo zu Tode gemartert oder aus ihren heimathlichen Provinzen hinweg in die Verbannung geführt. Freilich war die Zahl der Getödteten nicht größer als in manchen christlichen Ländern, in denen die heilige Inquisition dafür zu sorgen hatte, daß an den großen Festen die Opfer ad majorem dei gloriam nicht fehlten, und die aus ihrer Heimath vertriebenen Japaner litten gewiß nicht mehr als die Mauren Spaniens, aber alle Berichte über die Ereignisse jener Zeit waren entweder von Augenzeugen der Verfolgungen niedergeschrieben oder wurden nach in den Archiven der verschiedenen Gesellschaften befindlichen Originalberichten zusammengestellt, und es war also nur natürlich, daß die vor wenigen Jahren noch hoch gepriesenen Japaner

jetzt auf einmal so schwarz gemalt wurden, daß sie noch nach Verlauf von Jahrhunderten „ob ihrer Bosheit" Montesquieu und Robespierre zu rhetorischen Kunststücken dienen konnten. Von ersterem ist das „la magistrature japonaise a fait frémir la nature même", und er leitet mit vielem Geiste aus dieser Grausamkeit der Gesetze die Rohheit des Volkes her; Robespierre, welcher diese Gedankenfolge für seine Rede zu Gunsten der Abschaffung der Todesstrafe nicht brauchen konnte, schließt umgekehrt: „Die Japaner haben sehr grausame Gesetze, aber das Volk ist auch sehr roh, ergo kann es nur auf diese Weise gebändigt werden."

So blieb der schlechte Ruf, den die Schriften der Missionare den Japanern gemacht hatten, ihnen während zweier Jahrhunderte anhängen; die wenigen Holländer, welche auf Desima zugelassen waren und sich nie einer sehr ehrenvollen Behandlung, während der letzten Jahrzehnte dieser Periode auch nicht einmal eines besonders einträglichen Handels zu erfreuen gehabt hatten, hatten wenig dazu gethan, diese falsche Auffassung zu verbessern und unser deutscher Landsmann Kämpfer, der mehr nach dieser Richtung hin gearbeitet hatte, war in seinen Erfolgen nicht glücklicher gewesen.

Es bedurfte der holländischen und namentlich der russischen Berichte aus dem zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, um einen Umschwung hervorzubringen und, da die Extreme ja vorhanden sind, um sich zu berühren, so war derselbe ein vollständiger. Heinrich Heine, in seinen Jünglingsjahren gewiß kein schlechter Repräsentant seiner Zeit, wollte durchaus ein Japaner werden und konnte nur nicht begreifen, warum dies christlichste aller Völker das Zeichen des Kreuzes nicht leiden könne, und mit dem Dichter schwärmten Unzählige in ähnlicher Weise für die neu entdeckte Nation.

Die nächsten Jahre brachten indessen wieder einige Ernüchterung; die Japaner nahmen die ihnen auf Grund ihrer angeblichen Liebenswürdigkeit gemachten Anerbietungen, mit der Außen-

welt in näheren Verkehr zu treten, ziemlich kühl auf, in vielen Fällen antworteten sie gar nicht, in andern ablehnend und in einigen sogar mit Kanonenschüssen, die Zuneigung sank daher, aber die Neugierde stieg, bis es endlich Perry gelang, wenigstens eines der Siegel zu lösen, mit denen dieses räthselhafte Land verschlossen war.

Von diesem Augenblicke an färbt sich die Brille immer rosiger. — Die lehmfarbenen Fluthen der chinesischen Ströme und Meere, die baumlosen Küsten derselben und der unendliche, Nase und Augen beleidigende Schmutz, das charakteristische Kennzeichen des himmlischen Reichs, waren allerdings ganz geeignet, den Reisenden empfänglicher zu stimmen, der aus diesen trostlosen Gegenden in das in aller Herrlichkeit der üppigsten Vegetation prangende Japan kam und mit entzücktem Blick die grünen Hügel und Thäler schaute, die das Land bedecken, und die blauen Wogen, in denen sich das schneebedeckte Haupt des Fuziyama spiegelten, des herrlichsten aller zur Ruhe gesetzten Vulkane.

Einmal von diesen Aeußerlichkeiten vortheilhaft eingenommen, that die gute Zucht, in welcher eine hohe Obrigkeit die japanische Bevölkerung wenigstens soweit hielt, als die Fremden mit ihr in persönliche Berührung kamen, das ihrige, um alles in noch besserem Lichte erscheinen zu lassen. Zu verdenken war es den flüchtigen Reisenden daher nicht, und fast nur solche fanden sich veranlaßt, ihre Eindrücke in Büchern und Büchelchen zum Besten des leselustigen Publicums niederzulegen, wenn sie in ihrer Begeisterung kaum eine Grenze kannten; und wenn auch nicht alle soweit gingen, wie Dr. Dickson, der sehr ernsthaft die Besorgniß aussprach, daß die guten Japaner durch die schlechten Fremden moralisch verdorben werden könnten, so war doch kaum ein einziger unter ihnen, der sich nicht durch das vortheilhafte Aeußere hätte bestechen und verführen lassen. — Auch die mancherlei Gewaltthätigkeiten, welche die Japaner sich in einer späteren Phase des Verkehrs zu schulden kommen ließen, wie das ruchlos vergossene Blut der Fremden, das in nur zu reichem Maße die

neue Saat der Civiliſation düngen mußte, konnte an dieſer günſtigen Auffaſſung der Verhältniſſe nichts ändern. „Wenn hinten fern in der Türkei die Völker aufeinander ſchlagen," ſo erfüllt das den ruhig und warm hinter ſeinem Ofen ſitzenden Beobachter, der tauſende von Meilen vom Schauplatz der Ereigniſſe entfernt, in den Zeitungen davon lieſt, mit einer gewiſſen Genugthuung, nicht ſelbſt in derartige Unannehmlichkeiten verwickelt zu ſein, die oft genug in ſeiner Beurtheilung der fremden Verhältniſſe Ausdruck findet. So kam es, daß dem unruhigen Japan allſeitige, wohlwollende Aufmerkſamkeit zugewendet wurde, während man die ſcheinbar ſtagnirende Politik Chinas mit vornehmer Gleichgültigkeit ignorirte.

Als nun aber gar nach dem Sturze des Taikunats im Jahre 1868 der bis dahin ſchon den meiſten unverſtändliche Wirrwarr der japaniſchen Verhältniſſe mit einer conſtitutionellen Sauce übergoſſen als liberale Aera ſervirt wurde, da war der Bewunderung und der Freude kein Ende mehr. Eine Conſtitution und eine geſetzgebende Verſammlung, mögen ſie auch dem Zulukaffer für den eben noch recht unbekleideten Leib zugeſchnitten worden ſein, haben das Eigenthümliche, die Beurtheilungsfähigkeit beſonders americaniſcher und engliſcher Zeitungsſchreiber gewaltig herabzudrücken, und ſo war denn auch der erſte Trompetenſtoß, mit dem dieſelben das Erſcheinen ein neuen conſtitutionellen Staates begrüßten, ein wenn auch ſehr überflüſſiger und übertriebener, ſo doch im Ganzen genommen ehrlich gemeinter. — Bald aber überzeugten ſich die Herren, daß der Japaner ſich auch darin nicht von ſeinem europäiſchen reſp. americaniſchen Bruder unterſcheide, daß er der Schmeichelei zugänglich ſei, und daß die Erlangung fetter Contracte wie die Anſtellung in einträglichen Aemtern und Aemtchen zum großen Theil wenigſtens von der Bereitwilligkeit abhänge, mit der die Forderung der Japaner, als gleichberechtigt in den Kreis der civiliſirten Nationen aufgenommen zu werden, anerkannt und unterſtützt werde.

Aus dieser nicht gerade edlen Berechnung erklärte ein großer Theil der Lobgesänge zu Gunsten japanischer Zustände, von denen seit einigen Jahren gewisse Correspondenzen überfließen; in anderen Fällen war es die Unwissenheit der Referenten, die den Unsinn verschuldete. So schlug einmal in dem längst ohne Sang und Klang verstorbenen und begrabenen Parlament ein redseliges Mitglied vor, zur Hebung der japanischen Nation fünfzigtausend Volksschulen zu errichten, ein Antrag, der eben aus guten Gründen nicht über das erste Stadium aller Anträge, das Gemacht-werden, hinauskam. Flugs aber verkündete ein begeisterter Zeitungsschreiber, daß die erste Aufgabe der japanischen Regierung gewesen sei, fünfzigtausend Volksschulen zu errichten, und die gesinnungstüchtige Presse der halben Welt betete das Märchen nach, ohne danach zu fragen, wo die Lehrer für eine derartige Anzahl von Volksschulen herkommen sollten.*)

Vielleicht klingt diese Beurtheilung japanischer Verhältnisse etwas hart und ungerecht und gewiß mancher, der die Gelegenheit gehabt hat, einige der sich in Deutschland aufhaltenden Japaner persönlich kennen zu lernen, wird von diesen, im Allgemeinen angenehme gesellschaftliche Formen besitzenden und auch zum Theil recht fleißigen und intelligenten jungen Leuten einen günstigeren Schluß auf die Lage ihres Heimathlandes gezogen haben. Eine kurze Darstellung der politischen und socialen Verhältnisse Japans, wie sie sich innerhalb der letzten drei Jahrhunderte herangebildet haben, wird daher gewiß manches dazu beitragen, uns die Gegenwart verständlicher zu machen und uns in den oft überraschenden Erscheinungen nur eine manchmal wenig erfreuliche,

---

*) Die Idee ist kürzlich im Schoße der Regierung wieder aufgetaucht und sollen zwölf Universitäten, eine große Anzahl Mittelschulen und 50 723 Volksschulen errichtet werden, für welche Anzahl von Lehranstalten vielleicht der gute Wille, aber weder Schulen noch Lehrer, noch die nöthigen Geldmittel vorhanden sein dürften.

aber stets logische Weiterentwickelung vorhandener Elemente erblicken zu lassen.

II.

Seit den ältesten Zeiten des japanischen Reichs, d. h. seit der Gründung desselben, hatten die Herrscher es vorgezogen, sich mit den ihnen als Abkömmlingen der Götter erwiesenen Ehren zu begnügen und die Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte Verwandten, Freunden oder vertrauten Dienern zu übertragen. Welchen Theil der eigentlichen Macht und welchen Einfluß die einzelnen Herrscher sich wirklich zu bewahren gewußt oder wenigstens zu bewahren gesucht hatten, läßt sich aus den Annalen des Kaiserhofes und andern japanischen Quellen schwer entscheiden, nur soviel steht fest, daß die Verwalter der Herrschaft und die Krongenerale, letztere ursprünglich zur Bekämpfung der östlichen und westlichen Barbaren, d. h. der noch in diesen Theilen des Reichs zurückgebliebenen Stämme der Urbewohner bestimmt, sich unter der langen Herrscherlinie der Nachfolger der Sonnengöttin immer wieder vorfinden. Daß unter solchen Verhältnissen die wirkliche Macht bald an die Vertreter des Herrschers überging und dem letzteren nur soviel Einfluß blieb, als er sich durch kluge Benutzung der Streitigkeiten zwischen seinen vornehmsten Beamten zu sichern wußte, liegt auf der Hand und die große Anzahl der Kaiser, welche entweder ermordet wurden oder freiwillig oder gezwungen abdankten, beweist, daß auch damals schon das Geschäft des Herrschens nicht zu den angenehmsten und gefahrlosesten gehörte. — Bald wurden die großen Staatsämter erblich, aber abgesehen davon, daß die Zweige der einzelnen großen Familien sich unter einander über den Besitz der Macht anfeindeten, lag es stets im Interesse der Kaiser zu versuchen, durch Ertheilung von Rang und Würden an neue Familien, den alten zu mächtig und unbequem gewordenen das Gleichgewicht zu halten. Daß außerdem die ursprünglich als Civil- und Militär-

Gouverneure der einzelnen Districte angestellten Beamten sich thatsächlich unabhängig gemacht hatten und sich in den Kämpfen um die Macht bald der einen, bald der anderen Familie anschlossen, je nachdem es ihren Interessen zu entsprechen schien, trug ebenfalls nicht wenig dazu bei, die Ruhe des Landes zu stören.

So kam es, daß gegen Ende des 16. Jahrhunderts das Reich in unzählige kleine und größere Fürstenthümer zerfallen war, deren Herrscher sich fortwährend unter einander anfeindeten und befehdeten, und die, wenn sie nicht gerade im unmittelbaren Machtbereich eines größeren Nachbarn lagen, nur nach ihrem eigenen Interesse handelten. Ueber allen diesen „Königen", wie sie die Berichte der Missionare und Reisenden aus jenen Zeiten nennen, stand der Kaiser, der Mikado, ohne irgend welche wirkliche Macht, aber der Mittelpunkt der Intriguen aller derjenigen, die das Gewicht seines Namens und seiner göttlichen Würde, und beide waren nicht ohne Einfluß, gegen einen stärkeren Gegner zu benutzen suchten. Zwischen dem Kaiser und den Fürsten stand der Regent (Quambaku) und der Krongeneral (Shiogun), welcher letztere dem Mikado seine Ernennung gewöhnlich mit der Spitze des Schwertes abgerungen hatte und in fortwährenden Kämpfen mit den Fürsten begriffen war, Kämpfen, die er im Namen des Kaisers, aber zu seinem eigenen Vortheil führte.

Aus diesem Kampfe aller gegen alle, in den sich nach Einführung des Christenthums auch noch religiöse Fragen mischten, ging schließlich in den ersten Jahren des siebzehnten Jahrhunderts Iyeyasu, der erste Shiogun der Tokugawa-Familie, deren Vettern, die Asikaya und Minamotto früher schon eine lange Reihe von Shiogunen gegeben hatten, als Sieger hervor. Aber erschöpft durch lange Kämpfe, in denen er selbst schwer verwundet worden war, hatte er nicht mehr die Kraft, vielleicht auch nicht das Wollen oder die Fähigkeit, etwas Ganzes zu schaffen, sondern begnügte sich damit, ein System herzustellen, in dem jede Gewalt sofort neben sich ein Gegengewicht fand,

und welches mehr als irgend ein anderes den Namen eines Schaukelsystems verdient.

Der Mikado mit seiner ganzen Umgebung und allen erblichen Würdenträgern des Reiches, die er zu ernennen gewohnt war, blieben bestehen, aber ihnen wurde die unbedeutende Macht genommen, die sie noch besessen hatten, und ihre Einkünfte wurden auf das geringste Maß herabgesetzt. Durch die „achtzehn Gesetze" wurde dem Mikado untersagt, sich in die Regierungsgeschäfte zu mischen, Audienzen zu ertheilen oder seinen Palast zu verlassen, und eine starke Garnison in der Hauptstadt Kioto und im Palaste selbst sorgte dafür, daß diese Regeln nicht überschritten wurden. Der Umgebung des Mikado blieb ihr Rang, die höchsten Würdenträger der Regierung und selbst der Shiogun mußten sich vor Leuten in den Staub beugen, die nicht das Einkommen ihrer Stallburschen und Thürhüter hatten, und die darum doppelt für Geschenke zugänglich waren, trotzdem auch die Annahme solcher, wie das Eingehen von ehelichen Verbindungen mit Mitgliedern der Fürstenhäuser diesem Hofadel (Kugé) auf das strengste untersagt waren.

Die ganze Regierungsgewalt wurde dem Shiogun übergeben, dessen Verwandten und obersten Lehnsträgern aber wieder ein Theil derselben als Regenten und Mitgliedern des ersten und zweiten Staatsraths, erblichen Würdenträgern u. s. w. anvertraut wurde.

Die früheren Fürsten wurden erbliche Lehnsträger, entweder unmittelbar des Kaisers, wie die achtzehn mächtigsten, oder mittelbar, indem sie in directer Abhängigkeit vom Shiogun und nur durch denselben in indirecter vom Mikado standen; der kleine Adel wurde entweder Vasall des Shioguns, Hattomotto, oder des Fürsten, in dessen Gebiet seine Ländereien lagen. Dieses System hatte etwas um so Künstlicheres, als die Reichsunmittelbaren im Norden und Osten des Landes dem Shiogun allerdings ergeben waren und es in ihrem Interesse lag, die Politik desselben zu unterstützen, im Süden und Westen aber sich die

größeren Fürsten mehr aus Erschöpfung, als weil sie thatsächlich besiegt worden waren, unterworfen hatten, und dem Shiogun keine Zweifel darüber bestehen konnten, daß seine Herrschaft in jenen Gegenden nur so lange anerkannt werden würde, als er sie aufrecht zu erhalten wüßte.

Das ganze Gebäude würde daher wahrscheinlich auch wenige Jahre nach dem Tode seines Gründers zusammengestürzt sein, wenn die ersten Nachfolger desselben nicht bedeutende Männer gewesen wären, die, was dem System an Zusammenhang und Haltbarkeit abging, durch Thatkraft und Entschlossenheit ersetzten. Sie verstanden es, während sie den Reichsgesetzen nach, wenigstens den achtzehn großen Fürsten gegenüber nur die Stelle eines primus inter pares einzunehmen berechtigt waren, auch den hohen Adel in eine Vasallen-Stellung herabzudrücken, und sich thatsächlich, wenn auch nicht nominell, zu wirklichen Herrschern des Landes zu machen. Aber von dem Augenblick an, wo die Shiogune und ihre Rathgeber im Vertrauen auf die unzweifelhaften Erfolge ihrer Vorgänger und auf das im ganzen Lande scheinbar tadellos arbeitende Räderwerk der Verwaltung in ihren Anstrengungen nachließen, brachen alle Fehler des verwickelten Systems mit doppelter Macht hervor.

Während äußerlich alles beim Alten blieb, begann unter dieser ruhigen Oberfläche ein Sturm von Intriguen, wie ihn vielleicht nie die höfische Diplomatie der Zeit Ludwigs des XIV. und XV. gekannt hat. Etiketten-Fragen, Heirathen, Ernennungen zu Würden und Aemtern, alles diente den streitenden Parteien als Vorwand, um ihre Kräfte zu messen, und wenngleich das Shiogunat scheinbar meistens als Sieger aus diesen Conflicten hervorging, da die Formen der Verfassung gewahrt blieben, erlitt es in Wirklichkeit Niederlage auf Niederlage, da es die Erhaltung der Form fast immer durch Nachgiebigkeit im Wesen der Sache erkaufen mußte. — Im Westen und Süden waren die großen Lehnsträger fast ganz unabhängig geworden, am Hofe des Mikado lagen die Fäden aller Intriguen, die gegen die

Shiogune angesponnen wurden, in den Händen der einflußreichsten Mitglieder des Hofadels zusammen, und im Norden lagen die einzelnen für das Shiogunat erbberechtigten Familien in fortdauernder Fehde miteinander, die mehr als einmal durch Gift und Dolch entschieden wurde.

Dies war die Lage des Landes, als es dem Verkehr mit den Fremden geöffnet und dadurch den Feinden des Shiogunats eine bequeme und willkommene Waffe gegen dasselbe in die Hände gegeben wurde, von der sie den rücksichtslosesten Gebrauch machten. Die Abneigung gegen die Fremden mag freilich auch manches mit den häufigen Mordanfällen gegen dieselben und dem lauten Verlangen nach ihrer Vertreibung zu thun gehabt haben, aber im Allgemeinen wird man nicht irren, wenn man annimmt, daß die Seite der Frage, durch welche der Regierung Schwierigkeiten und Gefahren bereitet werden sollten, diejenige war, welche der Hofpartei und den Prinzen des Südens als die wichtigste erschien. Die Erfolge sollten indessen den Hoffnungen dieser Partei nicht entsprechen, zwar gelang es ihr, dem Shiogunat (das seit der Berührung Japans mit den Fremden seinen Namen, wenigstens den letzteren gegenüber, gewechselt hatte, und irrthümlicher Weise Taikunat genannt wurde), empfindliche Schläge beizubringen, deren empfindlichster das directe Eingreifen des Mikados in die Regierungsgeschäfte war, aber die Versuche, die Fremden zum offenen Zerwürfniß mit dem Taikun zu bringen, führten nicht zu dem erwünschten Ziele und prallten manchmal in sehr unangenehmer Weise, wie der Prinz von Satzuma durch die Beschießung von Kagosima erfahren mußte, auf die Urheber zurück. — Endlich im Jahre 1864 schien dem Heißsporn der Taikun- und Fremden-feindlichen Partei, dem Prinzen von Choshu, der Augenblick gekommen, einen Hauptschlag zu führen, aber sein Versuch, sich der Person des Mikados zu bemächtigen, mißlang, seine eigenen Freunde, namentlich der Prinz von Satzuma, wendeten sich gegen ihn; die mit ihm im Complott gewesenen Kugés, zu denen auch der

Chef der jetzt in Europa weilenden Gesandtschaft (Iwakura) gehört, mußten flüchtig werden, und der wohl auch mit in die Verschwörung verwickelte Mikado machte gute Miene zum bösen Spiel und erklärte seine vorwitzigen Parteigenossen in Acht und Bann. Die schönen Tage des Taikunats schienen wieder beginnen zu sollen, der Taikun selbst verließ an der Spitze einer starken Truppenabtheilung Yedo und begab sich nach Kioto, dem Sitze des Mikados, um einerseits dem Kriegsschauplatze näher zu sein, andererseits allen Intriguen am Kaiserhofe durch seine Gegenwart die Spitze abzubrechen; aber die Prinzen des Südens waren nicht gesonnen, der verhaßten Centralgewalt diesen Triumph zu gönnen und ihr zu gestatten, den Genossen ihrer Anschläge, der nur aus Voreiligkeit gefehlt, gänzlich zu vernichten.

So kam es, daß der Krieg gegen den aufständischen Vasallen sich in die Länge zog, bis der Taikun, die einen sagen an Gift, die anderen an gebrochenem Herzen, starb, und es sich, da er keine Kinder hinterließ, um die Wahl eines Nachfolgers handelte. Dieselbe fiel auf einen jüngeren Sohn der Familie Mito, der vom Prinzen von Hitotsbaschi adoptirt worden und schon einmal als Prätendent aufgetreten war; damals hatte die Regierungspartei gesiegt, und Hitotsbaschi war als nicht erbberechtigt von der Wahl ausgeschlossen worden. Auf die einzelnen Phasen der Unterhandlungen einzugehen, dürfte schwer, die Gründe anzugeben, warum er als zur Nachfolge nicht berechtigt angesehen wurde, würde langweilig sein; genug, er wurde gewählt, wahrscheinlich, weil die Prinzen des Südens und die Hofpartei, mit denen er stets in enger Verbindung gestanden, glaubten, in ihm ein williges Werkzeug für die Durchführung ihrer Pläne zu finden, und weil er vermuthlich der Partei des Taikuns Zusicherungen gemacht hatte, welche dieselbe veranlaßten, in ihm einen Uebergänger aus dem feindlichen Lager zu erblicken. — Jedenfalls schien er bei Antritt seiner Stellung geneigt, seine früher gespielte Rolle aufzugeben und für Stärkung des innerhalb der letzten Jahre, besonders durch

seine eigene Schuld herabgewürdigten und geschwächten Taikunats alle Kräfte der Partei einsetzen zu wollen. — Von großen Fähigkeiten und einem, selbst für einen Japaner seltenen Talent für Intriguen, fehlte es ihm doch an den Eigenschaften, deren er unter den vorhandenen Verhältnissen am meisten bedurft hätte, an persönlichem Muthe und Entschlossenheit. Er verließ Kioto und machte Osaka zu seinem Hauptquartier; ein um so größerer Fehler, als die Prinzen des Südens sich sofort der Person des Mikados bemächtigten und nun auf ihre Fahnen schreiben konnten, daß sie für den Kaiser gegen den aufständischen Krongeneral kämpften. Die Truppen, welche der Taikun gegen Kioto schickte, um den gefangenen Kaiser, denn als solchen bezeichnete er ihn in seinen Proklamationen, zu befreien, wurden bei Fuschimi, einige Meilen von Kioto, in Folge des Ueberganges eines der kleineren Fürsten zum Feinde, geschlagen, und das ganze, längst faule und verrottete Gebäude brach zusammen. Hitotsbaschi selbst flüchtete bei Nacht und Nebel an Bord eines auf der Rhede von Osaka liegenden amerikanischen Kriegsdampfschiffes und von da an Bord eines eigenen Fahrzeuges, mit dem er nach Yedo zurückging; die Armee eilte in wilder Flucht bis über die Hakone-Pässe zurück, und alles Land westlich derselben fiel in die Hände der südlichen Coalition. Noch wäre indessen nichts verloren gewesen, hätte der Taikun nur den Muth gehabt, sich an die Spitze seiner Partei zu stellen und offen die Fahne des Widerstandes gegen den Mikado zu erheben; aber dazu reichte weder sein physischer noch sein moralischer Muth aus; nach vergeblichen Versuchen, einen anderen zu finden, dem er die Last des Taikunats übergeben könne, unterwarf er sich und erhielt von seinen alten Parteigenossen, welche die früher geleisteten Dienste nicht vergessen hatten, das Leben geschenkt; der Widerstand der nördlichen Fürsten, die weniger aus Liebe zum Taikun, als aus Haß gegen den siegenden Süden, tapfer, aber ohne Einheit der Leitung und des Planes kämpften, wurde mit verhältnißmäßig geringen Opfern gebrochen, und das Ende des

Jahres 1868 sah den Mikado, oder vielmehr die Partei, die seinen Namen auf ihre Fahnen geschrieben hatte, als fast unbestrittenen Herrscher des ganzen Reiches.

Die Zusammensetzung der siegreichen Partei machte es indessen unmöglich, daß das Resultat des so glücklich geführten Kampfes die Errichtung einer starken, einheitlichen Regierung sein konnte. Beide Elemente, aus denen dieselbe zusammengesetzt war, die Prinzen des Südens wie die Hofpartei, hatten nur im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind die eigenen Interessen hintenansetzen können und wollen; sowie aber die äußere Gefahr, die sie zusammenhielt, verschwunden war, mußte das ohnehin schon lockere Band sich lösen. Die erste Niederlage, welche die Hofpartei erlitt, war die in der Fremden-Frage, deren Lösung sie durch die Vertreibung der Fremden zu erstreben suchte. Aber die Fürsten des Südens waren durch Schaden klug geworden, sie wußten, daß die Berufung an die Waffen gegen die Fremden stets zu ihrem Nachtheile ausschlagen würde, und sie zogen den Bruch mit ihren Parteigenossen dem mit den Fremden vor. — Die nächsten Jahre vergingen in kleinen Scharmützeln; die Versuche der Hauptführer der Prinzenpartei, die selbständigen Fürsten zur Niederlegung der Regierung zu bringen, mißlangen, obgleich sie selbst mit dem besten Beispiel, auf dem Papier, vorangingen und ihre Ländereien und Einkünfte dem Kaiser übergaben, ebenso konnten sie die Kugés nicht von der Regierung ausschließen, sondern mußten es mit ansehen, wie dieselben sich eines wichtigen Postens nach dem anderen bemächtigten.

Aber die alte Wahrheit, daß die Revolutionen ihre eigenen Kinder verzehren, sollte sich auch hier bestätigen.

Im Frühjahr 1871 kam ein Uebereinkommen zwischen den Häuptern der Kugé-Partei und den Männern zu Stande, welche scheinbar für die Prinzen des Südens, im Grunde aber nur für sich arbeiteten; die Kugés, mit Ausnahme von drei oder vier ihrer einflußreichsten Spitzen, wurden gestürzt, aus Aemtern und Würden verjagt und zu einer Stellung erniedrigt, die noch viel

unbedeutender war als die, welche sie früher zur Zeit des Taikunats am Kaiserhofe eingenommen hatten. Kronos hatte sein erstes Kind verspeist; das zweite sollte bald nachfolgen. Stark durch die Unterstützung des Prinzen von Satzuma, des mächtigsten Führers der südlichen Coalition, der wenigen in ihren Stellungen verbliebenen Kugés und aller der Leute, welche die unreinen Wasser einer Revolution an die Oberfläche zu heben pflegen, ging die Centralgewalt nunmehr gegen die reichsunmittelbaren Fürsten vor, erklärte sie für abgesetzt, belegte ihre Besitzungen und Einkünfte mit Beschlag, und überließ ihnen nur ein Zehntel ihrer früheren Einnahmen als Privatbesitz. Allgemein wurde erwartet, daß einige der mächtigeren Prinzen sich diesen Maßregeln, wenn nöthig, mit den Waffen in der Hand widersetzen würden, aber nichts von dem geschah, und diese große Umwälzung verlief, wenigstens was die von ihr betroffenen Hauptpersonen anging, ohne ernste Schwierigkeiten und ohne Blutvergießen.

Fragt man sich nun, wie die neue Regierung beschaffen und welches die Stellung der Parteien sei, so ist die Frage nicht schwer zu beantworten; schwieriger aber, wenn nicht unmöglich, dürfte es sein, vorauszusagen, was die nächsten Jahre in ihrem Schoße mit sich führen werden. An der Spitze der Regierung steht der Mikado, ein junger Mann, der, obgleich er in der letzten Zeit einige der geöffneten Häfen des Landes besucht und die Eisenbahn von Yedo nach Yokohama persönlich dem Verkehr übergeben hat, wohl kaum als etwas anderes als der nominelle Herrscher betrachtet werden dürfte, dessen Namen und Siegel dazu dienen muß, den Handlungen der Regierung den nöthigen Nimbus zu verleihen. Die wenigen, in ihren Stellen verbliebenen Kugés scheinen zu fühlen, daß sie ebenfalls nur Werkzeuge in den Händen von dritten Personen sind; sie dienen dazu, an den Glanz des Kaiserhofes und die göttliche Abkunft des Kaisers zu erinnern, und spielen vielleicht eine mehr verschönernde als thatsächlich wichtige Rolle; ein Theil der

mediatisirten Fürsten schmollt und wartet auf die Gelegenheit, sich für die ihnen angethane Ungerechtigkeit zu rächen; ein anderer Theil hat sich über den erlittenen Verlust bereits getröstet und verzehrt in lustiger Gesellschaft, zum Theil auf Reisen außer Landes, das ihm bewilligte Einkommen; im Hintergrunde aber steht finster, und wenn man den in den letzten Monaten zu Tage getretenen Erscheinungen Glauben beimessen darf, drohend und unzufrieden der Prinz von Satzuma, oder vielmehr die Seele der ganzen Satzumanischen Politik, der alte Schimadzu Saburo, von dessen Gefolge einst der Engländer Richardson niedergehauen wurde. Trotz aller schönen Reden ist die Verwaltung von Satzuma noch ausschließlich in den Händen von Anhängern des Stammes, bestehen die Satzumanischen Truppen noch ebenso rein und unversalzt unter ihren eigenen Führern fort, als wäre die ganze Umwälzung überhaupt nicht erfolgt, und thut der Prinz von Satzuma überhaupt nur, was ihm gefällt, nicht aber, was die Centralgewalt befiehlt.

Die Handhabung der Regierung aber liegt in den Händen einer größeren Anzahl von Leuten, welche vor wenigen Jahren noch ganz unbekannt waren, und die der Wellenschlag der letzten Umwälzungen auf die Oberfläche gebracht hat; viele von ihnen scheinen kräftige, ernst strebende Leute, die gewiß viel eher mit langsamer Bedächtigkeit, als mit stürmender Eile, auf der Bahn der Reformen fortschreiten möchten; aber die meisten der neueren hohen Beamten sind junge Männer, die, was ihnen an Kenntnissen und Erfahrung abgeht, durch ein nicht zu erschütterndes Selbstbewußtsein ersetzen und deren blindes Reformiren, bei dem bis jetzt wenigstens nur zerstört und nichts aufgebaut worden ist, Japan eine stürmische Zukunft bereitet. — Im Lande selbst aber kocht und gährt es überall; die ganze Klasse der kleinen Landedelleute, Vasallen und Beamten des Taikuns und der früheren Reichsunmittelbaren steht der Regierung, die sie ihrer Einkünfte und ihrer erblichen Aemter beraubt hat, feindlich gegenüber, und benutzt ihren Einfluß auf das ohnehin über die Vertreibung

seiner angestammten Fürsten und die Erhöhung der Steuern mißvergnügte Landvolk, um dasselbe in seiner Opposition gegen die Regierung zu bestärken, die sich während der letzten Jahre in unzähligen kleineren und größeren Aufständen kundgegeben hat; diese Unzufriedenheit des Landvolks ist aber ein um so bedenklicheres Zeichen, als die Ernte des letzten Jahres eine vorzügliche gewesen ist und der materielle Mangel, die Ursache so vieler Umwälzungen, damit fortgefallen war.

So scheint Japan, statt am Ende einer großen, in ihren Folgen segensreichen Umwälzung, am Vorabend einer neuen Krisis zu stehen, die nur zu leicht, wie die früheren Jahrhunderte, zu einem langedauernden Bürgerkriege führen könnte.

III.

Wenn die politische Entwickelung des Landes in Japan wie überall viel dazu beigetragen hat, den Charakter der Gesammtheit des Volkes, wie des Einzelnen umzuformen und zu bilden, so läßt sich auf der anderen Seite doch auch nicht verkennen daß die gegebenen Rassen- und Charakter-Eigenthümlichkeiten der historischen Weiterbildung Weg und Mittel vorgezeichnet haben. Die Rasse, von der Japan bewohnt wird, ist eine Mischrasse. Die vermuthlichen Ureinwohner des Landes, von den Japanern früher Yebis oder östliche Barbaren, von sich selbst Ainos, von der Wissenschaft behaarte Kurilen genannt, wurden im 7. oder 8. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung von wahrscheinlich aus dem Innern Asiens kommenden Stämmen angegriffen und unter fortwährenden Kämpfen immer mehr nach Osten gedrängt. —

Ueber den Ursprung der Eindringlinge wie über die ersten Zeiten ihrer Niederlassung in Japan liegen keine Nachrichten vor; nach japanischen Quellen, die aber auch erst aus jüngerer Zeit stammen, hatten sie sich gegen Ende des 7. Jahrhunderts v. Chr. des südlichen und östlichen Theils der japanischen Inseln bis ungefähr zu der Gegend, in welcher die jetzige Hauptstadt Kioto liegt, bemächtigt und fühlten sich in ihrem Besitze sicher

genug, um ihre Waffen nicht mehr gegen die Ureinwohner, sondern gegen sich selbst kehren zu können. — Aus den Kämpfen der einzelnen Stämme der Einwanderer untereinander, Kämpfen, die um die Herrschaft eines Stammes über den anderen geführt wurden und in denen das religiöse Element, die Abstammung der Bewerber um die Herrschaft von der Sonnengöttin, eine große Rolle gespielt zu haben scheint, ging der Häuptling eines ursprünglich auf der Insel Kiusiu angesessenen Stammes als Sieger hervor und wurde unter dem Namen Synmu der Stammvater des noch jetzt herrschenden Mikado-Geschlechts. (Irrthümlich würde es übrigens sein, zu glauben und zu behaupten, wie dies nur zu oft geschieht, daß das Herrschergeschlecht Japans sich fast zweitausendfünfhundert Jahre hindurch in ununterbrochener Linie fortgepflanzt habe; eine nicht unbedeutende Anzahl weiblicher Mikados beweist, daß der Mannesstamm schon ziemlich früh und wiederholt ausgestorben ist, und die in Japan landesübliche Sitte der Annahme Fremder an Kindesstatt, wo eigene Leibeserben fehlen, hat der Kaiserlichen Familie mehr als einmal frisches Blut zugeführt.)

Aus der Thatsache, daß sich in Japan Besiegte und Sieger neben einander fanden, ergab sich von selbst eine Art Kasteneintheilung, deren Spuren sich bis auf die jüngste Zeit verfolgen lassen. Den Siegern, d. h. den neuen Eindringlingen, fiel der Priester- und der Soldatenstand zu, die alten Ureinwohner, die Besiegten blieben, wo sie nicht die Auswanderung nach Osten und Norden der Unterwerfung vorzogen, an der Scholle kleben und mußten als Hörige das Land bebauen. Spätere koreanische und chinesische Einwanderungen, die übrigens erst im ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung beglaubigt auftreten, mögen in diesem Verhältniß wenig geändert haben. In beiden Ländern, aus denen diese Colonisten stammten, bestanden denen Japans ähnliche Verhältnisse; die Fürsten und Edlen mögen als ebenbürtig in Japan aufgenommen worden sein, wenigstens rühmen sich einzelne der japanischen Familien, von chinesischen oder

koreanischen Einwanderern abzustammen, die große Menge wird wahrscheinlich nur die Hörigkeit im alten Vaterlande mit der im neuen vertauscht haben.

Während so das Schwert des Eroberers die Scheidewand nach unten zog und zwischen dem freien Krieger und dem hörigen Landbebauer unterschied, lag es im Interesse der Dynastie, den Unterschied nach oben hin womöglich noch fühlbarer zu machen. Was zuerst nur unbewußtes Gefühl gewesen, das allen Völkern mehr oder minder gemein ist, die Stammeshäuptlinge und Helden als Abkömmlinge der Götter zu betrachten, wurde bald Staatsprincip; die göttliche Abstammung des Mikados und seine eigene Göttlichkeit wurden die Hauptglaubensartikel der japanischen Religion und Staatskunst, und aus den Trümmern der alten unabhängigen Stämme entstand eine das ganze Land umfassende durchaus theokratische Regierung. Auffallend ist dabei nur, daß sich nicht, wie fast überall sonst, trotz der dafür vorhandenen Anlagen die Scheidung in Priester- und Kriegerstand vollzog, sondern wie in China und Korea an Stelle dieser beiden Kasten, die der Civil- und Militärbeamten, der Hofadel und der Schwertadel, traten.

Die weitere Entwickelung ist der des europäischen und ganz besonders des deutschen Mittelalters durchaus ähnlich. Nur das Schwert konnte schaffen, nur das Schwert erhalten; über allen, hoch verehrt, aber ohne jede thatsächliche Gewalt, stand der Kaiser; und manchmal nicht einer, sondern zwei, was zu den hartnäckigsten Kämpfen Veranlassung gab, obgleich jede Partei sich von vornherein darüber einig war, daß sie dem von ihr aufgestellten Herrscher auch nur soweit gehorchen werde, als es ihr passe und beliebe. Unter dem Kaiser kämpfte der große und der kleine Adel um Besitz und Macht. Es war ein Kampf aller gegen jeden und jedes gegen alle, in welchem die untergehenden Geschlechter den Boden für neuen Nachwuchs düngten und in dem aus der Rohheit und moralischen Verkommenheit, die langdauernde Bürgerkriege in noch höherem Maße mit sich führen,

als Kämpfe von Volk gegen Volk, als einzig versöhnende Eigenschaft die Treue der Vasallen gegen den Herrn hervorleuchtet, die den Tod dem Abfall und der Schande vorzog. Für Geld mußten Raub und Contribution sorgen, und wo die nicht auslangten, der große Kaufmann, der Hofjude des Mittelalters, der seinem Fürsten gegen hohe Zinsen Geld und Waare vorschoß und dafür mit Ländereien belohnt wurde. Das niedere Volk, die Landbebauer waren nur dazu da, geplündert und bedrückt zu werden, und es kann daher nicht Wunder nehmen, daß Verkehr und Ackerbau daniederlagen und der Bauer es vorzog, der Trommel zu folgen und selbst zu brennen und zu rauben, anstatt die Arbeit von Monaten in wenigen Stunden einen Raub der Flammen oder Beute wilder Horden werden zu sehen. Auch der Kirche war es vorbehalten, in den Kämpfen des japanischen Mittelalters eine Rolle zu spielen, die nicht zu sehr von der verschieden ist, welche sie sich in Deutschland anmaßte. Trotz mancher blutigen Verfolgung war es dem Buddhismus gelungen, in Japan festen Fuß zu fassen, und wenn seine Lehren auch nie das Volk zum Glaubenskriege aufstacheln konnten, hatten doch seine Priester Macht und Ländereien zu erwerben gewußt und waren nicht zu verachtende Feinde oder Bundesgenossen. Mancher buddhistische Abt ritt gewappnet und bewehrt an der Spitze seiner Mannen, und die Mönche des Klosters Yessan haben mehr als einmal entscheidend in die politischen Kämpfe dieser Zeiten eingegriffen.

Endlich nach Jahrhunderten blutiger Bürgerkriege sollte die ersehnte Zeit der Ruhe kommen. Den erschöpften Händen entfielen die Waffen, und unter der starken Herrschaft der ersten Shiogune der Tokugawa-Familie begannen Verkehr und Ackerbau sich wieder zu beleben. Aus dieser Zeit stammt die verhältnißmäßige Wohlhabenheit der Landbevölkerung wie der Kaufleute. Zwar drückten die erste schwere Steuern, 40 bis 50 und manchmal noch mehr Procente vom Ertrage ihrer Felder, und mußten die letzteren den leeren Staatssäckel häufig durch frei-

willige Zwangsanleihen füllen helfen, aber für mäßige Ansprüche blieb immer noch genug, und wenn die Bedrückungen der Localbehörden einmal zu arg wurden und die Bevölkerung zu laut murrte, schritt die Regierung ein und erwarb sich so auf billige Weise den Ruhm, sich des Wohls der gemeinen Leute angenommen zu haben. Für Vergnügen und Erholung sorgten der leichte Sinn des Volkes und die vielen Feste des Sinto-Cultus und des Buddhismus; an solchen Tagen sah man Männer, Frauen und Kinder, Blumen oder grüne Zweige tragend, nach den Tempeln und Theehäusern ziehen und sich dort an Speise und Trank und schöner Aussicht und Schaustellungen ergötzen, und wenn sie des Abends auch selten nüchtern heimkehrten, so war doch der Rausch ein angenehmer und friedfertiger, und weder der Landsmann noch der Fremde hatten unter demselben zu leiden. In diesen Verhältnissen hat die Ankunft der Fremden wenig geändert. Zwar sind die Preise aller Lebensbedürfnisse um das Vier- bis Fünffache gestiegen, aber nicht, weil sie seltener geworden, sondern weil der Verkehr mit den Fremden, die japanische Erzeugnisse zu bis dahin ungeahnten Preisen kaufen und außer Landes führen, viel baar Geld ins Land gebracht hat; so verdienen der Seiden-, Thee- und Reis-Producent viel mehr als sonst, die Löhne der Tagearbeiter und Dienstboten sind gestiegen, und im Ganzen ist das niedere Volk dem Verkehr mit den Fremden nicht abgeneigt. Weniger zufrieden ist es mit dem Wechsel der politischen Verhältnisse gewesen. Der Ackerbau hing an seinem angestammten Fürsten, für dessen Bedürfnisse er gern hohe Steuern zahlte; wurde doch der größere Theil derselben im Lande selbst verzehrt und konnte sich der Steuerzahler an dem Glanze und der Pracht freuen, zu deren Unterhaltung er beitragen mußte. Die Beamten des Fürsten waren im Lande angesessene Leute, deren Aemter sich vom Vater auf den Sohn vererbten und die durch manche Bande der Freundschaft und des Blutes mit den Pächtern und Bauern verbunden waren; trotz mancher Härte gingen die Erhebung der

Steuern und die anderen Handlungen der Verwaltung doch immer mit einer gewissen Gemüthlichkeit vor sich, und der Beamte, wenn er auch auf seinen eigenen Vortheil bedacht war, war es doch nur innerhalb gewisser Grenzen. Jetzt hat sich dies alles geändert. Die alten Fürsten und Beamten sind abgesetzt und besonders die letzteren zum Theil mit unzureichenden Pensionen bedacht worden; sie leben in der Mitte der alten ihnen ergebenen Bevölkerung und lassen natürlich keine Gelegenheit vorbeigehen, die Vergangenheit zu preisen und die Gegenwart herabzusetzen. Ihre Stellen sind durch aus anderen Provinzen genommene Regierungsbeamte ausgefüllt worden, die keine Bande der Sympathie an die Bevölkerung fesselt, über deren Wohl und Wehe sie zu entscheiden haben; statt einer Erniedrigung der Steuern, die wie alle aus einer Revolution hervorgegangenen Regierungen auch die des Mikados auf ihre Fahne geschrieben hatte, ist selbstverständlich eine Erhöhung eingetreten; der neue Beamte, dem nur daran liegt, der entfernten Centralregierung seinen Eifer und seine Brauchbarkeit zu beweisen, geht bei der Eintreibung derselben mit rücksichtsloser Härte zu Werke, und da er voraussichtlich nur kurze Zeit auf seinem Posten verweilen wird, — Revolutionen verschlingen ihre eigenen Kinder und haben stets mehr persönliche Ansprüche zu befriedigen als angestammte Herrschaften, — so muß er sich desto mehr beeilen, auch auf seinen eigenen Vortheil bedacht zu sein.

Noch schlechter als die Landbevölkerung ist bei den Umwälzungen der letzten fünfzehn Jahre die Adelskaste, besonders die niederen Grade derselben, gefahren. Wer sich während der Dauer der Bürgerkriege nicht Habe und Gut erworben hatte, war für seinen Unterhalt auf das Wohlwollen des letzten Herrn angewiesen, dem er gedient hatte, und manchem der letzteren mag es schwer gefallen sein, die vielen Ansprüche zu befriedigen und die hungrigen Mäuler der treuen Vasallen zu stopfen. Viele derselben erhielten kleine Aemter und Pöstchen, mit denen Ländereien und sonstige Einkünfte verbunden waren, aber die große

Mehrzahl mußte als das persönliche Heergefolge des Herrn mit in die neuen Verhältnisse hinübergenommen werden. Daß dabei Sold und Beköstigung nicht sehr reich ausfallen konnten, liegt auf der Hand. Für 1—4 Personen Reis zur Nahrung und 5—10 Thaler baaren Geldes war alles, was ein solcher Krieger erhielt; dafür mußte er die Wachen im Schloß thun, im Gefolge seines Herrn durch die Straßen ziehen und sich einige Male des Jahres bei besonderen Gelegenheiten im seidenen Staatskleide zeigen; die übrige Zeit hatte er zu seiner Verfügung, und da die Standesehre ihm verbot, irgend ein Geschäft oder Handwerk zu treiben, so blieb ihm nichts anderes übrig, als in den Theebuden und öffentlichen Häusern herumzulungern und ein unnützes, wenn nicht gefährliches Mitglied der Gesellschaft zu werden. Die Fähigsten und Feurigsten der Adelskaste gingen auf diese Weise zu Grunde; in ihnen lebten die Traditionen der alten Zeit noch fort; durch Ausschweifungen suchten sie das Gefühl der Ueberflüssigkeit, das sie wohl manchmal beschleichen mochte, zu betäuben, und wenn Schulden oder ein begangenes Verbrechen sie zwangen, der engeren Heimath den Rücken zu kehren, zogen sie als herrenlose Edle, Lohnine, in das Land hinaus. Manche besserte das harte Geschick, und sie versuchten als Krämer und Schullehrer auf ehrliche Weise ihren Unterhalt zu gewinnen, die meisten aber trieben in einer der großen Städte, Yedo, Osako und Kioto das wüste Leben weiter fort; sie waren die willigen Werkzeuge jeder Verschwörung, ob es sich um eine Staatsumwälzung oder einen Meuchelmord handelte, und ihr Loos mochte noch als beneidenswerth gelten, wenn sie im ehrlichen Kampfe oder in einem Wirthshausstreit, nicht aber auf der Folterbank oder unter dem Schwerte des Henkers endeten.

Besser erging es dem Adligen, der sich in die Verhältnisse finden konnte, die der Frieden geschaffen; leben konnte er zur Noth. Leute, die einfältig genug waren, seine nichts geltende Fürsprache durch ein Geschenk zu erkaufen, fanden sich wohl auch, und war er gar so glücklich, irgend einen Bauern oder

Bürger auf einer Gesetzübertretung zu ertappen oder ihm zu einer solchen behülflich zu sein, so war ihm für lange Zeit geholfen. In dieses beschauliche Leben fiel die Eröffnung des Landes für den Verkehr mit den Fremden wie ein Donnerschlag; die Preise der Lebensmittel und der Seide, die zu den Staatsgewändern verwendet werden mußten, stiegen in bis dahin unerhörter Weise, und die Fürsten, deren ganze verfügbare Mittel für den Ankauf von Kriegsmaterial und fremden Schiffen in Anspruch genommen wurden, konnten den Leuten ihres Gefolges keinen höheren Lohn gewähren, wie der Kaufmann und der Handwerker dies seinen Arbeitern gegenüber konnte. Dies die Ursache, ganz abgesehen von andern edleren Gründen, die Einzelne geleitet haben mögen, des Hasses der ganzen Adelskaste gegen die Fremden, der sie daher sehr willig finden ließ, sich allen Unternehmungen gegen die verhaßten Eindringlinge anzuschließen. — Aber auch diese gefügigen Werkzeuge der letzten politischen Umwälzungen, die zum Theil wohl aus denselben einen Verfolgungskrieg gegen die Fremden hervorgehen zu sehen gehofft hatten, sollten von dem einmal ins Rollen gekommenen Stein zermalmt werden. Die neuen Machthaber überzeugten sich bald, daß es kostspielig und unnütz sein würde, die Hunderttausende, denn danach zählen die Mitglieder der niederen Adelskaste, weiter zu ernähren; mit den Fürsten fielen auch die Diener, und wenn manchen derselben auch kleine Pensionen gewährt worden sind, so ist es doch bei weitem dem größeren Theil überlassen worden, für sich selbst zu sorgen. Daß diese Leute den neuen Verhältnissen nicht wohlwollen, liegt klar auf der Hand: sie sind die Seele aller der Bauernaufstände gewesen, die während der letzten zwei Jahre bald hier, bald dort ausgebrochen sind, und ihnen ist die Schuld zuzuschreiben, wenn bei allen diesen Gelegenheiten der Ruf nach der Vertreibung der Fremden wieder laut geworden ist. —

Nur für einige Mitglieder der Adelskaste ist die Umwälzung, durch welche der Mikado wieder zur Regierung kam, von Vor-

theil gewesen. Bei der Erblichkeit nicht nur in den Familien der Fürsten, sondern auch in denen ihrer höchsten Beamten (Karos, secrétaires des commandements wäre vielleicht die beste Uebersetzung) war es natürlich, daß selten bedeutende Männer die Stellen als Fürsten oder als Karos einnahmen. Es lag im Interesse ihrer Umgebung, die für diese Stellen bestimmten Personen frühzeitig durch Ausschweifungen aller Art zu gefügigen Werkzeugen zu machen, und wenn es ja einer durch die Natur oder die Verhältnisse begünstigten Persönlichkeit gelang, dieser Gefahr zu entgehen, so sorgten die minutiösen Ceremonial-Vorschriften und die Eifersucht der Shiogune dafür, daß es ihnen an jeder Gelegenheit zum thatkräftigen Eingreifen fehlte. So kam es, daß während die Titulare der Stellen unbedeutende oder im besten Falle ohnmächtige Persönlichkeiten waren, die wirkliche Macht in den Händen kleiner Beamten lag, die durch die Unbedeutendheit ihrer Stellung und ihres Ranges gegen Argwohn und Ueberwachung geschützt waren und die die Fäden zogen, welche die Arme und Beine der betitelten Marionetten in Bewegung setzten. Diese Leute sind es gewesen, welche das Taikunat, die Kugés und die Fürsten gestürzt haben und jetzt, unter dem Namen des Mikados, die Regierung führen. — Mit den Verhältnissen ihres eigenen Landes bekannt, in die Tausende von Geheimnissen eingeweiht, aus denen das politische Leben eines Landes besteht, dessen Geschichte während der letzten zwei Jahrhunderte nur durch Intriguen und Verschwörungen gemacht worden ist, und zum Theil mit eiserner Energie begabt, haben sie bis jetzt mit großem Glück und unleugbar vielem Geschick gehandelt. Aber der schwerere Theil ihrer Aufgabe liegt vor ihnen: bis jetzt haben sie nur zerstört, nun handelt es sich darum, auf den Trümmern des Vergangenen das neue Gebäude für die Zukunft zu errichten. — Ob und in welcher Weise ihnen dies gelingen wird, kann eben nur die Zukunft zeigen, aber die Schwierigkeiten, die sich ihnen in den Weg stellen, sind groß und desto schwerer zu überwinden, weil sie in dem Charakter

der Japaner liegen, wie sich derselbe seit Jahrhunderten entwickelt und befestigt hat. Diese Schwierigkeiten sind, die Apathie des größten Theils der Bevölkerung, die derselben durch äußeren Druck und Ausschließung von aller Theilnahme an den Regierungsgeschäften, wie von jeder Möglichkeit sich durch Glücksfälle oder eigene Anstrengung über die angeborene Kaste emporzuheben, künstlich anerzogen worden ist, die Corruption des japanischen Beamtenstandes und vielleicht der ganzen Bevölkerung, die jedes Gefühl eines Unrechts beim Bestechen wie beim sich Bestechen lassen verloren hat und endlich die Thatsache, daß es in Japan überhaupt keine Japaner gibt, sondern nur Angehörige einzelner Provinzen, denen das Interesse der Provinz stets über das des Gesammtvaterlandes geht. — So unglaublich dies auch klingt, so wahr ist es doch, und die Higo-Leute, die Choshiu-Leute, die Satzuma-Leute verfolgen heute gerade so verschiedene Zwecke, betrachten sich mit eben solchem Argwohn und Mißtrauen, wie vor fünf Jahren, als das Taikunat noch bestand. — Ein anderer ernster Grund zur Besorgniß liegt in der Unselbständigkeit und Unbeständigkeit des japanischen Charakters. Ohne eigene Civilisation, denn die japanische ist nur ein Seitenzweig der chinesischen, die, was einzelne Künste und Handwerke anbetrifft, sich selbständig weiter entwickelt, aber auf geistigem Gebiete nichts eigenartiges hervorgebracht hat, greift der Japaner nach allem, was die fremde Cultur ihm bietet. Durch seine Erziehung, die nur auf das Auswendiglernen berechnet war, unfähig, logisch zu denken und sich die Folgen seiner Handlungen, wie sich eine aus der andern entwickeln muß, vorher klar zu machen, läßt er sich nur zu leicht durch ein glänzendes Aeußere verlocken und wirft dann, wenn der Erfolg nicht sofort den Erwartungen entspricht, das zu theuer bezahlte Spielzeug in den Winkel. — Ohne starkes Nationalgefühl, — denn das sogenannte Nationalgefühl der Japaner ist nur persönliche Eitelkeit; eine Nation, in der das Gefühl ihres eigenen Werthes und ihrer Bedeutung mächtig ist, entnationalisirt sich nicht innerhalb weniger Jahre äußerlich und

innerlich, wie das mit Japan der Fall gewesen ist, — wissen diejenigen Japaner, die in Europa erzogen werden, was sie dort lernen, nicht mit dem zu verbinden und zu verschmelzen, was dem Fremden als die „berechtigten Eigenthümlichkeiten“ ihres Landes erscheint; sie kehren in die Heimath nicht als aufgeklärte und unterrichtete Söhne derselben, sondern als Mitglieder oder Führer einer französischen, americanischen oder englischen Partei ꝛc. zurück; sie schwärmen für die Einführung der preußischen Militär-Gesetze, des code Napoléon oder der americanischen Wählbarkeit der Beamten, aber sie haben vergessen, daß man wohl einen tüchtigen Baum veredeln kann, selbst wenn das Pfropfreis aus fremdem Lande stammt, daß aber eine Pflanze immer nur in dem Klima leben und gedeihen kann, für das die Natur sie bestimmt hat. — Dies den Japanern wieder und immer wieder vorzuhalten, sie darauf hinzuweisen, daß nur eine Entwickelung aus Innen heraus, mögen die benutzten Hilfsmittel auch von Außen herangeholt werden, zum Heile führen kann, dürfte eine dem wahren Freunde des Landes angemessenere und würdigere Aufgabe sein, als in blinder Unwissenheit oder berechnender Speichelleckerei in dem Reiche der aufgehenden Sonne ein Land zu erblicken, vor dessen Bevölkerung die kaukasische Rasse nur bewundernd das Knie beugen kann.

III.

Zwei Episoden der japanisch-koreanischen Beziehungen.

Die japanische Invasion Koreas in 1592.

Die Ermordung der Königin von Korea in 1895.

Die japanische Invasion Koreas in 1592.

Der Widerstand, den nach allen Berichten sowohl während des japanisch-chinesischen Krieges wie nach dem Friedensschluß die gesammte koreanische Bevölkerung, wenige politische Intriganten ausgenommen, allen Versuchen der Japaner, sich als Freunde, Befreier und Beschützer Koreas hinzustellen, geleistet hat, ist auf den grimmigen Haß zurückzuführen, der seit Jahrhunderten jeden Koreaner gegen die Bewohner des Nachbarlandes erfüllt. Um dieses Gefühl zu verstehen und zu würdigen, muß man sich der Kämpfe erinnern, welche die Koreaner seit dem 3. Jahrhundert unserer Zeitrechnung für die Erhaltung ihrer Unabhängigkeit gegen Japan zu führen gezwungen gewesen sind und die Greuel kennen, deren sich die Japaner bei der letzten Invasion Koreas gegen Ende des 16. Jahrhunderts schuldig gemacht haben.

Einer der wärmsten Bewunderer der Japaner, der Americaner W. E. Griffis, sagt über diese Invasion: „So (d. h. mit dem Rückzuge der Japaner aus dem Lande) endete einer der unnöthigsten, jeder Veranlassung entbehrenden, grausamsten und verheerendsten Kriege, von denen Korea jemals heimgesucht wurde und von dem sich zu erholen es über zwei Jahrhunderte gebraucht hat."

Wie zutreffend dieses Urtheil ist, wird ein kurzer Rückblick auf die Ereignisse der Jahre 1592 bis 1598 zeigen.

Toiotomi Hideyoshi, der Bauernsohn aus Owari, hatte als Quanbaku, d. h. Premier-Minister oder Regent, in 1590 alle seine Gegner besiegt und die Ruhe in Japan wieder hergestellt. Seit seiner frühesten Jugend hatte er sich mit hochfliegenden Ideen getragen, zu denen die Eroberung der Welt, d. h. nach dem damaligen Begriffe Chinas, gehörte, und er glaubte jetzt den Augenblick gekommen, diesen Plan ins Werk zu setzen. Dazu sollte ihm als Vorwand dienen, daß eine schon in 1582 an den König von Korea gerichtete Forderung, die früher üblichen Tributgesandtschaften nach Japan wieder aufzunehmen, abschläglich beantwortet worden war.

Um sich ganz der Ausführung dieses Planes widmen zu können, übergab Hideyoshi sein Amt als Quanbaku seinem Neffen und Adoptivsohn Hidetsugu, wobei er indessen fortfuhr, wie das in ähnlichen Fällen in Japan zu geschehen pflegte, nach wie vor die thatsächliche Gewalt auszuüben. Zugleich nahm er den Titel an, der allen gewesenen Quanbakus zukam, Taiko, d. h. großes Verdienst; er ist aber der einzige dieser hohen Würdenträger, der im Volksmund und in der Geschichte als Taikosamma, Herr Taiko, fortlebt.

Der resultatlosen Sendung der japanischen Gesandten nach Korea in 1582 war bald darauf eine zweite gefolgt, die das Ergebniß gehabt hatte, daß die koreanische Regierung sich ihrerseits bereit erklärt hatte, eine Gesandtschaft nach Japan zu schicken. Dieselbe traf im Juli 1590 in Kioto ein, wurde aber erst fünf Monate später von Taiko in einer den Anforderungen des gebräuchlichen Ceremoniells wenig entsprechenden Weise empfangen, was die koreanischen Abgesandten um so mehr verletzte, als sie während ihres Aufenthalts in Kioto Gelegenheit gehabt hatten, sich zu überzeugen, daß der Mann, den ihr König als Gleichstehenden angesehen und in dem an ihn gerichteten Schreiben behandelt hatte, in Japan nur ein Unterthan war und königliche Ehren nur dem Mikado zukamen. — Nach langem Zögern und nachdem die koreanischen Abgesandten bereits wieder

Kioto verlaſſen und ſich nach Sakai begeben hatten, um ſich einzuſchiffen, ging die Antwort Taiko's auf das Schreiben des Königs von Korea endlich ein, war aber in ſo verletzender Form gehalten, daß die Koreaner die Annahme verweigerten. Auch ein zweites Schreiben, das die Geſandten annahmen, zeugte von der Ueberhebung Taiko's. „Ich bin der einzige überlebende Sproſſe eines niedrigen Hauſes," hieß es in demſelben, „aber meine Mutter hatte einſt einen Traum, in dem ſie die Sonne in ihren Buſen eingehen ſah, worauf ſie mich gebar. Ein Wahrſager erklärte dann: So weit die Sonne ſcheint, wird es keinen Platz geben, der ihm nicht unterworfen iſt. Es iſt nicht zweifelhaft, daß ſeine Macht ſich einſt über das ganze Reich erſtrecken wird. Darum iſt es mein Stolz geweſen, mir keine günſtige Gelegenheit entgehen zu laſſen, und wie ein geflügelter Drache habe ich den Oſten unterworfen, den Weſten gezüchtigt, den Süden geſtraft und den Norden geſchlagen. Schneller und großer Erfolg hat meine Laufbahn gekrönt, die wie die aufgehende Sonne die ganze Erde erleuchtet hat.

„Wenn ich daran denke, daß das Leben des Menſchen weniger als ein Hundert Jahre iſt, warum ſoll ich meine Tage in Trauer wegen eines einzelnen Falles (den Verluſt ſeines einzigen als Kind vor Kurzem geſtorbenen Sohnes) hinbringen. Ich will ein mächtiges Heer verſammeln und in das Land des großen Ming (China unter der Ming-Dynaſtie) einfallen und mit dem Reif meines Schwertes den ganzen Himmel über den vierhundert Provinzen erfüllen. Wenn ich dieſen Plan zur Ausführung bringe, hoffe ich, daß mir Korea als Vorhut dienen wird. Möge es ſich hüten, dies zu unterlaſſen, denn meine Freundſchaft mit Eurem ehrenwerthen Lande hängt einzig und allein von der Haltung ab, die ihr beobachten werdet, wenn ich mein Heer gegen China führe."

Der Ton dieſes Briefes, die Wahrnehmungen der Geſandten und die Berichte über die japaniſchen Rüſtungen konnten der koreaniſchen Regierung keinen Zweifel über die Abſichten Taiko's

lassen; sie begann daher auch ihrerseits sich auf den Krieg vorzubereiten und rief zugleich die Hülfe der Chinesen an, vor denen man die bisherigen Verhandlungen mit Japan sorgfältig geheim gehalten hatte. Aber wie dies in 1894 der Fall gewesen, war Japan auch damals den Koreanern in militärischer Tüchtigkeit und Ausrüstung weit überlegen; die langjährigen Bürgerkriege hatten vortreffliche Führer und Soldaten ausgebildet, und einzelne Truppentheile waren sogar mit in Korea nur in wenigen Exemplaren bekannten und vorhandenen Feuerwaffen ausgerüstet.

Ueber die von Taiko mit der Invasion Koreas verbundenen Absichten gingen und gehen die Ansichten der fremden und japanischen Berichterstatter, von denen die ersteren meistens den in Japan mit dem Bekehrungswerk beschäftigten Jesuiten angehörten, weit auseinander.

Daß Eitelkeit und Ruhmsucht an dem Entschluß Taiko's einen großen, wenn nicht den hauptsächlichsten Antheil hatten, kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daneben mag der Wunsch maßgebend gewesen sein, sich der unruhigen Soldateska und der Führer derselben durch eine auswärtige Expedition zu entledigen und durch die Fortsendung der dem Christenthum zugethanenen Soldaten und Generäle, fünf oder sechs der hauptsächlichsten unter den letzteren waren Christen und fast die Hälfte der Armee bestand aus solchen, freie Hand zu schärferem Vorgehen gegen das Christenthum in Japan selbst zu erlangen. Für diese letztere Annahme spricht, daß bald nach dem Aufbruch der Expedition strengere Maßregeln gegen die Missionare und eingeborenen Convertiten ergriffen wurden. —

Taiko's ursprüngliche Absicht war gewesen, den Befehl über die Expedition selbst zu übernehmen; Rücksichten auf die trotz aller Erfolge noch immer unsichere politische Lage in Japan veranlaßten ihn indessen, diesen Gedanken aufzugeben und den Befehl zwischen zweien seiner besten Generale zu theilen, dem

jungen Koniſhi Yukinaga,*) einem Chriſten, wie Taiko aus niederem Stande entſproſſen und durch ungeſtüme Tapferkeit zu Rang und Beſitz gelangt, und dem alten Kato Kiyomaſſa,**) adliger Abkunft und eingefleiſchter Buddhiſt, der auf ſeinen Bannern die Deviſe der Nichiren-Secte „Heil dem heiligen Lotus“ führte. In dieſer Zweitheilung lag von vorn herein der Keim zu Eiferſüchteleien und Zerwürfniſſen, die durch den Unterſchied im Alter und Bekenntniß der beiden Führer noch verſchärft wurden. Die Heeresabtheilung Koniſhi's beſtand ganz aus Chriſten, und ihre Führer waren die chriſtlichen Fürſten Kiuſiu's.

Die Expedition, deren Stärke verſchieden, zwiſchen 500 000 und 130 000 Mann angegeben wird (die letztere Zahl dürfte der Wahrheit am nächſten kommen), denen bald weitere 50 000 folgten, ſtach von Karatzu (damals Nagoya genannt) in Hiſen in See, und am 25. Mai 1592 erſchien Koniſhi's Diviſion, nach den Miſſionaren 40 000 Mann ſtark, vor Fuſan, das ebenſo wie das in der Nähe gelegene Fort von Tong-nai im erſten Anlaufe genommen wurde. Kato's Diviſion, die durch einen Sturm aufgehalten worden war, traf erſt einen Tag ſpäter ein, zum großen Aerger ihres Führers, der darin neuen Grund für ſeinen Haß gegen Koniſhi fand. Während ein Theil der Armee ſich ſüdwärts wendete, um die Provinzen von Chulla und Chungchong zu unterwerfen, brachen die beiden Hauptabtheilungen unter Koniſhi und Kato gegen Söul auf; die erſtere auf dem ſüdlichen, die letztere auf dem nördlichen Wege. Auch diesmal war das Glück dem jüngeren Führer günſtig.

Das Schloß von Shangchiu und das als der Schlüſſel zur

---

*) Die Miſſionare nennen Koniſhi Don Auguſtin Tſucamidono; er wurde in der Schlacht von Sekigahara als einer der dem Adoptivſohne Taiko's treugebliebenen Generale gefangen und in 1600 in Oſaka hingerichtet.

**) Von den Miſſionaren Canzuyedono genannt; durch ſeine grauſame Verfolgung derſelben und der eingeborenen Chriſten bekannt, ſtand ſpäter auf der Seite von Iyeyas und ſtarb in 1615.

Hauptstadt angesehene Fort von Chian-chiu wurden nach heftigem Kampfe von den Japanern mit stürmender Hand erobert, wobei die Koreaner 3000 Mann, die Japaner nur 100 Todte und 400 Verwundete verloren. Dieser Erfolg seines jüngeren Rivalen spornte Kato zu solchen Anstrengungen an, daß trotz des bedeutenden Vorsprungs, den Konishi's Truppen hatten, beide Divisionen an demselben Tage, achtzehn Tage nach der Landung in Fusan, die Hauptstadt erreichten, die der König, der Hof und die Armee drei Tage vorher verlassen hatten, um sich auf Pingan zurückzuziehen, während zwei der königlichen Prinzen sich nach Norden gewendet hatten, um dort den Widerstand zu organisiren.

Nach kurzem Aufenthalt in Söul setzten die beiden Führer ihren Vormarsch gemeinschaftlich bis zum Rin-yin Flusse fort, den sie nach einem heftigen Gefecht mit den Koreanern überschritten. Hier aber zeigte es sich, daß weitere gemeinsame Operationen unmöglich seien; das Loos mußte über die Aufgabe unterscheiden, die jedem der beiden zu Theil werden sollte; Kato wendete sich nordöstlich gegen die Provinz Hamkiung mit der Stadt Gensan, und Konishi rückte weiter gegen Pingan vor. An dem Südufer des Taidong-(Tatung-)Flusses, nördlich von welchem die Stadt liegt, kam der japanische Vormarsch Mitte Juli zum Stehen. Das Eintreffen der mit der Unterwerfung der südlichen Provinzen beauftragt gewesenen Heerestheile mußte abgewartet werden, und außerdem fehlte es den Japanern an den Mitteln, um den Fluß zu überschreiten, da die Koreaner alle verfügbaren Fahrzeuge nach ihrem Ufer hinübergeführt hatten. Trotz dieser verhältnißmäßig vortheilhaften Lage setzte der König seine Flucht nach An-ju fort. Die Unthätigkeit der Japaner ermuthigte die Koreaner zu dem Versuch, sie zu überfallen; das Unternehmen gelang nur theilweise, die Japaner erlitten zu Anfang allerdings schwere Verluste, warfen dann aber die Koreaner zurück, überschritten mit und hinter ihnen den Fluß und erstürmten Pingan; 8000 Koreaner sollen in dieser Schlacht gefallen sein.

Die koreanische Armee floh in voller Auflösung, ein Theil nahm allerdings in Sun-an, auf dem halben Wege nach An-ju, Stellung, aber viele der Flüchtlinge rasteten nicht eher, als bis sie den Yalu überschritten hatten und sich auf chinesischem Gebiet in Sicherheit befanden.

In der japanischen Armee und in Japan selbst waren die Freude und der Triumph groß über die selbst die kühnsten Erwartungen übersteigenden Erfolge, aber der Umschlag sollte nicht ausbleiben. Konishi bedurfte zum weiteren Vormarsch der Unterstützung der Flotte, die bei Fusan lag und befahl derselben, er hatte den Rang und Titel als Admiral, die Westküste Koreas entlang zu segeln und in den Tatung-Fluß einzulaufen. Die japanische Flotte aber wurde von den Koreanern außerhalb des Hafens von Fusan angegriffen und nach hartem Kampfe fast ganz vernichtet; die wenigen der Zerstörung entkommenen Schiffe flüchteten nach Fusan zurück, und damit war jede Hoffnung auf die Mitwirkung der Flotte verloren.

Inzwischen fingen auch die Chinesen an sich zu regen; die schnellen Erfolge der Japaner hatten in Peking sehr überrascht, wo man sich dieselben nur durch den Verrath der Koreaner erklären zu können glaubte. Trotzdem entschloß man sich auf die immer dringender werdenden Bitten des Königs, demselben ein kleines Truppencorps zu Hülfe zu senden; 5000 Mann überschritten Anfang August die Grenze und griffen am 27. August Pingan an, in das sie eindrangen, aber von den an Zahl weit überlegenen Japanern im Straßenkampf fast vollständig aufgerieben wurden.

In Peking erwachte man jetzt zu dem Ernst der Lage, und während man eifrig rüstete, versuchte man durch Unterhandlungen Zeit zu gewinnen. Ein früher von Piraten nach Japan entführter, später wieder in sein Vaterland zurückgekehrter Chinese, Chin Ikei, begab sich im October nach Pingan und knüpfte, ob auf eigene Hand oder von der chinesischen Regierung entsendet, jedenfalls aber ohne eigentliche Vollmachten, Verhandlungen mit

Koniſhi an, der ſeinen Eröffnungen williges Gehör lieh, da ſeine Lage ſich in der Zwiſchenzeit vermuthlich verſchlechtert hatte. Durch den Seeſieg bei Fuſan war der Muth der Koreaner ſehr gewachſen, und überall bildeten ſich im Rücken der Japaner Banden, die, wenn ſie es auch nicht wagten, denſelben in offener Schlacht entgegen zu treten, doch einzelne Poſten angriffen und die Verbindung nach rückwärts ſehr erſchwerten, wenn nicht ganz unterbrachen. Außerdem waren ſeine Truppen des Krieges und der Anſtrengungen, die wenig Lohn brachten, müde und ſehnten ſich nach Japan zurück. Koniſhi kam daher mit Chin Ikei über einen funfzigtägigen Waffenſtillſtand überein ſowie darüber, daß die Abtretung aller der von den Japanern vor Jahrhunderten angeblich beſeſſenen Theile von Korea, d. h. faſt des ganzen Landes ſüdlich vom Tatung-Fluß, die Grundlage für den zu vereinbarenden Frieden bilden ſolle. Chin Ikei eilte nach Peking zurück, richtete dort aber nichts aus, da die Rüſtungen für die Fortführung des Krieges in der Zwiſchenzeit beendet worden waren; er begleitete daher die Armee nach Korea. Die Chineſen, 60 000 Mann unter dem General Li yü ſung, vereinigten ſich mit den noch bei Sun-an ſtehenden Reſten des koreaniſchen Heeres gegen Ende Januar 1593. Koniſhi hatte keine Ahnung, daß die Chineſen ihm ſo nahe ſeien und ſendete, als er die Mittheilung erhielt, daß Chin Ikei zurückgekehrt ſei, demſelben ohne Argwohn am 2. Februar die erbetene Escorte entgegen, die in einen Hinterhalt fiel und faſt ganz niedergemacht wurde. Durch die wenigen Entronnenen erhielt Koniſhi die erſte Nachricht von dem Anrücken des chineſiſchen Heeres, das am 10. Februar vor Pingan erſchien. In zweitägigem Gefecht, in denen die Japaner über 2000 Mann verloren, erſtürmten die Chineſen und Koreaner die Außenwerke und die eigentliche Stadt, ſo daß nur noch die Citadelle in den Händen der Belagerten blieb. Koniſhi, der von den weiter ſüdlich ſtehenden Befehlshabern, die auf die Nachricht von dem Herannahen des chineſiſchen Heeres einen eiligen Rückzug angetreten hatten, im Stiche gelaſſen worden war,

mußte sich ebenfalls zum Aufgeben der nicht länger haltbaren Stellung entschließen. Ein meisterhafter nächtlicher Rückzug entzog ihn der Verfolgung der Chinesen, er sah sich aber, trotzdem er unterwegs Verstärkungen und Proviant erhielt, gezwungen, in Eilmärschen auf Söul zurückzugehen. Die Chinesen folgten langsam, und ihr Führer richtete im Siegesrausche dieses ersten Erfolges an Konishi und Kato die Aufforderung, sich ihm zu ergeben.

Letzterer hatte inzwischen die ganze Provinz Hamgyöng erobert und sein Hauptquartier in Am byon (Am pen), südlich von Geu san aufgeschlagen. In den Kämpfen, welche diesem Erfolge vorausgingen, waren die beiden koreanischen Prinzen in seine Hände gefallen, wie auch das angeblich schönste Mädchen des Landes, das er zu seiner Beischläferin machte. Aber auch seine Lage war keineswegs eine besonders günstige; überall standen die Koreaner auf und mehr als eine japanische Abtheilung, mehr als ein von den Japanern besetztes Fort wurde von den koreanischen Guerilla-Banden, die sich aus Holz Geschütze und Mörser fertigten, vernichtet und erobert. Als Kato die Aufforderung des chinesischen Generals zur Ergebung erhielt, gerieth er in unbezähmbare Wuth; er ermordete vor den Augen des Abgesandten mit eigener Hand seine koreanische Geliebte und brach dann auf, um sich mit Konishi in Söul zu vereinigen, wohin ihn derselbe dringend gerufen hatte. Bald nachdem er dort eingetroffen war, erschienen auch die Chinesen in der Nähe der Hauptstadt und warfen die japanischen Vortruppen nach einem heftigen Gefecht in dieselbe zurück. Unter den japanischen Führern entstand nun die Frage, ob der Platz noch länger zu halten sei, oder der Rückzug nach Süden weiter fortgesetzt werden solle; Konishi war für diesen letzteren, aber Kato wußte es durchzusetzen, daß die Stadt nicht aufgegeben werden solle. Um dies zu ermöglichen und den erforderlichen Platz zur Anlage von Befestigungen sowie das Material zum Bau derselben zu erhalten, wurde der größte Theil der Stadt dem Erdboden

gleichgemacht, die Bevölkerung ausgetrieben und schonungslos niedergemacht; nur die kräftigsten unter den Männern blieben verschont, um bei den Arbeiten Verwendung zu finden. Als die vereinigten Chinesen und Koreaner im März in die unmittelbare Nähe der Stadt gekommen waren, zogen die Japaner ihnen entgegen, und es kam zu einer Schlacht, in der die Verbündeten zuerst erfolgreich waren, in der aber die bessere Bewaffnung und Disciplin wie die größere individuelle Tapferkeit der einzelnen schließlich den Sieg für die Japaner entschied. Die Chinesen und Koreaner verloren über 10 000 Mann und gingen mit der Hauptmacht bis nach Pingan zurück; aber auch die Japaner hatten schwer gelitten, und nur kleinere Abtheilungen folgten dem abziehenden Feinde bis nach Kai-söng. —

Trotz einzelner gegen die Koreaner auch später erreichten Erfolge blieb die Lage der Japaner in Söul eine kritische; es war daher mit unverhohlener Freude, daß das Wiedererscheinen Chin Ikei's von den Truppen und den meisten Führern, die des Krieges herzlich satt waren, begrüßt wurde. Aber auch die chinesischen Generale sehnten sich nach einer Beendigung der Feindseligkeiten, und so kam es, hauptsächlich durch Konishi's Bemühungen, zu einer Verständigung, deren einzelne Punkte zwar nicht genau bekannt geworden sind, die aber im Wesentlichen die folgenden Bedingungen für den definitiven Frieden enthalten haben dürfte: Abtretung der drei südlichen Provinzen Koreas an Japan, Tributpflichtigkeit Koreas an Japan, Wiederaufnahme der alten Handelsbeziehungen zwischen China und Japan und die Vermählung Taiko's mit einer Tochter des Kaisers von China und seine Anerkennung als gleichstehend mit demselben. — Bis zum Abschluß des Vertrages sollten die Waffen ruhen, die Japaner sich an die Küste bei Fusan zurückziehen und mit Ausnahme von zwölf dort gelegenen befestigten Plätzen das Land räumen. Kato widersetzte sich auf das Heftigste der Ausführung dieses Abkommens, aber eine unter den Soldaten und den Pferden ausgebrochene Epidemie wie der Mangel an Vor-

räthen zwangen ihn schließlich, seinen Widerstand aufzugeben und sich der Mehrheit zu fügen. Auch die Koreaner waren mit der Abmachung nicht einverstanden, sie hätten am liebsten den Krieg fortgesetzt, aber auch sie mußten sich dem Willen ihrer Bundesgenossen unterwerfen.

Am 22. Mai 1593 räumten die Japaner Söul, das sie erst beinahe drei Jahrhunderte später wieder mit bewaffneter Macht betreten sollten; die Verbündeten folgten ihnen langsam und lagerten sich ihnen gegenüber im Abstande weniger Kilometer.

Während so die Waffen ruhten, waren die Diplomaten emsig beschäftigt, zu einer endgültigen Verständigung zu gelangen, die anscheinend dadurch gefunden werden sollte, daß China und Japan sich über Korea hinweg verständigten und das Schicksal des letzteren dem guten Willen der Japaner überlassen blieb. Während chinesische Bevollmächtigte sich in Begleitung Chin Ikei's nach Japan begaben und von Taiko selbst im Juni 1593 in Nagoya empfangen wurden, ertheilte derselbe Kato den Befehl, das Schloß von Chin chiu, einige achtzig Kilometer westlich von Fusan, anzugreifen. Der Fall dieses Platzes, bei dessen Erstürmung die starke koreanische Garnison fast ganz niedergemacht wurde, verursachte fast den Abbruch der Verhandlungen, Konishi's persönlichem Eingreifen war es indessen zu danken, daß der Waffenstillstand wieder erneuert wurde, die chinesischen Truppen zogen sich langsam nach Norden zurück, und einzelne japanische Truppenabtheilungen wurden nach Japan eingeschifft. Inzwischen wurden die Verhandlungen in Peking und Kioto fortgesetzt; japanische Abgesandte besuchten die Hauptstadt Chinas und kehrten von dort in Begleitung einer chinesischen Gesandtschaft nach Korea zurück. Konishi's Stellung war inzwischen durch die Anschuldigungen Kato's und der Kriegspartei überhaupt, ganz besonders aber durch die Thatsache, daß er ein Christ war, so erschüttert worden, daß er es ablehnte, sich an weiteren Verhandlungen zu betheiligen, während Chin Ikei, dessen Haltung nie eine ganz klare gewesen zu sein scheint, aus

Entrüstung darüber, daß Anderen die Ehre und der Vortheil des Abschlusses der Verhandlungen zu Theil werden solle, nach beiden Seiten hin intriguirte und den ersten der chinesischen Gesandten durch Hinweis auf Taiko's Hinterlist und Grausamkeit so in Furcht zu setzen wußte, daß derselbe sich weigerte, die Reise fortzusetzen und nach Peking zurückkehrte. Sein College war muthiger und erklärte sich bereit, sich zu Taiko zu begeben, da China nichts weiter wolle, als einen ehrenvollen Frieden zu schließen. Am 8. October 1595 landete er in Sakai und wurde am 24. desselben Monats von Taiko in Fushimi, auf dem halben Wege zwischen Osaka und Kioto, empfangen, der aus den Händen des Gesandten ein Schreiben des Kaisers von China, ein goldenes Siegel, Ehrenkleider u. s. w. entgegennahm. Alles war eitel Freude und Eintracht, die aber nicht lange dauern sollten, denn als das Schreiben des Kaisers übersetzt wurde, stellte sich heraus, daß dasselbe nur die Bestallung Taiko's als König von Japan enthielt, in derselben Form, wie dieselbe früher den Ashikaga Shiogunen im 15. Jahrhundert ertheilt worden war. Taiko war wüthend über das, was er als eine ihm angethane Schmach ansah; die chinesische Gesandtschaft wurde in Ungnade entlassen, und in allen drei Ländern begannen die Kriegsrüstungen aufs Neue. Konishi gelang es, sich in den Augen Taiko's zu rechtfertigen, er erhielt wieder sein früheres Commando in Korea; Chin Ikei wurde von seinen Landsleuten, den Chinesen, gefangen genommen, als er angeblich versuchte, sich in das japanische Lager zu flüchten, und büßte mit seinem Leben seinen Verrath oder sein Mißgeschick.

Im Januar 1597 waren die beiderseitigen Vorbereitungen beendet; 170 000 Mann japanischer Verstärkungen landeten in Fusan, und ein starkes chinesisches Heer überschritt die Grenze, besetzte Pingan und Söul und schob seine Vorhut bis Nan-on in der Provinz Chulla vor.

Die Koreaner ergriffen die Offensive zur See, indem sie die japanische Flotte bei Fusan angriffen, diesmal aber nicht mit

demſelben Erfolge, wie in 1592; ſie wurden im Gegentheil vollſtändig geſchlagen und verloren den größten Theil ihrer Schiffe. Zu Lande rückten die Japaner im September 1597 in zwei Colonnen gegen Nan-on vor, das ſie trotz der tapferen Gegenwehr der chineſiſchen und koreaniſchen Beſatzung am dritten Tage der Belagerung ſtürmten; den gefallenen Feinden wurden wie gewöhnlich die Köpfe abgeſchnitten, 3726 an der Zahl, und die eingeſalzenen Naſen und Ohren derſelben als Trophäen nach Kioto geſchickt. — Nach dieſem Siege drangen die Japaner unaufhaltſam gegen die Hauptſtadt vor und ſtanden am 19. October nur noch einige dreißig Kilometer von derſelben, aber zum zweiten Male im Laufe des Feldzuges wurden die Erfolge der Landarmee durch die Niederlage der japaniſchen Flotte paralyſirt. Dieſelbe war wenige Tage nach der Erſtürmung von Nan-on von dem chineſiſchen Geſchwader, das ſich mit den Ueberreſten des koreaniſchen vereinigt hatte, angegriffen und vollſtändig geſchlagen worden. Gleichzeitig mit dem Bericht von dieſer Niederlage traf bei dem japaniſchen Heere die Nachricht ein, daß die chineſiſchen Truppen ſich hunderttauſend Mann ſtark in Söul vereinigt hätten und im Begriff ſtänden, die Offenſive zu ergreifen. Damit war das Schickſal des Feldzuges entſchieden. Einem ſtärkeren Feinde gegenüber, in einem inſurgirten Lande, weit von ihrer Operationsbaſis entfernt und ohne Möglichkeit, dieſelbe nach Zerſtörung der Flotte näher zu verlegen, blieb den Japanern nichts übrig, als den Rückzug anzutreten, der ſie nach einzelnen heftigen Kämpfen, namentlich bei dem Ueberſchreiten der Flüſſe, Mitte November bei Uruſan, nördlich von Fuſan, an die Meeresküſte führte. Auf dieſem Marſche haben die Japaner, denen ſich die Ueberzeugung aufdrängen mußte, daß es mit der Eroberung Koreas doch nichts ſein würde, wie die Barbaren gehauſt. Was nicht mit fortgeſchleppt werden konnte, wurde zerſtört, und von den Städten und Dörfern, durch welche ihr Weg führte, ließen ſie nichts zurück, als rauchende Trümmer. Selbſt die buddhiſtiſchen Tempel und die ehrwürdigen Schulen,

aus denen einst die Civilisation nach Japan gebracht worden war, wurden nicht verschont. Die alte Hauptstadt des früheren Königreichs Sinra, Chöng ju (Kion-chiu), der Stolz und gewissermaßen die heilige Stadt der Koreaner, wurde ebenfalls so geplündert und niedergebrannt, wie alle anderen Städte, welche die Japaner auf ihrem Rückzuge berührten. Es sind hauptsächlich diese Verwüstungen, welche seit dieser Zeit das Herz jedes Koreaners mit dem bittersten Hasse gegen Japan und die Japaner erfüllt haben. Wie damals der Süden Koreas am härtesten betroffen wurde, so war es in 1894 der Süden, in dem die Erinnerung an die letzte Invasion der Japaner am lebhaftesten fortlebt, der sich zuerst in Masse gegen den Feind erhob. —

Am 30. Januar 1588 erschien die verbündete Armee vor Uru san; nach heftigen Gefechten wurden die Vertheidiger, die dabei fast 20 000 Mann verloren, aus dem Vorterrain vertrieben und in die Festung hineingeworfen, für deren Vertheidigung ihnen nur 5000 Mann blieben. — Kato, der ein geschworener Blutsfreund des Vaters des japanischen Commandanten war, gelang es, mit einigen Begleitern in offenen Böten die Festung zu erreichen, aber die Noth in derselben stieg von Tag zu Tag, und die durch Hunger und Kälte dem Untergange nahe gebrachte Besatzung vermochte den sich täglich und stündlich wiederholenden Angriffen der Feinde kaum noch zu widerstehen. Da hoben die letzteren plötzlich die Belagerung auf. Einem heranziehenden japanischen Ersatzheere war es gelungen, den ihm entgegengerückten Theil der Belagerungstruppen am 9. Februar zu schlagen; über 13 000 Köpfe gefallener Feinde, die Verwundeten wurden bei solchen Gelegenheiten stets getödtet, wurden auf dem Schlachtfelde abgeschnitten, und die vereinigten Chinesen und Koreaner wagten nach diesem Mißerfolge um so weniger, die Belagerung weiter fortzusetzen, als die Vorhut der Sieger bereits in ihrem Rücken erschienen war. In der Umgegend von Uru san fanden die Japaner beinahe sechzehntausend Leichen todter Feinde, während von der kleinen Besatzung, außer den

im Kampfe Gefallenen, neunhundert dem Hunger und der Kälte erlegen waren. Am 13. Februar 1598 erreichte die Ersatzarmee Ulu san, und fast gleichzeitig mit ihr lief eine reich mit Vorräthen beladene Flotte ein, die der Noth der heldenmüthigen Garnison ein Ende machte.

Mit dieser letzten Anstrengung war der große Krieg zu Ende; zwar fanden noch eine Anzahl Gefechte statt, in denen zu Lande die Japaner, zur See die Chinesen und Koreaner den Sieg davon zu tragen pflegten, aber die Kräfte beider Theile waren erschöpft, und als Taiko am 8. September 1598 starb und mit seinen letzten Athemzügen die Rückkehr aller Truppen aus Korea anordnete, wurde der Befehl zur Räumung des Landes auch von den Japanern mit Freuden aufgenommen.

Nach japanischen Quellen sollen die Ohren und Nasen von 185 738 erschlagenen Koreanern und von 29 014 Chinesen das Material für den bei Kioto errichteten „Ohrenhügel" „Mimi zuka" abgegeben haben, der dort in den Gründen des Tempels der 33 333 Bilder von Kwannon, der Göttin des Mitleids, errichtet wurde!

Dies und der fortgeschleppte Raub an Menschen und Gegenständen, der japanische Markt war mit koreanischen Sklaven überfüllt, waren der einzige Erfolg des siebenjährigen Feldzuges. Während der nächsten Jahre hatten die Japaner zu viel mit inneren Schwierigkeiten zu thun, um der äußeren Politik große Aufmerksamkeit zuwenden zu können. Erst der Enkel des Iyeyas, der nach Taiko's Tode die Herrschaft an sich gerissen und die Dynastie der Tokugawa gegründet hatte, fühlte sich stark und sicher genug, in 1623 die Frage der von Korea zu entsendenden Tributgesandtschaften wieder aufzunehmen. Die erste solcher Missionen erschien im folgenden Jahre in Yedo; die Shio-gune fanden aber die Kosten dieser leeren Ceremonien so erheblich, daß sie kaum hundert Jahre später die Unterdrückung dieser Gesandtschaften selbst verlangten, und seitdem fand der Verkehr zwischen Korea und Japan nur noch auf Tsusima statt.

Dem, der im Buch der Geschichte zu lesen versteht, wird die Aehnlichkeit zwischen dem Verlauf der Feldzüge von 1592 und 1894 nicht entgangen sein; die Entscheidung lag in beiden Fällen nicht auf dem Lande, sondern auf dem Meere. Wäre wie in 1592 die koreanische, in 1894 die chinesische Flotte siegreich aus dem Kampfe mit der japanischen hervorgegangen, so wäre auch der Ausgang des japanischen Unternehmens diesmal derselbe gewesen, wie drei Jahrhunderte früher, d. h. die Japaner wären zum Rückzuge aus Korea gezwungen worden, und dies obgleich jetzt wie damals die japanische Landarmee der chinesischen unendlich überlegen war. Selbst die Entscheidung in der Frage der Retrocession der Liaotung-Halbinsel ist schließlich durch die Ueberzeugung der japanischen Staatsmänner herbeigeführt worden, daß die japanische Flotte nicht in der Lage sei, dem russischen Geschwader in Ostasien, geschweige denn den dort vereinigten Rußlands, Deutschlands und Frankreichs die Spitze bieten zu können.

Auch die in 1896 von dem damaligen Führer der Opposition, jetzigen japanischen Minister des Aeußern, Grafen Okuma, dem Special-Correspondenten der „Frankfurter Zeitung" gegenüber gemachte Aeußerung, daß die Zeit kommen werde, in der die Japaner in den Ebenen von Sibirien und auf den Plateaus von Centralasien gegen die europäischen Rassen zu kämpfen haben würden, erinnert lebhaft an die Weltherrschaftsideen, denen Taiko in 1592 Ausdruck verlieh, wie beide Ausflüsse der grenzenlosen japanischen Eitelkeit waren.

Die Ermordung der Königin von Korea in 1895.

Am 8. October 1895 wurde die Königin von Korea im Königlichen Palaste zu Söul ermordet. Um die Beweggründe der That verstehen zu können, ist ein kurzer historischer Rückblick erforderlich.

Am 15. Januar 1864 starb König Chul-chong nach einunddreißigjähriger Regierung, ohne einen Leibes- oder Thronerben zu hinterlassen. Die älteste seiner drei hinterbliebenen Gemahlinnen, Königin Cho, bemächtigte sich der Gewalt und ernannte den damals dreizehnjährigen Li shi, Sohn eines der Prinzen des Königlichen Hauses, Namens Ni-kung, zum Erben und Nachfolger Chul-chongs. Ni-kung galt für einen Mann ohne persönlichen Ehrgeiz; aber kaum war sein Sohn ernannt, als er die Maske abwarf, sich in den Besitz des Königlichen Siegels setzte und als Regent mit dem Titel Tai wen kun (japanisch: Tai in kun, Herr des Großen Hofes) für seinen minderjährigen Sohn die Regierung ergriff. Ohne Skrupel, Furcht oder Mitleid war er ein Gegner und Feind der christlichen Religion, der Fremden und jedes Fortschritts. Unter ihm fand eine der schwersten und blutigsten Verfolgungen der eingeborenen Christen und fremden Missionare statt, während zugleich die verschiedenen Versuche der fremden Mächte, Japan inbegriffen, Beziehungen mit Korea anzuknüpfen oder wieder aufzunehmen, schroff zurückgewiesen wurden und auch die zur

Bestrafung der durch Missionare oder Schiffbrüchige erlittenen Unbilden unternommenen französischen (in 1866) und amerikanischen (in 1871) Expeditionen nur sehr theilweise, jedenfalls nicht dauernde Erfolge errangen. An allen Straßen und auf allen Plätzen im Lande wurden Steintafeln errichtet mit der Inschrift: „Die westlichen Barbaren wollen in Korea eindringen; wir haben nur die Wahl zwischen Frieden und Krieg; uns friedlich unterwerfen, heißt das Land verrathen; darum müssen wir Koreaner zu den Waffen greifen.“ Und in Uebereinstimmung mit dieser Gesinnung wuchsen überall Befestigungen aus der Erde und starrten die Eingänge der Wasserstraßen, besonders zu der Hauptstadt, von Batterien und Geschützen.

In 1873 wurde der König für großjährig erklärt und übernahm die Regierung; er war seit 1865 mit einem ein Jahr älteren Mädchen aus dem Adelsgeschlecht der Min vermählt, die ihm in 1873 einen Sohn, den wohl als schwachsinnig zu bezeichnenden Kronprinzen Li-tschock, gebar. Außerdem hat der König noch einige Söhne von Konkubinen. Die Königin, die man als den einzigen Mann der Familie bezeichnen kann, war von hervorragenden Fähigkeiten und Entschlossenheit; sie hatte den Einfluß des Vaters ihres Gemahls vollständig beseitigt und sich dadurch den wüthenden Haß des Erzintriganten zugezogen; politisch neigte sie zu China und war deswegen den Japanern wenig genehm. Wenn ihr vorgeworfen wird, ihre Familie, die Min, zu sehr begünstigt und die Mitglieder derselben ungebührlich bevorzugt zu haben, so darf man nicht vergessen, daß die Min überhaupt das mächtigste der sieben großen Adelsgeschlechter waren und thatsächlich schon seit über vierhundert Jahren das Land regierten.

Die Japaner hatten die Versuche, Korea zu der alten Tributpflichtigkeit zurückzuführen, aufgegeben und sich, als die Koreaner in 1875 auf gelandete Matrosen eines japanischen Kriegsschiffes gefeuert hatten und es in Folge dessen zu einem Gefecht gekommen war, damit begnügt, in 1876 den Abschluß eines

Freundschafts-, Schiffahrts- und Handelsvertrags zu erzwingen, durch den Korea als unabhängiges Reich anerkannt wurde, ein Schachzug gegen China, den dasselbe allerdings dadurch erleichtert hatte, daß es Japan gegenüber, wie es dies schon früher andern Mächten gegenüber gethan, alle Verantwortlichkeit für Vorgänge in Korea ablehnte. Der friedliche Ausgang der Verhandlungen mißfiel den japanischen Heißspornen im höchsten Maße und muß als eine der Haupturſachen des durch den ältern Saigo in 1877 in Satzuma hervorgerufenen, von der Regierung nur mit großen Opfern an Menschen und Geld nach siebenmonatlichen Kämpfen unterdrückten Aufstandes angesehen werden. Trotz der entschiedenen Abneigung der Japaner, die ihnen in Korea zugestandenen Vortheile mit andern Nationen zu theilen, gelang es doch den Vereinigten Staaten, England und dem Deutschen Reich durch Vermittelung der chinesischen Regierung im Frühjahr 1882 Handelsverträge mit Korea abzuschließen, denen später ähnliche Abkommen mit andern Mächten folgten.

Die guten Wirkungen, welche der Entschluß der koreanischen Regierung, zu der Außenwelt in Beziehung zu treten, haben konnte, sollten indessen bald durch den Ausbruch eines Aufstandes in Söul in Frage gestellt werden. Der Tai wen kun, der seit dem Jahre 1873 keinen offenen Antheil an der Regierung gehabt, dafür aber desto eifriger im Dunkeln gewühlt hatte, benutzte einen außergewöhnlich trockenen Sommer, um am 23. Juli 1882 den Versuch zu machen, sich der Person des Königs zu bemächtigen, die Königin zu ermorden und die Regierung an sich zu reißen. Zugleich stürzte sich der Pöbel, der seit Monaten theils durch die Agenten des Tai wen kun, theils durch die thörichte Ueberhebung der Japaner selbst aufgereizt worden war, auf die Gebäude der japanischen Gesandtschaft, steckte dieselben in Brand und zwang die Japaner, den Geschäftsträger Hanabusa an der Spitze, nach Chemulpo zu fliehen. Die japanische Regierung verlangte Genugthuung und Entschädigung, die ihr auch nach längeren stürmischen Verhandlungen am 30. August zugesagt

wurden; zugleich bemächtigten sich die Chinesen durch List der Person des Tai wen kun und führten ihn gefangen nach China, wo er vier Jahre in Paotingfu, der Hauptstadt von Chili, internirt blieb, bis die chinesische Regierung ihm auf Bitten seines Sohnes, des Königs, die Rückkehr nach Korea gestattete; ein politischer Fehler, der sich an allen bei der Angelegenheit Betheiligten bitter rächen sollte.

Die Königin war dem ihr am 23. Juli zugedachten Schicksal, wie man sagt, dadurch entgangen, daß sich eine Sclavin für sie geopfert und den für ihre Herrin bestimmten Giftbecher geleert hatte; ihr sollte aber bald eine neue, schwerere Gefahr drohen, diesmal freilich nicht von conservativer, sondern von radikaler Seite. Eine Anzahl von Koreanern, darunter einige entfernte Verwandte der Königlichen Familie und Angehörige der großen Adelsgeschlechter, verschworen sich zu ihrem Sturz; wie weit die Japaner dabei betheiligt waren, ist schwer festzustellen, aber wenn man erwägt, daß der größere Theil der Verschwornen und besonders die Leiter sich längere Zeit in Japan aufgehalten und dort mit fremden fortschrittlichen Ideen bekannt geworden waren, daß sie nach den ersten Erfolgen sofort die Hülfe der Japaner anriefen und erhielten und daß diejenigen, denen es nach dem Mißlingen des Unternehmens gelang zu entfliehen, in Japan freundliche Aufnahme und Unterstützung fanden, so scheint, auch ganz besonders im Licht späterer Ereignisse, mehr als wahrscheinlich, daß die Japaner um die Pläne der Verschwornen wußten oder zum Mindesten bereit waren, aus dem von denselben geplanten Unternehmen möglichsten Vortheil zu ziehen.

Am 4. September 1884 wurde im Gebäude des neuen Postamts, eine Errungenschaft der letzten Monate, zur Feier der Einweihung desselben ein Festmahl gegeben, dem eine Anzahl der höchsten koreanischen Beamten und fast alle der in koreanischen Diensten stehenden Fremden beiwohnten. Während des Festes ertönte plötzlich das Feuerzeichen; Min Yong Ik, dessen Vater zehn Jahre früher das Opfer eines Attentats geworden war und

der selbst in 1882 bei dem gegen die Königin geplanten Angriff in der Tracht eines buddhistischen Priesters hatte fliehen müssen, verließ den Saal, da er als einer der vier die Schloßwache befehligenden Generale bei Feuerlärm im Palast anwesend sein mußte, kehrte aber wenige Augenblicke später, aus sieben schweren Hiebwunden blutend und nur mit Mühe den Händen der Mörder entronnen, in denselben zurück. Der Wirth, General-Postmeister Hong Yong Sik, und zwei seiner Gäste, Kim ok Kiun und Pak Yong Ho, alle drei selbst Häupter der Verschwörung, trennten sich von der nach allen Seiten sich zerstreuenden Gesellschaft und eilten in den Palast, wo sie den Konig zu überreden wußten, sich in ein Nebengebäude desselben zurückzuziehen, während sie sich zugleich an den japanischen Gesandten Takezuyé mit der Bitte wendeten, eine Wache zum Schutz des Königs in den Palast zu entsenden, ein Ansuchen, dem derselbe nach kurzem Zögern entsprach. Während der Zeit waren die hauptsächlichsten koreanischen Beamten in den Palast gerufen und niedergemacht worden; es starben dort die drei andern Generäle der Leibwache, ein Adoptivbruder der Königin, Min Tai Ho und Min Yong Mok, der in 1883 den Vertrag mit dem deutschen Unterhändler Generalconsul Zappe und dem englischen Gesandten Sir H. Parkes abgeschlossen hatte, sowie eine Anzahl niederer Beamten. Der Versuch, die Fremden mit ihren Familien in den Palast zu locken, angeblich um ihnen dort Schutz zu gewähren, in der That um sie als Geiseln zu behalten, mißlang. Die Chinesen, die ebenfalls seit den Vorgängen in 1882 eine Garnison in Söul hatten, verhielten sich während des 5. Septembers ruhig, am 6ten aber rückte der chinesische General mit seinen Truppen vor den Palast und verlangte Zutritt zum Könige. Ob ihm derselbe verweigert wurde, oder ob er, wie die Japaner behaupten, angriff, ehe er eine Antwort auf sein Schreiben erhalten hatte, muß dahingestellt bleiben, feststeht, daß er im Verein mit koreanischen Truppen die sehr in der Minderzahl befindlichen Japaner aus dem Palaste hinauswarf und den König und die Königin,

die sich während des Gefechts durch eine Hinterthür geflüchtet hatten, in seinen Schutz nahm. Gleichzeitig hatte die Bevölkerung von Söul die japanische Gesandtschaft angegriffen, und die Lage derselben wurde so bedenklich, daß der Gesandte sich am 7ten zum Rückzuge nach Chemulpo entschloß.

Die Opfer des Aufstandes waren dreißig Japaner, ebensoviele Chinesen und vielleicht zweihundertundfunfzig Koreaner; wichtiger war aber, daß fast alle hervorragenden koreanischen Beamten ermordet wurden und nur ein einziger, der Minister des Aeußern, Kim Hong Jip, dem Tode entging, die Regierung sich also nach dieser Krise ohne eigentlichen Leiter befand. Von den Häuptern der Verschwornen gelang es Kim ok Kiun, Pak Yong Ho und einigen andern nach Japan zu entkommen, einer wurde von den Chinesen getödtet und ein anderer vom Volke zerrissen.

Auch diesmal forderte die japanische Regierung von der koreanischen Genugthuung für das Vorgefallene, ein Verlangen, dem der schwache König nachgeben mußte; ein auf japanischer Seite von dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Inouyé Bunda, unterhandelter, am 9. Januar 1885 unterzeichneter Vertrag enthielt das Versprechen der Bestrafung der Schuldigen und der Entschädigung für den erlittenen Schaden, wie den Ausdruck ihres Bedauerns über das Vorgefallene seitens der koreanischen Regierung. Drei Monate später, im April 1885, unterzeichneten Ito und Li Hung Chang in Tientsin das Abkommen, durch das China und Japan sich verpflichteten, gleichzeitig ihre Streitkräfte aus Korea zurückzuziehen und, falls sie sich zu einer neuen Entsendung von Truppen dorthin entschlössen, den andern Contrahenten davon zu benachrichtigen, dem es dann freistehen solle, ein Gleiches zu thun.

Während einiger Zeit schien die japanische Regierung sich mit diesen Erfolgen begnügen und den Dingen in Korea Zeit zur ruhigen Entwickelung lassen zu wollen, aber bald zwangen die steigenden Schwierigkeiten, die die radikale Opposition der

Regierung im Parlamente machte, dieselbe zu dem alten System der Einmischung in die koreanischen Angelegenheiten zurückzukehren. Ein Mitglied der radikalen Partei, Otschi, wurde als Gesandter nach Korea geschickt, und es war nur der Schwäche der koreanischen Regierung wie der versöhnlichen Haltung der durch Li Hung Chang vertretenen chinesischen zu danken, daß das allen diplomatischen Traditionen hohnsprechende Vorgehen des japanischen Vertreters nicht bereits damals, vor Ende des Jahres 1893, einen Conflict mit Korea hervorrief. Die großen Opfer an Würde und Geld aber, welche die koreanische Regierung bei diesen Gelegenheiten bringen mußte, und die mehr als einen der koreanischen Staatsmänner veranlaßten, ein Amt niederzulegen, das er glaubte nicht länger mit Ehren tragen zu können, haben sehr wesentlich zur Verschlimmerung der inneren Lage Koreas beigetragen.

Das Frühjahr 1894 schien den Bruch zwischen den beiden Ländern bringen zu sollen. Kim ok Kiun, der seit zehn Jahren in Japan gelebt hatte, wurde im März dieses Jahres nach Shanghai gelockt und dort von einem Koreaner ermordet; sein Leichnam wurde auf Verlangen der koreanischen Regierung von der chinesischen derselben ausgeliefert, auf einem chinesischen Kriegsschiffe nach Korea gebracht, dort geviertheilt und die Stücke in die Provinzen geschickt; dem Thäter wurden reiche Belohnungen zu Theil. Gleichzeitig war von einem andern Koreaner der Versuch gemacht worden, in Japan selbst einen der sich dort aufhaltenden Verschwörer von 1884 zu ermorden, derselbe mißglückte jedoch; der Thäter wurde verhaftet und nach japanischen Gesetzen bestraft. Die internationalen Folgen, die diese Vorfälle hätten haben können, wurden indessen dadurch verhindert, daß bald darauf ein Aufstand der Tong Hak*) ausbrach, zu dessen

*) Die Sekte der Tong Hak wurde in 1859 in der Provinz Kyeng Sang durch einen Visionär, Choi Chei On, gegründet. Derselbe behauptete, durch die Erscheinung Gottes von einer schweren Krankheit geheilt und zur Verkündung der neuen „östlichen Lehre“ (die Uebersetzung von Tong Hak, im

Unterdrückung die chinesische Regierung auf den Wunsch des Königs ein kleines Corps nach Korea sandte, worauf Japan auch seinerseits Truppen nach dort warf, um dann an China die Forderung zu richten, mit ihm gemeinschaftlich zur Vornahme von Reformen in Korea zu schreiten. Die Weigerung der chinesischen Regierung, auf diesen Vorschlag einzugehen, gab Japan den längst gesuchten Vorwand zum Kriege mit China. Am 23. Juli 1894 bemächtigten die Japaner sich des königlichen Palastes in Söul und der Personen des Königs und der Königin; am 28. August zwangen sie den König zum Abschluß eines Bündnißvertrages und am 7. Januar 1895 mußte derselbe in der Ahnenhalle des Palastes einen feierlichen Eid ablegen, durch den er sich von China unabhängig erklärte und die Befolgung von zwölf Regeln versprach, deren dritte war, daß die Königin und die Mitglieder der königlichen Familie sich nicht in Staatsgeschäfte mischen dürften. Im Mai desselben Jahres wurde nach dem Austausch der Ratificationen des Friedens von Shimonoseki die Unabhängigkeit Koreas von China aufs Neue feier-

---

Gegensatz zur westlichen, d. h. katholischen Lehre) berufen worden zu sein. Seine Lehre, die hauptsächlich in den Provinzen Kyeng Sang, Chung Chong und Chulla verbreitet ist, besteht aus einer Mischung der confucianischen, buddhistischen und monotheistischen Morallehren; die Tong Haks sind Monotheisten, verwerfen den Glauben an die Seelenwanderung und brauchen keine Bilder beim Gottesdienst. Bei der Verfolgung der Katholiken in 1865 wurde auch Choi verhaftet, angeschuldigt ein Christ zu sein und hingerichtet, während gleichzeitig seine Lehre verboten wurde. Seit dieser Zeit haben die Tong Hak sich vielfach an den periodisch meist zur Zeit der Ernte stattfindenden Erhebungen gegen die Erpressungen der Behörden betheiligt. Im Frühjahr 1893 erschienen fünfzig Tong Hak vor dem königlichen Palaste in Söul und verlangten, daß Choi für unschuldig hingerichtet erklärt, ihm ein posthumer Rang verliehen und seinen Anhängern gestattet werde, ihm ein Denkmal zu errichten, wie auch daß die Verkündigung seiner Lehre wie die des Christenthums freigegeben werde. Bei der Furcht, die damals vor einem allgemeinen Aufstande gegen die Regierung und die Fremden bestand, paktirte der König mit den Abgesandten und versprach ihre Bitten in Erwägung zu ziehen, wenn sie den Platz vor dem Palast räumten, ein Versprechen, das später unerfüllt blieb.

lich verkündet. Während so Japan scheinbar als Freund und Schützer Koreas auftrat, nahmen unter dem Schutze der Japaner und durch die der japanischen Partei angehörigen koreanischen höheren Staatsbeamten die gegen den König und die Königin angezettelten Intriguen ihren Fortgang. Am 6. Juli 1895 wurde entdeckt, daß der damalige koreanische Minister des Innern, Pak Yong Ho, ein Schwiegersohn des letzten Königs und von prinzlichem Range, der als einer der Verschwörer von 1884 längere Zeit in Japan gelebt hatte, mit den Japanern nach Korea zurückgekehrt und von denselben in das von ihm bekleidete Amt eingesetzt worden war, an einem Complott gegen das Leben des Königs und der Königin betheiligt war, aber trotz der an die japanische Gesandtschaft gerichteten Bitte, Pak Yong Ho nicht vor der verdienten Strafe schützen zu wollen, wurde derselbe unter japanischer Escorte nach Chemulpo gebracht und von dort auf einem japanischen Kriegsschiffe nach Japan geführt.

Am 8. October 1895 endlich wurde die Königin, die während der letzten beiden Jahre die Stütze und der einzige Halt des schwachen und unentschlossenen Königs, sowohl den Japanern, wie dem Tai wen kun und den eingebornen Verräthern gegenüber, gewesen war, ermordet.

Ueber die Vorbereitungen zu dieser That berichtete der die Voruntersuchung führende japanische Richter am 20. Januar 1896 wie folgt:

„In der Untersuchungssache gegen Okamoto Ryonoske, Berather der koreanischen Ministerien des Krieges und des königlichen Hauses

Vicomte Miura Goro, General-Lieutenant der Reserve,
Sugimura Fukashi, erster Legations-Secretair
und fünfundvierzig andere
wegen Mord und Aufruhr

befinden wir wie folgt:

„Der Angeklagte Miura trat seine amtliche Stellung als S. Kais. Majestät bevollmächtigter Minister und Außerordent-

licher Gesandter in Söul am 1. September 1895 an. Nach seinen Beobachtungen gingen die Dinge in Korea nicht den richtigen Weg. Der Hof wurde täglich willkürlicher und mischte sich in ungehöriger Weise in die Leitung der Staatsgeschäfte; Unordnung und Verwirrung wurden so in das Verwaltungssystem gebracht, das eben erst mit Hülfe des Beistands und des Raths der japanischen Regierung reorganisirt worden war. Der Hof ging in seiner Abneigung gegen die Japaner so weit, daß ein Plan angeregt wurde, die durch japanische Offiziere ausgebildeten Kurentai-Truppen aufzulösen und ihre Offiziere zu bestrafen. Außerdem kam ein Gerücht zu Miura's Ohren, daß der Hof daran denke, durch die Absetzung einiger und die Ermordung anderer unter den Cabinetsministern, die im Verdacht standen, der Partei des Fortschritts und der Unabhängigkeit anzugehören, alle politische Macht an sich zu reißen. Durch diese Umstände war er (Miura) sehr beunruhigt, da er glaubte, daß die Haltung des Hofes nicht allein eine auffallende Undankbarkeit gegen Japan zeige, das Mühe und Geld aufgewendet habe, um Korea zu retten, sondern auch das innere Reformwerk zu hindern und die Unabhängigkeit zu gefährden drohe. Die Politik des Hofes wurde daher als Korea schädlich und als in hohem Maße den Interessen Japans zuwiderlaufend angesehen. Der Angeklagte hielt es für dringend geboten, ein wirksames Mittel gegen diesen Zustand anzuwenden, um so auf der einen Seite die Unabhängigkeit Koreas zu wahren und auf der andern den Einfluß Japans im Lande zu erhalten. Während sein Gemüth von diesen Gedanken bewegt wurde, trat der Tai wen kun mit der Bitte um Unterstützung an ihn heran; der Prinz war entrüstet über die unbefriedigende Entwickelung der Dinge und entschlossen, die Reform des Hofes zu unternehmen, um so seine Pflicht zu erfüllen, den König zu berathen. Der Angeklagte hielt darauf am 3. October mit Okamoto und Sugimura eine Berathung ab, in der beschlossen wurde, dem Tai wen kun den Eintritt in den Palast durch die Kurentai zu ermöglichen, die,

da sie sich vom Hofe bedroht fühlten, denselben haßten, sowie durch die jungen Leute, die den Verlauf der Dinge tief betrauerten; auch die in Söul stehenden japanischen Truppen sollten das Unternehmen unterstützen. Es wurde ferner beschlossen, daß diese Gelegenheit benutzt werden solle, um die Königin zu tödten, die einen so übermächtigen Einfluß bei Hofe ausübe. Zugleich aber wurde es für nothwendig erachtet, gegen eine etwaige zukünftige Einmischung des Tai wen kun in Staatsangelegenheiten Vorsorge zu treffen, eine Einmischung, die sich schlimmer erweisen könne, als die, welche man jetzt zu stürzen suche. Zu diesem Zweck wurde von Sugimura ein Schriftstück aufgesetzt, welches die von dem Tai wen kun mit Bezug auf vier Punkte verlangten Bürgschaften enthielt. Dieses Schriftstück wurde am 5. October von Okamoto, der mit dem Tai wen kun sehr befreundet war, in dessen Wohnung gebracht. Nachdem Okamoto dem Prinzen auseinandergesetzt hatte, daß die Sachlage noch einmal die Einmischung Seiner Hoheit erfordere, legte er demselben das Schriftstück vor mit der Bemerkung, dasselbe enthielte, was Minister Miura von ihm, dem Prinzen, erwarte. Der Tai wen kun sowie sein Sohn und Enkel nahmen die vorgeschlagenen Bedingungen mit Freuden an, und der erstere schrieb einen Brief, in dem er seine Treue versicherte. Miura und die Andern beschlossen, den vereinbarten Plan um die Mitte des Monats auszuführen. Da sie fürchteten, daß Okamoto's Besuch bei dem Tai wen kun Verdacht erregen und zu der Entdeckung ihres Planes führen könne, wurde ausgestreut, daß er sich nur zu dem Prinzen begeben habe, um sich vor seiner Rückkehr nach Japan von demselben zu verabschieden, und um dies glaubhafter erscheinen zu lassen, wurde beschlossen, daß Okamoto sich von Söul nach Insen (bei Chemulpo) begeben solle; er reiste auch am 6. October von der Hauptstadt dorthin ab. Am folgenden Tage besuchte auf Befehl des Hofes der koreanische Kriegsminister An kei ju die japanische Gesandtschaft und frug den japanischen Gesandten nach seiner Ansicht über die in Aus-

sicht genommene Auflösung der Kurentai-Truppen. Es war nun klar, daß der Augenblick gekommen sei und kein längeres Zögern stattfinden dürfe. Miura und Sugimura beschlossen daher den Anschlag noch in derselben Nacht zur Ausführung zu bringen; Okamoto wurde telegraphisch zurückberufen, und einem gewissen Horiguchi ein ganz ausgearbeiteter Entwurf, wie der Tai wen kun in den Palast zu gelangen habe, ausgehändigt. Miura erließ seine Weisungen an den Befehlshaber des in Söul stehenden japanischen Bataillons, daß derselbe das Eindringen des Tai wen kun in den Palast erleichtern solle, indem er die Kurentai-Truppen entsprechend verwende und dieselben durch die japanischen Truppen unterstützen lasse. Miura ließ auch zwei andere Japaner rufen und forderte sie auf, ihre Freunde zu versammeln, sich mit Okamoto zu vereinigen und dem Tai wen kun bei seinem Eindringen in den Palast als Leibwache zu dienen. Miura sagte ihnen, daß von dem Erfolge des Unternehmens die Ausmerzung der Uebel abhänge, die dem Königreiche seit zwanzig Jahren so vielen Schaden zugefügt hätten und trieb sie an, bei ihrem Eindringen in den Palast die Königin zu tödten. Außerdem entsandte Miura die japanische Polizeimannschaft zur Unterstützung des Tai wen kun."

Die verschiedenen Japaner setzten sich darauf in Verbindung mit anderen ihrer Landsleute und einigen Koreanern; eine Anzahl Japaner, mehr als zehn, erhielten die Weisung, die Königin zu ermorden. Okamoto wurde durch einen Boten Miura's ein Brief desselben, der Entwurf eines zu erlassenden Manifestes und andere Schriftstücke überbracht, und die ganze Bande versammelte sich bei der Wohnung des Tai wen kun."

Nachdem dies in dem Urtheil in größerer Breite ausgeführt worden, heißt es in demselben weiter:

„Am 8. October um 3 Uhr Morgens verließen sie (die Japaner) die Residenz des Tai wen kun als Escorte des Prinzen, der sich in einem Tragstuhl befand, zusammen mit einigen Koreanern. Kurz vor dem Aufbruch versammelte Okamoto Alle

vor dem Hauptthore der prinzlichen Wohnung und erklärte, daß beim Eindringen in den Palast mit dem ‚Fuchs' nach Erfordern verfahren werden solle, was unzweifelhaft den Zweck hatte, seine Begleiter zum Morde J. M. der Königin aufzureizen. Auf diese Anregung hin beschlossen Sakai und einige andere, die bis dahin noch nicht in das Geheimniß eingeweiht gewesen waren, derselben entsprechend zu handeln. Bei dem langsamen Vormarsch gegen die Hauptstadt trafen sie die Kurentai-Truppen vor dem Westthore der Stadt, wo sie etwas auf das Eintreffen der japanischen Truppen warteten. Mit den Kurentai als Vorhut marschirten sie dann in schnellerem Tempo nach dem Palaste. Auf dem Wege dorthin schlossen sich ihnen noch andere Japaner an sowie einige ihrer Landsleute, die aufgefordert worden waren, den die Kurentai leitenden japanischen Offizieren als Dolmetscher zu dienen. Gegen Morgen drang die ganze Schar durch das Kwang hwa-Thor in den Palast und begab sich sofort in die innern Gemächer.

„Trotz dieser Thatsachen," fährt das Urtheil unvermittelt fort, „sind keine genügenden Beweise dafür vorhanden, daß einer der Angeklagten das ursprünglich geplante Verbrechen thatsächlich ausgeführt habe. Es ist auch nicht erwiesen, daß Hirayama den koreanischen Minister des königlichen Hauses, Li koschoku, vor dem Kön chön Palast getödtet habe.

„Aus diesen Gründen werden die sämmtlichen Angeklagten in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Art. 165 des japanischen Strafgesetzbuchs freigesprochen und die in Haft befindlichen Angeklagten aus derselben entlassen.

Das Ortsgericht von Hiroshima.
Der die Voruntersuchung führende Richter.
gez. Yoshida Yoshihide.
Den 20. Januar 1896."

Dieses in beglaubigter Abschrift veröffentlichte unglaubliche Urtheil ist dem von dem koreanischen Vice-Minister der Justiz an den Justizminister erstatteten, von dem fremden Berather,

C. R. Greathause, früher Generalconsul der Vereinigten Staaten, als eine zuverlässige Darstellung des Sachverhalts bescheinigten Bericht über die mit der Ermordung der Königin im Zusammenhang stehenden Vorfälle entnommen,*) auf dem auch die weitere Darstellung der Vorgänge beruht.

Während die japanischen Truppen sich vor dem von dem königlichen Paare bewohnten Palaste in militärischer Ordnung aufstellten und alle Ausgänge desselben besetzten, stürzten sich einige dreißig japanische Soshi**) mit gezogenen Schwertern in das Innere desselben, mißhandelten die Palastdienerinnen und suchten durch sie den Aufenthalt der Königin zu erfahren. Als sie dieselbe endlich in einem der Gemächer entdeckt hatten, hieben sie sie nieder, zwangen einige der Dienerinnen, sie zu recognosciren, legten die vielleicht noch nicht ganz Todte auf ein Brett, deckten eine seidene Steppdecke über sie und trugen sie in den Hof; bald darauf wurde auf den Befehl eines japanischen Offiziers die Bahre mit ihrer Last in den Garten getragen, mit Petroleum begossen und verbrannt.

Ein Russe Namens Sabatin, der im Palast als Architect beschäftigt war, hat, selbst vielfach bedroht, einem Theil dieser Scenen als Augenzeuge beigewohnt.

Auch der König und sein Sohn wurden von den Soshi vielfach wörtlich und thätlich insultirt, und der Minister des königlichen Hauses vor den Augen des Königs niedergehauen.

Bei den ersten Anzeichen von Unruhen hatte der König einen Boten auf die japanische Gesandtschaft geschickt, der, obgleich der Morgen kaum graute, Miura, Sugimura und den Dolmetscher angekleidet und die Tragstühle zum Gebrauch bereit fand. Noch während der Bote seinen Auftrag ausrichtete, hörte man das Feuern im Palast, was Miura zu der Aeußerung ver-

---

*) Veröffentlicht in englischer Uebersetzung in The Korean Repository Söul, März 1896.

**) Politische Rowdies.

anlaßte, wie er von einem Japaner gehört habe, daß weitere Truppen in den Palast verlegt worden seien, er aber nicht wisse, warum dies geschehen sei; die erste Scene in dem Satyrspiele, das auf die Tragödie folgte.*)

Mit dem Eintreffen Miura's und seiner Begleiter im Palast zerstreuten sich die Soshi, aber ihr Führer wohnte ebenso wie der Tai wen kun der Audienz bei, die der japanische Gesandte verlangte und erhielt. Bei dieser Audienz wurde der König veranlaßt, drei Decrete zu unterzeichnen, von denen eins die Erklärung enthielt, daß in Zukunft das Ministerium die Staatsgeschäfte wahrnehmen solle, während die beiden andern die Ernennung des Prinzen Yi Chai Miun, der den Tai wen kun in den Palast begleitet hatte, zum Minister des königlichen Hauses und die eines andern Anhängers der Japaner zum Vice-Minister desselben brachten. Vorher schon sollen, nach anderen Quellen, zwei Proclamationen veröffentlicht worden sein, durch welche das „Comité für die nationale Unabhängigkeit" die Uebernahme der Staatsgeschäfte durch den Tai wen kun und der letztere selbst,

*) Graf Inouye, der Vorgänger Miura's, sagt in einem Bericht an seine Regierung, daß bei Gelegenheit einer Audienz die Königin sich ihm gegenüber darüber beschwert habe, daß das von ihr Japan gezeigte Entgegenkommen zurückgewiesen worden sei, während der Einfluß des Tai wen kun, der stets ein Feind der Japaner gewesen, durch den japanischen Gesandten gehoben worden sei.

„Ich habe," schreibt Inouye, „diese Sachen, so weit als ich konnte, der Königin auseinandergesetzt, und nachdem ich ihren Argwohn so beruhigt, ihr des Weiteren erklärt, daß es der wahre und aufrichtige Wunsch des Kaisers und der Regierung von Japan sei, die Unabhängigkeit von Korea fest zu begründen und das königliche Haus von Korea zu kräftigen. Wenn daher irgend ein Mitglied der königlichen Familie oder irgend ein Koreaner Verrath gegen das königliche Haus unternähme, so gäbe ich die Versicherung, daß die japanische Regierung nicht unterlassen würde, das königliche Haus, selbst mit Waffengewalt, zu beschützen und die Sicherheit des Landes zu bewahren. Diese meine Bemerkungen schienen den König und die Königin gerührt und ihre Besorgnisse vor der Zukunft erheblich vermindert zu haben."

Die Audienz, auf die Inouye sich bezieht, fand kaum zwei Monate vor der Ermordung der Königin statt.

warum er in den Palast eingedrungen und die Leitung der Regierung übernommen habe, erklärte.

Nachdem Miura so die Ernennung ihm genehmer Personen durchgesetzt hatte, verließen die japanischen Truppen den Platz, die Wache des Palastes blieb aber den Kurentai überlassen. Am Nachmittage desselben Tages wurden die Minister des Krieges und der Polizei entlassen und an ihrer Stelle zwei andere Personen ernannt, von denen man wohl mit Recht annimmt, daß der Angriff auf den Palast ihnen vorher bekannt gewesen sei, wenigstens sind sie später dessen angeschuldigt worden und haben sich nach Japan geflüchtet.

Für Miura kam es nun darauf an, sich und seine Regierung von dem Vorwurf zu reinigen, an dem Morde der Königin betheiligt gewesen zu sein. In einem nach Tokio gerichteten Bericht äußerte er sich daher über die Vorfälle am 8. October dahin, daß er, als er die Botschaft des Königs erhalten, schleunigst in den Palast geeilt sei, die japanische Garnison sich aber bereits vorher dorthin begeben und die Ruhe wieder hergestellt gehabt hätte. Er habe in Erfahrung gebracht, daß die Ursache der Emeute ein Streit gewesen sei zwischen den Kurentai-Truppen, die im Palast eine Beschwerde vorbringen wollten, und der Palastwache und der Polizei, die sie daran zu verhindern gesucht hätten.

Herr Miura wünschte aber auch von der koreanischen Regierung eine Bescheinigung darüber, daß keine Japaner bei dem Vorfall betheiligt gewesen seien; er richtete daher am 10. October an den koreanischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten eine Note, in der er sagte, daß ein Gerücht bestehe, daß, als am Morgen des 8ten die Kurentai plötzlich in den Palast gedrungen seien, um ihre Beschwerden vorzubringen, eine Anzahl von Japanern in Civilkleidung sich unter ihnen befanden und sich an den unordentlichen Vorgängen im Palast betheiligt gehabt hätten. Er, Miura, wisse, daß diese Angabe eine müßige Erfindung sei und keinen Glauben verdiene, aber da die Sache von großer

Wichtigkeit sei, könne er sie doch nicht ganz übersehen; der Minister werde jetzt schon den Thatbestand kennen, und er ersuche ihn daher, ihm mitzutheilen, ob die erwähnte Angabe wahr oder falsch sei.

Als gelehrige Schüler japanischer Diplomatie erwidert der Minister der auswärtigen Angelegenheiten am 12. October, daß er die Note des japanischen Gesandten seinem Collegen des Krieges mitgetheilt und von demselben die nachstehende Antwort erhalten habe:

„Das Bataillon (der Kurentai) berichtet, daß, als die Soldaten am Morgen des in Frage stehenden Tages im Begriff standen, ihre Beschwerden vorzubringen, sie besorgten, daß, wenn sie mit der Palastwache zusammenträfen, es bei der Aufregung und der Unmöglichkeit der Unterscheidung leicht zu einem Zusammenstoße kommen könne. Sie haben sich daher fremde Kleider angezogen in der Hoffnung, so das Unglück, die Schwerter kreuzen zu müssen, vermeiden zu können. Sie ließen ihre Führer die japanische Civiltracht nachahmen mit dem Gedanken, es erscheinen zu lassen, als wenn sie keine Soldaten seien; thatsächlich war aber kein einziger Japaner gegenwärtig. Daß das Bataillon in der Besorgniß vor einem möglichen Zusammenstoße zeitweilig zu diesem Auswege griff, ist eine absolute Thatsache."

Aber auch das Andenken der gemordeten Königin mußte beschmutzt werden.

Am 11. October veröffentlichte die amtliche Zeitung ein später für eine Fälschung erklärtes, von dem Gesammtministerium unterzeichnetes Königliches Dekret, durch welches alle Schuld an der Mißregierung auf die Königin und ihre Familie, die Min, geschoben wird. Dann heißt es weiter: „Sie (d. h. die Königin und die Min) haben unsere Unterschrift zu einem Dekret gefälscht, daß unsere treuen Truppen (die Kurentai) aufgelöst werden sollten und dadurch eine Ruhestörung veranlaßt und hervorgerufen, und als dieselbe ausbrach, flüchtete sie, wie schon früher im Jahre 1882. Wir haben versucht, ihren Aufenthaltsort

zu erfahren, aber da sie nicht wiederkommt und sich zeigt, sind Wir überzeugt, daß sie nicht allein des Ranges einer Königin unwerth und unwürdig ist, sondern auch, daß das Maß ihrer Schuld voll und überfließend ist. Darum können Wir mit ihr nicht den Ruhm unserer Königlichen Ahnen erlangen. Wir entsetzen sie daher des Ranges als Königin und degradiren sie zur niedrigsten Klasse (des Volks)."

Dies Dekret wurde den fremden Gesandten amtlich mitgetheilt, und Miura antwortete am 12. auf dasselbe: „Die Nachricht hat mich tief empört und betrübt. Ich weiß, daß die Allerhöchste Entscheidung Seiner Majestät aus der wohldurchdachten Rücksicht auf das Königliche Geschlecht und das Wohlergehen des Volkes hervorgegangen ist. Und doch kann ich mich bei einem so unglückseligen Vorgange nicht enthalten, Ew. Excellenz mein Mitgefühl und meinen Schmerz auszusprechen."

Und das, während die Ueberreste der auf seinen Befehl ermordeten Fürstin noch unbeerdigt im Garten des Palastes lagen!

Die Posse fand mit der Verurtheilung und Hinrichtung von drei der Ermordung der Königin angeklagten Koreanern, von denen zwei an dem Vorfall überhaupt wahrscheinlich gar nicht betheiligt waren, und der Abberufung und Anklage Miura's und seiner Spießgesellen mit dem bekannten Erfolge ihren würdigen Abschluß.

Der König selbst blieb bis zum 11. Februar 1896 in der Gewalt der Leute, die thatsächliche oder intellectuelle Theilnehmer an den Vorgängen des 8. October 1895 gewesen waren. Am Morgen dieses Tages gelang es ihm und dem Kronprinzen, in Frauentragstühlen aus dem Palaste zu entkommen und in der Russischen Gesandtschaft Zuflucht zu finden, wo sie sich noch heute befinden. Sofort nach seiner Ankunft dort berief der König eine Anzahl von Koreanern zu sich, auf deren Treue er glaubte sich verlassen zu können, löste das bisherige Cabinet auf, ernannte neue Minister und ordnete die Verhaftung von sechs Personen an, die mit dem Attentat vom 8. October in Verbindung ge-

ſtanden hatten. Keiner der ſechs konnte verhaftet werden, drei hatten ſich ſchon vorher in Japan in Sicherheit gebracht, und die anderen entflohen auf die erſte Nachricht von dem Entkommen des Königs. Zwei in dem Dekret nicht genannte Miniſter des alten Cabinets wurden von der Polizei verhaftet, während der kurzen Unruhen, die nach dem Bekanntwerden der Flucht des Königs ausbrachen, getödtet und ihre Leichname von dem wüthenden Volke in Stücke geriſſen.

Die Befreiung des Königs aus den Händen der koreaniſchen Spießgeſellen der Japaner übte, nach dem Urtheil amerikaniſcher, ſonſt eher den Japanern geneigter Miſſionare, im ganzen Lande eine faſt wunderbare beruhigende Wirkung aus und trug viel zu dem ſchnellen Erlöſchen der während der letzten ſechs Monate überall ausgebrochenen oder drohenden Unruhen bei. Die Japaner aber hatten dem koreaniſchen Volke einen neuen Grund zum tödtlichen Haſſe zu den vielen früheren gegeben und bewieſen, wie wenig ſie trotz äußerer anſcheinender Fortſchritte in der europäiſchen Kultur ſich bis jetzt zu Trägern und Verbreitern derſelben anderen Völkern des Oſtens gegenüber eignen.

IV.

China und ſeine politiſche Stellung zur Außenwelt.*)

(1879.)

*) Abgedr.: Die Gegenwart, 1879. 129 f., 149 f., 179 f.

In den letzten Jahren hat sich so Manches ereignet, was China selbst dem Gleichgültigeren näher gebracht hat, und namentlich dürfte dies auch für Deutschland der Fall gewesen sein. Die Beglaubigung eines chinesischen Gesandten bei dem deutschen Kaiser, die Entsendung junger Chinesen nach Deutschland zu ihrer Ausbildung, das Erscheinen des ersten Bandes des Richthofen'schen Werkes sind Ereignisse, welche auch auf weitere Kreise eine gewisse Wirkung nicht verfehlt haben werden, und so dürften die nachstehenden Mittheilungen über das große Fabelland heute vielleicht einem wärmeren Interesse begegnen, als dies noch vor nicht zu langer Zeit der Fall gewesen sein würde.

Vielleicht wird der Ausdruck Fabelland Manchem etwas gewagt erscheinen, aber trotz Allem, was von berufener und unberufener Seite über das ungefüge Reich der Mitte gesagt und geschrieben worden, ist dasselbe dennoch bis zum heutigen Tage wenigstens für die Mehrzahl ebenso unbekannt wie unverstanden geblieben. Die Ursache davon liegt auf der Hand. Wir können uns im Geist in die Civilisation der Aegypter, der Assyrer, der alten Perser versetzen und staunend bewundern, was diese Nationen vor Jahrtausenden geleistet; fänden wir uns aber in Person der Zeit eines Ramses des Großen oder eines Cyrus gegenüber, so würde uns das, was uns heute vorurtheilsfreie

Bewunderung abzwingt, im Ganzen und Großen recht wenig bewundernswerth erſcheinen, und wir würden in dem Gefühl, Kinder und Bürger des neunzehnten Jahrhunderts zu ſein, auf die uns ſo wenig verwandten Zuſtände herabſchauen und ihnen höchſtens ein archäologiſches Intereſſe abzugewinnen vermögen. Aehnliches empfinden wir China gegenüber. Wir wiſſen, daß wir es mit einer Jahrtauſende alten, ſelbſtändigen Civiliſation zu thun haben, daß wir uns einem faſt ebenſo alten, feſt gefügten Gemeinde- und Staatsweſen gegenüber befinden, aber die äußeren Eindrücke ſind eben zu überwältigend, und dem thatkräftigen Sohne unſerer Zeit, den des Schickſals Laune oder der eigene Wille in das Reich der Mitte führt, ſcheint Alles, was ihn umgibt, ein ſchwer oder gar nicht verſtändliches Trümmerwerk, das er im Bewußtſein ſeines Wiſſens und ſeiner Kraft im günſtigſten Falle mit einer gewiſſen gutmüthigen Verachtung belächelt. Die Gegenſätze ſind freilich auch groß. Eine chineſiſche Kriegsdſchunke und das Panzerſchiff, welches die Flagge des engliſchen Stationscommandanten führt, die Truppen, welche die Schlachten des Jahres 1870 ſchlugen, und das zerlumpte Geſindel, welches unter ohrenzerreißendem Geſchrei vor dem inſpicirenden Mandarin Bocksprünge ausführt und mit ſtumpfen Säbeln auf buntbemalte Schilde ſchlägt, die ſtolzen Straßen und Paläſte europäiſcher Hauptſtädte und die Jammerlöcher, in denen Hunderttauſende der ſchwarzhaarigen Söhne des himmliſchen Reiches ihr Leben hinbringen und in denen Augen und Naſe des Fremden gleichmäßig beleidigt werden; der Abſtand iſt eben zu groß, um ein anderes Gefühl als das des Widerwillens und der ſelbſtbewußten Ueberlegenheit aufkommen zu laſſen. — So haben wir uns denn allmählich daran gewöhnt zu glauben, es mit den längſt verſteinerten Ueberreſten einer nur durch ihr Alter ehrwürdigen und intereſſanten Cultur zu thun zu haben, ohne uns zu fragen, ob nicht doch unter der unbewegten Oberfläche ein friſcheres Leben pulſirt habe und noch pulſire. Dieſe Frage zu beantworten, ſoweit die politiſchen Be-

ziehungen Chinas zur Außenwelt in Betracht kommen, soll die Aufgabe sein, die wir zu lösen versuchen wollen.

Auf die ältesten Zeiten des chinesischen Reiches, d. h. auf die Dynastien der Hsia, Shang, Chau und Tch'in zurückzugreifen würde zu weit führen, besonders da es sich dabei immer nur um mehr oder weniger geistvolle und gewagte Voraussetzungen handeln könnte, es wird genügen, an die erste historisch unzweifelhaft feststehende Berührung Chinas mit den Völkern des fernen Westens anzuknüpfen. Im Jahre 122 v. Chr., unter der Regierung des Kaisers Wu-ti der ersten oder westlichen Han-Dynastie, kehrte der General Chang Kien aus den Ländern des Yaxartes und Oxus nach einem zehnjährigen Aufenthalte in denselben zurück; seine Reise war epochemachend für China; nicht nur, daß er den Chinesen bis dahin ungeahnte Einblicke in die Länder ihrer westlichen Nachbarn eröffnete, er brachte auch eine große Anzahl bis dahin unbekannter Pflanzen in die Heimath mit. Nach dem Pên-tsao verdankt ihm China die Einführung der gemeinen Bohne, der Gurke, der Petersilie, des Sesam, des großen Knoblauch, der Walnuß, des Granatbaumes und des Weins, d. h. einer großen Anzahl der heute noch wichtigsten Nutzpflanzen.

Seit dieser Zeit werden die Beziehungen zwischen China und seinen westlichen Nachbarn selten unterbrochen. Die Arsaciden-Dynastie der Parther (bis 228 n. Chr.) war unter dem Namen An-si bekannt, sie sendeten u. A. im Jahre 78 n. Chr. einen Löwen als Geschenk, und einen zweiten im Jahre 101; von der Mitte des fünften Jahrhunderts an wird Persiens als Po-sse Erwähnung gethan und in der Geschichte der Tang-Dynastie (618—906) sogar der letzte Sassanide Yezdejerd II. (Yi-sse-sse) aufgeführt. Die Araber erscheinen bald nach der Entstehung des Islam. In der Geschichte der Tang, in welcher sie als Ta-shi bezeichnet werden, wahrscheinlich eine Nachbildung von Tazy, wie die Araber nach d'Ohsson von den alten Persern genannt worden sein sollen, werden Gesandtschaften der Chalifen

Abul Abbas (A-bo-lo-ba), Abu Djafar (A-pu cha-fo), Harun (A-lun) erwähnt, und in der Geschichte der Sung (960—1280) sind zwanzig Gesandtschaften der Araber verzeichnet. Aber selbst noch weiter nach Westen reichten die chinesischen Beziehungen, wie das Erscheinen eines Gesandten des oströmischen Kaisers Theodosius im Jahre 643 bei dem Kaiser Tai-tsung der Tang-Dynastie beweist. Freilich stand gerade zu den Zeiten dieses Herrschers die chinesische Macht am höchsten, Korea war unterworfen, das jetzige Ostturkestan erobert und das chinesische Gebiet bis zu den Grenzen des persischen Reiches und den Ufern des Kaspischen Meeres ausgedehnt worden. Solche militärischen Erfolge, zusammengenommen mit der großen räumlichen Ausdehnung des Reiches und der voraussichtlich sehr bedeutenden Bevölkerungszahl desselben, eine freilich nicht ganz sichere Quelle gibt dieselbe für das Jahr 722 auf 52 884 818 an, würden allein hingereicht haben, China eine hervorragende Stellung allen den sich innerhalb seiner Machtsphäre befindlichen Nationen gegenüber zu sichern, aber es dürfte doch vielleicht irrthümlich sein, nur diese Factoren in Betracht zu ziehen und andere ebenso wichtige bei Seite zu lassen. Die hohe Cultur eines Reiches, welches weit über seine Grenzen hinaus nach Süden und Osten seinen Nachbarn den Stempel seiner Civilisation aufgedrängt hatte, das festgeordnete Staatswesen, dem sich die China besuchenden Fremden gegenüber fanden, die commerzielle und religiöse Rührigkeit der Chinesen, alles dies wird dazu beigetragen haben, den Ruhm Chinas bis in die fernsten Länder zu tragen, und den Wunsch nach der Anknüpfung directer Beziehungen mit solchem Reiche den Fürsten und Völkern nahezulegen.

Zwischen dem vierten und achten Jahrhundert unserer Aera zogen chinesische Dschunken nach Ceylon, Persien, Mesopotamien und vielleicht bis nach Aden, sollte da nicht anzunehmen sein, daß auch auf dem Landwege unternehmende Händler weiter nach Westen vorgedrungen sein mögen, als sich dies vielleicht bestimmt

nachweisen läßt? Die vielen Spuren westlichen, namentlich persischen Einflusses, welche sich in der chinesischen Ornamentik auch der älteren Zeiten finden, scheinen darauf hinzudeuten, daß der Verkehr ein regerer gewesen, als man sonst wohl im Allgemeinen anzunehmen pflegt.

Zwischen China und Indien bestanden die lebhaftesten Beziehungen und zwar meistens auf religiöser Grundlage. Nach Indien, der Wiege des Buddhismus, ziehen Priester und Gesandte, um die Lehre an der Quelle zu studieren oder unverfälschte Exemplare der heiligen Bücher zu holen; Chi-tao-an besuchte Indien im Anfange des vierten Jahrhunderts, Fa-hsien, der Verfasser des Foé-kué-ki, von 399—414, Hwéi-seng und Sung-yun, deren Bericht Ch. F. Neumann übersetzt hat, ungefähr hundert Jahre später; Hsuen Tsang weilt von 629—645 in Indien; unter der Tang-Dynastie ziehen sechsundfünfzig Priester nach dort und von 964—975 hält sich Ki-nie mit dreihundert Schülern daselbst auf; die Sui- (518—681) und Tang-Dynastie scheinen sich hauptsächlich für Indien interessirt zu haben, die große Anzahl von Sendungen von Gesandten und Generälen, deren in ihren Annalen Erwähnung geschieht, spricht dafür. Aber China begnügte sich nicht damit, die buddhistische Lehre aufgenommen zu haben, es gab sie auch weiter; von ihm aus kam der Buddhismus 372 nach Korea, von wo aus er im Jahre 552 nach Japan herübergetragen wurde, und aus beiden Ländern zogen wiederum Mönche und Gelehrte nach China, um dort, der Quelle näher, sich der Erforschung der heiligen Schriften zu widmen. Einen Begriff von der Macht und der Ausdehnung des Buddhismus in China zu diesen Zeiten möge die der Geschichte der Tang entnommene Angabe gewähren, daß im Jahre 845 4660 kaiserliche und 40 000 andere buddhistische Tempel und Klöster bestanden mit 260 500 Priestern und Nonnen, die 150 000 Sclaven besaßen.

Kurz gefaßt dürfte sich für die Zeiten bis gegen das zwölfte Jahrhundert die Stellung Chinas der Außenwelt gegenüber dahin

charakterisiren lassen, daß es für die unmittelbarer im Bereich seines Einflusses gelegenen Staaten, wie Korea, Japan und Hinterindien bis Birma, die Quelle alles Wissens und aller Cultur war; es spielte ihnen gegenüber die Rolle, welche das klassische Alterthum zu uns einnahm und einnimmt, nur mit dem Unterschiede, daß die Sprache und die Litteratur Chinas die eines lebenskräftigen, auf der höchsten Stufe politischer Entwickelung stehenden Staates waren, während für uns der geistige Einfluß Griechenlands und des klassischen Roms erst begann, als die politische Existenz derselben aufgehört hatte. Die Rolle Chinas ist daher seinen Nachbarvölkern gegenüber eine viel durchgreifendere gewesen; für Korea und Japan war es außerdem die Heimath der in beiden Ländern herrschend gewordenen Religion. Den weiter entfernt liegenden Staaten erschien das schon durch seine räumliche Ausdehnung gewaltige Reich als der Inbegriff höchster intellectueller wie materieller Kraft und übte als solcher die Anziehungskraft aus, welche der Masse stets innezuwohnen pflegt.

Unter den beiden Sung-Dynastien (die nördliche 960 bis 1126, die südliche 1127—1278) wird China von dieser Stellung Manches eingebüßt haben, bis endlich die fortwährenden Kämpfe gegen die Kin-Tataren und die Mongolen mit dem Untergange der einheimischen und der Errichtung einer fremden, der Yüan (mongolischen) Dynastie endeten. Wie ein angeschwollener Bergstrom ergossen sich die mongolischen Scharen über Mittel- und Westasien bis nach Europa hinein, ihren Weg mit Blutvergießen und Verwüstung bezeichnend, aber doch auf den Trümmern des Zerstörten neue Reiche gründend und ihre Herrschaft dauernd befestigend. Die Züge der Mongolen gegen Persien und die Gegend des Kaukasus 1220—1224, nördlich vom Kaspischen Meere und westlich von der Wolga 1235—1242, gegen Nordrußland bis in die Nähe von Nowgorod 1237—1238, gegen Südrußland bis nach Volhynien und Podolien 1240, gegen Polen, Schlesien und Mähren 1240—1241, gegen Ungarn

1241—1242 trugen den Schrecken vor den mongolischen Waffen bis weit über diese Länder hinaus, aber sie dienten zugleich dazu, die Beziehungen zwischen Ostasien einer= und Westasien und Osteuropa andererseits enger zu knüpfen, wobei China und die dort herrschende mongolische Dynastie gewissermaßen den idealen Mittelpunkt abgab, um den sich die anderen Staaten derselben Herkunft gruppirten. Die drei großen mongolischen Reiche in Asien, Persien, Turkestan und die goldene Horde, erkannten die Oberhoheit des Kaisers von China schon gleich nach der Eroberung Nordchinas durch die Mongolen 1236 an; die Herrscher der drei Reiche hatten ihre Apanagen in China; zahlreiche Gesandtschaften mit Geschenken (Tribut) hielten die engsten Beziehungen aufrecht. Gefangene aus den unterworfenen Völkern bildeten die Leibgarde des Kaisers von China, so z. B. Russen, aus denen der Kaiser Wen=tsung 1330 ein Regiment bildete, dem nördlich von dem jetzigen Peking eine Niederlassung angewiesen wurde; der Uebersendung russischer Gefangener wird überhaupt häufig, so u. a. 1334 Erwähnung gethan und die Leibgarde des Kaisers als aus Mongolen, Kipchaken und Russen bestehend bezeichnet. Nach dem Sturz der Yüan=Dynastie in China 1367 rüstet sich der mächtigste Mongolenfürst, Timur, der selbst nie den Titel als Chan angenommen, sondern die nominelle Oberhoheit stets den directen Nachkommen Chagatais gelassen hatte, zur Wiedereroberung Chinas, stirbt aber 1405 während der Vorbereitungen zu diesem Feldzuge.

Aber auch in anderen Beziehungen brachten die Züge der Mongolen den Osten und Westen in nähere Berührung. Nach dem übereinstimmenden Zeugniß der chinesischen und mongolischen Schriftsteller legte Dchinghiz Chan schon bei seinem ersten Zuge nach Westen im Jahre 1219 Straßen an, welche dazu bestimmt waren, die Bewegungen seiner Truppen zu erleichtern und welche später so weit ausgedehnt wurden, daß sie trotz der großen Terrain= und sonstigen Schwierigkeiten, welche sich ihrer Vollendung in den Weg stellten, in der That Persien und

Rußland mit der Oſtmongolei verbanden. Sein Nachfolger, Okotai Chan, ſorgte für die Sicherheit dieſer Straßen durch die Anlegung zahlreicher Wachtpoſten.

Auf dieſen Wegen ergoſſen ſich die zahlloſen mongoliſchen Haufen nach Weſten, eilten die Couriere der Chane hin und her und kamen die Geſandten und Fürſten der unterworfenen Völker oder derjenigen Reiche, welche die Freundſchaft der mächtigen Mongolenherrſcher ſuchten. Drei ruſſiſche Großfürſten gingen nach Caracorum, um die Inveſtitur zu erlangen; Haïton, König von Kleinarmenien, zog dieſen Weg 1254, der Franziskaner Plano Carpini, als Geſandter Papſt Innocents, 1246, einige Jahre ſpäter Rubruquis zu Mangu Chan, die Polos gegen Ende des 13. Jahrhunderts. Aber auch in entgegengeſetzter Richtung wurden dieſe Wege benutzt; der tauiſtiſche Mönch Ch'ang ch'un zog auf den Wunſch Dchinghiz Chans von Shantung zu ihm nach Samarkand und von dort zurück nach Peking; ein Abgeſandter des Kin-Kaiſers Wu-ku-ſun ging 1220—1221 zu Dchinghiz Chan nach Perſien, um ihn um Frieden zu bitten, und 1259 reiſte Ch'ang Te als Geſandter Mangu Chans zu Hulagu Chan von Caracorum nach Bagdad und zurück, anderer ähnlicher Fahrten nicht zu gedenken.

Während ſo die urſprünglich militäriſchen Etappenſtraßen Dchinghiz Chan's dem großen Weltverkehr dienten, entwickelte ſich auch der Seeverkehr, der ſeit vierhundert Jahren faſt gänzlich darniedergelegen hatte, zu früher faſt unerreichter Blüthe; im Jahre 1286 berichten die Behörden von Fokien, daß Schiffe aus mehr als neunzig Königreichen dort zuſammengekommen ſeien, und die Chineſen ſelbſt ſuchen die alten, lange vernachläſſigten Bahnen wieder auf und ziehen nach Ceylon und Malabar, ſelbſt nach Perſien, wie Marco Polo berichtet.

Auch der Sturz der Mongolen-Dynaſtie 1367 ſcheint in dieſen regen Beziehungen Chinas zum Auslande während des erſten Jahrhunderts der neuen Regierung keinen weſentlichen Rückgang herbeigeführt zu haben. Mit den Mongolenſtaaten

freilich konnten engere Verbindungen nicht wohl aufrecht erhalten werden, und auch die im Westen Chinas, hauptsächlich während der Yüan-Dynastie, eingewanderten Mohammedaner wurden, wie z. B. 1387 aus Kansu, ausgewiesen, besonders wohl wegen der Uebereinstimmung ihres Glaubens mit dem auch von den mongolischen Herrschern Mittel- und Westasiens angenommenen. Trotzdem blieben noch genug Beziehungen bestehen; der Seeverkehr dauerte in der alten Weise fast bis gegen 1450 fort, und die Annalen der Ming-Dynastie erwähnen die Ankunft zahlreicher fremder Gesandtschaften, namentlich unter dem Kaiser Tsching-tsu 1409. Von späteren ähnlichen Veranlassungen dürften besonders eine Gesandtschaft aus Aegypten (Misr), im Jahre 1441 vom Sultan Ashref (Ashi-la-fu) entsandt, und eine im Jahre 1481 aus Samarkand, welche Löwen zum Geschenk brachte, zu bemerken sein, da sie den Beweis dafür liefern, wie ausgedehnt auch noch zu dieser Zeit die auswärtigen Beziehungen Chinas waren.

Mit dem Sinken der Macht der Ming-Kaiser mußte auch hierin ein Rückgang bemerkbar werden; das rege Interesse an den Vorgängen in den Nachbarstaaten schwindet, die Versuche zu interveniren hören auf, und statt aggressiv voranzugehen, muß sich das gewaltige Reich auf die Abwehr beschränken. Noch unter der Regierung des Kaisers Siung-tsung, 1426—1435, war der freilich erfolglose Versuch gemacht worden, in Cochinchina eine der chinesischen Dynastie befreundete Familie auf den Thron zu bringen; aber schon 1495 wurden die Bitten um Unterstützung der einen dort um die Herrschaft ringenden Partei seitens der chinesischen Regierung abgelehnt; die Einfälle der Mandschuren wurden immer häufiger und bedrohlicher, 1449 fällt der an der Spitze eines Heeres gegen sie ausgezogene Kaiser Yng-tsung in ihre Hände und wird erst nach mehreren Jahren gegen Zahlung eines bedeutenden Lösegeldes freigegeben; die Japaner, welche bis dahin zu den tributären Staaten gezählt wurden, schütteln diese freilich wohl nur nominelle Oberhoheit ab und bedrohen die

Küsten Chinas; 1555, 1556 und 1563 dringen sie vom Meeresstrande bis weit in das Innere vor, und die für sie gebrauchte Bezeichnung „Langbogen" wird ein Wort, mit dem in den Seeprovinzen die Mütter ihre Kinder schrecken und zur Ruhe bringen. — In diese Zeit des Niederganges der chinesischen Macht fallen indessen zwei Ereignisse, welche bestimmt sind, auf die weitere Entwickelung der äußeren Beziehungen des Reiches den größten Einfluß auszuüben, die erste Berührung mit den auf dem Seewege und zu Handelszwecken gekommenen Europäern und die Ankunft der ersten Missionare. — Diese letztere Angabe bedarf indessen einiger Erläuterungen.

Bereits im Jahre 635 haben Einwanderungen Nestorianischer Christen nach der Provinz Shensi stattgefunden und scheinen sich dieselben allmälig über die nordwestlichen und nördlichen Theile des Reiches ausgebreitet zu haben, wenigstens geschieht ihrer oft in den älteren Berichten, so z. B. von Rubruquis, Hayton und Marco Polo, Erwähnung; sie besaßen Kirchen in vielen größeren Städten und scheint zu diesen Zeiten das Bekenntniß der christlichen Lehre kein Grund zum Ausschluß von Staatsämtern gewesen zu sein, wie dies jetzt der Fall ist. Ein gegen Ende des 13. Jahrhunderts gemachter Versuch, eine katholische Mission in China zu gründen, mißlang dagegen. Der von Clemens V. 1288 nach Peking entsandte Johann von Montecorvino erhielt allerdings die Erlaubniß, dort eine Kirche zu bauen und seiner Lehrthätigkeit nachzugehen; er wurde zum Bischof von Kambalu d. h. Peking ernannt, und einige Priester wurden ihm zur Unterstützung nachgesendet; die Mission ging indessen trotz anfänglich viel versprechender Erfolge nach dem Tode ihres Gründers ein. — Die 1581 resp. 1600 nach China gelangenden Jesuiten Ruggiero und Ricci waren also nicht im eigentlichsten Sinne die ersten christlichen Missionare, welche chinesischen Boden betraten, sondern nur die ersten der Klasse von Sendboten, welche für sich wie für ihre Proselyten, allerdings auch in nur allmälig steigendem Maße, besondere Vorrechte und den chinesischen Gesetzen

und Gebräuchen gegenüber eine Ausnahmestellung in Anspruch nahmen. Doch wird auf diesen Punkt, wie auf den Einfluß und die Wirksamkeit der Missionare überhaupt, später ausführlicher zurückzukommen sein.

Die ersten Europäer, welche auf dem Seewege mit China in Berührung traten, waren Portugiesen, Abgesandte Albuquerques, welche 1516 von Malacca nach Canton gingen; ihnen folgte 1517 Perez de Andrade mit einem Geschwader von acht Schiffen. Die gegenseitigen Beziehungen scheinen anfänglich freundlicher Art gewesen zu sein und guten Gewinn gegeben zu haben, denn bald mehrte sich die Zahl der nach China strömenden Abenteurer, die, wie alle Entdecker der damaligen Zeit, halb Kaufleute, halb Eroberer und Seeräuber, an verschiedenen Stellen den Versuch machten, sich festzusetzen, und dadurch mit den Landesbehörden in Conflict geriethen. Ein 1520 nach Peking entsandter portugiesischer Gesandter mußte für die Missethaten seiner Landsleute büßen; er wurde nach Canton zurückgeführt, dort hart behandelt und eingekerkert und ist dann verschollen. Seit dieser Zeit dauerte der Verkehr zwischen Chinesen und Portugiesen mit wechselndem Erfolge fort; die ersteren versuchten den Handel möglichst auf einen Platz, Canton, zu beschränken, die anderen drängten vorwärts und strebten danach, immer neue Berührungspunkte zu erlangen; außer in Canton setzten sie sich in Ningpo, auf den Chusan-Inseln und in Makao fest, welchen letzteren Platz sie bis auf den heutigen Tag zu bewahren gewußt haben. Die Raubzüge des an der Küste von China zusammenströmenden portugiesischen Gesindels, welche sich oft weit in das Innere hinein erstreckten und von denen Pinto ein so lebensvolles und trotz mancher Uebertreibungen in den Hauptzügen wohl auch wahres Bild geliefert hat, mußten natürlich die Fremden in dem unvortheilhaftesten Lichte erscheinen lassen und den Bemühungen der redlichen Kaufleute, die Erweiterung des gesetzlichen Verkehrs herbeizuführen, viele Hindernisse in den Weg legen; auf der anderen Seite wurden die Ueberhebung, die Unzuverlässigkeit und

die Habsucht der chinesischen Behörden häufig die Veranlassung zu Klagen und Conflicten; aber auch bei den Beziehungen zwischen Chinesen und Portugiesen gaben schließlich die materiellen Interessen den Ausschlag; die chinesischen Beamten und Kaufleute fanden bald, daß sie den aus dem fremden Handel sich ergebenden Gewinn nicht gut entbehren konnten, und derselbe Grund veranlaßte die Portugiesen, sich allen Demüthigungen und Erpressungen geduldig zu unterwerfen. Einmal, 1622, schien es sogar, als seien die fremden Abenteurer berufen, bestimmend in die Geschicke des chinesischen Reiches einzugreifen; der immer heftiger werdende Andrang der Mandschuren wurde die Veranlassung, daß vierhundert Musketiere, zum Theil Portugiesen, zum Theil Macao-Chinesen, nach fremder Art bewaffnet, nach Peking geschickt wurden, um dort an den Kämpfen gegen den Reichsfeind theilzunehmen; Eifersüchteleien und die Befürchtung, daß die Fremden die Gelegenheit wahrnehmen könnten, sich in die inneren Wirren zu mengen, scheinen schließlich die Verwendung der kleinen Schar verhindert zu haben. Ueber die, einige Zeit nach den Portugiesen, in Verkehr mit den Chinesen getretenen Spanier und Holländer ist wenig zu sagen; ihre Beziehungen zu China waren im Allgemeinen dieselben wie die ihrer Vorläufer, die Holländer verstanden es indessen noch in den letzten Jahren der Ming-Herrschaft, die Erlaubniß zur Niederlassung auf Formosa zu erhalten.

1644 brach die Ming-Herrschaft zusammen, die Mandschuren zogen in das durch Verrath gefallene Peking ein, der letzte Kaiser der Ming-Dynastie erhängte sich, und die Scharen der Eroberer ergossen sich über die südlichen, bisher von ihren Einfällen verschont gebliebenen Provinzen des Reiches. An vielen Stellen widerstanden die Chinesen heldenmüthig, aber abgesehen von dem Mangel an einer einheitlichen Leitung, der alle ihre Anstrengungen nutzlos machte, war der Schrecken vor den Waffen der Eroberer so groß, daß, wie ein gleichzeitiger Schriftsteller sagt, die zusammengerafften Scharen der chinesischen Bauern auseinander liefen, sowie der Schatten eines mandschurischen

Rosses auf sie fiel. 1650 wurde Canton erobert und damit dem Widerstande der Chinesen, abgesehen von Formosa und Yünnan, wo er noch länger fortdauerte, ein Ende gemacht. Während des ersten Jahrhunderts ihrer Herrschaft behielt die neue Dynastie ihren kriegerischen Charakter bei und trug ihre Waffen weit über die Grenzen des Reiches hinaus, wie sie unter den Ming-Kaisern gewesen waren. Unter dem Kaiser Kanghi, 1662—1722, dem zweiten unbestrittenen Herrscher dieser Dynastie, wurden Yünnan 1682 und Formosa im darauf folgenden Jahre zurück erobert, und zwei Feldzüge, 1690 und 1696—1697, zwangen die Eleuthen zur Unterwerfung; sein Enkel, Kienlung, 1736—1796, setzte diese Eroberungen im größten Maßstabe fort; ein Aufstand der Eleuthen 1753 endete 1759 mit einem vollständigen Siege der Chinesen, denen nun auch das ganze früher den Eleuthen unterworfene Ost-Turkestan in die Hände fiel; der Ruhm Kienlung's drang weit über die Grenzen seines Reiches; aus dem Innern Rußlands flüchteten dorthin verpflanzte Stämme der Mongolen und kehrten unter das chinesische Scepter zurück; so 1770 die Turguten, die 500 000 Köpfe stark von den Ufern der Wolga aufbrachen und schließlich nach unzähligen Mühseligkeiten und dem Verlust fast der Hälfte ihrer Stärke in Ili anlangten. Siegreich drangen die chinesischen Waffen nach Awa und über Tibet bis nach Nepal vor, das sich zur Unterwerfung und Tributzahlung bequemen mußte. Kunst und Literatur blühten, überall entstanden die herrlichsten Bauten, Zeichen der Macht des Kaisers Kienlung, welcher, der Ludwig XIV. Chinas, wie jener seiner Regierung jeden höchsten Glanz zu verleihen wußte, aber ebenso das Reich in ganz erschöpftem Zustande seinem Nachfolger hinterließ und damit den Grund zu den kommenden Katastrophen legte.

Die Erfolge, welche die mandschurischen Kaiser gegen ihre inneren und äußeren Feinde errangen, mußten ihr Selbstgefühl steigern und damit auf die Stellung einwirken, welche sie den Europäern gegenüber einnahmen. Leider läßt sich nicht verkennen,

daß die erbärmliche Haltung, die maßlose Habsucht derselben und die Feigheit, mit der sie sich allen Forderungen der Chinesen unterwarfen, um nur den gewinnbringenden Handel nicht einzubüßen, wenig geeignet waren, den Chinesen Achtung vor ihnen einzuflößen. Zu den Portugiesen, Spaniern und Holländern waren 1637 die Engländer, später Dänen, Franzosen und Amerikaner gekommen; der Handel blieb fast ausschließlich auf Canton beschränkt, wenngleich einzelne Versuche, mit den Behörden und Kaufleuten in Amoy, Ningpo und Chusan in Verbindung zu treten, zeitweilig gelangen.

Den Lokalbehörden vollständig rechtlos gegenüberstehend und ihren Erpressungen und Mißhandlungen preisgegeben, lag für die Fremden der Gedanke nahe, zu versuchen, in directe Beziehungen zur Centralgewalt, dem Kaiser, zu treten und auf diese Weise Abhülfe für ihre vielfach berechtigten Beschwerden zu erlangen. Aber die Art und Weise, wie die zu diesem Zweck entsendeten Gesandtschaften ins Werk gesetzt wurden und ihre Aufgabe zu erfüllen suchten, konnte nicht dazu dienen, die Stellung der Fremden in den Augen der Chinesen zu erhöhen. Die Portugiesen und Holländer unterwarfen sich willig den erniedrigendsten Zumuthungen; sie warfen sich nicht nur vor dem Kaiser in den Staub, sondern thaten dasselbe vor den ihnen von der Tafel desselben gespendeten Abfällen; verlacht, beschimpft und gedemüthigt mußten sie in jedem Falle unverrichteter Sache nach Canton zurückkehren. Zur Ehre der Engländer und Russen muß indessen bemerkt werden, daß die Abgesandten dieser beiden Nationen sich niemals den entwürdigenden Zumuthungen gefügt haben, welche auch an sie gestellt wurden; Lord Macartney hat es sogar durchzusetzen gewußt, vor dem Kaiser erscheinen zu dürfen, ohne sich niederwerfen zu müssen, aber vor ungehöriger und roher Behandlung durch die chinesischen Würdenträger konnte auch ihn weder sein persönlicher Charakter noch seine Stellung als Gesandter Englands schützen.

Die vielfachen Eifersüchteleien der Fremden untereinander,

die eigenthümliche Stellung, welche die Beamten der Ostindischen Kompagnie zu den englischen Unterthanen und Kriegsschiffen einnahmen, die häufig auch den Chinesen gegenüber in das völkerrechtliche Gebiet hinüberspielenden Verwickelungen, welche aus den Kriegen der verschiedenen, mit China in Handelsbeziehungen stehenden, fremden Staaten untereinander entstanden, trugen ebenfalls das Ihrige dazu bei, die Lage der Fremden zu erschweren. War dieselbe schon unter den mächtigen Kaisern der mandschurischen Dynastie fast unerträglich gewesen, so wurde sie es noch mehr unter den nachfolgenden Herrschern, bei denen Ueberhebung und maßlose Verachtung alles nichtchinesischen Wesens an die Stelle bewußten Machtgefühls traten. Je mehr innere Unruhen die Sicherheit der Dynastie bedrohten, je ungünstiger die Finanzen des Reiches sich gestalteten, um so überhebender wurde das Benehmen der chinesischen Beamten, das seinen höchsten Punkt in der rücksichtslosen Behandlung des englischen Gesandten, Lord Amherst, im Jahre 1816 erreicht zu haben scheint.

Mit dem Erlöschen des Monopols der Ostindischen Kompagnie für den Handel mit China 1834 und der Ersetzung der Kompagniebeamten durch königliche mußte in den unerträglich gewordenen Zuständen eine Aenderung eintreten. Wie scharf man auch immer die direct zu den ersten Feindseligkeiten Veranlassung gebenden Thatsachen verurtheilen mag, die Kriege von 1840—41 und 1856—58 waren nur die Schläge, in denen das seit langer Zeit sich zusammenziehende Gewitter sich entlud; dieselben, wie der Krieg von 1860, waren durch die Ueberhebung, die Treulosigkeit und die Ohnmacht der chinesischen Regierung nothwendig und unvermeidlich geworden; sie waren nur Etappen in der natur- und sachgemäßen Entwickelung der Beziehungen zwischen China und dem europäischen Auslande.

Auf die Einzelnheiten der Kämpfe näher einzugehen, welche die Fremden von Canton bis nach Peking führten, liegt keine Veranlassung vor; trotz einzelner individueller Heldenthaten, trotz

der persönlichen Tapferkeit, von der namentlich die mandschurischen Truppen wiederholt glänzende Beweise ablegten, war das ganze System zu verrottet, als daß es nicht hätte beim ersten Anprall zusammenbrechen sollen, und dreimal wiederholte sich das Schauspiel, daß das gewaltige Reich einer Handvoll Männer unterlag, die an Zahl kaum derjenigen gleich kam, welche man gewohnt ist, bei den militärischen Schaustellungen in den Hauptstädten der continentalen Mächte versammelt zu sehen. Dagegen darf nicht unbemerkt bleiben, daß das Vorwärtsdrängen von der äußersten Grenze des Reichs bis nach dem ideellen Mittelpunkt desselben, der Hauptstadt, weniger der eigenen Initiative der Fremden entsprang, als es ihnen durch die Verlogenheit und Unzuverlässigkeit der Chinesen aufgezwungen wurde. Als alle Versuche, mit den Lokalbehörden in Canton zu einer Verständigung zu gelangen, fehlschlugen, wurden die militärischen Operationen und die diplomatischen Verhandlungen an den Yang-e-kiang verlegt und der Frieden in Nangking abgeschlossen; der zweite Feldzug führte die Fremden nach Tientsin, und der dritte sah die englischen und französischen Fahnen von den Mauern von Peking wehen. Charakteristisch für alle diese Kämpfe bleibt aber, daß sie vollständig lokalisirt und auf einen möglichst kleinen Raum beschränkt wurden; noch während des letzten Feldzuges, als die Truppen der Verbündeten auf Peking marschirten, und das Schicksal der Dynastie in Frage stand, nahmen in allen geöffneten Häfen die kaufmännischen Geschäfte ihren ruhigen Fortgang, und die chinesischen Behörden erhoben im Namen des Kaisers und für den Schatz desselben die Abgaben von den Waaren, welche die Schiffe der Feinde des Reichs brachten, ja in mehr als einer Stadt schützten englische oder französische Waffen die Mandarinen gegen den Ansturm der Taipings. — Dieser Zustand entsprach den beiderseitigen Wünschen und Interessen. Den Fremden mußte Alles daran liegen, die Kräfte, welche sie zu bekämpfen hatten, möglichst zu isoliren und dadurch zu schwächen, und eine Betheiligung der großen Masse der Bevölkerung an

dem Kriege zu verhindern; die Mandarinen in den geöffneten Häfen konnten die Steuern forterheben und hochtrabende Berichte über die Kunst schreiben, mit der sie die Barbaren gezähmt und die Ausbrüche der Wildheit derselben verhindert hatten; selbst die chinesische Regierung fand, wenigstens während der beiden letzten Kriege, ihren Vortheil bei dieser Lokalisirung der Feindseligkeiten, indem bei ihr die Furcht, durch eine Bewaffnung der Bevölkerung dem Aufstand der Taipings neue Kräfte zuzuführen, größer war als die Erwartungen, die sie auf eine thatkräftige Unterstützung durch die ihrem Rufe etwa Folge leistenden Elemente setzen mochte.

Die bei verschiedenen Gelegenheiten und namentlich nach der Zerstörung des Sommerpalastes aufgefundenen Eingaben der chinesischen Unterhändler und Decrete des Kaisers gewähren eigenthümliche Einblicke in das Treiben in den höchsten Beamtenkreisen und am Kaiserhofe während dieser Ereignisse, welche das Reich bis in seine Grundfesten erschütterten. So müssen die Satrapen des Großkönigs berichtet, so Darius decretirt haben, als Alexander seine Hand schon nach der persischen Krone ausstreckte; auf der einen Seite die unterthänigste Verlogenheit, die zwar die Erfolge der Barbaren nicht ganz wegzuleugnen wagt, aber sie doch nach Kräften abschwächt und sich an die Gnade des Kaisers wendet, damit dieselbe den Siegern die Bitten gewähre, deren Uebermittelung bis zu den Füßen des Throns die sich des dadurch begangenen Frevels wohl bewußten Berichterstatter übernommen haben; auf der andern maßlose Aufgeblasenheit und Unwissenheit, die bald im Zorn die gänzliche Vernichtung der Barbaren befiehlt, bald denselben, da sie die Räumung einiger der eroberten Plätze versprochen haben, huldvoll die Erfüllung der Friedensbedingungen zusagt; Alles in Allem ein Possenspiel, dessen Bedeutung für das Wesen des chinesischen Staats eine um so ernstere ist, als dasselbe sich nur unter Wissenden abspielt und nicht auf die Täuschung der großen Menge berechnet war. Durch alle Ereignisse von 1840—60

hindurch aber zieht sich bei den Chinesen als maßgebend für ihre Beziehungen zu der europäischen Außenwelt ein tiefer Haß gegen alles Fremde und die Ueberzeugung von der eigenen Vollkommenheit.

Mit dem Abschlusse des Vertrages von Peking 1860, und noch mehr mit dem Staatsstreich im November 1861, durch welchen der Regentschaftsrath gestürzt und die Kaiserin Wittwe und Mutter und durch dieselbe wiederum der Prinz Kung an die Spitze der Regierung berufen wurden, trat eine neue Epoche für die Beziehungen Chinas zur Außenwelt ein. Nicht daß die an höchster und einflußreichster Stelle herrschenden Ansichten freisinniger oder fremdenfreundlicher geworden wären, im Gegentheil, es war in dieser Beziehung Alles beim Alten geblieben, und die Stimmung durch die Erinnerung an die erlittene Demüthigung vielleicht eher noch verbitterter geworden, aber die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit, den Forderungen der Fremden noch länger offene Gewalt entgegenzusetzen, hatte sich Bahn gebrochen, und dem entsprechend wurde die Haltung geändert. Zugleich machte sich die Nothwendigkeit geltend, Ruhe im Innern zu schaffen und so dem erschöpften Reiche Zeit und Gelegenheit zu gewähren, sich von den Schlägen der letzten zwanzig Jahre zu erholen. Der Energie, mit welcher die chinesischen Staatsmänner dieser Aufgabe oblagen, kann nur die höchste Anerkennung gezollt werden; mit rücksichtsloser Aufwendung von Menschen und Geld wurde das Ziel verfolgt, die Macht der Regierung überall da wieder herzustellen, wo sie durch innere oder äußere Feinde ganz oder theilweise aufgehoben worden war; das Jahr 1865 sah die Unterdrückung des Taiping-Aufstandes, der seit 1850 fast die Hälfte des Reichs verheert hatte, 1867 endigte mit der gänzlichen Niederwerfung der Nienfei; der Aufstand in Yünnan und das aus demselben hervorgegangene Sultanat von Tali wurden 1872 unterdrückt, und der scheinbar gefährlichste Gegner des himmlischen Reichs, die neu errichtete mohammedanische Herrschaft in Ostturkestan, unterlag gegen Ende 1877 den chinesischen Waffen,

nachdem ihr Gründer, Yakub Chan, kurze Zeit vorher gestorben war. So stand am Schlusse des Jahres 1877 China zum ersten Male seit langer Zeit frei von innern Aufständen da, abgesehen von solchen kleinen lokalen Unruhen, welche wie Nervenzuckungen bald an diesem, bald an jenem Gliede auftreten und den Beweis dafür liefern, daß der Organismus des großen Reichs nicht von Krankheitsstoff frei sei.

Diese innere Kräftigung mußte auch auf die äußeren Verhältnisse, zunächst freilich zu den angrenzenden Staaten, ihre Wirkung üben. Korea, dessen Beziehungen zu China sich seit der Mitte der sechziger Jahre etwas gelockert zu haben schienen, ist willig in das alte, in seiner Bedeutung doch wohl manchmal unterschätzte Verhältniß zurückgetreten, wofür der Einfluß als Beweis dienen möge, den die chinesische Regierung in Betreff der Freilassung des gefangen gesetzten Bischofs Ridel 1878 geltend zu machen im Stande gewesen ist; Nepal, das sich den Engländern gegenüber so spröde verhält, hat 1876 seine Tributzahlungen an China wieder aufgenommen; Tonkin, dem sein Vertrag mit Frankreich alle directen politischen Beziehungen zu andern Staaten ohne die Genehmigung des Protektors untersagt, entsendet trotzdem fast jedes Jahr eine Gesandtschaft nach Peking; Birma hat dasselbe sofort nach Unterdrückung des Aufstandes in Yünnan gethan und seitdem mehrere Male wiederholt; selbst die im Laufe der letzten Jahre von Japan annectirten Liu-Kiu Inseln fahren fort, für die Wiederanknüpfung der alten Beziehungen zu China zu agitiren; kurz, China nimmt heute dieselbe Stellung zu seinen Nachbarn ein, wie unter den mächtigsten Kaisern der gegenwärtigen Dynastie.

Den Vertragsmächten gegenüber mußten sich die Verhältnisse allerdings anders gestalten. Der Glaube an die Oberhoheit des chinesischen Kaisers war in zu fühlbarer Weise erschüttert worden, als daß er hätte fortfahren können, sich vorläufig wenigstens in anderer Weise als durch kleine Unhöflichkeiten und Ueberhebungen zu zeigen, aber der Haß gegen alles

Fremde, wie die Furcht vor dem Einfluß, den dasselbe auf die innern Zustände des Reichs ausüben könnte, bestanden unvermindert fort und mußten, auch nach der Wiederherstellung wenigstens äußerlich friedlicher Beziehungen, die Grundlage der chinesischen Politik den Vertragsmächten gegenüber bilden. Schon gleich nach dem Abschluß der letzten Verträge waren von Peking aus Weisungen an die Provinzialbehörden ergangen, der Ausführung der Bestimmungen derselben einen entschlossenen, wenn auch fürs Erste nur passiven Widerstand entgegenzusetzen und zu versuchen, auf diese Weise einen Theil des verloren gegangenen Terrains zurückzugewinnen. Die Politik der Vertragsmächte wie ihrer Vertreter kam diesem Bestreben auf halbem Wege entgegen. Der schnelle und glückliche Ausgang des Feldzuges von 1860 hatte eine solche Last von den Herzen der leitenden französischen und besonders englischen Staatsmänner genommen, daß alle ihre Instructionen während der nächsten Jahre nur Variationen zu dem Thema „keine neuen Verwickelungen" waren. Nebenbei mochten einige der in höheren oder niederen Stellen praktisch an der Lösung der Frage betheiligten Personen wirklich ehrlich der Meinung sein, daß eine zurückhaltende und abwartende Politik der sogenannten freisinnigen und fremdenfreundlichen Partei, als deren Führer man den Prinzen Kung anzusehen pflegte, Gelegenheit geben würde, aus eigenem Antriebe der chinesischen Politik eine ihren vermeintlichen persönlichen Gefühlen entsprechendere Richtung zu geben. Den höchsten Grad erreichte diese Vertrauensseligkeit bei der Inscenesetzung der Burlingame'schen Sendung an die Vertragsmächte 1868, welche die „Times" leider zu spät, 1877, als eine Farce bezeichnete. Seit dieser Zeit haben sich die Ansichten der mit den chinesischen Zuständen bekannten Personen, einige unverbesserliche Ideologen abgerechnet, freilich sehr geklärt, aber die Lage der Verhältnisse ist dadurch keine bessere geworden. Die über die sogenannte Margary-Frage veröffentlichten englischen Blaubücher und ein vor einigen Monaten über China erschienenes Werk des früheren französischen Ge-

schäftsträgers in Peking, Grafen Rochechouart, geben darüber eigenthümliche Aufschlüsse. Nach wie vor fahren die chinesischen Behörden fort, die Ausführung der Bestimmungen der Verträge nach Kräften zu umgehen; werden die Reclamationen dringender, so wird die jahrelange Nichtausführung der Verträge als Beweis dafür angeführt, daß der Sinn des betreffenden Artikels überhaupt ein ganz anderer sei, als der fremde Vertreter behaupte, und bleibt schließlich kein Schlupfloch mehr übrig, so ist die ultima ratio chinesischer Staatsweisheit heute noch derselbe Einwand, welchen die chinesischen Unterhändler 1861 dem preußischen Gesandten, Grafen zu Eulenburg, gegenüber erhoben: die Gewalt, mit welcher die Verträge China aufgezwungen worden seien. Aber nicht allein den Fremden gegenüber verhält sich die chinesische Regierung so ablehnend, die vorgeschrittenen Elemente im Lande selbst haben unter demselben Nachtheil zu leiden. Will der Generalgouverneur einer Provinz eine Telegraphenlinie anlegen, so wird seine Absicht gewiß durch ein Verbot von Peking aus durchkreuzt, schlägt ein Anderer die Aufhebung der alten Examina für die Militär-Mandarinen vor, da Bogenschießen und Lastenheben nicht mehr als Kennzeichen eines brauchbaren Offiziers gelten könnten, so erhält er einen Verweis, weil er leichtsinnig an einem durch Alter geheiligten Brauche rühre; kurz überall, wo es sich um einen Fortschritt handelt, greifen die höchsten Behörden hindernd ein.

Es würde indessen irrthümlich sein, in diesem Conservatismus à outrance nur ein Symptom des Mangels an Verständniß für die Vortheile, welche die fremde Civilisation zu bieten im Stande ist, zu erblicken; er entspringt vielmehr in erster Linie jener Scheu vor der Uebernahme von Verantwortlichkeit, welche das Verfahren der chinesischen Beamten charakterisirt. Nicht als ob es denselben an Macht fehlte, eine eigene Ansicht zu haben und nach derselben zu handeln, im Gegentheil, die chinesische Geschichte sogar der letzten zwanzig Jahre ist reich an Beispielen von seltener Entschlossenheit und Standhaftigkeit, immer aber

nur in Fällen, welche sich auf einen durch sein Alter geheiligten Präcedenzfall zurückführen lassen. Noch vor wenigen Jahren erregte ein Vorfall großes Aufsehen. Der Lieblings-Eunuch einer der Kaiserinnen war von derselben mit einem Auftrage nach einer der am Yang-tse-kiang gelegenen Provinzen geschickt worden; Alles zitterte vor dem mächtigen Günstlinge, dessen Einfluß gekannt und gefürchtet war, und der überall mit der größten Anmaßung auftrat. Da ließ in einer der Städte, welche er zu passiren hatte, der Gouverneur ihn verhaften, ins Gefängniß werfen und hinrichten, weil nach einem alten kaiserlichen Edict kein Eunuch als Abgesandter des Kaisers auftreten dürfe. Dem Gouverneur wurde kein Haar gekrümmt, und der hohe Beamte in der Hauptstadt, auf dessen Anstiften, wie allgemein bekannt, die ganze Sache ins Werk gesetzt worden war, ist heute Mitglied des großen Secretariats und einer der leitenden Staatsmänner des Reichs; derselbe Mann aber, der sich nicht gescheut, gegen den Günstling der höchsten Person im Staate in solcher Weise vorzugehen, würde sich nie entschließen können, seinen Namen mit der Einführung einer Maßregel in Verbindung zu bringen, für die sich nicht ein Analogon in der früheren Geschichte des Reichs nachweisen ließe.

Unter diesen Verhältnissen ist es für die Fortentwickelung Chinas doppelt verhängnißvoll, daß seit beinahe zwanzig Jahren kein selbständiger Kaiser mehr die Zügel der Regierung in Händen gehabt hat. Nach dem Tode Hienfungs 1861 bestieg sein unmündiger Sohn Tungchih den Thron, der 1875, ein Jahr nach seiner Majorennitätserklärung, starb; ihm folgte im Alter von zwei oder drei Jahren der jetzt regierende Kwangsü, so daß dem Reiche voraussichtlich noch zehn Jahre einer neuen Minorennität bevorstehen. Nach Kräften Alles beim Alten zu erhalten, sich jeder Neuerung zu widersetzen, das nach allen Seiten mit dem Einsturz drohende Staatsgebäude nothdürftig zu stützen und zu halten, das sind die Aufgaben der chinesischen Staatsmänner während der letzten zwanzig Jahre gewesen und

werden es auch bleiben, bis der Herrscher selbst im Stande sein wird, die Verantwortlichkeit mit für seine Handlungen zu übernehmen. Die Frage ist eben nur, ob das Schicksal, welches namentlich in solchen Uebergangsstadien sehr schnell zu schreiten pflegt, abwarten wird, bis es der chinesischen Staatsweisheit gefällig ist, sich vorwärts zu bewegen, oder ob es über die ungefüge Masse hinweg seinen eigenen Gang gehen wird. Je häufiger die Berührungspunkte zwischen China und den fremden Mächten werden, desto schneller wird sich das Geschick des großen Reichs erfüllen. Heute grenzt dasselbe nur auf einer freilich Tausende von Meilen langen, aber vielfach durch schwach oder gar nicht bevölkerte Gebiete gehenden Linie an Rußland, aber trotzdem die Verhältnisse so günstig wie möglich für China liegen, ist doch fast kein Jahr vergangen, in dem die russischen Grenzsteine nicht an einer oder der andern Stelle vorgerückt worden wären. England und Frankreich werden heute noch durch Birma und Tonking vom chinesischen Reiche getrennt, aber die Annexion beider Länder durch ihre mächtigen Nachbarn ist nur eine Frage der nächsten Zukunft, und wer weiß, ob der Aufstand Li Yung-choi's, welcher sich augenblicklich auf der Grenze zwischen Tonking und Kwangsi abspielt und die Ansprüche Gi's auf den Thron von Tonking zur Veranlassung haben soll, dieselbe nicht sehr bald für dieses Reich zur Entscheidung bringt. Einmal aber der unmittelbare Nachbar englischer, französischer und russischer Besitzungen wird für China nichts Anderes übrig bleiben, als gutwillig oder gezwungen auch seinerseits dem Zeitgeist einige Zugeständnisse zu machen und aufzuhören, als ungefüge Masse die beiden civilisirten Hälften der Welt von einander zu trennen. Daß auf diese Weise die Frage gelöst werden wird, wie lange China sich noch den Fortschritten der Civilisation verschließen kann, dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen; von der Einsicht der chinesischen Staatsmänner wird es abhängen, ob dieser Uebergang sich allmälig und auf friedlichem Wege, oder mittelst einer gewaltsamen Krisis vollziehen wird, bei der das Reich leicht in

Stücke gehen könnte. Mehr als ein chinesischer Würdenträger ist unterrichtet und einsichtsvoll genug, dies einzusehen, aber der Widerstand der Heißsporne der alt-chinesischen Partei, die, um sich einer gebräuchlichen Redewendung zu bedienen, nicht eher zufrieden sein wollen, als bis sie vom Fleisch der Fremden gegessen und auf ihrer Haut geschlafen haben, und die Furcht vor Verantwortlichkeit, welche die Thätigkeit der Regierungsbehörden lähmt, setzen leider bis jetzt allen vernünftigen Versuchen unüberwindliche Hindernisse entgegen. Soll man den Gerüchten glauben, die aus den Kreisen der höchsten Beamten in Peking mitunter ins Publicum dringen, so würden manche der leitenden Staatsmänner, trotz aller Behauptungen des Gegentheils, nichts dagegen einzuwenden haben, sich durch Drohungen zu Reformen gezwungen zu sehen, die sie aus eigener Initiative nicht einzuführen wagen; den Vertragsmächten wird aber hoffentlich die Aufgabe erspart bleiben, in dieser Weise für westliche Civilisation Propaganda zu machen und damit den Grund für Verhältnisse zu legen, wie sie jetzt die Türkei als warnendes Beispiel bietet. Möge im Gegentheil der Wahlspruch der sich den Wohlthaten fremder Cultur nicht verschließenden Partei, daß China den Chinesen verbleiben und die Einführung von Neuerungen nur durch dieselben selbst stattfinden dürfe, im vollsten Maße zur Durchführung kommen und dadurch mit der Unabhängigkeit des Reichs auch die ursprüngliche Weiterentwickelung der inneren Zustände desselben gewährleistet werden.

Wenn in dem Vorstehenden einer Frage, welche bei jeder Besprechung chinesischer Verhältnisse in den Vordergrund tritt, der Anwesenheit fremder Missionare im Lande keine Erwähnung geschehen ist, so lag der Grund dafür in dem Wunsche, das Herbeiziehen zu vieler Einzelnheiten und die dadurch leicht herbeigeführte Unklarheit zu vermeiden. Die Frage ist außerdem wichtig genug, eine eingehendere Behandlung zu verdienen.

Die ersten Jesuiten kamen, wie bereits früher erwähnt, in den letzten Jahren des 16. Jahrhunderts nach China; ihre Er-

folge scheinen, trotzdem bereits 1615 eine Verfolgung gegen die Bekenner der neuen Lehre ins Werk gesetzt wurde, schnelle und günstige gewesen zu sein, denn schon in der Mitte des 17. Jahrhunderts wird die Zahl der Bekehrten als eine sehr große angegeben, und Kirchen und Kapellen sollen sich an vielen Plätzen befunden haben.

Mit großer Feinheit verstanden die Jesuiten die Gefahren zu vermeiden, welche die eng mit dem socialen Leben verwachsenen Vorschriften der Verehrung der Ahnen für den neuen Glauben haben konnten; sie begnügten sich damit, dieselben des religiösen Charakters zu entkleiden, gestatteten im Uebrigen aber ihren Convertiten sie beizubehalten. Gegen diese laxe Praxis erhoben sich die nach den Jesuiten gekommenen Dominikaner, und Papst Innocenz X. gab den Letzteren 1644 Recht, was Alexander VII. nicht verhinderte, sich elf Jahre später zu Gunsten der Jesuiten auszusprechen. — So lange die Streitigkeiten der beiden Orden in Rom ausgefochten wurden, litten die kirchlichen Interessen in China verhältnißmäßig wenig unter diesen Uneinigkeiten; die wissenschaftliche Stellung der Jesuiten am Kaiserhofe war eine so angenehme, namentlich zur Zeit Adam Schalls und Ferdinand Verbiests, daß sie auch auf kirchlichem Gebiete einen großen Einfluß ausübten; ihrer Einwirkung muß überhaupt der Erlaß eines Toleranz-Edictes durch den Kaiser Kanghi 1692 zugeschrieben werden. Als die vorerwähnten Zwistigkeiten später auch in China selbst offener hervortraten, nahm Kanghi Partei für seine Schützlinge und sprach sich im Jahre 1700 in einem neuen Edict zu Gunsten derselben aus. Trotzdem erneuerte Clemens IX. 1704 die schon früher einmal gegen die Jesuiten ausgesprochene Verurtheilung, ein Act, auf den Kanghi mit einem Verbot der christlichen Lehre antwortete. Die Jesuiten persönlich blieben in hohen Ehren in Peking, aber die Sendung des Legaten Mezzabarba 1720 war die Veranlassung, den Kaiser noch mehr zu erbittern und in seinem Entschluß zu bestärken, keine Einmischung des Papstes in die kirchlichen chinesischen

Angelegenheiten zu gestatten. Unter dem Nachfolger Kanghis, Yungching, wurden 1723 die christlichen Missionare des Landes verwiesen, und von dieser Zeit an rissen die Verfolgungen nicht mehr ab, bis endlich 1785 Kienlung die gefangenen Priester in Freiheit setzte, sie aber aus dem Lande verwies. In Peking waren die Jesuiten noch lange geduldet worden, aber nur als Mitglieder wissenschaftlicher Collegien, Architekten, Maler u. s. w., bis endlich der letzte 1823 freiwillig die Hauptstadt verließ. Erst der Frieden von 1860 öffnete den katholischen Missionaren wieder das Innere des Landes und gab ihnen das früher besessene Grundeigenthum zurück; in überraschender Anzahl fanden sich überall Reste der alten christlichen Gemeinden vor, was die Missionsthätigkeit natürlich sehr erleichtern mußte, trotzdem dürfte nur eine verhältnißmäßig geringe Anzahl der jetzt in China vorhandenen eingeborenen Christen auf neuere Bekehrungen zurückzuführen sein. Im Uebrigen haben der Hochmuth der katholischen Bischöfe und Missionare, welche, namentlich die ersteren, auf alle den höchsten chinesischen Würdenträgern erwiesenen Ehrenbezeugungen Anspruch machen, ihre Sucht, sich in die Privatangelegenheiten der Bekehrten zu mischen und zwischen denselben und den Behörden die Vermittlerrolle zu übernehmen, nicht wenig dazu beigetragen, bei einem großen Theil der Bevölkerung den Haß gegen die Fremden zu erhalten und anzufachen; jedenfalls kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Frage der Stellung der Missionare zu den Behörden wie zu den Convertiten diejenige ist, welche der chinesischen Regierung wie den Vertragsmächten die meisten Sorgen macht und am leichtesten zu einem Conflict führen kann.

Weniger einflußreich als die katholischen Missionare sind die protestantischen, die einer größeren Anzahl englischer, amerikanischer und deutscher Gesellschaften angehören, unter sich keine feste gemeinschaftliche Organisation besitzen und sich auch so wenig der Vorzüge einer solchen bewußt zu sein scheinen, daß sie sich noch nicht einmal über einen gemeinsamen chinesischen Ausdruck

für „Gott“ haben einigen können. Ihre praktischen Erfolge auf dem Felde der Bekehrungen sind gering, anerkennenswerth ist ihre Thätigkeit in den verschiedenen Missions-Spitälern.

Die griechisch-katholische Mission ist auf Peking beschränkt und beschäftigt sich ausschließlich mit der Seelsorge für die russisch-chinesische Gemeinde, Nachkommen von in der Veste Almasin gefangenen und nach Peking verpflanzten Kosaken, welche jetzt einen Theil der Mannschaft eines der kaiserlichen Banner ausmachen.

Ueber die Rolle, welche alle diese Missionen, in erster Linie aber die katholischen, für die weitere Entwickelung Chinas zu spielen berufen sein werden, dürfte es schwer sein, ein maßgebendes Urtheil zu fällen. Nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen wird ihr Einfluß voraussichtlich auf die untersten Volksklassen beschränkt bleiben; die Klasse der Literaten, aufgewachsen in den Lehren der confucianischen Moral und Philosophie, in den Dogmen des Christenthums wie des Buddhismus nur grobe, auf Weiber und ungebildete Leute berechnete Täuschungsmittel sehend, hat sich bis jetzt der neuen Lehre gegenüber durchaus ablehnend und feindlich verhalten; die mangelhafte Bildung der meisten Missionare, vom chinesischen Standpunkte aus, hat dieser Abneigung der Literaten eine Beimischung von Verachtung gegeben, die den Versuch zu Bekehrungen in dieser Klasse noch mehr erschweren wird. Wie der Brahmane Indiens, ist der chinesische Literat seinem Gegner auf dem Felde der eingeborenen Philosophie so unendlich überlegen, daß der Missionar gezwungenermaßen auf die ungebildeten Klassen der Bevölkerung zurückfallen muß; Erfolge innerhalb derselben aber werden ohne Einfluß auf den Gang der Entwickelung des Landes bleiben, so lange nicht der Versuch gemacht werden kann, die große Masse des Volks von der Bevormundung durch die gebildete Klasse zu befreien, diese letztere aber bildet recht eigentlich die Elite der Nation, wie sie aus den verschiedenen, Allen zugänglichen wissenschaftlichen Prüfungen hervorgegangen ist. Ein Versuch, die bekehrten Elemente der großen Menge unter Führung der fremden Missio-

nare gegen die Literaten zu verwenden, würde daher voraussichtlich nicht allein vollständig mißlingen, sondern auch wahrscheinlich das Zeichen zu einer Verfolgung der eingeborenen Christen geben, denen dann wieder Repressalien der christlichen Mächte folgen dürften, ein Schauspiel, das dem Ende des 19. Jahrhunderts hoffentlich erspart bleiben wird.

V.

China und seine Beziehungen zu Hinterindien und den Vertragsmächten.*)

(1894.)

*) Abgedr. Deutsche Revue 1894. Februar.

Der erste Akt der während der letzten Monate in Hinterindien zwischen Siam, Frankreich und England aufgeführten Tragikomödie hat mit dem am 1. Oktober in Bangkok unterzeichneten Vertrage seinen Abschluß erreicht. Frankreich hat die Theorie der natürlichen Grenzen in der glänzendsten Weise ins Praktische übertragen können, Siam hat an sich selbst die Wahrheit des alten Spruches, daß der Beste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt, erfahren, und die englische Presse, vielleicht auch die englische Regierung haben sich vorläufig auf dem weichen Kissen des zu erhoffenden Pufferstaates zur Ruhe begeben.

Sieht man sich die Vorgänge am Mekong und Menam näher an, so findet man in denselben eine unverkennbare Aehnlichkeit mit dem Vorgehen des Roi soleil und der chambres de réunion. Frankreich gewinnt durch List und Gewalt das Protektorat über das Kaiserreich Annam, entdeckt dann im Staatsarchiv in Huë Beweise für die angeblichen Ansprüche der Annamiten auf alles Land bis zum linken Ufer des Mekong, und verlangt schließlich, auf diese Beweise gestützt, von Siam die Herausgabe des ganzen Gebietes. Der König von Siam weigert sich, einem derartigen Ansinnen zu entsprechen, da das in Frage kommende Gebiet ihm ganz oder theilweise unzweifelhaft gehört, erklärt sich aber schließlich auf das immer stärker werdende

Drängen Frankreichs bereit, die Frage einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten. Frankreich lehnt diesen Vorschlag, als gegen seine Würde verstoßend, ab und schreitet, da es bei einem Weiterführen der Verhandlungen in Bangkok internationale Einmischungen befürchtet, zur militärischen Besetzung der streitigen Gebiete. Als die Siamesen sich diesem mitten im Frieden unternommenen Raubzuge widersetzen, verlangt und erzwingt Admiral Humann gegen die Bestimmungen des französisch-siamesischen Vertrages, welche das Einlaufen französischer Kriegsschiffe in den Menam durchaus untersagen, den Eingang in den Fluß, den er erst wieder verläßt, nachdem er sich überzeugt, daß eine Bedrohung Bangkoks die zu vermeidende europäische Intervention herbeiführen könne; einige der im Golf von Siam gelegenen Inseln werden von den Franzosen besetzt, die Blockade der siamesischen Küsten erklärt, und nach einigem Zögern unterwirft sich Siam bedingungslos den französischen Forderungen.

Bei den Verhandlungen über die endgültige Regelung des Zerwürfnisses stellt Frankreich dann weitere Forderungen, die entgegen den in Paris früher abgegebenen Erklärungen die Selbständigkeit Siams ernstlich in Frage stellen; auf die Weigerung Siams, darauf einzugehen, läßt Frankreich einen Theil derselben fallen, erlangt aber dennoch bei dem Friedensschluß neue Zugeständnisse, die es nicht allein zum Besitzer des linken Ufers des Mekong, sondern zum thatsächlichen Herrn des ganzen Stromes und zweier an Cambodja grenzenden Provinzen machen, während Siam wenig mehr als die nominelle Oberhoheit über diese Gebietstheile bleibt.

Gleichzeitig mit diesen Vorgängen in Hinterindien spielen in London und Paris diplomatische Verhandlungen zwischen England und Frankreich; letzteres erklärt keine Annexion Siams zu beabsichtigen, und beide Mächte einigen sich darüber, aus den Staaten am oberen Mekong, welche keinem von ihnen gehören, auf welche England aber als Rechtsnachfolger Birmas Ansprüche zu haben behauptet, einen Pufferstaat zu bilden, der allen

Reibungen zwischen ihnen vorbeuge. Zugleich läßt China durch seinen Geschäftsträger in Paris erklären, daß es keine siamesischen Ansprüche und damit auch kein Recht auf Abtretungen seitens Siams auf die Länder nördlich vom 23. oder 21. Grade nördl. B., beide sind genannt worden, anerkennen könne.

Wie weit während der letzten Stadien der Verhandlungen zwischen Frankreich und Siam englische Einflüsse in Paris thätig gewesen sind, ist bis jetzt nicht festzustellen, doch wird man wohl nicht irren, wenn man annimmt, daß sie es gewesen sind, die das französische Cabinet veranlaßt haben, Herrn Le Myre de Villers größere Mäßigung zu empfehlen.

Um die Forderungen Frankreichs richtig zu verstehen, muß man wissen, daß schon die Länder zwischen den früheren thatsächlichen Grenzen Annams resp. Tonkings und dem linken Ufer des Mekong ein ungeheures Gebiet umfaßten, das von einer großen Anzahl verschiedener Stämme bewohnt wird, die in Wirklichkeit unabhängig, zu Zeiten Tribut an Siam oder Annam, manchmal an beide gleichzeitig zahlten. Während dieses Jahrhunderts hat Siam indessen erhebliche Fortschritte nach Osten gemacht, und die von ihm über eine Anzahl der kleinen Fürstenthümer gewonnene Herrschaft ist wiederholt, so mit Bezug auf Luang Prabang, auch von Annam anerkannt worden. Am oberen Mekong besteht die chinesische Herrschaft seit lange; die dort auf beiden Ufern des Flusses angesessenen Laosstämme, die Sipsong Panna, die in zwölf kleine Staaten zerfallen, waren an Awa und China gleichzeitig tributpflichtig, aber während an das erstere der Tribut nur alle drei Jahre einmal entrichtet wurde, erhob China denselben jährlich durch im Lande residirende Beamte und übte auch andere Hoheitsrechte, namentlich bei Nachfolgestreitigkeiten, aus. Die darauf bezüglichen, von Mac Leod im Jahre 1837 eingezogenen Nachrichten sind durch die französische Expedition unter Doudart de Lagrée in den Jahren 1866—68 bestätigt worden, und noch im vorigen Jahre sind chinesische Truppen in Kiang Hung, der Hauptstadt des mächtig-

sten Fürstenthums des Bundes, eingerückt, um dort Ruhe zu stiften. Weiter östlich sind seit vielen Jahren chinesische Einwanderer ansässig, welche die Einwohner allmälig zurückgedrängt haben und sich großen Wohlstandes erfreuen.

Frankreich hat seit der Eroberung Tonkings nie aufgehört, auf das Gebiet bis zum linken Ufer des Mekong begehrliche Blicke zu werfen; es sieht in der Erreichung dieses Ziels die Möglichkeit, den ganzen Süden Chinas, d. h. die Provinzen Kwangsi und Yünnan, zu umfassen und den Verkehr mit denselben zu monopolisiren. Diese Idee spukt nicht nur in den Köpfen der fanatischen Kolonial-Politiker, sondern auch in denen der französischen Staatsmänner; sie hat, freilich in verschämter Form, bereits bei den durch Mr. Constans in den Jahren 1886 und 1887 mit China geführten Verhandlungen Ausdruck gefunden, und Ende 1892 hat das französische Auswärtige Amt seine Forderungen in Betreff des oberen Mekong der chinesischen Gesandtschaft in Paris gegenüber formulirt.

Was Frankreich bewogen haben mag, gerade jetzt die Frage mit solcher Energie Siam gegenüber in die Hand zu nehmen, ist schwer zu sagen. Nach einer früheren Aeußerung des „Journal des Débats“ möchte man in dem Abschluß der englisch-siamesischen Grenzverhandlungen den Grund dafür finden, aber die vorauszusehende schwache Haltung des Ministeriums Gladstone, die Hetzereien des Prinzen Henri d'Orleans, der die angeblichen Uebergriffe Chinas und Siams seit längerer Zeit in Zeitungen und gelehrten Gesellschaften verkündigt und nach Genugthuung für dieselben schreit, das Bedürfniß, auf die damals bevorstehenden, jetzt stattgehabten Wahlen zu wirken und vielleicht nicht am wenigsten das endgültige Mißlingen der Versuche, die Stromschnellen von Khon zu passiren und so auf den mittleren Mekong zu gelangen, Versuche, denen das Project einer Eisenbahn von Bangkok nach Korat doppelten Werth verlieh, mögen wohl alle zu dem Entschluß des Ministeriums Dupuy beigetragen haben. — Im Uebrigen ist Frankreich seit einigen Jahren be-

müht, die Stellung, welche seine Industrie und Handel sich nicht selbst erwerben können, dadurch zu heben und zu sichern, daß es von den asiatischen Mächten, mit denen es, durch eigene Schuld und Willen, in Conflict geräth, Zugeständnisse zu erpressen sucht, die ihm das Monopol gewisser Aufträge und Arbeiten sichern. So ist es durch Artikel VII. des französisch-chinesischen Vertrages vom 9. Juni 1885 geschehen, und in gleicher Weise hat es Le Myre de Villers, der außerordentliche Gesandte der Republik in Siam, versucht, die Lage zu Gunsten der französischen Industrie auszunutzen. Wenn dies nicht gelungen, so dürfte es wohl nur dem stattgehabten oder gefürchteten Widerspruche Englands zuzuschreiben sein.

Welches die Rolle gewesen ist, die England in der Vorgeschichte des französisch-siamesischen Conflicts gespielt hat, wird wohl niemals ganz aufgeklärt werden. Daß England eine Annexion Siams, dessen Besitzungen auf der Halbinsel Malakka sich wie ein Keil zwischen die dort gelegenen, England gehörigen oder unter dessen Schutz stehenden Gebiete drängen, niemals zulassen kann, ohne seine Stellung in Hinterindien auf das Ernsteste zu gefährden, ist unzweifelhaft; aber es ist kaum anzunehmen daß Siam englischerseits zum Widerstande gegen die französischen, Forderungen ermuthigt worden sei. Dagegen ist nicht ausgeschlossen, daß Siam in den bei dem Abkommen über die Festsetzung der früher birmanischen Grenze seitens Englands gemachten Reserven in Betreff einzelner Laos-Staaten, die Siam sich verpflichten mußte, keiner andern Macht abzutreten, einen Grund gesehen haben mag, auf eine schließliche Unterstützung Englands zu rechnen. Jedenfalls hat sich Siam in dieser Hoffnung getäuscht, die Politik, welche die Annexion Birmas beschloß und durchführte, scheint in London aufgegeben worden zu sein, und das erste Ergebniß dieser Haltung der englischen Regierung wird sein, es in den Augen der Siamesen und Chinesen gründlich herunter zu setzen und zu discreditiren. Der moralische Einfluß, den England in Hinterindien und Ostasien durch sein

energiſches und ſchnelles Vorgehen gegen Birma gewonnen hatte, iſt damit verloren gegangen, und es wird lange dauern, bis es auch nur einen Theil derſelben wieder gewinnt. Uebrigens ſoll hier bemerkt werden, daß die Anſchuldigungen, die auch von einem Theil der deutſchen Preſſe noch in der letzten Zeit wegen der Annexion Birmas gegen England erhoben worden ſind, jeder Begründung entbehren; England konnte den franzöſiſchen Intriguen in Mandalay gegenüber nicht anders handeln, als es gehandelt hat; es hatte in Paris mehr als einmal vor den Folgen gewarnt, die eine Fortſetzung dieſer Intriguen haben mußte, und was am Quai d'Orſay überraſchte, war weniger das Vorgehen gegen Birma als die Art und Weiſe, wie dasſelbe ſtattfand. Die Anweſenheit Lord Dufferin's, der als Vicekönig von Indien die Annexion Birmas plante und ausführte, mag die franzöſiſche Regierung daher den engliſchen Vorſchlägen in Betreff der Errichtung eines Pufferſtaates gegenüber etwas nachgiebiger und entgegenkommender geſtimmt haben, aber es dürfte immerhin abzuwarten ſein, welche praktiſche Form dieſe Verſtändigung auf dem Papier annehmen wird.

Der Verſuch Englands, ſich durch das Abkommen mit Siam gegen die Beſitznahme gewiſſer Gebiete durch andere Mächte, es können in dieſem Falle nur Frankreich oder China gemeint ſein, zu ſchützen, entſpricht übrigens durchaus einem ſeit einer Reihe von Jahren von der engliſchen Politik mit Vorliebe angewandten Mittel. So hat ſich China durch den Vertrag von 1846 verpflichten müſſen, den von den Engländern beſetzt geweſenen und dann geräumten Chuſan-Archipel keiner andern Macht abzutreten, und eine gleiche Verpflichtung iſt ihm im Jahre 1884 in Betreff Port Hamiltons auferlegt worden, den England mitten im Frieden beſetzt hatte, um einer angeblich beabſichtigten ruſſiſchen Beſitznahme zuvorzukommen.

Die dritte bei den Vorgängen in Hinterindien intereſſirte Macht iſt China, dem von der engliſchen Preſſe die Rolle zugedacht wurde, die Kaſtanien aus dem Feuer zu holen, wofür

man sich indessen in Peking bedankt hat. Dem Unglück Siams wird man dort mit einer gewissen Schadenfreude zugesehen haben, denn die chinesischen Staatsmänner haben noch nicht vergessen, daß Siam einst China tributpflichtig war, daß ersteres dieses Verhältniß hauptsächlich auf Grund und aus Veranlassung der mit anderen Mächten abgeschlossenen Verträge gelöst hat und daß ihm so der Rückhalt verloren gegangen ist, den es sonst bei einem Zerwürfniß mit Frankreich an dem mächtigeren Nachbarn hätte finden können. Aber auch auf England, ganz besonders auf Indien, dürfte man in Peking nicht besonders zu sprechen sein. Die indische Regierung hat es verstanden, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit das Selbstgefühl der Chinesen meistens in recht ungeschickter und überflüssiger Weise zu verletzen. Die beabsichtigte Anerkennung des aufrührerischen Sultans von Tali, die Sendung von Sir Douglas Forsyth nach Peking, um China zur Anerkennung Jakub Chans zu bewegen, und noch vor Kurzem die wenig entgegenkommende Art, in der man den chinesischen Ansprüchen auf die Oberhoheit über Kandjut (Hunza) begegnet ist, haben früher und jetzt tief verstimmt und werden die Leiter der chinesischen Politik nicht geneigter machen, sich am oberen Mekong für die englischen Interessen die Finger zu verbrennen, als sie dies im Pamir zu thun gewesen sind. China hat durch die in Paris vor Kurzem abgegebene Erklärung seine Stellung zu der Frage, wer Ansprüche auf das linke Ufer des oberen Mekong habe, klar definirt, und es wird nunmehr abwarten, wie sich Frankreich demgegenüber verhalten wird.

Die Ansicht, daß China, wie Jules Ferry sich ausgedrückt, eine qualité négligeable sei, wird von vielen Leuten getheilt, die die Verhältnisse in Ostasien nur oberflächlich kennen. Sie ist ebenso falsch und unbegründet wie die Lord Wolseley's, der in den heutigen Chinesen die Nachfolger der alten Mongolen sehen will und eine erneute Invasion Europas durch asiatische Horden zum Mindesten für möglich hält. China ist eine Macht, die für den Augenblick wenigstens gar keine Offensivkraft besitzt,

wobei natürlich von der friedlichen Ausdehnung der Chinesen, die in Hinterindien, Malakka und den niederländischen Colonien dem faulen Eingeborenen ernsthafte Konkurrenz machen und Amerikanern und Australiern patriotische Beklemmungen verursachen, abgesehen werden muß. Seine Kraft liegt in der Größe seines Gebietes und den fast unerschöpflichen Menschenmassen, die ihm zu Gebote stehen. Beide Factoren werden aber von einer vor einem Conflict mit China stehenden Macht um so mehr in Erwägung gezogen werden, als dieselbe weder geneigt noch im Stande sein dürfte, zur Bekämpfung Chinas diejenigen Streitkräfte zu verwenden, die zu einer schnellen Entscheidung nothwendig sein würden. Der Ausgang der bisher von europäischen Mächten gegen China geführten Kriege steht mit dieser Auffassung nur scheinbar im Widerspruche; in keinem derselben hat es sich um Lebensfragen des großen Reiches gehandelt. Was die europäischen Mächte verlangten, waren Verkehrserleichterungen commercieller und amtlicher Art, und es war im Wesentlichen die Eitelkeit und Ueberhebung der chinesischen Machthaber und ihre Unkenntniß der fremden Verhältnisse, Bedürfnisse und Ansprüche, welche zu den verschiedenen Zusammenstößen führten. Auch die englisch-französischen Feldzüge gegen China in den Jahren 1858 und 1860 und der Conflict mit Frankreich 1883—1885 bilden hiervon keine Ausnahme. Bei dem letzteren wurde nur die mehr nominelle als thatsächliche Oberhoheit Chinas über einen tributpflichtigen Staat in Frage gestellt, und es war viel weniger die Schuld Chinas, daß der Knoten nicht auf friedlichem Wege gelöst wurde, als die der französischen Staatsmänner und Militärs, deren Unkenntniß der einschlägigen Verhältnisse nur durch ihre Ueberhebung übertroffen wurde. Das Beispiel der englisch-chinesischen Verständigung in Betreff Birmas hat gezeigt, wie leicht bei solchen Fragen die Berufung an das Schwert vermieden werden kann.

Anders aber als in der Vergangenheit wird es sich in der Zukunft verhalten; Korea, die Mandschurei, das „neue Gebiet“,

oder wie es wohl allgemeiner benannt ist „die Kaschgarei", die beiden Kwangs und Yünnan sind Gebiete, für die China sich schlagen muß und wird, und in denen augenblickliche Erfolge des Angreifers nicht zu einem Nachgeben Chinas führen dürften, selbst wenn die Operationen an Ort und Stelle durch eine Offensive gegen Peking unterstützt würden. Die Chinesen wissen heute so gut wie wir, daß 1860 ein Ausharren von wenigen Wochen länger die englischen und französischen Streitkräfte zum Rückzuge genöthigt und damit den ganzen Erfolg der bis dahin siegreich geführten Feldzüge in Frage gestellt haben würde. Und damals war mehr als die Hälfte des großen Reiches in den Händen von Rebellen, während heute, von nichtssagenden lokalen Unruhen abgesehen, die kaiserliche Autorität unbeschränkt im ganzen Lande anerkannt wird.

Es ist ein unzweifelhafter Nachtheil für China und nicht weniger für die mit demselben in politischen oder Handels-Beziehungen stehenden Mächte, selbst bei denen, deren Aufgabe es sein würde, gut unterrichtet zu sein, daß so wenig über seine inneren Zustände, seine Bedürfnisse, Wünsche und Ansprüche bekannt ist. Wenn man die Mehrzahl der über das gewaltige Reich veröffentlichten Berichte liest, so möchte man glauben, daß die letzten dreißig Jahre spurlos an demselben vorübergegangen seien, und doch würde nichts falscher sein, als eine derartige unbewegliche Zeit anzunehmen. Die Veränderungen, welche die Eröffnung einer größeren Anzahl von Plätzen für den fremden Handel und die Herstellung der Verbindung unter denselben durch Dampfschiffe für die ökonomischen Zustände der Bevölkerung zur Folge gehabt hat, sind tief einschneidend gewesen; sie haben in weiten Kreisen Armuth und Unzufriedenheit hervorgerufen, und diejenigen Personen, die am meisten berufen gewesen wären, die große Masse zu beruhigen und über die schließlichen Vorzüge der beginnenden Evolution aufzuklären, haben dies nicht allein unterlassen, sondern sogar in den meisten Fällen aus Furcht, Unwissenheit oder Haß den entstandenen Schaden nicht

den veränderten Verhältnissen, sondern der systematischen Ausnutzung Chinas durch die Fremden zugeschrieben. Das jüngst aus China gemeldete Verbot gegen die Einfuhr von Maschinen (durch Privatpersonen, wie ich annehme) entspringt denselben national-ökonomischen Bedenken, wie denn die chinesische Regierung seit Jahren der Ausführung der in allen Verträgen enthaltenen Bestimmung, nach welcher Fremden gestattet ist, in China Handel und Industrie zu treiben, was den letzteren Punkt anbetrifft, aus denselben Gründen entschiedenen Widerstand entgegensetzt. Wir mögen auf solche Anschauungen vornehm lächelnd herabsehen, aber wir dürfen nicht vergessen, wie in solchen Fragen auch bei uns die Meinungen aufeinander platzen, und daß irrige national-ökonomische Ansichten eines anderen Staates nicht mit Feuer und Schwert ausgerottet werden können, sondern zu ihrer Beseitigung einer langen und sorgfältigen geistigen Einwirkung bedürfen, der erst das Beispiel glücklichen Erfolges an anderer Stelle den erforderlichen Nachdruck verschaffen kann.

Die Haltung der Vereinigten Staaten, Kanadas und der australischen Colonien in der Frage der chinesischen Einwanderung ist aber wenig dazu angethan gewesen, den Chinesen einen hohen Begriff von dem Gerechtigkeitsgefühl und dem Bildungsgrade derjenigen zu geben, die Alles verlangen, aber nichts gewähren. Selbst das Deutsche Reich hat es verstanden, chinesischen Erzeugnissen die Wohlthat der Meistbegünstigung zu versagen, während doch die chinesischen Zölle fast durchgängig auf der Grundlage von 5 Procent vom Werth normirt sind und Deutschland vertragsmäßig ohne Weiteres auf jede Begünstigung Anspruch hat, die einem anderen Staate oder den Unterthanen desselben gewährt wird.

Die ungünstige Meinung über die Fremden, die so bei den Chinesen, wenn auch nicht erweckt, sie besteht als Rassenhaß seit alter Zeit, so doch wesentlich verstärkt worden ist, hat durch das politische Verhalten der Grenzmächte, d. h. Rußlands, Englands, Frankreichs und Japans, weitere Nahrung erhalten.

Rußland hat sich durch den Vertrag von Aigun, der dem chinesischen Unterhändler den Kopf kostete, in 1858 das linke Ufer und die Mündung des Amur angeeignet und bedroht die Kaschgarei und Mongolei, wie die Mandschurei und Korea. Frankreich hat China aus Annam, England dasselbe aus Birma und Japan aus den Liukiu-Inseln vertrieben, und alle drei Staaten haben bei mehr als einer Gelegenheit die Interessen und das Selbstgefühl Chinas schwer verletzt; was Wunder, daß nicht nur die Vertreter der altchinesischen Partei und Politik, sondern auch der liberalen Richtung angehörige Staatsmänner mit Mißtrauen und Argwohn auf die Nachbarn und alle Fremden überhaupt blicken.

Die Opium- und Missionar-Frage haben ihrerseits dazu beigetragen, die vorhandene Abneigung zu vermehren. In den Augen der chinesischen Staatsmänner hat aller Phrasen und Versicherungen ungeachtet die Opium-Frage immer nur eine national-ökonomische Bedeutung gehabt; sie zog resp. zieht jährlich bedeutende Quantitäten Silber aus dem Lande und verändert die Handels-Bilanz zu Ungunsten Chinas. Wenn im Jahre 1892 der Werth der Einfuhr in fremden Schiffen 135 Millionen Taels und der der Ausfuhr 102,5 Millionen betrug, oder nach der etwas gekünstelten Berechnung des fremden Seezollamts nach Abzug resp. Zuzählung von Zoll, Spesen u. s. w. 116,7 und 117,2 Millionen betrug, so entfallen von dem Werth der Einfuhr auf Opium 27,2 resp. 22,4 Millionen Taels, ein Betrag, der allerdings, falls er im Lande verbliebe, hinreichen würde, das Verhältniß sehr zu Gunsten Chinas umzugestalten. Außerdem hat das Verhalten der Missionare und Antiopium-vereine, die in thörichter Verblendung sich einbilden, durch Vorgehen gegen das eine Uebel, das Opium, das andere, d. h. sich selbst weniger unerträglich zu machen, den Chinesen Gründe an die Hand gegeben, die sie nicht unterlassen, gegen alles Fremde und alle Fremden ins Feld zu führen, und die auch auf die große Masse der Bevölkerung ihren Einfluß auszuüben nicht verfehlen.

Tiefer eingreifend in die Beziehungen Chinas zum Auslande wirkt die Missionar-Frage. Bekanntlich sichern alle mit fremden Mächten abgeschlossenen Verträge den Lehrern und Anhängern der verschiedenen christlichen Bekenntnisse Schutz für die Ausübung ihres Glaubens zu, in Artikel 13 des französisch-chinesischen Vertrages von 1858 ist aber zugleich bestimmt, daß dieser Schutz auch Missionaren gewährt werden solle, die sich mit regelmäßigen Pässen in das Innere des Landes begeben. Aus dieser Bestimmung hat sich im Zusammenhang mit der in Artikel 6 des französisch-chinesischen Abkommens von 1860, durch welchen vereinbart wurde, daß alle beschlagnahmten, religiösen oder mildthätigen Zwecken gewidmet gewesenen Niederlassungen ihren früheren Eigenthümern zurückgegeben werden sollten, die Praxis entwickelt, daß katholischen Missionaren der dauernde Aufenthalt außerhalb der Vertragshäfen im Inlande gestattet wurde, der sonst allen Fremden untersagt ist. Dieses Recht ist seitens der chinesischen Regierung in anerkennenswerther Weise auch den protestantischen Missionaren nie verweigert worden, es halten sich daher nunmehr zwischen fünfzehnhundert und zweitausend katholische und protestantische Missionare, letztere häufig mit Frau und Kindern, im Innern Chinas auf. So vortheilhaft nun auch, ganz abgesehen von der religiösen Seite der Frage, die Anwesenheit und der dauernde Aufenthalt gebildeter, mit den Sitten, den Gebräuchen, der Sprache und der Literatur des Landes vertrauter Missionare auf die culturelle Entwickelung Chinas wirken kann und in manchen Fällen auch unzweifelhaft gewirkt hat, so muß es doch mit Besorgniß erfüllen, wenn hunderte von nicht allein für den speciellen Beruf nichtvorgebildeten, sondern oft überhaupt ungebildeten Leuten ins Land geworfen und dort mehr oder weniger ihren eigenen Eingebungen und Gutdünken überlassen bleiben. Dies ist aber leider zum großen Theil bei den protestantischen Missionaren der Fall. In der irrigen Annahme, und dies ist die günstigste Auffassung der Sachlage, daß es nur einer schnellen und bedeutenden Ver-

mehrung des Personals der protestantischen Missionare bedürfe, um die große Masse des chinesischen Volkes in wenigen Jahren zum Christenthum zu bekehren, haben die in China befindlichen Führer dieser Richtung eine größere Anzahl, besonders skandinavischer Männer und Frauen, ins Land gerufen, denen nicht nur jede Vorbildung für die unter den günstigsten Verhältnissen höchst schwierige Aufgabe fehlt, sondern die durch ihre Unkenntniß von Land und Leuten Conflicte hervorrufen müssen, die dann ihren Widerhall in den politischen Beziehungen Chinas finden werden. Es würden aber in dem Falle nicht die Interessen einer einzelnen Macht, sondern die aller anderen ebenfalls geschädigt werden. Schweden zum Beispiel, dem die beiden Missionare angehörten, deren Ermordung in Hupeh erst kürzlich gemeldet worden ist, dürfte sich kaum in der Lage befinden, eine zweckentsprechende Bestrafung der Thäter durchzusetzen; bleiben dieselben aber ganz oder theilweise straflos, so wird dadurch die Sicherheit aller Fremden nicht nur in derselben Provinz, sondern im ganzen Reiche gefährdet.

Aus dem Dilemma gibt es keinen anderen Ausweg, als daß die Vertragsmächte China veranlassen, seinen Verpflichtungen als civilisirtes Land voll und ganz nachzukommen, während sie selbst in Gemeinschaft mit demselben die Mittel ergreifen, um einem Mißbrauch der den Missionaren gewährten Ausnahmestellung vorzubeugen. Daß dies besonders den protestantischen Missionaren gegenüber geboten ist, ergibt sich aus der unabhängigen Stellung derselben sowohl in religiöser wie in hierarchischer Beziehung. Uebrigens soll hier gleich bemerkt werden, daß die deutschen resp. deutsch-schweizerischen protestantischen Missionare in den beiden Kwangs niemals zu Klagen Veranlassung gegeben haben, wie auch die Beziehungen der deutschen katholischen Mission in Süd-Shantung zu der dortigen Bevölkerung, seitdem die Mission unter deutschen Schutz getreten ist, Dank der Haltung des apostolischen Vicars, Bischof Anzer, und der anderen Missionare als erfreuliche bezeichnet werden können.

Auch die Silberfrage wirft ihre Schatten über China. Zwar leiden unter dem niedrigen Stande des Dollars besonders die europäischen Importeure, aber da die chinesische Regierung sich heute und voraussichtlich noch während längerer Zeit für die Beschaffung ihrer militärischen und maritimen Ausrüstung, wie für Eisenbahn-, Maschinen-, Schiffs- und sonstiges Material nach Europa wenden muß, so empfindet sie die Nothlage ebenfalls schwer und directer, als irgend eine andere Regierung. Auch in den Zöllen, die in Silber festgesetzt sind und entrichtet werden, macht sich der Ausfall in unangenehmster Weise bemerkbar und lähmt die Kaufkraft der Regierung.

So sind an dem Horizont der inneren und äußeren Politik Chinas, namentlich soweit seine Beziehungen zum Auslande in Betracht kommen, eine Anzahl dunkler Wolken, die einen Conflict mit einer oder der anderen Vertragsmacht im Schoße tragen können und jedenfalls den chinesischen Staatsmännern um so mehr ganz besondere Vorsicht zur Pflicht machen sollten, als über das Bestehen und die Rührigkeit einer fremdenfeindlichen Partei im Lande, für die der Haß gegen alles Fremde als eine Pflicht des Patriotismus gilt, keine Zweifel bestehen. Die Ueberhebung der altchinesischen Partei, die zu dem Zustande vor Abschluß der ersten Verträge zurückkehren möchte, begegnet sich in diesem Punkte mit dem Bestreben von Jung-China, wenn man so diejenigen bezeichnen darf, die, während sie die Ueberlegenheit des Auslandes in manchen Beziehungen anerkennen, China ausschließlich für die Chinesen in Anspruch nehmen. Der Rassenhaß, der, ungemildert durch civilisatorische Einflüsse, die Chinesen fast ohne Ausnahme gegen alle Fremden erfüllt, bildet einen günstigen Boden für die Hetzereien der Gelehrten (Confucianisten) und der Priester (Buddhisten und Taoisten), die sich durch das Eindringen westlicher Ideen in ihren individuellen und Standes-Interessen bedroht sehen, und die Ausschließung der Chinesen aus den Vereinigten Staaten und den australischen Colonien, wie die passive Haltung der Vertragsmächte während des fran-

zösisch-chinesischen Conflicts in den Jahren 1883—1885 und ihre Gleichgültigkeit den Vorgängen in Hinterindien gegenüber haben die Aufgabe der fremden Regierungen und Vertreter, China die Ungefährlichkeit und den Nutzen freundschaftlicher Beziehungen zum Auslande zu beweisen, wesentlich erschwert. Es wird großer Vorsicht, aber auch entschiedenen Bestehens auf den vertragsmäßig zugesicherten Rechten, unter gleichzeitiger Schonung der chinesischen thatsächlichen, nicht eingebildeten Interessen bedürfen, um die weitere Entwickelung guter Beziehungen zwischen China und dem Auslande zu ermöglichen, ohne weder eine gewaltsame Auseinandersetzung herbeizuführen noch die Stellung der Fremden zu compromittiren, die in der Masse der chinesischen Bevölkerung verloren sein würden, wenn nicht, trotz aller Begeiferung seitens des literarischen oder sonstigen Janhagels, ihr Prestige sie schützte. Daß dies gelingen möge, wird der Wunsch aller derer sein, die in der Pflege des guten Einvernehmens mit China nicht nur ein Interesse unseres Handels und unserer Industrie, vielleicht unserer Politik, sondern auch eine Aufgabe wahrer Bildung und von kulturhistorischer Bedeutung sehen.

VI.

Ostasiatische Probleme.*)

(1894.)

*) Abgedr.: Deutsche Rundschau, 1894, Band LXXXI, S. 241 f.

Wo, oder wenn man genauer übersetzen will, „Probleme des fernen Ostens", betitelt sich ein Buch, das der Unterstaatssecretär für Indien im letzten Cabinet Lord Salisbury's, der ehrenwerthe George N. Curzon, zum großen Theil nach bereits früher in der „Times" erschienenen Artikeln vor Kurzem veröffentlicht hat.*) Herr Curzon ist kein Neuling auf politisch-literarischem Gebiet; seine Werke über Persien und Rußland in Centralasien erfreuen sich eines wohlverdienten Rufes, und auch das neueste Product seiner Feder bringt viel des Interessanten und Lehrreichen. Er hat die Länder, um die es sich in den „Problemen" handelt, Japan, Korea und China, selbst besucht, und mit großem Fleiße zusammengestellt, was er auf seinen Reisen gesehen und gehört hat; aber gerade in dieser Art des Einziehens von Nachrichten liegt die Gefahr einer gewissen Oberflächlichkeit und Einseitigkeit, die auch Herr Curzon nicht ganz zu vermeiden gewußt hat. Tage oder selbst Wochen genügen nicht, um einen Einblick in das Getriebe ostasiatischer Politik und Lebensanschauungen zu gewinnen, und die Benutzung nur der eigenen Nation angehörigen Gewährsmänner führt leicht zu einer Voreingenommenheit in der Beurtheilung thatsächlicher

*) Problems of the Far East. Japan-Korea-China. By the Hon. George Curzon. M. P. London, Longmans. 1894.

Verhältniſſe, die auch das Auge des ſonſt Scharfblickenden zu trüben geeignet iſt. Ganz beſonders einer ſolchen Gefahr ausgeſetzt ſind aber die Engländer, und je ſtärker in einem ſolchen das Gefühl nationaler Unfehlbarkeit und Ueberhebung ausgeprägt iſt, deſto ſchärfer wird auch dieſe Voreingenommenheit zum Ausdruck kommen. Herr Curzon iſt in dieſer, wie übrigens in manchen anderen Beziehungen, der typiſche Engländer, und das Mitglied des conſervativen Cabinets unterſcheidet ſich bei der Beurtheilung der Gegenwart und den Forderungen für die Zukunft in nichts von dem radikalen Baronet, Sir Charles Dilke, der ſeine Anſichten über die Aufgaben und Ziele der engliſchen Politik vor wenigen Jahren (1890) in einem ähnlich betitelten Werke „Problems of Greater Britain“ niedergelegt hat.

Der Glaube an die Vortrefflichkeit der angelſächſiſchen Raſſe und ihre hiſtoriſche Vorausbeſtimmung zur Weltherrſchaft kann keinen entſchiedeneren und, wenn man will, naiveren Ausdruck finden, als in den Schlußworten der Vorrede zu den „Problems of the Far East“. Da leſen wir: „Kein Engländer braucht der großen Macht, deren Hand über den ganzen Norden Aſiens, von den Bergen des Ural bis zum Stillen Meere ausgeſtreckt iſt, ihre glänzenden Erfolge und ihren Beſitz zu mißgönnen; keiner hat eine Veranlaſſung, auf den neugeborenen aſiatiſchen Eifer unſeres nächſten Nachbarn in Europa neidiſch zu ſein; er kann dem greiſenhaften Stolze Chinas und dem überſtrömenden Ungeſtüm Japans gleiche Achtung zollen. Aber er wird einſehen, daß die beſte Hoffnung auf Rettung für die Schwachen und Hinſterbenden in Aſien, die weiſeſten Lehren für die Emancipirten und Neuen, noch immer in dem überlegenen Einfluß des britiſchen Charakters und, wo erforderlich, unter dem Schutze britiſcher Herrſchaft zu finden ſind. Wenn es mir gelingen ſollte, dieſe Ueberzeugung auch nur in dem geringſten Maße dem Geiſt meiner Landsleute in der Heimath einzuflößen, ſo werde ich nie die Jahre der Reiſen und der Arbeit bedauern, die ich dieſer mir ſympathiſchen Aufgabe gewidmet habe.“

Es ist hier nicht der Ort, die Selbsttäuschung zu beleuchten, die aus der eben angeführten, wie aus vielen anderen Stellen der „Probleme“ spricht; wohl aber aus der Erklärung des Verfassers die Lehre zu ziehen, die auch für uns in derselben liegt, d. h. nicht zu vergessen, daß auch wir ein berechtigtes Interesse an der Lösung der ostasiatischen Probleme haben und selbst darüber wachen müssen, daß dieselbe in einem uns günstigen, zum Mindesten in keinem schädlichen Sinne erfolge. Um das aber zu können, müssen wir uns selbst erst über die Fragen, die vorliegen, klar werden, und dazu an der Hand eigener Erfahrung einen Beitrag zu liefern, soll in Nachstehendem versucht werden.

I.

Die Fragen, die man mit Bezug auf China von Fremden und Chinesen am häufigsten erwähnen gehört hat, sind die Opium- und die Missionar-Frage. Beide gehörten, und eine von ihnen gehört wenigstens noch, zu den offenen Schäden des chinesischen Reiches; beide sind oft und viel, absichtlich und unabsichtlich, verdunkelt und verfälscht worden, und in dem Kampf der widerstreitenden Meinungen, Wünsche und Absichten ist es schwer, die Wahrheit zu erkennen und festzuhalten. Beide, Opium und Missionare, sind von chinesischer Seite wiederholt, so z. B. durch den Prinzen Kung dem früheren englischen Gesandten, Sir Rutherford Alcock, gegenüber, zu Anfang der siebziger Jahre als die großen Uebel bezeichnet worden, an denen China kranke, und an dieser Auffassung hat sich, wenigstens was die Missionare angeht, nichts geändert, obgleich gerade dieselben eifrig bemüht gewesen sind, sich durch Bekämpfung des Opiums annehmbarer oder doch erträglicher zu machen.

Opium als Medicament und Genußmittel ist seit langer Zeit, zum Mindesten seit dem 15. Jahrhundert, in China zum Theil über Land, meistens von den Arabern eingeführt worden; es wird unter Anderem unter den Tributgeschenken an die Herrscher

der Ming-Dynastie erwähnt, 200 Catties (1 Catty gleich ungefähr 605 Gramm) für den Kaiser und 100 für die Kaiserin. Indessen war die Einfuhr nicht bedeutend und überstieg bis 1720 nicht zweihundert Kisten jährlich, auf die drei Taels per Kiste Zoll entrichtet werden mußten. Kurz vor dieser Zeit, gegen Anfang des 18. Jahrhunderts, haben Chinesen aus Java die Gewohnheit des Opiumrauchens nach Formosa gebracht, ohne daß die Unsitte weiter um sich gegriffen zu haben scheint. Wenigstens bezieht sich ein von dem Kaiser Yungchêng im Jahre 1729 gegen das Opiumrauchen erlassenes Verbot nur auf diese Insel. Das kaiserliche Edict muß ziemlich erfolglos geblieben sein, denn Barrow und Staunton erwähnen aus dem Jahre 1793, daß der Gebrauch des Opiums stetig, wenn auch hauptsächlich unter den besseren Classen, zugenommen habe. Viel zu der schnellen Verbreitung dieser Art des Opiumgenusses mag beigetragen haben, daß die Einführung von Opium und Tabak fast gleichzeitig erfolgte und der letztere vielfach mit wohlriechenden Essenzen und kleinen Quantitäten Opium vermischt geraucht wurde. Die ersten Opiumpfeifen waren einfache Rohre, die mit Kokosnußfasern, Tabak und Opium gestopft wurden; die heutige Form ist neueren Ursprungs, der aufgesetzte Kopf soll der Mohnblume nachgebildet sein.

Im Jahre 1796 erließ der Kaiser Kiaking ein weiteres Edict, durch welches die Einfuhr von Opium überhaupt verboten und dasselbe aus der Liste der zollpflichtigen Artikel gestrichen wurde. Dieses Verbot hatte aber nur den Erfolg, daß der Handel ein heimlicher wurde und der Preis der Drogue dementsprechend stieg, während auch der Verbrauch zunahm. Im Jahre 1820 wurden ungefähr 4000, sechs Jahre später schon 20 000 Kisten eingeführt, und die gegen den Schmuggelhandel ergriffenen Maßregeln der Behörden in Canton erwiesen sich als wirkungslos, da die Commandanten der Zollkreuzer mit den fremden Schiffen gemeinschaftliche Sache machten und das Opium gegen eine bestimmte Abgabe passiren ließen oder sich wohl gar selbst

an dem Verkauf betheiligten, so daß die Einfuhr zu Anfang der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts auf 40—50 000 Kisten geschätzt wurde.

Dieser Zustand erregte in immer höherem Maße die Besorgnisse der hauptstädtischen Behörden. Der Grundsatz, welcher dem Handel mit dem Auslande ursprünglich zu Grunde gelegen hatte, war gewesen, daß kein Silber ausgeführt, sondern nur Waaren gegen Waaren ausgetauscht werden durften. Allmälig und ganz besonders in Folge der Einfuhr von Opium war dieses Princip immer mehr und mehr in Vergessenheit gerathen, und die Handelsbilanz gestaltete sich von Jahr zu Jahr ungünstiger für China. Ein im Jahre 1836 von einem Director des Opferamts gemachter Vorschlag, die Drogue wie früher mit einem Eingangszoll zu belegen, den Ankauf aber nur im Umtausch gegen Landesproducte zu gestatten, wurde verworfen, dagegen ein 1838 von dem Director des Ceremonien-Amts, Hwang Tsioh-tsze, auf gänzliche Unterdrückung des Opiumhandels abzielender Antrag den höchsten Provinzialbeamten zur Begutachtung vorgelegt.

Hwang bezeichnete den immer zunehmenden Verbrauch von Opium als die Veranlassung zu allen Leiden Chinas. Silber, und ebenso Dollars, würden immer seltener und theurer, der Werth des Taels sei von 1000 auf 1600 Cash gestiegen, die Staatseinkünfte geriethen in Verwirrung, Unterschleife seien an der Tagesordnung und der Handel sei desorganisirt. Die Engländer ruinirten die Körper und das Vermögen der Chinesen, und die schärfsten Maßregeln, die Todesstrafe gegen alle Uebertreter, müßten ergriffen werden, um dem überhandnehmenden Uebel zu steuern. — Der Beamte, der sich in seiner Berichterstattung über die Denkschrift Hwang's am schärfsten in diesem Sinne ausgesprochen, der General-Gouverneur von Hu-kwang, Lin Tsê-sü, wurde mit der Durchführung der erforderlichen Maßregeln betraut, zum General-Gouverneur der beiden Kwangs ernannt und nach Canton geschickt.

Lin's Vorgehen, das ebenso sehr auf die „Zähmung der Barbaren" überhaupt als gegen den Opiumhandel gerichtet war, und das selbst von Hia Sieh, dem Verfasser eines Werkes über die chinesischen und westlichen Beziehungen aus den sechziger Jahren, als übereilt und falsch bezeichnet wird, führte zu dem durch den Frieden von Nanking im August 1842 beendigten Kriege; die chinesische Regierung mußte für das im März 1839 gewaltsam weggenommene und verbrannte Opium eine Entschädigung von sechs Millionen Dollars (damals dreißig Millionen Mark) zahlen, aber bei den Friedensverhandlungen wurde merkwürdiger Weise des Opiumhandels sonst gar keine Erwähnung gethan, wie der chinesische Autor schreibt, „weil unsere Staatsmänner sich fürchteten, die Frage des Verbots der Opiumeinfuhr wieder anzuregen und auf der anderen Seite auch nicht die Einfuhr sanctioniren wollten". — Das Ergebniß dieser eigenthümlichen Politik war, daß Opium während längerer Zeit überhaupt zollfrei einging und der Verbrauch sehr zunahm, bis die Behörden sich entschlossen, für bestimmte Zwecke, wie die Reorganisation der Armee, Abgaben davon zu erheben, die allmälig von 24 bis auf 48 Dollars für die Kiste stiegen. — Nach dem Kriege von 1858, der mit der Opium-Frage selbst nichts zu thun hatte, wurde bei den Verhandlungen über den einzuführenden Tarif von den chinesischen Bevollmächtigten selbst, ohne irgend welchen Druck oder auch nur Anregung von Seiten der englischen Unterhändler, wie trotz aller gegentheiligen Behauptungen der Antiopium-Gesellschaft unzweifelhaft feststeht, die Aufnahme von Opium in den Tarif beantragt, freilich nicht unter seinem alten chinesischen Namen „yap'ien", sondern unter dem neuen, verschämteren „fremde Drogue", und der Kaiser hob alle das Opiumrauchen betreffenden Verbote auf, mit Ausnahme der auf Beamten, Soldaten und Eunuchen bezüglichen, welche in Kraft blieben.

Die Auferlegung eines festen Zolls auf Opium machte indessen den Schwierigkeiten, welche die Einfuhr dieses Artikels

mit sich brachte, kein Ende; die Besteuerung desselben, sowie er in den inländischen Verkehr überging, blieb in den Händen der Localbehörden und unterlag damit allen den Schwankungen und Unregelmäßigkeiten, welche sich aus den wechselnden Bedürfnissen derselben wie aus der Habsucht und Bestechlichkeit der einzelnen Persönlichkeiten ergaben. — So kam es, daß ein großer Theil des Inlandzolles statt in die öffentlichen Kassen in die Taschen der Beamten floß, während zu gleicher Zeit der Schmuggelhandel von Hongkong aus nach dem Festlande wie von den geöffneten Häfen nach dem Inlande sich immer reger entwickelte.

Um diesen Zuständen und den fortwährenden Klagen der chinesischen Regierung ein Ende zu machen, wurde in der nach der Ermordung Margary's und aus Veranlassung derselben 1876 abgeschlossenen sogenannten Chefoo-Convention von englischer Seite das Zugeständniß gemacht, daß importirtes Opium unter Zollverschluß niedergelegt und nur nach gleichzeitiger Entrichtung des Einfuhrzolles und der Likin (Inland)-Abgabe, der ersteren durch den Importeur, der letzteren durch den chinesischen Käufer in den Verkehr übergehen solle; die Bestimmung der Höhe der Inlandabgabe wurde den Provinzialbehörden überlassen.

Dieser Artikel der Chefoo-Convention wurde, wie eine Anzahl anderer derselben, Seitens der englischen Regierung nicht ratificirt und, freilich erst im Jahre 1885, durch das zwischen Lord Salisbury und dem damaligen chinesischen Gesandten in London, Marquis Tsêng, abgeschlossene Abkommen ersetzt, welches das Princip des Zollverschlusses für Opium und die gleichmäßige Entrichtung von Zoll und Likin festhielt, aber bestimmte, daß der erstere 30 Taels und das letztere nicht über 80 Taels pro Picul (60,5 Kil.) betragen dürfe.

Im Anschluß an diese Vereinbarung wurden dann Abkommen mit Hongkong und Macao getroffen, durch welche den chinesischen Zollbehörden gestattet wurde, an diesen beiden Plätzen Zollämter einzurichten und Maßregeln zur Verhütung des Schmuggelhandels zu treffen, während gleichzeitig die Erhebung

des Likin in den geöffneten Häfen von den chinesischen Zollämtern auf die von Fremden geleiteten Seezollämter überging. Diese letzte Anordnung ebenso wie die später eingeführte gleichmäßige Besteuerung des einheimischen Opiums sind den jahrelangen Bemühungen des General-Inspectors der chinesischen Seezölle, Sir Robert Hart, zu danken, der so der chinesischen Regierung eine neue, sehr erhebliche Einnahmequelle gesichert hat.

Die vorstehende, streng historische Darstellung wird jedem Unvoreingenommenen die Richtigkeit der von Hia Sieh ausgesprochenen Ansicht beweisen, daß, „wenn auch die Fremden das Uebel nach China gebracht, es doch China gewesen sei, welches ihm das Thor geöffnet, da es sein Begehren nach demselben gesteigert habe".

Die Einfuhr von Opium nach China hat in den letzten dreißig Jahren, einige Schwankungen abgerechnet, zwischen 60 und 70 000 Piculs betragen; die niedrigste Einfuhr war die von 1869 mit 53 413 Piculs, die höchste 1888 mit 82 612 Piculs; diese letztere ausnahmsweise hohe Ziffer war auf das Bestreben der Importeure zurückzuführen, die Zeit vor dem Inkrafttreten der Convention von 1885 zu benutzen, wobei ihnen die chinesischen Behörden der einzelnen Häfen durch Herabsetzung der Likinabgabe eifrigst Vorschub leisteten.

Der Werth des 1892 eingeführten fremden Opiums, 70 782 Piculs, betrug 27 418 152 Taels, d. h. annähernd die Summe, um die der Ausfuhrhandel Chinas geringer als der Einfuhrhandel ist, die $102^1/_2$ resp. 135 Millionen Taels repräsentiren. Die Einnahmen der Regierung aus Opium beliefen sich in demselben Jahre auf 2 123 000 Taels an Zoll und 5 667 000 Taels an Likin, d. h. gemeinsam auf 7 790 000 Taels, die trotz des niedrigen Silbercurses immer noch über 30 Millionen Mark darstellen.

Der Gebrauch, den die Chinesen vom Opiumrauchen machen, ist ein vielfacher und erklärt bis zu einem gewissen Grade die schnelle Verbreitung, die es gefunden hat und noch findet. Es

dient als Genußmittel und Aphrodisiacum, als Stimulans, als Schutzmittel und als Medicin. Als letztere hauptsächlich gegen Lungenleiden und damit verbundene Blutungen, als Prophylacticum gegen Fieber und Dysenterie in Gegenden, in welchen Malaria herrscht. Dies kann kaum Wunder nehmen, da dieselben Ursachen z. B. in England große Theile der Fabrikbevölkerung dazu geführt haben, sich dem Genuß von Opium in flüssigen Lösungen zu ergeben. Als geistiges Stimulans wird es von Gelehrten, Beamten und Kaufleuten, als körperliches von der hart arbeitenden Bootbevölkerung besonders auf dem oberen Laufe des Yangtsze, von den Schiffsziehern, Lastträgern und einem großen Theile der Landbevölkerung, von der letzteren hauptsächlich in Szechuen gebraucht, als Genußmittel von vielen Personen beiderlei Geschlechts der wohlhabenderen Classen, von Beamten und Soldaten und der großen Masse der Nichtsnutze und Tagediebe, die sich in jedem Lande und unter jedem Volke finden; für diese dient es auch als Aphrodisiacum, und aus ihnen stammen gewöhnlich die abschreckenden Beispiele körperlicher und geistiger Verkommenheit, die dem in China eintreffenden Fremden in den Opiumhöhlen gezeigt werden. Daß Opium immer schädlicher wirkt oder wirken kann, soll unbestritten bleiben; aber sind wir nicht auch dahin gekommen, den Alkohol als Völkergift zu bezeichnen und die absolute Schädlichkeit desselben zu behaupten? Und ebenso wenig wie auf lange hinaus die Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß die an alkoholische Getränke gewöhnten Völker denselben, andere dem Tabak, der Coca, dem Haschisch, dem Betel oder dem Mate entsagen werden, ebenso wenig wird der Chinese dem Opiumrauchen entsagen, es sei denn, daß der Genuß und die Stärkung, die ihm dadurch geboten, auf andere Weise ersetzt oder überflüssig gemacht werden. Letzteres aber dürfte wie beim Alkohol für die große Masse der Bevölkerung nur dann möglich sein, wenn die Nahrung derselben kräftiger würde. Daran ist aber in China für den Augenblick und voraussichtlich noch auf lange hinaus nicht zu denken,

da die Bevölkerung selbst zu arm ist und bei der Regierung das Verständniß dafür fehlt.

Ueber die Schädlichkeit des Opiumrauchens ist viel gestritten worden; jedenfalls ist diese Art des Genusses eine viel weniger schädliche als das Essen oder Trinken von Opium oder die Einspritzungen von Morphium. Beim Rauchen, namentlich der besseren indischen Sorten, gehen nur wenige der schädlichen Bestandtheile, welche das Opium enthält, in den Körper über, und Jeder, der längere Zeit in China gelebt hat, wird unter Bekannten und Dienern Leute gekannt haben, die zehn, zwanzig und mehr Jahre starke Opiumraucher gewesen waren, ohne daß ihre geistigen oder körperlichen Kräfte darunter gelitten hätten. Jedenfalls ist das Opium nicht die Ursache so vieler Verbrechen wie der Alkohol; der Raucher wird vielleicht stehlen oder betrügen, um sich das Geld für den ihm unentbehrlich gewordenen Genuß zu verschaffen, aber dem so weit gesunkenen Opiumraucher fehlt es an der körperlichen wie an der geistigen Kraft zur Begehung eines Verbrechens, denn der Opiumrausch bringt Ermüdung und Erschlaffung, nicht Aufregung und Ueberreizung hervor.

Niemand wird in Abrede stellen, daß die Thätigkeit der Missionare, so lange dieselben, Jeder in seinem Kreise, gegen den Gebrauch des Opiums wirken, eine segensreiche sein kann und vielfach auch unzweifelhaft gewesen ist; aber die öffentliche Agitation der protestantischen Missionare, namentlich der englischen, gegen den Opiumhandel ist weit entfernt davon, gute Früchte getragen zu haben. Die oft mit Entstellung der Thatsachen gegen die eigene Regierung geführte Polemik hat nur der fremdenfeindlichen Partei in China einen Vorwand und ein Thema für weitere Aufhetzungen gegeben, und wenn England und den Engländern heute durch die große Menge mehr, als sie es verdienen, die Schuld an der Einführung und Verbreitung des Opiumrauchens zugeschrieben wird, so können sie sich dafür bei den Missionaren ihrer eigenen Nationalität bedanken. Einen

praktischen Erfolg haben die Missionare allerdings aufzuweisen und der ist, daß nach dem, im Wesentlichen der Einwirkung von Exeter Hall zuzuschreibenden Abschluß der Convention von 1885 der Anbau von Opium in ganz China legalisirt worden ist und in einer Weise zugenommen hat, daß jetzt die Production des Inlandes weit, vielleicht zwei oder drei Mal die von Indien eingeführten Mengen übersteigt. Zwar suchen sich die Missionare über diesen Erfolg ihrer Agitation mit der Hoffnung zu trösten, daß das chinesische Product das indische bald ganz verdrängen und die chinesische Regierung dann im Stande sein werde, auch den Anbau im Innern wieder zu unterdrücken; aber abgesehen davon, daß sich auch diese Annahme als irrthümlich erweisen dürfte, ist es doch immer ein gewagtes Spiel, den Teufel durch Beelzebub vertreiben zu wollen.

Auch in anderer Beziehung haben die protestantischen Missionare in der Bekämpfung des Opiumrauchens keine glückliche Hand gehabt. Bei der 1890 in Shanghai stattgefundenen Missionarconferenz erklärte Dr. Boone aus Shanghai als Bevollmächtigter der „Medical Missionary Association of China", daß mit dem Verkauf von sogenannten Anti-Opiumpillen, welche Morphium oder andere Opiumpräparate enthielten, der gröbste Mißbrauch getrieben würde. Ein großer Handel in solchen Pillen oder Pulvern sei in China entstanden und wachse täglich; in einigen Theilen des Landes seien es die eingeborenen Christen und Prediger, welche diese Mittel verkauften, in erster Linie allerdings mit dem Wunsche, das Opiumrauchen zu unterdrücken; bald aber hätten sie gefunden, daß bei dem Geschäft Geld zu verdienen sei. „Mir ist von Canton, Amoy und Swatow auf das Bestimmteste versichert worden," fährt Dr. Boone fort, „daß die eingeborenen Christen durch die Gewohnheit, Geld aus dem Verkauf dieser Medicamente zu erzielen und sich zu bereichern, verdorben würden, und daß sie ihren ersten Zweck, den Opiumraucher zu heilen, ganz aus dem Gesicht verloren hätten. Ich bin ferner auf glaubwürdige Weise benachrichtigt worden, daß in Südchina

Morphium unter dem Namen ‚Jesusopium' bekannt ist, und daß die Christen als die Verbreiter dieser Sitte (des Opiumessens) angesehen werden."

Andere Missionar-Aerzte aus Swatow, Hangchow und Canton bestätigten die Erklärung Dr. Boone's mit dem Zusatz, daß das Morphiumessen und, wiewohl seltener, den Gebrauch subcutaner Einspritzungen auch in den am Yangtsze und nördlich an demselben gelegenen Provinzen in bedenklicher Weise um sich greife, daß in einer Anzahl von Missionen und von Missionaren, die sich des Schadens, den sie verursachten, nicht bewußt seien, sowie von eingeborenen Christen diese Morphiumpillen und Pulver verkauft würden. Morphiumessen sei aber schlimmer als Opiumrauchen! —

Die Versammlung beschloß auf den Antrag eines zu dem Zweck ernannten Comités, alle Missionare aufzufordern, so weit als möglich den Verkauf von Morphium enthaltenden Anti-Opium-Mitteln zu verhindern; gewiß eine lobenswerthe Maßregel, die vielleicht aber zu spät kommen dürfte, um den Schaden wieder gut zu machen, der von wohlmeinenden, aber unwissenden Leuten begangen worden ist.

Eine politische Bedeutung wird die Opiumfrage und die auf dieselbe bezügliche Agitation in Zukunft voraussichtlich mehr für England als für China haben, da die auf das Drängen der Anti-Opium-Gesellschaft vorgenommenen Erhebungen in Indien dort sehr viel böses Blut gemacht und ein ganzes oder theilweises Verbot des Anbaues die materiellen Interessen der ackerbauenden Bevölkerung wie auch der einheimischen Fürsten schwer schädigen würde. Eine solche Maßregel würde außerdem nur den Erfolg haben, nicht den Verbrauch herabzusetzen, sondern die Bezugsquellen zu verändern, wie denn der Ausfall, den die Seitens der indischen Regierung vorgenommene Verminderung der zur Auction gebrachten Quantität bengalischen Opiums zur Folge gehabt hat, einerseits durch die Mehrproduction an chinesischem, andererseits durch die Zunahme in der Einfuhr

von persischem Opium (im Handel türkischer genannt), mehr als ausgeglichen worden ist.

II.

Während die Opiumfrage so, wenigstens für China, ihre acute Form verloren und vom politischen Gebiet ganz oder zum größten Theil auf das national-ökonomische übergegangen ist, wird die Missionarfrage von Tag zu Tag eine brennendere und muß und wird in nicht zu langer Zeit ein Eingreifen der chinesischen Regierung, wie der betheiligten fremden Mächte nothwendig machen.

Das Vorwärtsdrängen der Missionare und der immer mehr die Form gewaltsamer Ausschreitungen annehmende Widerstand der chinesischen Bevölkerung gegen die ihr aufgezwungenen Segnungen der christlichen Propaganda sind Symptome, die nicht länger übersehen werden dürfen, wenn China und die Vertragsmächte sich nicht eines Tages einer Katastrophe gegenüber befinden wollen, deren Bedeutung und Tragweite sich kaum übersehen lassen, aber jeden Freund wahrer Cultur und Gesittung mit ernster Besorgniß erfüllen müssen.

Römisch- und griechisch-katholische und protestantische Missionare sind zu verschiedenen Zeiten in China thätig gewesen und sind es noch. — Am wenigsten Bedeutung besitzt, vom religiösen wie vom politischen Gesichtspunkt aus, die griechisch-katholische Mission. Als nach der Eroberung und Zerstörung Albazin's am Amur 1689 die dort gefangenen Russen nach Peking gebracht und als „russische Centurie" einem Banner einverleibt und in einem besonderen Quartier der Stadt angesiedelt wurden, gestattete der Kaiser ihnen, ihren Gottesdienst frei auszuüben und gab ihnen zu dem Zweck sogar einen buddhistischen Tempel, aus welchem er die Götzen hatte entfernen lassen. Der Erzbischof von Tobolsk, der hiervon Kenntniß erhielt, sandte die erforderlichen kirchlichen Geräthe und empfahl den Albazinern, bei dem Gottesdienst für den Bogdokhan, die russische Bezeichnung für

den Kaiser von China, als den Beschützer ihres Glaubens, zu beten.

Seit 1716 steht ein Archimandrit an der Spitze dieser gewöhnlich aus zwei bis drei Mönchen bestehenden Mission, deren Thätigkeit sich fast ausschließlich auf die Seelsorge der aus der Ehe mit chinesischen Frauen stammenden Nachkommen der russischen Gefangenen, vierzehn bis funfzehn Familien mit ungefähr hundertundsechzig Seelen, und von vielleicht zweihundertfunfzig anderen Christen beschränkt, von denen funfzig in einem kleinen Dorfe in der Nähe von Peking wohnen, wo sie zu Anfang der siebziger Jahre dieses Jahrhunderts durch den Pater Isaï bekehrt worden sind. Größere Erfolge hat die Mission auf wissenschaftlichem Gebiete aufzuweisen gehabt; die Namen der Archimandriten Hyacinth (Bitschurin) und Palladius, wie auch der aus der früher mit der geistlichen Mission verbundenen Dolmetscherschule hervorgegangenen Gelehrten Wassilyeff, Tatarinow, Bunge und Gashkewicz sind weit, und mit Recht, bekannt.

Bis zum Jahre 1860 stand die Mission unter dem Asiatischen Departement, seit dieser Zeit direct unter dem heiligen Synod. Der Abwesenheit aller propagandistischen Bestrebungen hat die russische Mission es zu verdanken gehabt, daß sie im Großen und Ganzen von allen Verfolgungen verschont geblieben ist, und auch als der letzte katholische Missionar 1823 aus Peking verwiesen wurde, unbehelligt blieb. Auch in der Neuzeit hat sie, im Gegensatz zu der griechisch-katholischen Mission in Japan, wo der Pater, spätere Bischof Nicolaus Kassatkine seit 1870 viele Tausende von Bekehrungen und die Gründung von nahe an zweihundert Gemeinden zu verzeichnen hatte, sich jeder Propaganda enthalten.

Aelter als die griechisch-katholische ist die römisch-katholische Missionsthätigkeit in China. Wenn man den Angaben des 781 errichteten, 1625 in Singanfu wieder aufgefundenen berühmten Denkmals Glauben schenken darf, würde der erste nestorianische Missionar China schon 635 erreicht haben. Den Nestorianern

scheint, trotz mancher Verfolgungen, denen sie als „fremde Priester aus Tatsin“ (Syrien) zugleich mit persischen Magiern und eingeborenen Buddhisten und Taoisten ausgesetzt waren, das Glück gelächelt zu haben; ganz besonderen Einfluß gewannen sie aber unter den Herrschern der Mongolen-Dynastie (1206—1367), von welchen sie sogar einige zum Christenthum bekehrt haben wollten; jedenfalls findet man in den Berichten gleichzeitiger Reisenden häufig die Erwähnung nestorianischer Kirchen, Priester und dieser Secte angehöriger, in mongolischen Diensten stehender Beamten. In diesen Beziehungen zu der mongolischen Dynastie mag auch die Veranlassung gelegen haben, daß die Nestorianer in den Sturz derselben verwickelt wurden. Seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts sind sie aus China verschwunden, ohne daß andere Spuren ihrer Thätigkeit übrig geblieben wären, als das Denkmal in Singanfu und einigen Stellen in fremden und chinesischen Autoren.

Zur Zeit der Mongolen-Dynastie kamen auch die ersten rechtgläubigen katholischen Priester nach China, freilich zuerst nicht als Missionare, sondern als päpstliche und königliche Gesandte. Der Siegeszug der Mongolen durch Asien und ihre Bedrohung Europas veranlaßten den Papst Innocenz IV., 1240 von Lyon aus, wo ein Concil versammelt war, Gesandte an Baitu und den Groß-Chan zu schicken, ein Beispiel, dem bald darauf König Ludwig IX., der Heilige, von Frankreich, von Cypern aus folgte. Die ganze zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts ist mit Verhandlungen zwischen den Dschingisiden, wie sie Ranke sehr treffend nennt, und dem christlichen Europa angefüllt. Während die ersteren anfänglich einen sehr hohen Ton annahmen und die Unterwerfung des Papstes und der Fürsten unter ihre Oberhoheit verlangten, gewann das Bedürfniß nach einer Verständigung mit den christlichen Mächten gegenüber dem gemeinsamen Feinde, den Saracenen, allmälig die Oberhand, so daß die späteren Annäherungsversuche meistens von den mongolischen Fürsten ausgingen. Auf christlicher Seite fehlte es

an dem politischen Verständniß und namentlich an der politischen Einigkeit, welche eine über schöne Redensarten hinausgehende Verständigung mit den Mongolen ermöglicht haben würde, und die Päpste, die sich am eifrigsten zeigten, legten größeren Werth auf die Bekehrung der Mongolen, als auf ein politisches Zusammengehen. Es macht einen fast komischen Eindruck, wenn Arghun-Chan von Persien verspricht, nach der mit gemeinsamen Kräften ins Werk zu setzenden Eroberung von Jerusalem, den christlichen Glauben anzunehmen, und Papst Nicolas IV. ihm empfiehlt, dies lieber vorher zu thun, da eine solche Handlungsweise nicht verfehlen könne, ihm den Schutz des Himmels zu verschaffen und also die beabsichtigte Eroberung zu erleichtern.

Bei den Verhandlungen, in welche die verschiedenartigsten Fragen, die Interessen der einzelnen christlichen Staaten, die Kämpfe zwischen Guelfen und Ghibellinen und die Versuche einer Verständigung zwischen der römischen und griechischen Kirche hineinspielten und die neben den Päpsten und Fürsten bald von Mönchen, wie Anselm, Plano Carpini und Rubruk oder den christlichen Gemahlinnen mongolischer Fürsten, aus dem Geschlecht der Palaeologen und der armenischen Könige, bald von Abenteurern, im guten Sinne, wie die Vasalli, Buscarell und die Polo geführt wurden, war es keiner der Hauptpersonen Ernst mit dem, was der anderen Partei zumeist am Herzen lag; der Papst wollte die Bekehrung des Groß-Chans und gebrauchte die politische Frage nur zu diesem Zweck, während für den Kaiser von China und die Herrscher der anderen mongolischen Reiche ihre mögliche Bekehrung nur eine Vorspiegelung war, mit der sie den Papst und die christlichen Fürsten zu täuschen und zu gewinnen hofften. So blieben die Verhandlungen nach jeder Richtung hin erfolglos, und es war schließlich dem Glaubenseifer und der Aufopferung der geistlichen, in Hochasien und China thätigen Sendboten, namentlich der von Innocenz IV. 1252 aus Franziskanern und Dominikanern organisirten „Societas fratrum peregrinantium propter Christum“ zu verdanken, daß die katho-

lische Missionsthätigkeit in China eine bestimmte Form annahm. Der thätigste dieser Sendboten, der Franziskaner Johann von Monte Corvino, der, 1289 nach China geschickt, Khanbalik (Peking) 1292 erreicht und dort elf Jahre allein gewirkt hatte, wurde 1307 von Papst Clemens V. zum Erzbischof von Peking ernannt, während zugleich zu seiner Unterstützung sieben Suffraganbischöfe hinausgesandt wurden. Unter ihm und seinem Nachfolger, dem 1325 ernannten Franziskaner Nicolas, früher Professor an der Universität von Paris, befand sich die Mission in blühendem Zustande; die Zahl der Bekehrungen nahm täglich zu, neue Gemeinden entstanden überall, und der Kaiser ließ keine Gelegenheit vorbeigehen, den Missionaren sein Wohlwollen zu bezeigen. Aber alle diese Erfolge verschwanden wenige Jahre später, als wenn sie nie gewesen wären. Mit dem Sturze und der Vertreibung der Mongolen und der Erhebung der neuen nationalen Dynastie der Ming verlor die katholische Mission die Grundbedingungen ihres Bestehens, den Schutz der Regierung und den Zusammenhang mit Europa. Zwar versuchte Urban V. diesem letzteren Uebelstande in 1370 durch die Ernennung und Entsendung eines neuen Erzbischofs, eines päpstlichen Legaten und einiger achtzig Geistlichen nach Peking abzuhelfen, aber von keinem dieser Sendboten lief je wieder eine Nachricht ein, und das Werk der rechtgläubigen Katholiken ging ebenso spurlos unter, wie das ihrer Gegner und Zeit- und Schicksalsgenossen, der Nestorianer.

Erst beinahe zwei Jahrhunderte später wurde der Versuch zur Bekehrung Chinas erneuert. Zwar starb der heilige Franz Xaver 1552 auf der Insel Sancian ohne das Festland erreicht zu haben, aber der italienische Jesuit Alexander Valignani, der bei einer Visitationsreise Macao besucht hatte, vermochte es, den Provinzial von Indien zu veranlassen, 1579 zwei Jesuiten, Michael Ruggiero und Matthias Ricci, nach China zu entsenden, denen es gelang, über Macao Canton zu erreichen und dort festen Fuß zu fassen. Trotz vieler Schwierigkeiten und mancher

Verfolgungen wurden in Kwangtung und Kwangsi und später in Nanking Stationen errichtet und nicht unbedeutende Erfolge erzielt. Das Mittel, dessen sich die Missionare bedienten, um Zutritt zu den hohen Beamten und deren Wohlwollen zu erlangen, war: die Neugierde derselben durch europäische mechanische Kunstwerke, Uhren, Glockenspiele u. s. w., zu erregen und sich dann durch die Nothwendigkeit, diese Spielereien in Ordnung zu halten, unentbehrlich zu machen. Auf diese Weise gelang es auch Ricci, einen in Nanking befindlichen Eunuchen des Kaisers zu gewinnen und von demselben die Erlaubniß zu erhalten, ihn nach Peking zu begleiten, wo er nach vielem Aufenthalt und manchen Fährlichkeiten 1601 anlangte und von dem in Haremsleben und Vergnügungen versunkenen Kaiser Wan-li mit Interesse und Wohlwollen, als eine neue Zerstreuung, empfangen wurde. In die Streitigkeiten zwischen den hohen Staatsbeamten und Eunuchen, als Schützling der letzteren, verwickelt, wußte Ricci die unbequemen Freunde abzuschütteln und sich auch die Achtung und Unterstützung der höchsten Würdenträger zu sichern. Als er 1610 starb, wurde er allgemein betrauert und der jetzt noch in Peking als der portugiesische Kirchhof bekannte Begräbnißplatz für seine letzte Ruhestätte angewiesen. Er liegt dort unter einem chinesischen Denkstein, vor dem sich eine steinerne Tafel mit ebensolchen Opfergefäßen befindet. Pater Ricci war stets der Meinung gewesen, daß die Ansichten der Chinesen möglichst geschont und im Anschluß an dieselben ihre Bekehrung versucht werden müsse; sein von ihm selbst bestellter Nachfolger Nicolas Longobardi theilte diese Auffassung durchaus nicht und legte damit den Keim zu den Streitigkeiten, die später den Jesuiten und mit ihnen der ganzen christlichen Missionsthätigkeit in China so verderblich wurden. Bald sollte es sich trotz der anscheinend günstigen Erfolge zeigen, daß der Haß der Literaten und Beamten gegen die fremden Neuerer nicht ruhe, und 1616 erging von Peking, auf den Antrag der Behörden in Nanking, der Befehl, alle Missionare zu verhaften und ins Gefängniß zu werfen; selbst die in

Peking im Astronomischen Amt Angestellten wurden von dieser Maßregel nicht ausgenommen. Indessen nahm die Verfolgung nur in Peking und Nanking einen acuten Charakter an, an allen anderen Plätzen fanden die Jesuiten willige Aufnahme und Schutz. Bald auch veranlaßten die immerwährenden Einfälle der Mandschus den neuen Kaiser Tien Ki (Wan-li war 1620 gestorben, sein Nachfolger Tai-Chang vier Monate später), die Missionare zurückzurufen, „um ihm Rath über die Art und Weise, wie man die Mandschus bekriegen könne, zu geben und Kanonen zu gießen, was sie besonders gut verständen". Die nächsten Jahrzehnte waren glückliche für die Mission, die 1627 in sieben Provinzen des Reichs, Kiangsi, Chekiang, Kiangnan, Shantung, Shansi, Shensi und Chili 13 000 und zehn Jahre später mehr als 40 000 Bekehrte zählte. Auch der Sturz der Ming-Dynastie 1643, die Besetzung Pekings durch den Rebellen Li Tsze-ching und die bald darauf erfolgte Einnahme der Stadt durch die Mandschus änderten daran nichts, und der damalige Chef der Mission, Adam Schall aus Cöln, wurde von dem jungen Kaiser Shunchi 1645 zum Präsidenten des Astronomischen Amtes ernannt. Shunchi blieb Schall bis zu seinem 1661 erfolgten Tode gewogen und ertheilte u. A. drei Generationen seiner Vorfahren den ersten Rang. Es ist vielleicht nicht ohne Interesse, daran zu erinnern, daß dieselbe Auszeichnung vor wenigen Jahren dem verdienten Generalinspector der Seezölle, Sir Robert Hart, zu Theil geworden ist. Bei dem Begräbniß Shunchi's wie bei dem einer vor ihm gestorbenen, von ihm sehr geliebten Concubine, der nach ihrem Tode der Titel als Kaiserin verliehen worden war, fanden zum letzten Male die durch die mandschurische Sitte vorgeschriebenen Menschenopfer und Selbstentleibungen von Freunden und Dienern statt.

Der Nachfolger Shunchi's war der damals achtjährige, später so berühmt gewordene Kaiser Kanghi, während dessen einundsechzigjähriger Regierung allen Anstrengungen der Missionare zum Trotz und ungeachtet mancher Schwankungen zu ihren

Gunsten die Aussichten der katholischen Mission sich, durch eigene Schuld, sehr verschlechterten. Gleich zu Anfang der Regierung des minderjährigen Kaisers griffen die Regenten zu den schärfsten Maßregeln gegen die Missionare; der alte ehrwürdige, vom Schlage gerührte Schall und sein Stellvertreter Verbiest wurden mit den anderen Missionaren zusammen ins Gefängniß geworfen, der Erstere zum Tode, der Letztere zur Verbannung verurtheilt, und es war nur einem heftigen, nach der Verurtheilung Schall's stattgehabten Erdbeben zu verdanken, daß das gegen ihn ausgesprochene Urtheil nicht zur Ausführung kam. Nach der Uebernahme der Regierung durch den Kaiser besserte sich die Lage der Missionare, besonders da in dem Reichskalender durch die Unfähigkeit der chinesischen Astronomen vorgekommene Fehler nur durch die Europäer richtig gestellt werden konnten. Im Jahre 1671 wurde das Verbannungsdecret gegen die Missionare zurückgenommen, was wohl hauptsächlich auf das persönliche Wohlwollen des Kaisers zurückgeführt werden dürfte, der sich lebhaft für europäische Wissenschaft, namentlich Mathematik, interessirte und es liebte, sich mit den Missionaren darüber zu unterhalten. Die Erhebung Wu-sankwei's in Yünnan und Szechuen gegen die Mandschus 1673 gab Verbiest eine neue Gelegenheit, sich dem Kaiser nützlich zu erweisen, indem er auf den Wunsch desselben eine Anzahl Geschütze goß, die wesentlich zur Unterdrückung des Aufstandes beitrugen. Die Stellung der Missionare in Peking wurde dadurch so einflußreich, daß, als die Provinzialbehörden von Chekiang 1691 die in der Provinz ansässigen fremden Geistlichen und eingeborenen Christen zu verfolgen begannen, der Kaiser 1692 auf ihre Bitte ein Edict erließ, durch das die Duldung des christlichen Glaubens aufs Neue bestätigt wurde. — Inzwischen begann bei den Missionsbestrebungen das politische Element stärker in den Vordergrund zu treten. Durch päpstliche Entscheidung war das geistliche Patronat in Indien, zu dem auch China gerechnet wurde, der Krone Portugal übertragen worden. Mit der steigenden Macht und dem

wachsenden Ehrgeize Frankreichs schien dieses Portugal ertheilte Monopol unvereinbar, und bald fingen französische Geistliche, vor Allem der Pater Alexander de Rhodes aus Avignon, und der französische Hof an, in Rom gegen dasselbe zu intriguiren. Der Herzogin von Aiguillon gelang es, bei dem Papst Alexander III. die Ernennung von drei französischen Bischöfen, Pallu, de la Motte Lambert und Cotolendi, durchzusetzen, die nach Siam, Tonking und China entsendet werden sollten. Aber kein portugiesisches, holländisches oder englisches Schiff wollte sich bereit finden lassen, den Bischof Pallu nach Ostasien zu befördern, was zu dem Vorschlage der Errichtung einer französischen Handelsgesellschaft nach dort und bald zu der Gründung der „Compagnie des Indes“ führte. Um die erforderlichen Geistlichen für die in Aussicht genommenen französischen Missionen zu beschaffen, wurden 1663 die „Missions étrangères“ in Paris gegründet (der Grundstein der Kirche derselben wurde 1683 gelegt), und 1685 gingen auf Colbert's Veranlassung und Betreiben eine Anzahl hochwissenschaftlich gebildeter Missionare nach Peking, um den auf den Kaiser gewonnenen Einfluß weiter auszudehnen und zu befestigen, ein Plan, der anscheinend vollkommen gelang.

Schon aber sammelten sich die Wolken, aus denen der Sturm kommen sollte, der dem blühenden Bekehrungswerke ein schnelles Ende bereitete. Selbst unter den Jesuiten waren die Auffassungen über den Gott zu gebenden chinesischen Namen und die Zulässigkeit mancher Ceremonien, namentlich bei der Verehrung von Confucius und den Ahnen getheilt, wenn auch die Meisten Ricci zustimmten, welcher denselben keine abergläubische und götzendienerische Bedeutung beigelegt hatte. Anders dagegen urtheilten die zelotischeren Dominikaner, denen sich später die Lazaristen und die „Missions étrangères“ anschlossen, die alle die weitherzige Auffassung der Jesuiten als unchristlich verdammten. Der Papst wurde zur Entscheidung der Streitfrage angerufen; Innocenz X. erklärte sich 1645 für die Dominikaner, Alexander VII. 1656 für die Jesuiten und Innocenz XI. ge-

wissermaßen auch für die letzteren, indem er die Zulässigkeit der angefochtenen Ceremonien zugestand, wo sie nur als bürgerliche, nicht als götzendienerische angesehen würden. Da die Anordnungen des päpstlichen Stuhles keine der beiden Parteien befriedigten, ging der Streit zwischen den Missionaren weiter, und Bischof Maigrot, ein Mitglied der „Missions étrangères“ und Doctor der Sorbonne, der 1684 von Pallu vor seinem Tode mit der Leitung des ganzen Missionswesens in China betraut worden war, erklärte sich 1693, im Widerspruche mit der päpstlichen Entscheidung, in einer von Nanking datirten Verordnung gegen die Jesuiten, deren Vorstellungen an den päpstlichen Stuhl er als in verschiedenen Punkten nicht der Wahrheit entsprechend bezeichnete. Die Jesuiten weigerten sich, die Entscheidung anzuerkennen und wendeten sich 1699 an den Kaiser Kanghi selbst, um von ihm eine autoritative Erklärung über die Bedeutung der angegriffenen Ceremonien zu erhalten, die denn auch ganz in ihrem Sinne ausfiel. — Inzwischen hatte man in Rom die Sache weiter verfolgt, ein Legat des Papstes, Tournon, Patriarch von Antiochien, wurde nach Peking gesandt, um an Ort und Stelle die Jesuiten zu einer Verständigung zu veranlassen, während die Congregation der Inquisition mit der Untersuchung der Frage beauftragt wurde. Die Inquisition entschied gegen die Jesuiten, und Papst Clemens XI. bestätigte am 20. November 1704 diese Entscheidung. Tournon, dem das päpstliche Decret in Peking zuging, wagte nicht, dasselbe dort zu veröffentlichen; denn er war sich bewußt, daß dadurch ein unheilbarer Bruch mit dem Kaiser herbeigeführt werden würde, schon deshalb, weil die Bezeichnung „Himmel“ „Tien“ als Synonym für Gott nicht zugestanden worden war, während sich z. B. über der Kirche der Jesuiten in Peking eine von Kanghi selbst gestiftete Marmortafel mit den Worten befand: „King tien“: „Betet den Himmel an.“

Tournon schlug einen Mittelweg ein; er berief Maigrot nach Peking, ebenso wie den Jesuiten de Visdelou, von dem er wußte,

daß er die Ansichten seiner Mitbrüder nicht theilte, um durch mündliche Erörterung der Streitfrage die Jesuiten zur Unterwerfung unter die päpstliche Entscheidung zu vermögen. Das päpstliche Decret konnte aber auch unter den chinesischen Christen nicht unbekannt bleiben und kam so zur Kenntniß des Kaisers. Dieser brachte die Frage in öffentlicher und feierlicher Audienz Tournon gegenüber zur Sprache, der seinerseits Maigrot vorschob und den Kaiser veranlaßte, denselben sowohl zu empfangen, als zu einer schriftlichen Erklärung aufzufordern. Der Zusatz, den Maigrot seiner Auseinandersetzung hinzufügte, daß er den Kaiser nicht als Richter in einer Angelegenheit anerkennen könne, die ausschließlich zur Competenz des heiligen Stuhls gehöre, beschleunigte den Bruch. Maigrot wurde aus China verbannt und Tournon aufgefordert, seine Abreise zu beeilen. Der Erstere konnte sich nicht einmal in Macao einschiffen, sondern mußte sich an Bord eines englischen Schiffes flüchten, das ihn nach Irland brachte; der Letztere ging nach Nanking, und da er noch immer, um den Bruch zwischen dem Kaiser und dem päpstlichen Stuhle nicht unheilbar zu machen, das päpstliche Decret nicht veröffentlichen wollte, faßte er die Bestimmungen desselben in einer Verordnung zusammen, die er in seinem Namen allen Missionaren zugehen ließ. Einzelne derselben reichten gegen diese Verordnung eine Berufung an den Papst ein, der dieselbe aber 1710 guthieß und bestätigte und die Generale der verschiedenen Orden anweisen ließ, sich ihr zu unterwerfen, was der der Jesuiten, der einzige, der wirklich in Frage kam, auch in unzweideutiger Weise that. — Sobald Kanghi von dem Schritte Tournon's Kenntniß erhielt, ließ er denselben verhaften und nach Macao führen, wo den Portugiesen der Befehl zuging, ihn ins Gefängniß zu werfen, eine Weisung, der sie sich beeilten nachzukommen; Tournon starb dort 1710 als Gefangener. Alle Missionare aber, die sich nicht verpflichten wollten, sich der Entscheidung des Kaisers zu unterwerfen, wurden des Landes verwiesen.

Clemens XI., um dem noch immer nicht gebrochenen Wider-

stande der in China ansässigen Jesuiten und dem Aergerniß, das durch die verschiedenen Streitschriften gegeben wurde, ein Ende zu machen, erließ endlich 1718 die Bulle „Ex illa die“, welche Jeden, ipso facto, mit der größeren Excommunication bedrohte, der sich den Bestimmungen der päpstlichen Constitution von 1704 nicht füge; zugleich entsendete er einen neuen päpstlichen Legaten, den Patriarchen von Alexandrien, Mezzabarba, nach China, dieses Mal aber über Lissabon, um alle Streitigkeiten mit Portugal zu vermeiden. Bei seiner Ankunft in Peking 1720 fand Mezzabarba, trotz der anscheinend vollständigen Unterwerfung der Jesuiten unter den Willen des Papstes, die Lage schwieriger, als er erwartet und selbst gefürchtet hatte. Der Kaiser ließ ihm gleich bei seiner Ankunft in China sagen, daß er die früheren Missionare in China lassen möge, denen, aber nicht den Chinesen, freigestellt sei, die Decrete des Papstes zu befolgen; alle anderen Europäer solle er mit sich nach Rom nehmen, wo er ihnen befehlen könne, was er wolle. Das sei die einzige Form, in der der Kaiser einer Verordnung zu gehorchen gestatte, die im Widerspruch mit seinen unwiderruflichen Edicten stehe.

Um nicht den, wie die Jesuiten erklärten, sonst unvermeidlichen sofortigen Ruin der Mission zu verursachen, entschloß sich Mezzabarba dazu, der Bulle des Papstes acht Clauseln hinzuzufügen, deren Inhalt sich dahin zusammenfassen läßt, daß die Ausübung aller der vielumstrittenen Gebräuche gestattet sein sollte, soweit sie als rein bürgerliche aufgefaßt würden. Aber auch diese Nachgiebigkeit vermochte nicht, den Kaiser günstiger zu stimmen; Mezzabarba erhielt in höflicher, aber bestimmter Weise den Befehl, China zu verlassen und die Missionare, die ihn begleitet hatten, mit fortzunehmen. In Rom war man um so unzufriedener mit dem Verhalten des Legaten, als man, und wohl nicht mit Unrecht, annahm, daß das Verfahren des Kaisers nicht unwesentlich durch Einflüsterungen der Jesuiten bestimmt worden sei. Benedict XIV. erklärte daher die von Mezzabarba abgegebenen Erklärungen für unzulässig und bestätigte die Ent-

scheidung Clemens' XI. durch die Bulle „Ex quo singulari", durch welche der Streit endgültig gegen die Jesuiten entschieden wurde.

Wie man auch über die Haltung der Jesuiten in dieser Frage denken mag, so läßt sich nicht in Abrede stellen, daß sie die Folgen richtig beurtheilt hatten, welche die Entscheidung des päpstlichen Stuhles für die Zukunft der katholischen Missionen nach sich ziehen mußte. Wie der Streit zwischen Bettelorden und Jesuiten den Untergang des Christenthums in Japan herbeiführte, so hat der Ausgang des Kampfes zwischen Dominikanern, Lazaristen und Missions étrangères einer- und den Jesuiten andererseits sehr wesentlich zu den Verfolgungen beigetragen, denen die katholische Kirche in China seit der Sendung Tournon's ausgesetzt gewesen ist. Unter Kanghi's Nachfolger, Yungchêng (1723—1735) nahmen die Maßregeln gegen die Missionare einen viel schärferen Charakter an, und wenn Kienlung's (1736—1795) persönliches Wohlwollen gegen die in Peking ansässigen Jesuiten, die inzwischen durch die 1773 erfolgte Aufhebung des Ordens laicirt worden, sich immer gleich blieb, und er ihnen sogar die Mittel zum Wiederaufbau ihrer 1775 abgebrannten Kirche gab, so wurden doch unter ihm, wie unter Kiaking (1797—1820) die Verfolgungen gegen die eingebornen Christen wie gegen die fremden Missionare, die sich heimlich im Lande aufhielten oder in dasselbe einschlichen, immer heftiger und die Zahl der Opfer, die ihre Glaubenstreue mit dem Tode bezahlen mußten, immer größer. Erst die Jahre 1844 und 1845 brachten hierin insofern eine Aenderung, als der Kaiser Taokwang, in Folge der durch den französischen Gesandten de Lagrené gemachten Vorstellungen, die Ausübung der christlichen Religion durch die Chinesen im Innern genehmigte, die Thätigkeit der Missionare aber auf die geöffneten Häfen beschränkte, mit dem Zusatz, daß, wenn dieselben sich doch ins Innere begäben, sie nicht als Verbrecher behandelt, sondern nur ausgewiesen werden sollten. Erst durch die Verträge von 1858 und 1860 wurde den Missionaren der Zutritt zum Inlande wieder gestattet.

Heute bestehen in China einunddreißig apostolische Vicariate, von denen acht (Mandschurei, Ost-, West- und zwei Südszechuen, Yünnan, Kwangsi und Kwangtung) den „Missions étrangères de Paris“, fünf (Nord- und Westchili, Chekiang, Süd- und Nordkiangsi) den Lazaristen, vier (Süd- und Ostchili, Kiangnan) den französischen Jesuiten, sechs (Nordshantung, Shansi, Nord-, West- und Ost-Hupe, Shensi) italienischen Franziskanern min. observ., eine (Süd-Hunan) italienischen reformirten Franziskanern, zwei (Honan und Hongkong) den italienischen „Missions étrangères de Milan“, eine (Fokien mit Formosa) spanischen Dominikanern, eine (Nord-Hunan) spanischen Augustinern aus Manila, zwei (Mongolei und Kansu) den belgischen „Missions étrangères“, eine (Süd-Shantung) den deutschen Missionaren des Steyler Hauses angehören, während in Macao ein portugiesisches Bisthum errichtet ist.

Von den einunddreißig Vicariaten gehören also siebzehn französischen, neun italienischen, zwei spanischen, zwei belgischen und eins einer deutschen Gesellschaft an; die Zahl der europäischen Missionare beträgt ungefähr 530, die der eingeborenen katholischen Christen etwas über 535 000. —

Die älteste protestantische Mission in China war die aus holländischer Initiative 1624 in Formosa hervorgegangene; sie erzielte unter den Ureinwohnern der Insel ungefähr 9000 Bekehrungen und ging in den Kämpfen unter, die der Besetzung der Insel durch Koxinga (Ching-ching Kung) folgten und mit der Vertreibung der Holländer endeten. Im Jahre 1684, als der Enkel Koxinga's sich dem Kaiser Kanghi unterworfen hatte, wurden die letzten überlebenden holländischen Gefangenen und einige Nachkommen derselben in Freiheit gesetzt. Sonst erinnern nur einzelne, zum Theil erst seit Kurzem der Vergangenheit entrissene sprachliche Arbeiten an diese erste Episode protestantischer Missionsthätigkeit. —

Beinahe hundertundfünfzig Jahre nach diesem mißlungenen Versuche kam der erste protestantische Missionar, der Engländer

Dr. Morrison, nach dem Festlande von China. Aber auch seine Thätigkeit blieb, was das Missionswerk anbetraf, weit hinter den gehegten Erwartungen zurück, ebenso wie die der in Malakka, Singapore, Pinang und Java errichteten Missionen, von denen man gehofft hatte, daß sie unter den dort lebenden Chinesen einen guten, später auf das eigentliche China zu übertragenden Erfolg haben würden. In China waren bis 1842 sechs, auf den Inseln und dem Festlande Hinterindiens in derselben Zeit ungefähr hundertundfünfzig Bekehrungen von Chinesen erzielt worden. Die erfolgreichere Thätigkeit der protestantischen Missionen begann erst mit deren nach dem Abschluß des Friedens von Nanking 1843—1845 erfolgter Uebersiedelung nach Hongkong und dem eigentlichen China.

Heute zählen die protestantischen Missionen in China 37 287 Communicanten, während sich an dem Missionswerk 589 Männer, 391 verheirathete und 316 unverheirathete Frauen betheiligen, die vierzig verschiedenen amerikanischen, englischen und deutschen Gesellschaften angehören und sich nach den Nationalitäten aus 724 Engländern, 513 Amerikanern und 59 Deutschen zusammensetzen.

Die Zahl der in den Missionsschulen unterrichteten Kinder betrug 16 836; sechzehn Hospitäler und vierundvierzig Apotheken bestanden, in denen 1889 348 439 Kranke verpflegt oder mit Arzeneien versehen wurden. Die Beiträge der eingeborenen Christen zu den Kosten der Missionen beliefen sich auf 36 884 Dollars, d. h. auf nicht einen Dollar per Convertiten, während man wohl nicht irre geht, wenn man den Betrag der durch die protestantischen Missionen verursachten Kosten auf weit über eine Million Dollars veranschlagt.

III.

Wie sich aus der vorstehenden kurzen historischen Skizze ergibt, haben drei anfänglich sehr erfolgreiche Versuche christlicher Missionare, der Nestorianer und der Römisch-Katholischen im

vierzehnten, der Proteſtanten auf Formoſa im ſiebzehnten Jahrhundert, mit einer ſo vollſtändigen Vernichtung des Erreichten geendet, daß auch nicht die geringſten Spuren übrig geblieben ſind. Bei der Vorliebe der Chineſen für hiſtoriſche Analogieen darf man ſich daher nicht wundern, wenn wenigſtens die Möglichkeit eines derartigen Erfolges auch jetzt der fremden- und chriſtenfeindlichen Partei als ein erreichbares Ziel vorſchwebt. Daß die Vernichtung der chriſtlichen Miſſionen im vierzehnten Jahrhundert mit der Vertreibung einer fremden, der mongoliſchen Dynaſtie, zuſammenfiel, läßt es verſtändlich erſcheinen, daß bei den angeblich politiſche Zwecke verfolgenden geheimen Geſellſchaften die Aufreizungen gegen die regierende fremde, mandſchuriſche Dynaſtie mit denen gegen die Chriſten und Fremden überhaupt Hand in Hand gehen. Die Regierung iſt ſich der Möglichkeit eines ſolchen Zuſammenhanges wohl bewußt, und ſie hat dieſelbe bei den Verhandlungen mit den Vertragsmächten, welche durch die 1891 im Yangtſzethale gegen die chriſtlichen Miſſionen gerichteten Angriffe nothwendig wurden, diplomatiſch zu verwerthen gewußt, um Aufſchiebe und Rückſichten zu erlangen, auf die ſie ſonſt keinen Anſpruch gehabt haben würde.

Die Anſchuldigungen, welche gegen die chriſtlichen Miſſionen, die Miſſionare und Convertiten erhoben werden, zerfallen in vier Claſſen: ſie ſind abergläubiſcher, religiöſer, ſocialer und politiſcher Art. Was die erſten derſelben anbetrifft, ſo wird den Miſſionaren vorgeworfen, daß ſie die Augen und andere Körpertheile Kranker und Todter zu Zaubermitteln, z. B. um Gold zu machen, und zum Photographiren, gebrauchen. Die Beſchuldigung iſt keine neue, ſie iſt ſchon vor Jahrhunderten erhoben worden und findet ſich auch ſpäter u. A. in den Berichten Kiying's an den Kaiſer Taokwang und in den Edicten des letzteren aus der Mitte der vierziger Jahre dieſes Jahrhunderts, ſowie in amtlichen Schriftſtücken aus der neueſten Zeit. Später, berichtet Kiying 1844, machten Chineſen, die die chriſtliche Religion ausübten, ſie zum Deckmantel ihrer Schändlichkeiten, „indem ſie Frauen

und Töchter (Anderer) verführen und in betrügerischer Weise die Pupillen aus den Augen der Kranken stehlen"; und in den Berichten des Taotai von Wuhu aus dem Jahre 1891 wird ausdrücklich erwähnt, daß diese Beschuldigung gegen die Missionare erhoben worden sei, und er bei einer Untersuchung der Gewölbe der Kirche in derselben einige Leichen gefunden habe, die ihrer Augen beraubt gewesen wären. Bei den auf die Abberufung und Bestrafung dieses Beamten bezüglichen Verhandlungen mit den Ministern des Tsungli Yamen konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß wenigstens einige dieser Herren durchaus nicht von der Grundlosigkeit der Beschuldigungen des Taotai's überzeugt waren. Zu derselben Kategorie gehören die gegen die katholischen und protestantischen Waisenhäuser und Hospitäler erhobenen Anklagen, daß sie Kinder zu solchen Zwecken aufkaufen ließen oder Kranke zu denselben mißbrauchten. Die unvorsichtige Zahlung von Belohnungen Seitens der Waisenhäuser an Leute, welche ihnen Kinder überbringen, hat nicht wenig dazu beigetragen, solche Gerüchte zu verbreiten; aber z. B. selbst in dem Hospital der „Soeurs de la Charité de St. Vincent de Paul" beim Nantang in Peking, wo die Chinesen den Schwestern willig die Sorge und die Kosten für die Pflege und die Beerdigung der Kranken überlassen, besuchen Leute nie ihre verstorbenen, schon aufgebahrten Verwandten, ohne zu untersuchen, ob die Leiche auch noch die Augen besitzt. — Bei Epidemien können Fremde nicht vorsichtig genug sein. Als die Pest in diesem Jahre in Hongkong herrschte, glaubten selbst Chinesen, die Jahre lang als Diener bei Fremden gewesen waren, daß die Colonialregierung ihre erkrankten Landsleute umbringen lasse, und in Canton entgingen zwei protestantische Missionarinnen, die sich auf der Straße eines Sterbenden annahmen, nur mit Mühe dem Schicksal, von der argwöhnischen Menge zerrissen zu werden. Wundern kann man sich über derartige Auswüchse des dümmsten Aberglaubens nicht; gibt es doch bei uns genug Leute, die trotz aller Aufklärung und Bildung an das Blutritual der Juden

glauben, und bei Epidemien gehören Gerüchte von der Vergiftung der Brunnen und die sich daraus ergebenden Ausschreitungen leider auch nicht zu den Seltenheiten. Man hat daher Unrecht, selbst die albernsten Gerüchte zu mißachten, und thut am besten, Alles zu vermeiden, was denselben neue Nahrung geben kann.

In religiöser Beziehung würde man sich sehr irren, wenn man annähme, daß die gebildeten Chinesen auf einer so niedrigen Stufe ständen, als man nach dem krassen Aberglauben, dem sie oft huldigen, vorauszusetzen geneigt sein möchte. Die Disputationen der Kaiser Kanghi und Kienlung mit den päpstlichen Legaten und den Missionaren sind auf chinesischer Seite häufig Meisterwerke der Dialektik, und die Gründe, welche neuere chinesische Schriftsteller gegen die Lehren der Bibel vorbringen, sind oft mindestens ebenso geistreich, wie die des Bischofs Colenso. Bei der schon früher erwähnten Missionar-Conferenz von 1890 hat der Rev. Dr. Edkins einen Vortrag über die Tagesliteratur der Chinesen, insofern sie dem Christenthum feindlich ist, gehalten, der manche interessante Aufschlüsse über diesen Gegenstand bietet. Der eine Autor bestreitet die Möglichkeit der Himmelfahrt aus der bei steigender Höhe zunehmenden Verdünnung der Luft, der Andere greift die biblische Schöpfungsgeschichte an, weil nach ihr Sonne, Mond und Sterne der Erde wegen geschaffen worden seien, ein Dritter zieht die buddhistische Kosmogonie der christlichen vor, weil die erstere nach Aeonen, die letztere nur nach Tagen rechne. Aber alle sträuben sich gegen den Glauben an die Menschwerdung Gottes und die unbefleckte Empfängniß.

Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die Uebersetzung und der Verkauf resp. die Vertheilung vieler Theile der Bibel, namentlich des alten Testaments, ein großer Mißgriff ist, der die Sache des Christenthums ernstlich schädigt, und daß selbst viele Stellen des Neuen Testaments in den vorhandenen Uebersetzungen dem Chinesen absolut unverständlich bleiben müssen.

Ein Redner auf der Conferenz von 1890 führte an, daß die Eingangsworte zu dem Evangelium St. Marcus: „Der Anfang des Evangeliums Jesu Christi, des Sohnes Gottes“ in der Uebersetzung laute: „Gottes Sohn Je-su Ki-tuh glücklicher Ton Anfang“, wovon jedes Wort ein Räthsel für jeden Chinesen sei und bleiben müsse. Man braucht dabei noch gar nicht an die Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Secten über die Uebersetzung des Wortes „Gott“ zu denken, in Betreff welcher selbst unter den protestantischen Missionaren noch keine Verständigung erzielt worden ist. Haben doch noch 1880 eine Anzahl Missionare, und nicht die schlechtesten, den Professor Max Müller auf das Heftigste angegriffen, weil er dem Professor Legge gestattet hatte, in der Uebersetzung der in die Sammlung der heiligen Bücher des Ostens aufgenommenen chinesischen Classiker das Wort „Shangti“ mit „Gott“ zu übersetzen.

Der schwerste Vorwurf, der in politischer Beziehung den Missionaren gemacht wird, ist der, daß die Duldung der christlichen Religion China mit Gewalt aufgezwungen worden sei. Diese Behauptung entbehrt, wenigstens theilweise, der Begründung. Der Satz: „Wir zeigen Allen das gleiche Wohlwollen“, ist ein altes Princip der chinesischen Regierung, von dem sie Christen wie Mohammedanern und Buddhisten gegenüber nur abgewichen ist, wenn sie glaubte, daß die Propaganda derselben eine politische Färbung annähme. Die einheimischen Christen sind oft, mit wie viel Recht oder Unrecht, ist schwer festzustellen, mit der „Secte der weißen Lilie“ und anderen geheimen politischen Gesellschaften identificirt und deswegen verfolgt worden. Im Allgemeinen kann man sagen, daß die katholischen Missionare, soweit es sich um innere chinesische Angelegenheiten gehandelt hat, sich stets loyal erwiesen haben, während die protestantischen leider, namentlich zur Zeit des Taipingaufstandes, weniger discret und zuverlässig gewesen sind. In der Unterstellung der Missionare unter einen fremden Schutz und ganz besonders in der Thatsache, daß Frankreich diesen Schutz in der

Form eines Patronats über die katholischen Missionen überhaupt auszuüben beansprucht und in der That auch über alle, mit Ausnahme der deutschen, ausübt, liegt allerdings für China eine Gefahr, die in den Augen der Chinesen um so größer erscheint, als einerseits Frankreich bei Ausübung dieses Protectorats unzweifelhaft politische Zwecke verfolgt, und andererseits China das Beispiel Annams und Tonkings vor Augen hat, für welche Länder Missionarfragen die Einleitung und die Veranlassung zur Vernichtung ihrer politischen Selbständigkeit gewesen sind. China hat daher auch 1886 durch die Entsendung eines vertraulichen Agenten des General-Gouverneurs Li Hung Chang, Mr. Dunn, an den Vatican die Ernennung eines päpstlichen Legaten oder Nuntius für China angeregt; Papst Leo XIII. zeigte sich dem Plane nicht abgeneigt, und die Frage würde voraussichtlich die von China gewünschte Lösung gefunden haben, d. h. die Unterstellung sämmtlicher katholischen Missionen unter eine geistliche Autorität, während der Schutz der Personen der einzelnen Missionen den Gesandtschaften ihres Landes zugefallen sein würde, wenn nicht Frankreich durch die Drohung mit Repressalien die Verständigung zwischen dem heiligen Stuhl und China zu verhindern gewußt hätte. —

Einen der schwierigsten Punkte in der ganzen Missionarfrage bildet die Zulassung der Missionare ins Innere und das Recht, sich dort dauernd aufzuhalten; ein Recht, das sonst keinem Fremden in China zusteht und ausschließlich auf Artikel VI des französisch-chinesischen Vertrages von 1860 beruht. Durch den Vertrag von 1858, Artikel XIII, waren die Missionare mit allen anderen Franzosen gleichgestellt worden, d. h. sie durften sich mit von den Consulaten ausgestellten Pässen zeitweilig ins Innere begeben. Artikel VI des Vertrages von 1860 erwähnt in dem französischen, nach dem Vertrage allein maßgebenden Texte der Missionare gar nicht, sondern enthält nur die Bestimmung, daß ein bereits vom Kaiser Taokwang 1846 freiwillig gegebenes Versprechen, nach welchem die den Christen während

der Verfolgung weggenommenen Grundstücke und Gebäude denselben zurückgegeben werden sollten, nunmehr ausgeführt werden solle. Der chinesische Text desselben Artikels enthält aber den Zusatz, daß es den französischen Missionaren gestattet sei, in allen Provinzen des Reiches Grundstücke zu kaufen oder zu miethen und auf denselben Gebäude zu errichten. Es handelte sich bei diesem Unterschied der Texte aller Wahrscheinlichkeit nach um einen hinter dem Rücken des Botschafters Baron Gros auf das Andringen französischer Missionare seitens der Dolmetscher der Gesandtschaft gemachten unautorisirten Zusatz, dem die Chinesen unter dem Druck der Niederlage ihre Zustimmung zu verweigern nicht gewagt hatten. Als die Chinesen den Sachverhalt entdeckten und sich weigerten, die nicht in dem französischen Text enthaltene Bestimmung anzuerkennen, kam es zu Verhandlungen mit der französischen Gesandtschaft, die damit endeten, daß im Wesentlichen der chinesische Text aufrecht erhalten, aber hinzugefügt wurde, daß nicht die Missionare, sondern nur die christlichen Gemeinden im Innern Eigenthum erwerben dürften und den Missionaren besondere Gesandtschaftspässe ausgestellt werden sollten. Dies im Jahre 1865 getroffene Uebereinkommen wird gewöhnlich mit dem Namen des damaligen französischen Gesandten, Mr. Berthémy, bezeichnet.

Das den katholischen Missionaren gewährte Recht ist von der chinesischen Regierung auch den protestantischen bereitwillig zugestanden worden, obgleich sie nicht verkennen konnte, daß ihr durch die Ausübung desselben von protestantischer Seite viel häufiger und viel größere Ungelegenheiten erwachsen würden. Der katholische Missionar ist ein Glied eines festen Gefüges, er untersteht der Autorität des apostolischen Vicars, zu dessen Mission er gehört, und der letztere ist ein seit Jahrzehnten in China ansässiger, mit den Sitten, Gebräuchen und Vorurtheilen des Landes vertrauter Mann, der seine Missionare nur auf Plätze stellt, für welche dieselben sich durch ihre Kenntniß der Sprache und sonstige Schulung eignen. Die protestantischen

Missionare, ganz abgesehen davon, daß sie vierzig verschiedenen Gesellschaften angehören, sind mehr oder weniger unabhängig: die Gesellschaften, die sie herausſenden, haben ihren Sitz in Europa oder Amerika, und die an Ort und Stelle befindlichen älteren Missionare besitzen oft nicht die erforderliche Autorität, manchmal auch nicht den nothwendigen Tact, um vielleicht lobenswerthen, oft aber schädlichen Eifer zu zügeln. Nimmt man dazu die stets vorhandene Rivalität zwischen Amerikanern und Engländern, so kann man sich nicht wundern, daß ein Vorwärtsdrängen entsteht, das zu Conflicten mit Behörden und Volk führen muß und wirklich führt. Ganze Scharen junger Mädchen und Männer kommen aus Amerika und England, seit einiger Zeit auch aus Dänemark und Schweden, die weder die Sprache noch die Sitten des Landes kennen, noch irgend welche Vorbildung für den neuen Beruf besitzen; man steckt sie, zum Theil wenigstens, in chinesische Kleidung, und in einer die chinesischen Begriffe von Sitte und Anstand aufs Tiefste verletzenden Weise werden dann oft zehn oder mehr dieser Mädchen, unter dem Schutze eines Mannes, ins Innere transportirt. Ueber den schlechten Eindruck, der dadurch hervorgebracht wird, kann nur blinder Fanatismus sich hinwegtäuschen, und es wäre an der Zeit, daß die heimischen Leiter der Missionen in dieser, wie in mancher anderen Beziehung die Zügel etwas straffer anzögen. — Ein anderer, sehr wesentlicher Uebelstand ist die nicht wegzuleugnende Thatsache, daß viele, wenn nicht alle eingeborenen Christen ihre Beziehungen zu den fremden Missionaren als ein gewisses Schutzverhältniß auffassen, das sie ihren heidnischen Landsleuten und den Landesbehörden gegenüber bei religiösen Verfolgungen stets, bei persönlichen Streitfragen und Angelegenheiten oft anzurufen pflegen. Auch seitens der Missionare wird nach dieser Richtung hin vielfach gefehlt und dadurch eine tiefgehende Erbitterung hervorgerufen, in der die Ursache mancher Ausschreitungen der Bevölkerung und der Behörden zu suchen ist.

Am tiefsten aber greift die Thätigkeit der Missionare in die

socialen Beziehungen des chinesischen Volkes ein, und hier ist es, wie zur Zeit der Kämpfe zwischen Dominikanern und Jesuiten die Frage der Verehrung der Ahnen, die ebenso, wie sie den Fortgang des Bekehrungswerkes wesentlich beeinträchtigt und hemmt, die Veranlassung zu dem größten Theil aller Streitigkeiten und Zerwürfnisse zwischen Heiden und Christen bildet. Für die katholischen Missionare ist die Frage durch die Bulle Papst Benedict's XIV. thatsächlich erledigt; wenngleich viele unter ihnen die Weisheit der getroffenen Entscheidung anzweifeln mögen, so hat doch Jeder sich eidlich verpflichtet, derselben gemäß zu handeln. Die überwiegende Mehrzahl der protestantischen Missionare steht auf dem päpstlichen Standpunkt. Bei der Conferenz von 1890 machte Dr. Martin, der Präsident der sogenannten Peking-Universität, des Tung wen kwan, und ein ebenso gebildeter wie mit den chinesischen Verhältnissen vertrauter Mann, den Versuch, eine Berücksichtigung der chinesischen Auffassung der Frage herbeizuführen, entging aber selbst nicht der schärfsten Verurtheilung, die sich in einem mit allen gegen zwei Stimmen abgegebenen Votum der Versammlung aussprach.

Die religiöse Seite der Frage zu erörtern, ist hier nicht der Platz, obgleich es seltsam erscheinen mag, daß eine Religion, zu deren Geboten das „Ehre Vater und Mutter, auf daß es dir wohl gehe und du lange lebst auf Erden" gehört, nicht Mittel und Wege finden sollte, sich auf dieser Grundlage mit der chinesischen Auffassung zu verständigen. Die Verehrung der Ahnen ist aber nicht nur geistig der Mittelpunkt, um den sich das Familienleben und die gemeinsamen Interessen des Geschlechts gruppiren, die in China eine so große Rolle spielen. Der Ahnensaal ist der Versammlungsort, an dem die Fragen erörtert und entschieden werden, die auf das Wohl und Wehe des Geschlechts Bezug haben; er enthält die Familienregister und Archive des Geschlechts, und der dem Geschlecht gemeinsame Besitz hängt eng mit ihm zusammen. Sich von der Verehrung der Ahnen lossagen, heißt für den Chinesen aus Familie und Geschlecht

ausscheiden, d. h. mit Allem brechen, was ihm seit Jahrtausenden das Werthvollste erscheint. Schwieriger wird die Frage noch, wenn der aus der Familie und dem Geschlecht Ausgetretene Ansprüche auf den Antheil erhebt, den er früher an dem gemeinsamen, untheilbaren Besitz hatte, und der nun, wenn sein Verlangen erfüllt würde, aus demselben, zum Schaden der Allgemeinheit, ausgeschieden werden müßte. Tritt dann der Missionar auf die Seite seines Bekehrten und unterstützt die Forderung desselben bei den Behörden, so ist der Streitfall fertig, und nicht wenige der Angriffe auf christliche Chinesen, Gemeinden und Missionen sind auf solche Ursachen zurückzuführen.

Die chinesische Regierung hat wiederholt versucht, die Aufmerksamkeit der fremden Mächte auf die sich aus der Thätigkeit der Missionare ergebenden Mißstände zu lenken, und auch Vorschläge in Betreff der Vermeidung derselben gemacht; so 1871, in welchem Jahre sie den fremden Vertretern acht von einer Note begleitete und eingeleitete Artikel vorlegte, ein Schritt, der erfolglos geblieben ist, wie es nicht anders der Fall sein konnte, da die Zeit, ein Jahr nach dem sogenannten Massacre von Tientsin und nach den französischen Niederlagen in Europa, nicht schlechter gewählt sein konnte, und das Ganze ausschließlich gegen die katholischen Missionare gerichtet war, wie es auch sonst in der Begründung der einzelnen Vorschläge viel Falsches und Ungeschicktes enthielt. Trotzdem läßt sich den in den acht Artikeln enthaltenen Beschwerden der chinesischen Regierung nicht jede Berechtigung absprechen, und sie verdienen um so mehr eine eingehende Erwähnung, als die Behörden mit der ihnen eigenen Zähigkeit wiederholt und zuletzt 1891 auf dieselben zurückgekommen sind. Sie lauten:

1. Waisenhäuser sollen entweder gar nicht oder nur für die Kinder von Christen und dann nicht ohne obrigkeitliche Genehmigung und Aufsicht eingerichtet werden.

2. Frauen soll der Zutritt zu den Kirchen nicht länger ge-

ſtattet und den barmherzigen Schweſtern nicht erlaubt werden, in China das Chriſtenthum zu lehren.

3. Die in China lebenden Miſſionare ſollen den Geſetzen und Gebräuchen des Landes nachkommen.

4. Fremde und Chineſen ſollen bei Begehung von Verbrechen jeder nach den Geſetzen ſeines Landes beſtraft werden, aber es ſoll den Fremden nicht geſtattet ſein, außer der Beſtrafung des Schuldigen auch noch eine Entſchädigung zu verlangen.

5. Die Päſſe, welche den franzöſiſchen Miſſionaren ertheilt werden, ſollen den Platz ihres künftigen Aufenthaltsortes und den Weg dorthin genau angeben, und es ſoll den Miſſionaren nicht geſtattet ſein, ſich nach einem anderen Platze zu begeben.

6. Niemand ſoll als Chriſt aufgenommen werden, ohne daß man ſich vergewiſſert hat, daß er kein Uebelthäter ſei.

7. Miſſionare ſollen ſich keine amtlichen Vorrechte anmaßen.

8. Miſſionare ſollen nicht Grundſtücke für die Kirche erwerben, ohne vorher den Behörden von ihrer Abſicht Kenntniß gegeben und ſich verſichert zu haben, daß keine Einwendungen dagegen beſtehen; ebenſo ſollen ſie nicht früher angeblich der Kirche gehörige Grundſtücke ohne Weiteres zurückfordern.

Es iſt klar, daß einzelne der vorſtehenden Vorſchläge unannehmbar ſind; andere dagegen enthalten den Keim ausführbarer und wünſchenswerther Reformen; ſo namentlich die in Betreff der Reiſen und des Aufenthalts der Miſſionare im Innern, der Waiſenhäuſer und Anderes. Die Schwierigkeit liegt aber für den Augenblick viel weniger in den Punkten, über die die Regierungen von China und der Vertragsmächte ſich verſtändigen könnten, als in der Möglichkeit, das Ergebniß einer ſolchen Verſtändigung practiſch ins Werk zu ſetzen. Für die katholiſchen Miſſionare würde ſich dies leichter machen laſſen, unter der Bedingung, daß die Verſtändigung aus Verhandlungen zwiſchen China und dem Vatican hervorginge. Daß dies unter dem franzöſiſchen Protectorat nicht möglich, iſt ein weiterer Be-

weis für die Nachtheile, die den Interessen der Kirche aus demselben erwachsen. Die Zukunft der katholischen Missionare hängt davon ab, daß die Curie sich darüber nicht täusche und rechtzeitig die Mittel ergreife, in directe Beziehungen zu China zu treten.

Für die protestantischen Missionare muß die Revision der bis jetzt geltenden Grundsätze durch die Regierungen erfolgen; man würde sich aber sehr irren, wenn man annehmen wollte, daß dies eine leichte Aufgabe sei. Abgesehen von der Anzahl von Personen, die auf eigene Hand das Bekehrungswerk treiben, besitzen die größeren Missionsgesellschaften in England wie in den Vereinigten Staaten einen so bedeutenden politischen Einfluß, daß die Regierungen der beiden Länder um so weniger Lust haben werden, sich auf eine solche Frage einzulassen, als sie sicher sein können, auf sehr wenig Entgegenkommen zu stoßen. Mr. Curzon führt in seinem genannten Werke die Aeußerung eines hohen Geistlichen der englischen Kirche an, der in Exeter-Hall mit Bezug auf einige, von dem Verfasser in der „Times" gemachte Bemerkungen über christliche Missionen in China sich dahin ausgelassen hatte, daß der Gewinn oder Verlust, der der Civilisation aus christlichen Missionen erwachse, keine Frage für den Missionar sei. Der Missionar sei der Unterthan eines Herrn, der höher sei als alle Staatsmänner und Diplomaten der Welt. Nicht der Missionar habe mit dem Diplomaten, sondern der Diplomat mit dem Missionar zu rechnen! Aehnlicher Ueberhebung und Mangel an Verständniß für thatsächliche Zustände wird man oft in England und den Vereinigten Staaten begegnen, und die Befürchtung liegt daher nahe, daß die an der Frage interessirten Regierungen es vorziehen werden, die Sache gehen zu lassen, wie sie geht, statt zu Hause in ein clericales Wespennest zu greifen. Die Missionare und die fremden Regierungen werden sich dann aber auch kaum wundern dürfen, wenn die Angriffe auf Missionen und eingeborene Christen in immer verstärktem Maße wiederkehren, und die chinesische Re-

gierung sich wenig geneigt zeigt, dieselben zu verhindern oder zu bestrafen; denn wenn die Regierungen der Vertragsmächte das Recht haben, zu verlangen, daß China die in den Verträgen übernommenen Verpflichtungen erfülle, so darf China beanspruchen, daß die anderen contrahirenden Parteien, die die Missionare seiner Gerichtsbarkeit entziehen und für dieselben trotzdem das Recht fordern, sich in Gegenden zu begeben, wo auch die fremde Gerichtsbarkeit nicht ausgeübt werden kann, ihrer zum mindesten moralischen Pflicht nachkommen und dafür einen Ersatz schaffen. Einen anderen Ausweg als den, mit der chinesischen Regierung gemeinschaftlich Bestimmungen zu erlassen, deren Befolgung die Vorbedingung der Ertheilung von Pässen für das Inland an Missionare sein muß, gibt es aus diesem Dilemma nicht; denn den aus Missionarkreisen gemachten Vorschlag, dem Schutze der fremden Mächte zu entsagen und sich den chinesischen Behörden zu unterstellen, kann Niemand ernst nehmen, der die Verhältnisse kennt. Das chinesische Strafgesetzbuch enthält eine Reihe von Bestimmungen, deren Anwendung auf sich ein Missionar kaum für zulässig erachten dürfte. Wer ohne obrigkeitliche Erlaubniß ein religiöses Haus gründet, unterhält oder beschenkt, erhält hundert Schläge und wird, wenn er ein Priester ist, seines geistlichen Charakters entkleidet und für Lebenszeit nach jenseits der Grenzen verbannt; handelt es sich um eine Nonne, so wird sie zur Sclaverei im Regierungsdienst verurtheilt; alles Eigenthum, das der Stiftung zugewendet worden, wird eingezogen. — Wer ohne die Erlaubniß der Regierung Priester wird, erhält achtzig Hiebe und wird in den weltlichen Stand zurückversetzt; die Mitglieder und Vorsteher der klösterlichen Gemeinden, die Personen in gesetzwidriger Weise aufnehmen, verfallen der gleichen Strafe. — Der erwähnte Vorschlag könnte also nur den Sinn haben, sich der Aufsicht der eigenen Regierung zu entziehen und der der chinesischen nicht unterwerfen zu wollen, was keiner der beiden Regierungen und schließlich, im Augenblick der Gefahr, auch dem Missionar nicht zusagen dürfte.

IV.

Brennender aber noch als die Missionar-Frage und von größerer Wichtigkeit für die Vertragsmächte als für China selbst ist die weitere Entwickelung der politischen Lage in Ostasien. — Während das große, unbehülfliche und unoffensive China sich, seit es in diesem Jahrhundert in nähere Beziehungen zu dem Auslande getreten ist, auf den vergeblichen Versuch der Abwehr von Zumuthungen beschränkt hat, die mit dem, was es für sein Interesse und sein Recht hielt, im Widerspruch standen, repräsentirt Japan in Ostasien das aggressive Element, dem auch die augenblicklichen Verwickelungen mit China allein Schuld zu geben sind. Zweimal innerhalb der letzten zwanzig Jahre hat die japanische Politik China gegenüber Wege eingeschlagen, die bei einem weniger schwerfälligen und friedfertigen Gegner zu ernsthaften Verwickelungen hätten führen müssen. — Liukiu- und japanische Dschunken waren an der Südspitze von Formosa gescheitert und die Bemannung von den dort wohnenden wilden Ureinwohnern der Inseln ermordet worden. Mit charakteristischer Ungeschicklichkeit lehnte China die Verantwortung für diese Vorfälle ab, was Veranlassung zu der 1874 unternommenen japanischen Expedition nach Südformosa gab. Sie wurde durch ein Abkommen zwischen den beiden Mächten beendigt, in welchem China die Handlungsweise Japans als durch den seinen Unterthanen zu gewährenden Schutz berechtigt anerkannte, 100 000 Taels Entschädigung für die Familien der ermordeten Seeleute und 400 000 Taels für die von den Japanern in Südformosa ausgeführten Wege und sonstigen Bauten zahlte und versprach, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß die Schiffahrt nicht von den Wilden zu leiden habe.

Wenn die von einem Lobredner Japans (Griffis) gemachten Angaben richtig sind, daß die Expedition nach Formosa den Japanern fünf Millionen Dollars und siebenhundert an Krankheiten gestorbene Soldaten gekostet habe, so ist nur zu bedauern,

daß die japanischen Staatsmänner die darin liegende Lehre nicht besser zu benutzen verstanden haben.

Die Liukiu-Inseln entrichteten, wie Aehnliches bei vielen asiatischen Staaten der Fall war und ist, seit 1609 gleichzeitig Tribut an China und Japan, d. h. eigentlich an den Prinzen von Satzuma, dessen Truppen in dem Jahre einen erfolgreichen Angriff auf die Inseln gemacht hatten. Im Jahre 1872 befahl die japanische Regierung dem König von Liukiu, einen Gesandten nach Tokio zu senden, dem dort mitgetheilt wurde, daß die japanische Regierung dem Könige die Investitur als Herrscher von Liukiu ertheile und in Zukunft eine directe Controle über die Verwaltung der Inseln ausüben werde. Der König protestirte gegen diese Vergewaltigung, sah sich aber genöthigt, die Investitur anzunehmen, unter der von Japan zugestandenen Bedingung, daß dadurch weder an der Verfassung noch an der Regierungsform der Inseln etwas geändert werden solle. In Uebereinstimmung hiermit gingen 1872 und 1874 die gebräuchlichen Tributgesandtschaften auch nach China; 1875 aber verbot die japanische Regierung die Fortdauer dieser Beziehungen zu China, was, wie es in dem Protest des Königs von Liukiu heißt, von dem ganzen Volke als ein Treubruch seitens der Japaner angesehen wurde. Die japanische Regierung antwortete 1876 auf diesen Protest und auf den ausgesprochenen Wunsch der Bevölkerung, daß nichts an den Jahrhunderte langen Beziehungen geändert werden möge, mit der Mediatisirung und Fortführung des Königs nach Tokio und der Einverleibung des Landes als des 36. Regierungsbezirkes. Die chinesische Regierung war durch dieses Vorgehen Japans tief verletzt; sie suchte die Vermittelung des auf einer Reise um die Welt begriffenen früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, General Grant, nach, die aber erfolglos blieb.

Die Expedition nach Korea ist also nicht die erste Gelegenheit, bei der Japan historische Ansprüche Chinas mißachtet hat. Kein militärischer oder politischer Erfolg, kein dem in seiner Hauptstadt gefangen gehaltenen König von Korea abgepreßtes

Zugeständniß, keine diplomatischen Spitzfindigkeiten können über die Thatsache täuschen, daß Japan unprovocirt, nur um seinen eigenen selbstsüchtigen Interessen zu dienen, mitten im Frieden über ein Nachbarland hergefallen ist, von dessen Volk es tief gehaßt wird, und dessen Regierung es nicht gerufen hat. Diesen Thatsachen gegenüber bleiben alle Vorwände von der Befreiung Koreas, das nicht befreit sein will, und der Einführung von Reformen, die auch auf unblutigem Wege hätten erzielt werden können, bedeutungslos; das Vorgehen Japans erinnert vielmehr an dasjenige Richelieu's, Ludwig's XIV. und Napoleon's I. gegen Deutschland, dem ebenfalls die Vertheidigung der deutschen Libertät als Vorwand dienen mußte. Auch der Vergleich Chinas mit dem Römischen Reich deutscher Nation hinkt weniger, als es vielleicht im ersten Augenblick den Anschein haben dürfte, wenn auch die in dem letzteren ihren persönlichen Interessen dienenden Fürsten und Städte, in dem ersteren durch Gouverneure und General-Gouverneure dargestellt werden.

Durch Japan in einen Kampf verwickelt, den es nicht gesucht und nicht vorhergesehen hat, wird sich China allmälig der Unzulänglichkeit seiner militärischen Organisation bewußt und, wie es meistens in solchen Krisen der Fall zu sein pflegt, wird die Schuld daran dem Manne zugeschoben, der allein von allen chinesischen Staatsmännern die Gefahr erkannt und etwas zur Abwehr derselben gethan hat. Der General-Gouverneur von Chili, Li Hung Chang, ist der einzige von allen Beamten gewesen, der trotz des Widerstandes, den er bei der altchinesischen conservativen Partei, und der geringen Unterstützung, die er überhaupt in Peking fand, eine Armee und eine Flotte geschaffen hat, die allenfalls den Anforderungen der neueren Kriegskunst entsprechen können. Hätten die General-Gouverneure und Gouverneure der anderen achtzehn Provinzen, der Mandschurei und der Mongolei in gleicher Weise ihre Pflicht gethan, so würde China heute über eine Flotte und eine Armee gebieten, die es nicht allein Japan weit überlegen machen, sondern deren bloßes

Vorhandensein genügt haben würde, den unruhigen Nachbar von dem Angriff auf Korea abzuhalten. Daß dies nicht geschehen, liegt aber hauptsächlich an der Unwissenheit und der Ueberhebung der maßgebenden Persönlichkeiten in Peking, und zwar weniger an dem Hofe und den Mandschus, als an den Chinesen, die sich von der Ueberzeugung der Unübertrefflichkeit der alt überkommenen Einrichtungen noch nicht haben frei machen können. Selbst die Mißerfolge in dem Conflict mit Frankreich 1883—1885 haben diese Leute nicht eines Besseren belehrt; im Gegentheil, der einzige Eindruck, den sie gewonnen, ist, daß die chinesischen Soldaten nicht so schlecht sein könnten, wie englische und andere Berichterstatter sie darstellten, da sie ja doch die Franzosen geschlagen hätten! Diese Ueberzeugung hat nicht unwesentlich auf die Haltung der chinesischen Regierung seit 1885 eingewirkt, und die mannigfachen Enttäuschungen, die dieselbe seit dem Beginn des Krieges mit Japan erfahren hat, sind wesentlich auf Rechnung dieser Ueberschätzung der eigenen Art zurückzuführen, für die noch manche andere, oft ans Lächerliche streifende Beispiele vorhanden sind. So berichteten die chinesischen Generale aus Tonking, daß die alten chinesischen Luntenflinten, was Tragfähigkeit anbetreffe, den fremden gezogenen Hinterladern weit überlegen seien und im Tsungli Yamen wurde diesen Berichten unbedingter Glauben geschenkt, obgleich eine eingehende Untersuchung ergeben haben würde, daß die in manchen Fällen nicht abzuleugnende Thatsache auf die schlechte Qualität der von den chinesischen Arsenalen für die fremden Gewehre gelieferten Munition zurückzuführen sei.

Li Hung Chang, der in seiner Eigenschaft als General-Gouverneur der Provinz, in welcher Peking gelegen ist, für die Sicherheit der Hauptstadt, wie wegen der geographischen Lage von Chili auch für die Beziehungen mit Korea verantwortlich ist, hat die Gefahr, die in der mangelhaften militärischen Organisation lag, nie verkannt, und da seine Bemühungen, dieselbe umzugestalten, theils an den bestehenden Verhältnissen, d. h. an

dem persönlichen Interesse, welches die meisten Truppen-Befehlshaber an der Erhaltung der alten Zustände hatten, theils an der Theilnahmslosigkeit und dem Mangel an Einsicht der Central-Regierung scheiterten, wenigstens versucht, sich selbst davor zu bewahren, in die von ihm vorausgesehenen Mißerfolge verwickelt zu werden. So ist sein ganzes Bestreben während des französisch-chinesischen Conflicts darauf gerichtet gewesen, denselben im Süden zu localisiren, und so hat er versucht, das Zerwürfniß mit Japan auf das diplomatische Gebiet zu beschränken. Wenn ihm das nicht gelungen, so lag der Grund dafür in dem rücksichtslosen Verfahren der Japaner und der durch den Angriff auf den Kowshing gereizten Stimmung in Peking. Wie wenig man aber in Peking mit den Fortschritten der Kriegskunst rechnete, ergibt sich daraus, daß man dort zweimal seinen, von dem 1890 verstorbenen General-Gouverneur von Nanking, Tsêng Kuo Chüan, unterstützten Antrag ablehnte, die Bestimmungen über die Prüfung der Militärmandarine den veränderten Verhältnissen anzupassen, so daß heute noch, obgleich ein großer Theil der Armee mit modernen Hinterladern bewaffnet ist, die Offiziere, die diese Truppen zu befehligen berufen sind, im Bogenschießen, im Werfen schwerer Steine und in allerhand Kunstreiterstückchen geprüft werden!

Der Krieg mit Japan wird, welches immer der Ausgang desselben sein möge, in dieser Beziehung eine Aenderung hervorrufen. Wie der Conflict mit Frankreich die Einführung des elektrischen Telegraphen im ganzen Reiche und die Besorgniß vor Rußland den Bau der Eisenbahn nach der Mandschurei gebracht haben, so wird der Krieg mit Japan eine Anzahl strategischer Bahnen und die Reorganisation der Armee bringen. Für die letztere fehlt es nicht an Material; der Nord- und Mittelchinese, der Mandschure und der Mongole lassen an physischen und moralischen Eigenschaften für diesen Zweck wenig zu wünschen übrig; sie sind tapfer, ausdauernd und anspruchslos und bedürfen nur guter Führung, um vortreffliche Soldaten zu werden.

Auch für diese letztere dürfte Rath werden, wenn man sich in Peking entschließt, fremden Instructeuren nicht nur den theoretischen Unterricht, sondern auch die militärische Ausbildung der jungen Leute anzuvertrauen, bis dieselben selbst die Lehrer- und Führerrolle zu übernehmen im Stande sind. In jeder Nothlage während der letzten dreißig Jahre haben die Chinesen sich nach der Hülfe durch Fremde umgesehen, aber so wie die Stunde der Gefahr vorüber war, haben sie sich, trotz aller Anerkennung der geleisteten Dienste, beeilt, dieselben loszuwerden. Die Central-Regierung überläßt alle solche Angelegenheiten den Gouverneuren und General-Gouverneuren der Provinzen, die ihrerseits die Kosten für solche Instructeure auf die einzelnen Truppenführer abwälzen, die theils aus diesem Grunde, theils um sich einer ihnen unangenehmen Controle zu entledigen, die Entlassung der fremden Offiziere fordern, von denen man bereits gelernt habe, was sie lehren könnten. Auf diese Weise haben die chinesische Armee und Marine ihre besten Instructeure eingebüßt, und hierin, wie in so manchen Punkten, wird eine durchgreifende Aenderung stattfinden müssen, wenn das Geld für die Neuorganisation der Armee nicht weggeworfen sein soll. Vor allen Dingen aber wird man sich in Peking daran gewöhnen müssen, die Geschäfte von der Hauptstadt aus zu leiten und mit der Sorge für die Reorganisation auch die Verantwortlichkeit für dieselbe zu übernehmen.

Daß einer solchen Centralisation der Geschäfte in der Hauptstadt die alte Gewohnheit, Alles den Provinzialbehörden zu überlassen, und die Gewissenlosigkeit der Beamten hindernd entgegenstehen, ist unzweifelhaft; aber einerseits wird sich in China nach den jüngsten Erfahrungen so Manches ändern müssen, und andererseits dürfte es bei der absoluten Zuverlässigkeit weiter Kreise und besonders der Regierung in Geldfragen, wenn auch schwer, so doch nicht unmöglich sein, auch in dem letzteren Punkte Besserung zu schaffen. Ich selbst habe mehr als ein Beispiel von der Vertrauenswürdigkeit der chinesischen Barbaren, wie Viele

sie ansehen, erlebt, das manchen civilisirten Europäer oder Amerikaner beschämen könnte. Ohne die Fälle zu erwähnen, in denen nicht Tausende, sondern Hunderttausende von Mark für Schadenersatzforderungen auf ein nur mündliches Versprechen der Minister des Tsungli-Yamen gezahlt worden sind, möge hier eine Geschichte Platz finden, die sich erst vor einigen Jahren ereignet hat. Eine deutsche Firma hatte mit dem Gouverneur einer Provinz eine Anleihe zu Verwaltungszwecken abgeschlossen, die nach der stattgehabten Vereinbarung in bestimmter Höhe verzinst und nach einiger Zeit ratenweise zurückbezahlt werden sollte. Die erste Ratenzahlung hatte stattgefunden, als der Gouverneur starb und es sich herausstellte, daß seine Privatverhältnisse sehr zerrüttet und die Provinz ebenfalls tief verschuldet war. Vorwürfe konnten dem hochverdienten, wohlangesehenen und ehrlichen Mann nur insofern gemacht werden, als er auf Staatsgelder, die ihm später zufließen mußten, Geld aufgenommen und zu Verwaltungszwecken verwendet hatte. Die Firma wendete sich an mich, und ich ging aufs Tsungli-Yamen, wo mir die Minister erklärten, daß sie von der ganzen Sache nichts wüßten, aber die erforderlichen Erkundigungen einziehen würden, von deren Eintreffen ich sofort benachrichtigt werden solle; die auf die Angelegenheit bezüglichen Papiere möchte ich ihnen inzwischen zurücklassen. Nach einigen Wochen ließen mich die Minister ersuchen, aufs Yamen zu kommen; dort theilten sie mir mit, die in Frage kommende Anleihe sei allerdings ohne Wissen und Genehmigung der Regierung abgeschlossen, die eingezogenen Erkundigungen hätten aber ergeben, daß der Betrag derselben für amtliche Zwecke verwendet worden, sowie daß die deutsche Firma durchaus in gutem Glauben gehandelt habe. Die Regierung werde also die noch zu machenden Zahlungen leisten; die erste derselben sei in einigen Tagen fällig, und ich möchte die Firma ersuchen, der Regierung eine vierzehntägige Frist für dieselbe zu geben; alle späteren Zahlungen würden pünktlich an den festgesetzten Terminen erfolgen. Und so geschah es. — Wie viele Regierungen könnten

einen Fall, der so zu ihren Gunsten spräche, aufweisen? Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Centralregierung allen Versuchungen, die ihr durch das Anerbieten ungezählter Beträge zu billigen Zinsen nahegebracht wurden, nicht allein selbst widerstanden, sondern auch den Provinzialbehörden, die in dieser Beziehung leichter dachten, nach einigen üblen Erfahrungen untersagt hat, ohne ihre Genehmigung Anleihen oder Vorschußgeschäfte mit Fremden abzuschließen. Der chinesische Credit steht also heute intakt da, und die finanziellen Wunden, welche der Krieg mit Japan dem Lande schlägt, werden voraussichtlich um so weniger schwer ins Gewicht fallen, als bis jetzt wenigstens Handel und Gewerbe nur indirect unter denselben gelitten haben.

Nach der Wiederherstellung des Friedens wird sich China aber noch anderen Fragen gegenüber finden, unter denen eine Reform des Münzwesens und eine Revision des Zolltarifs zu den auch für die Fremden wichtigsten gehören dürften. Was das Münzwesen anbetrifft, so hatte sich die chinesische Regierung bereits 1876 bei den Verhandlungen über die für die Ermordung Margary's zu leistende Genugthuung bereit erklärt, eine Münze nach fremdem Muster einzurichten; der englische Unterhändler, Sir Thomas Wade, nahm dieses Anerbieten nicht an, da er nicht sah, in welchen Theil der Convention dasselbe einrangirt werden könnte, und die damals versäumte Gelegenheit hat sich seitdem nicht wiederholt, denn der von dem Generalgouverneur von Canton gemachte locale Versuch mit der Ausprägung von Silber- und Kupfermünzen kann nicht als eine Lösung der Frage angesehen werden. Daß derselben bedeutende Schwierigkeiten in dem Weg stehen, ist unzweifelhaft; der Gewinn, den alle Beamten und alle einheimischen wie fremden Banken aus der Umrechnung der verschiedenen Taels unter einander und in Dollars ziehen, läßt auf einen energischen Widerstand seitens derselben schließen, und die in China sehr verbreitete Falschmünzerei, die im Süden zu dem sogenannten Choppen geführt hat, d. h. dem Abstempeln der Dollars von Seiten jeden Kaufmanns, durch

dessen Hände sie gehen, ist ein ebenfalls nicht zu unterschätzendes Hinderniß. Außerdem müssen wenigstens die mit der Feststellung des Feingehalts beauftragten Beamten der Münze Fremde sein, um dem fremden und einheimischen Kaufmannsstand die erforderliche Garantie für die genaue Innehaltung der betreffenden Vorschriften zu geben.

Die Revision des Zolltarifs ist durch den Stand der Silberfrage zu einer unabweislichen Nothwendigkeit geworden; die festen Zollsätze, ursprünglich auf 5 Procent vom Werth berechnet, beruhen auf dem 1858 vereinbarten Tarif und repräsentiren daher, bei dem Fall des Silberpreises, kaum noch 40 Procent von dem, was sie zu der Zeit ihrer Festsetzung werth waren; die chinesische Regierung, deren Kaufkraft durch diesen Rückgang in den Zolleinnahmen wesentlich verringert wird, ist daher an einer solchen Revision interessirt. Die Vertragsmächte würden Unrecht thun, sich derselben zu widersetzen; sie sollten vielmehr die Gelegenheit benutzen, bei offenem Entgegenkommen in diesem Punkte diejenigen Zugeständnisse zu erlangen, die zu einer Ausdehnung des Handels erforderlich sind, d. h. die Eröffnung einzelner Inlandwasserstraßen, so namentlich des Westflusses bei Canton und die Regelung der Inlandzollfrage in dem Sinne, daß der in dem Einfuhrhafen entrichtete Transitzoll, 50 Procent des Eingangszolles, die Waaren im Innern so lange deckt, als sie sich in der ursprünglichen Verpackung befinden. — Die Verhandlungen über diesen letzteren Punkt sind so alt wie die Verträge selbst; sie haben zu keinem Ergebniß geführt, weil die Kaufleute den Zusicherungen der chinesischen Regierung keinen Glauben schenkten — wozu dann überhaupt Vereinbarungen treffen, erwiderte das Tsungli-Yamen nicht mit Unrecht —, und die Vertragsregierungen nicht den Muth hatten, selbständig vorzugehen. In dem seitens der englischen Regierung nicht ratificirten, von Sir Rutherford Alcock abgeschlossenen Vertrage von 1869 liegen die entwickelungsfähigen Keime einer Verständigung über diese Punkte.

Die Inangriffnahme von Eisenbahnen für strategische und wirthschaftliche Zwecke, in dem letzteren Sinne hauptsächlich, um die Gebirgsgegenden zu erschließen und in ihnen die periodische Wiederkehr von Hungersnöthen unmöglich zu machen, die Vermehrung und Ausdehnung der Regierungswerkstätten und eine umfassendere und rationellere Bearbeitung der Bergwerke werden dem Handel und der Industrie die Ausfälle reichlich ersetzen, die eine Erhöhung mancher Zollsätze im Gefolge haben könnte. Freilich werden wir, um auch der besonderen deutschen Interessen zu gedenken, ganz besonders darüber zu wachen haben, daß wir bei den bevorstehenden Vereinbarungen nicht zu kurz kommen. Der neueste englisch-japanische Handelsvertrag ist ein gutes Beispiel für die Art, wie Andere für ihre Interessen zu sorgen verstehen. England sichert sich für seine Stapelartikel die Fortdauer niedriger Zollsätze, aber es opfert auf dem Altar des japanischen Verlangens nach einem autonomen Tarif alle in geringeren Mengen eingeführten Artikel, an denen gerade unsere Industrie am meisten betheiligt ist.

Die Vertretung unserer Interessen in China, nicht im Sinne von Personenfragen, sondern unter Berücksichtigung unseres Handels und unserer Industrie und des unseren dort angesessenen Landsleuten zu gewährenden Schutzes verdient überhaupt ernste Berücksichtigung.

Nach vielen Mühen und mit nicht unerheblichen Kosten ist es gelungen, einzelne Techniker heranzubilden, die, was persönliche Tüchtigkeit, Kenntniß der chinesischen Sprache und der Verhältnisse und Bedürfnisse des Landes anbetrifft, unerreicht dastehen dürften. Die fernere praktische Verwerthung des so erreichten Resultats scheint aber dadurch in Frage gestellt, daß die bisher für diesen Zweck ausgegebenen Beträge, die für die Zukunft jährlich 12—18 000 Mark nicht übersteigen würden, an maßgebender Stelle in einem Augenblick abgesetzt werden, in dem sich das Bedürfniß für eine sachverständige Vertretung unserer Industrie in China doppelt fühlbar machen wird. — Gleichzeitig

wird an dem Princip gerüttelt, das seit zwanzig Jahren in China maßgebend war, und nach dem im Consulardienst daselbst Niemand Verwendung finden soll, der nicht der chinesischen Sprache mächtig ist. — Es ist dies der alte Kampf über die aus dem Justizdienst oder dem Dolmetscherdienst hervorgegangenen Consularbeamten, der sich in allen Ländern abspielt, und in dem die Ministerien, sehr zum Nachtheil der Sache, meistens auf Seite der ersteren stehen. Auch in England, wo an der Kenntniß der Landessprache bei jedem in China angestellten Consularbeamten festgehalten wird — und selbst die diplomatischen Beamten erhalten eine Zulage von 100 Pfd. Sterl. jährlich, wenn sie eine Prüfung im Chinesischen ablegen —, kann man sich für den diplomatischen Dienst noch nicht von dieser Befangenheit frei machen, obgleich mehrere der erfolgreichsten englischen Diplomaten aus den Dolmetschern hervorgegangen sind. Mr. Curzon schreibt darüber: „Es gibt gewisse Punkte in Betreff unserer diplomatischen Vertretung in Ostasien, auf die die Aufmerksamkeit zu lenken wohl am Platze sein dürfte. Das Auswärtige Amt scheint manchmal einzelne dieser Posten als nur von nebensächlicher Bedeutung angesehen zu haben, als Ruheposten für Leute, die an anderen Orten nichts geleistet hatten oder wenigstens keine besondere Qualifikation für Ostasien besaßen. Meiner Ansicht nach gibt es wenige wichtigere Posten, als die bei den Höfen von China und Japan und, wenn auch in einem geringeren Grade, in Siam, und doch ist es vorgekommen, daß Personen für diese Posten ernannt wurden, die keine persönliche Bekanntschaft mit dem Osten oder keine Kenntniß der Probleme besaßen, mit denen sie sich zu beschäftigen berufen waren . . . Mir scheint im Osten noch viel Platz für eine diplomatische Laufbahn zu sein. Wir unterhalten in Tokio, in Peking und in Bangkok eine Anzahl sogenannter Dolmetscher-Eleven, die, nachdem sie eine vorläufige Prüfung bestanden haben, nach dem Osten geschickt werden, dort einen gründlichen Unterricht in der Sprache des Landes, in dem sie so viele Zeit ihres Lebens zubringen sollen, erhalten, und

dann in den Consulardienst übernommen werden. Aus ihnen sind Leute wie der verstorbene Sir Harry Parkes, dessen Namen in jedem Haushalt in China und Japan gekannt und geachtet ist, Mr. Satow, der jetzige britische Gesandte in Tanger, und Andere, deren Namen sich Jeder erinnert, hervorgegangen. Heute ist gerade so viel Gelegenheit für die Hervorbringung solcher Leute als früher, und das Bedürfniß für sie ist noch größer. Ostasien verlangt Kenntnisse, die nur nach Jahren erworben werden können, und ein diplomatisches Talent, das zum Theil in der localen Atmosphäre erzogen worden sein muß. Die große Stellung, die der verstorbene Sir William White, der aus ähnlichen Anfängen hervorgegangen war, in Constantinopel erworben hatte, kann auch in Ländern erreicht werden, wo eine örtliche Frage vorliegt, die nicht weniger wichtig ist als die Herrschaft über den Bosporus und der Besitz der St. Sophia."

Was Mr. Curzon hier über die Vorbedingungen für den englischen diplomatischen Dienst in Ostasien sagt, paßt noch viel besser auf den deutschen Consulardienst in China. Wer dorthin geht, muß wissen, daß er das für seine ganze amtliche Laufbahn thut, und daß sein Fortkommen in derselben von seiner Kenntniß der chinesischen Sprache und seinem Anpassungsvermögen an die dortigen Verhältnisse abhängt. Darin liegt keine Härte; die Besoldungen sind viel höher als in anderen Ländern, das materielle Leben ist mindestens ebenso angenehm, die Art der Berechnung der Dienstzeit ermöglicht die Pensionirung nach zwanzig Jahren activen Dienstes, und für einen gebildeten Mann bieten die Länder so viele Anregung, daß Niemand eine Verknöcherung seiner geistigen Fähigkeiten zu befürchten hat. Gutes Material für den Dienst in Ostasien kann man nur schaffen, wenn man aus der Kenntniß der chinesischen Sprache die unumstößliche Bedingung zum Eintritt und zum Fortkommen in demselben macht, und keine Ausnahmen zu Gunsten einzelner Persönlichkeiten zuläßt. China darf, auf Kosten der allgemeinen Interessen, keine

Durchgangsstation für Leute sein, die schnellere Carriere machen wollen oder sollen.

Der materielle Schutz der sich in China aufhaltenden Deutschen ist eine Frage, die bei jeder innern oder äußern Complication, welche die Sicherheit ihres Lebens oder ihres Eigenthums zu bedrohen scheint, wieder in den Vordergrund tritt. Daß dieser Schutz nur durch Kriegsschiffe gewährt werden kann, ist selbstverständlich; die Wassertiefe der Zugänge zu vielen der geöffneten Häfen, Tientsin, Canton, Hankau ist aber immer oder wenigstens zeitweise eine so unbedeutende, daß nur Schiffe von geringem Tiefgange dieser Aufgabe gewachsen sind. Die bisher auf der ostasiatischen Station befindlichen Kanonenboote „Iltis“ und „Wolf“ erfüllten diesen Zweck vollständig, obgleich sie in anderen Beziehungen, Seetüchtigkeit, Gefechtsfähigkeit und Unterbringung der Bemannung viel zu wünschen übrig ließen. Ein Ersatz für diese Fahrzeuge würde also nur durch ähnliche von gleichem Tiefgang stattfinden können, in anderem Falle würde das Reich den Schutz seiner Angehörigen in Tientsin und Canton, wo dieselben nach Shanghai die größte Gemeinde bilden, dauernd den Schiffen anderer Nationen überlassen müssen, was weder den Interessen noch der Würde Deutschlands entsprechen dürfte. Die Vertheidigung der deutschen Schiffahrt in Kriegszeiten kommt dabei nicht in Frage. Im April 1894 hatte England 22 Schiffe, darunter 2 Panzerschiffe und 6 Torpedoboote, Frankreich 23 mit 2 Panzerschiffen und Rußland 11 Schiffe in den ostasiatischen Gewässern, ohne die Geschwader dieser Mächte im Stillen Ocean zu rechnen; diesen Streitkräften gegenüber haben zwei oder drei kleine Schiffe, die keinen Stützpunkt zum Verproviantiren, Ausbessern und Kohleneinnehmen besitzen, überhaupt keine praktische Bedeutung; man würde also Unrecht haben, die Substanz für den Schatten, den möglichen Schutz der Deutschen in China für den unter den augenblicklichen Verhältnissen und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln unmöglichen Schutz der deutschen

Schiffahrt in den oſtaſiatiſchen Gewäſſern in Kriegszeiten aufzugeben.

Die politiſchen Probleme, die ſich aus der Lage in Oſtaſien entwickeln können, ſind in Vorſtehendem nicht berührt worden; ſie werden im Weſentlichen von der Ausdauer, die China in dem Kampfe gegen Japan zeigen wird, von der Möglichkeit für Japan, an ſeinem erſten Programm in Betreff Koreas feſtzuhalten, und von der Haltung der Mächte abhängen, deren Intereſſen durch eine politiſche Umgeſtaltung Koreas berührt werden. Für Deutſchland dürfte die Erhaltung des Zuſtandes vor dem Ausbruch der Feindſeligkeiten oder eine Neutraliſirung Koreas unter der Garantie der verſchiedenen Mächte die wünſchenswertheſte Löſung ſein; direct einzugreifen hat es kaum eine Veranlaſſung, es ſei denn, daß es ſich darum handle, die mit Bezug auf Korea vorhandenen Handels- und Schiffahrtsrechte zu wahren. Dieſelben ſind, es iſt wahr, augenblicklich nicht von großer Bedeutung; aber es iſt immer gut, ſeine Stellung klar zu definiren, — und unſere Abſatzgebiete in Oſtaſien dürfen durch keine politiſchen Veränderungen beſchränkt werden.

VII.

Ein engliſcher Conſul und Diplomat in Oſtaſien.*)

(1895.)

*) Abgedr. D. Rundſchau. 1895. Band LXXXIII, S. 257 f.

Bei Macmillan & Co. in London ist vor Kurzem ein Werk erschienen, das in zwei Bänden das Leben des bekannten englischen Consuls und Diplomaten Sir Harry Parkes behandelt*). Für deutsche Leser und Verhältnisse sind tausend Seiten über einen solchen Gegenstand etwas viel; aber da die Thätigkeit des Verstorbenen in die Zeit der Eröffnung Ostasiens für den Weltverkehr fiel, er bei den Ereignissen, welche dieselbe herbeiführten, eine hervorragende Rolle spielte und China und Japan in der letzten Zeit wieder in erhöhtem Maße die Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, so dürfte eine Inhaltsanzeige des Buches auch für weitere Kreise nicht ohne Interesse sein.

I.

Harry Smith Parkes wurde 1828 in einem unbedeutenden Flecken in Staffordshire als das jüngste Kind eines kleinen Eisenhüttenbesitzers geboren; Mutter und Vater starben bald, 1832 und 1833, und die drei verwaisten Kinder, zwei Schwestern und Harry, fanden Aufnahme bei dem einzigen Bruder ihres Vaters, einem verabschiedeten Marineoffizier, dessen Erzählungen von

*) The Life of Sir Harry Parkes, K. C. B., G. C. M. G., Sometime Her Majesty's Minister to China and Japan. In 2 vols. Vol. I. By Stanley Lane-Poole. With a Portrait and Maps. Vol. II. By F. V. Dickins and S. Lane-Poole. With a Map.

Englands Siegen zur See und Nelson's Heldenthaten einen nicht unwesentlichen Einfluß auf die Charakterentwickelung seines Neffen ausgeübt zu haben scheinen. Aber auch dieses Heim sollte ihm bald verloren gehen; der Onkel starb 1837 und hinterließ seine zahlreiche Familie in so bedrängten Verhältnissen, daß die beiden Schwestern Harry's im August 1838 die Einladung einer mit dem bekannten Sinologen Gützlaff verheiratheten Cousine annahmen und sich nach China einschifften. Im Juni 1841 folgte ihnen der junge Harry, der durch die Verwendung Gützlaff's und des bekannten Missionararztes William Lockhart, welcher inzwischen eine seiner Schwestern geheirathet hatte, sehr bald eine Stelle, als was wir heute Dolmetscher-Eleve nennen würden, unter J. R. Morrison, Secretär und erstem Dolmetscher des britischen Bevollmächtigten und Handelssuperintendenten Sir Henry Pottinger erhielt.

Die Zeit, zu welcher der junge, damals dreizehnjährige Parkes in China eintraf, war eine lebhaft bewegte und für die Entwickelung der Beziehungen zwischen China und England, und damit auch der ganzen übrigen Welt besonders bedeutungsvolle. Die Zustände in Canton, dem einzigen dem fremden Handel geöffneten Platze, waren unerträglich geworden, und die Aussichten auf eine friedliche Beilegung der vielen vorhandenen Beschwerden vollständig geschwunden, seitdem der kaiserliche Commissar Lin die Geschäfte daselbst übernommen hatte. Es ist namentlich in gewissen Missionarkreisen immer mehr Gebrauch geworden, die Schwierigkeiten, welche damals zum Kriege zwischen China und England führten, dem Bestreben der letzteren Macht zuzuschreiben, die Erlaubniß zur Einfuhr von Opium mit Gewalt zu erzwingen. Dieser, den thatsächlichen Verhältnissen durchaus widersprechenden Auffassung wird in dem vorliegenden Werke mit Recht entgegengetreten. Die chinesische Regierung und die leitenden Staatsmänner waren bittere Feinde des Opiumhandels, aber nur aus nationalökonomischen Gründen, weil durch die von Jahr zu Jahr zunehmende Einfuhr dieses Genußmittels große

Mengen Silber dem Lande entzogen und die Handelsbilanz damit in sehr fühlbarer Weise zu Ungunsten Chinas verändert wurde; sie waren aber zugleich klug genug, ihre Abneigung und ihren Widerstand gegen alles Fremde unter der moralischen Entrüstung über den Schmuggelhandel mit Opium zu verbergen, um so die Sympathien Derjenigen zu gewinnen, welche von der Einfuhr dieser Droge eine Schädigung der Chinesen an Leib und Seele befürchteten. In Wirklichkeit handelte es sich bei Lin's Vorgehen um ganz etwas Anderes und zwar darum, den Anspruch der Engländer, nicht als nur geduldet, sondern als berechtigt zum Verkehr mit China angesehen zu werden, endgültig niederzuschlagen. Der Handel mit den Fremden sollte nicht unterdrückt werden, dazu warf er für alle Beamten in Canton, vom höchsten bis zum niedrigsten, sowie für die Hongkaufleute, welchen allein der Verkehr mit den fremden Händlern gestattet war, zu viel ab; aber den Fremden sollte der Uebermuth, Rechte zu beanspruchen, gründlich ausgetrieben werden; sie sollten vor die Wahl gestellt werden, entweder sich schutzlos der chinesischen Gerichtsbarkeit, d. h. der Willkür und den Erpressungen der Mandarinen zu unterwerfen, oder den Verkehr aufzugeben, der ja auch ihnen neben manchen Gefahren und Demüthigungen reichen Gewinn brachte. Die Lage war schließlich eine solche geworden, daß selbst die sehr widerwillige englische Regierung, die vor jedem Conflict mit China zurückschreckte, sich hatte entschließen müssen, die Mittel zu bewilligen, um China gegenüber aus der bisherigen Rolle des abwartenden Duldens herauszutreten.

Parkes hatte das Glück, mit vielen der Personen, welche damals eine bedeutende Rolle spielten oder später zu einer solchen berufen waren, zusammenzukommen, und der rothhaarige, blauäugige frische Junge, der immer bereit war, jeden Auftrag auszuführen, und dem es weder an Verstand noch trotz seiner jungen Jahre an Muth und Entschlossenheit fehlte, wurde bald der erklärte Liebling aller, die Gelegenheit hatten, ihn kennen zu lernen,

ganz besonders aber des Bevollmächtigten Sir Henry Pottinger, der ihn wie einen eigenen Sohn behandelte. Parkes machte freilich nur als Zuschauer aus der Ferne die Ereignisse des kurzen Feldzugs von 1842 mit und wohnte schließlich den Besuchen bei, welche vor Nanking zwischen den englischen und chinesischen Würdenträgern ausgetauscht wurden. Bei dem ersten derselben, welchen die chinesischen Bevollmächtigten Kiying, Ilipu und Niukien an Bord des Zweideckers „Cornwallis" abstatteten, wurde Parkes dem ersten der kaiserlichen Commissare vorgestellt, der an ihm, als einem „wirklich rothhaarigen Barbaren", wie Parkes in seinem Tagebuch schreibt, viel Wohlgefallen fand, ihn bei jeder Gelegenheit liebkoste und auszeichnete. Der am 29. August 1842 abgeschlossene Vertrag von Nanking beendigte die häufig als Opiumkrieg bezeichneten Feindseligkeiten, während deren Amoy, Ningpo, Chusan, Shanghai und Chinkiang von den englischen Schiffen und Truppen genommen wurden, und die Vorbereitungen zum Sturm auf Nanking beendet waren, als die Chinesen sich zum Nachgeben entschlossen.

Der Vertrag von Nanking bezeichnete, wie in dem vorliegenden Werke sehr richtig bemerkt wird, eine durchgreifende Veränderung in den englischen Beziehungen zu China. Zum ersten Male in der Geschichte hatten die Chinesen formell anerkannt, daß sie sich im Unrecht befunden; ja, sie hatten ihre Niederlage durch „die fremden Teufel" in einem amtlichen Schriftstücke offen eingestanden. Zum ersten Male waren sie bereit gewesen, mit England als Macht zu Macht zu verhandeln, anstatt seine Kaufleute als Bittsteller zu betrachten, die nur durch die Vermittelung einer Gilde einheimischer Händler gehört werden konnten.

Zum ersten Male wurden fünf Häfen dem Verkehr Englands und damit der Welt eröffnet. Alles dies war eine vollständige Umwälzung in den Ideen der Chinesen, und hoffnungsvolle Zuschauer prophezeiten den Niederbruch des alten Abschließungssystems und die Eröffnung des ganzen Reichs für den Einfluß

fremden Unternehmungsgeistes. Diese Hoffnungen waren sehr verfrüht, aber es wird später Zeit sein, auf die Zustände zurückzukommen, die sich auf der Grundlage des Vertrages entwickelten, an den so weitgehende Erwartungen geknüpft wurden.

Parkes ging mit Gützlaff nach Chusan, wo derselbe als Civilcommissar functionirte. Manche Auszüge aus dem Tagebuch, das Ersterer während dieser Zeit führte, sind sehr charakteristisch. Ueber General Schoedde z. B., welcher die englische Garnison auf der Insel befehligte, lesen wir:

„Der alte Herr macht seine Einkäufe stets selbst und wird natürlich von den Chinesen betrogen, die ihn Alles doppelt so theuer als andere Leute bezahlen lassen. Aber wo ein bestimmter Preis für irgend Etwas besteht, und der Verkäufer auch nur das Geringste mehr dafür verlangt, wird er eine ganze Weile, wär's auch nur um ein paar Cash, feilschen, und den Verkäufer, wenn er sich nicht überzeugen lassen will, daß er im Unrecht sei, schließlich verhaften und dem Richter vorführen lassen, wo die Angelegenheit dann sehr schnell ihre Erledigung findet. Ich habe solchen Scenen beigewohnt, wo der streitige Betrag zehn Cash betrug, nach unserem Gelde ein halber Penny. Aber der General ist ein braver, ehrlicher, zuverlässiger und tapferer alter Herr, wie er bei der Führung der Sturmcolonne vor Chinkiang bewiesen hat, und was mehr als Das werth ist, er fürchtet Gott."

Im September 1843 wurde Parkes nach Canton geschickt, wo er Gelegenheit hatte, die gewöhnlichen Bureauarbeiten in dem dortigen Consulat kennen zu lernen und im Juni 1844 zum Dolmetscher bei dem Consulat in Amoy ernannt, von wo er im folgenden Jahre in derselben Eigenschaft nach Fuchau und 1846 nach Shanghai versetzt ward. An letzterem Platz fand er als seinen Chef Mr., später Sir Rutherford Alcock, unter dem er bereits in Amoy gestanden hatte.

Die Verhältnisse in China ließen noch immer viel zu wünschen übrig; abgesehen von den Versuchen, die Bestimmungen des Ver-

trages von Nanking ganz zu ignoriren oder möglichst zu umgehen, machten sich in allen geöffneten Häfen Bemühungen bemerkbar, den Engländern durch schlechte Behandlung, wörtliche und thätliche Beleidigungen und Angriffe auf Eigenthum und Leben den Aufenthalt in den Häfen und namentlich die freie Bewegung in den chinesischen Stadttheilen und der Umgegend möglichst zu verleiden. Reclamationen blieben unbeachtet, in einzelnen, sehr flagranten Fällen gelang es, nach vielen Bemühungen, Geldentschädigungen zu erhalten, die Bestrafung der Schuldigen blieb aber unerreichbar. Da wurden drei Missionare, die sich in der Nähe von Shanghai mit der Vertheilung von Neuen Testamenten u. s. w. in einer allerdings als unsicher verrufenen Gegend, vor deren Besuch der Consul seine Landsleute ausdrücklich gewarnt hatte, von einem Haufen Fukinesischer Dschunkenmatrosen angegriffen, in der rohesten Weise mißhandelt und ausgeplündert. Als die Forderung des Consuls, daß die Schuldigen bestraft werden sollten, seitens der chinesischen Behörden unter allerhand nichtssagenden Aeußerungen unbeachtet blieb, erklärte Mr. Alcock, daß er keiner Dschunke gestatten würde, den Hafen von Shanghai zu verlassen, bevor ihm die verlangte Genugthuung geworden. Um die Bedeutung der Drohung und den Muth Mr. Alcocks richtig zu würdigen, muß man wissen, daß zu der Zeit 1400 Getreidedschunken mit Tributreis für den Norden und 50 Kriegsdschunken im Hafen von Shanghai lagen, während dem Consul nur die Corvette „Childers" zur Verfügung stand, zu welcher bald die Brigg „Espiegle" stieß. Letztere wurde, da die Behörden noch immer zögerten, einige Tage später mit dem Viceconsul Robertson und Dolmetscher Parkes nach Nanking geschickt, damit diese Beamten dem dortigen General-Gouverneur die Sachlage vortrügen und die Abberufung des Taotais verlangten. Dies brachte die Localbehörden zur Besinnung, die Schuldigen wurden verhaftet, und nachdem sie von ihren Opfern recognoscirt worden waren, mit einmonatlicher Ausstellung in dem hölzernen Halskragen bestraft. Aber auch

die Mission nach Nanking war erfolgreich, und der Taotai wurde durch einen anderen Beamten ersetzt. Obgleich die Verantwortlichkeit in Shanghai wie in Nanking den Beamten zufiel, die über Parkes standen, hatte dieser doch, da er der Einzige war, der chinesisch sprach und schrieb, einen sehr wesentlichen Antheil an dem Erfolge, der auch sowohl von seinen directen Vorgesetzten, als auch von dem neuen Handelssuperintendenten in Hongkong, Mr. Bonham, und von Lord Palmerston selbst lobend anerkannt wurde. Von dieser Zeit an hatte Parkes den wohlverdienten Ruf, einer der tüchtigsten und energischsten Beamten in China zu sein.

Im Jahre 1859 kehrte Parkes, der kurz vorher zum Dolmetscher bei dem Consulat in Amoy ernannt worden war, mit Urlaub über Indien in die Heimath zurück. Hier ward ihm die unerwartete und in seinen Jahren und Stellung seltene Ehre zu Theil, von Lord Palmerston, damals Staatssecretär für die auswärtigen Angelegenheiten, empfangen zu werden, der sich lange eingehend mit ihm über chinesische Verhältnisse unterhielt, und auf den die bestimmte Erklärung des jungen, zweiundzwanzigjährigen Beamten, daß die unbeschränkte Eröffnung Cantons der Schlüssel der ganzen chinesischen Frage sei, einen tiefen Eindruck zu machen schien.

Parkes hatte richtig gesehen; der trotz Krieg und Vertrag immer noch erfolgreiche Widerstand der Localbehörden gegen die Zulassung der Fremden in die chinesische Stadt von Canton war der Kernpunkt der Frage, da dieser Erfolg der Obstructionspolitik den conservativen Chinesen — und damals waren es alle — als praktischer Beweis dafür diente, was Entschlossenheit und ruhiges Ausharren selbst dem englischen Ungestüm gegenüber vermochten.

Parkes' Aufenthalt in Amoy, wo er im Frühjahr 1851 eintraf, war nur von kurzer Dauer; aber er fand auch dort Gelegenheit, Beweise seines Muthes und seiner Geschicklichkeit zu geben, indem er dem stellvertretenden Taotai, der sich, um

unangenehmen Erörterungen mit dem Consul aus dem Wege zu gehen, in den entferntesten Winkel seines Bezirkes zurückgezogen hatte, 120 englische Meilen weit nachreiste und es durchsetzte, daß der inzwischen neu ernannte Taotai sich sofort nach Amoy begab und die dort seit lange schwebenden Fragen erledigte.

Sein Aufenthalt in Canton, der von 1852 bis 1854 dauerte, brachte ihm, da er während des größten Theils dieser Zeit das Consulat verwaltete, viele Arbeit, vielen Aerger und zum Schluß reichen Lohn. Bei der Besetzung des erledigten Vice-Consulats übergangen, ward ihm auf eine an den Handels-Superintendenten, jetzt Sir George Bonham gerichtete Beschwerde die Antwort, daß mit der Ernennung eines Anderen keineswegs eine Zurücksetzung seiner Person beabsichtigt worden sei, sondern es sich nur darum gehandelt habe, dem Betreffenden eine Gehaltsaufbesserung zuzuwenden. Thatsächlich aber lag dem Verfahren wohl die Abneigung zu Grunde, einen Dolmetscher in den regelmäßigen Consulatsdienst zu übernehmen, eine Abneigung, der man ja häufig auch noch heutzutage bei den verschiedensten Leuten und Aemtern begegnet, obgleich kaum ein verständiger oder verständlicher Grund dafür vorhanden sein dürfte. Parkes begnügte sich nicht mit der Antwort seines Chefs, sondern wendete sich an das Auswärtige Amt. Hier wurde ihm die Genugthuung, daß die Anordnungen Sir George Bonham's aufgehoben und bestimmt wurde, daß Parkes das Consulat verwalten und bei eintretender Vacanz zum Viceconsul ernannt werden solle. Bald erhielt er einen weiteren Beweis der Achtung und des Vertrauens, deren er in London genoß, indem er, fünfundzwanzig Jahre alt, im Frühjahr 1854 zum Consul in Amoy ernannt wurde, eine Auszeichnung, die für den jeder Unterstützung durch Freunde und Familie entbehrenden jungen Mann um so ehrenvoller war, da seine Ernennung als ein besonderer Beweis der Zufriedenheit bezeichnet wurde, mit der Ihrer Majestät Regierung seine Haltung im Dienst des Staates zu bemerken Gelegenheit gehabt hätte.

Parkes' Thätigkeit in Amoy war nur von kurzer Dauer, da er bald nach Hongkong berufen wurde, um als erster Secretär mit dem neu ernannten Handels-Superintendenten Sir John Bowring nach Siam zu gehen und dort bei dem Abschluß des ersten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrages mitzuwirken, der mit diesem Lande vereinbart wurde. Die Schilderungen in Parkes' Briefen und Tagebuch über seinen Verkehr namentlich mit dem ersten Könige, Phra Paramender Maha Mongkut, demselben, bei dem auch der Chef der preußischen Mission, Graf Friedrich zu Eulenburg, fünf Jahre später beglaubigt war, sind sehr eingehend und geben ein treues Bild des alten Herrn, der trotz seines eigenthümlichen Wesens und seines entsetzlichen Englisch eine höchst interessante Erscheinung war und viel, sehr viel für die Eröffnung Siams, zum großen Theil gegen den Widerstand seiner Minister und des ganzen Adels, gethan hat.

Eine persönliche Erinnerung an den König möge mir hier gestattet sein. Bei der ersten Privataudienz, die der König 1861 meinem Chef ertheilte, war auch ich mit den anderen Attachés der Mission zugegen. Der König trug eine enganschließende seidene Jacke, der durch die Beine nach hinten aufgezogene und durch den Gürtel gesteckte Sarong stellte nicht übel ein Paar enganliegender seidener Kniehosen vor; der untere Theil der Beine war unbekleidet. Die nackten Füße steckten in sammetnen goldgestickten Pantoffeln, auf dem Kopf hatte der König eine Art schottischer Mütze und auf der linken Brust, an der Stelle eines Ordenssternes, eine Broche mit einem großen Smaragd. Nach den ersten Begrüßungen nahmen wir um einen länglichen Tisch Platz, und der König vertheilte an alle Anwesenden Visitenkarten, von denen unser Chef eine geschriebene, wir anderen minores gentes gedruckte erhielten. Jung und übermüthig, wie ich war, sagte mir mein gedrucktes Andenken wenig zu, und ich sah es mit einer Miene so entschiedener Unzufriedenheit an, daß der König aufmerksam wurde und mich fragte, ob ich an der Karte

etwas auszusetzen fände? „Nur daß ich stolzer und glücklicher gewesen sein würde, den Namen Eurer Majestät in Allerhöchst eigenen Schriftzügen zu besitzen," war meine Antwort. Der König lachte, befahl ein Tintenfaß zu bringen und fing nun an, für jeden von uns auf der Visitenkarte das Datum des Tages hinzuzufügen, eine Arbeit, die eine ziemliche Zeit in Anspruch nahm, da der hohe Herr mehr malte als schrieb. Nach der Beendigung der Conferenz erhielt ich einen wohlverdienten Wischer von meinem Chef, der nicht mit Unrecht der Ansicht war, daß die Zeit besser hätte verwendet werden können, als zum Beschreiben von Visitenkarten für die Herren Attachés. Aber Worte verfliegen, Geschriebenes bleibt, und ich besitze heute noch die Karte des Herrn des weißen Elefanten.

Auch bei den Vertragsverhandlungen mit Siam war Parkes derjenige gewesen, auf dessen Schultern die größte Arbeitslast und nicht der kleinste Theil der Verantwortlichkeit geruht hatte. Der Gesandte, Sir John Bowring, war ein gelehrter Mann und dabei ein eigenthümlicher Herr, der es sich z. B. nicht nehmen ließ, bei feierlichen Gelegenheiten den Talar eines Doctors der schönen Wissenschaften der Universität von Groningen zu tragen, der hinter seinem Namen einige fünfzig jener Abkürzungen setzen konnte und manchmal auch setzte, die in England die Mitgliedschaft einer gelehrten Gesellschaft bedeuten, wäre es auch nur die der „Literarischen Vereinigung der Freunde Polens" in Hull gewesen. Sir John's Ruf als Gelehrter mag übrigens thatsächlich nicht wenig zum günstigen Verlauf der Verhandlungen beigetragen haben, da der König von Siam selbst ein tüchtiger Kenner des Sanscrit und Pali war, mit den Priestern der Missions étrangères Lateinisch getrieben hatte und sich lebhaft für Wissenschaft jeder Art interessirte.

Mit dem abgeschlossenen Vertrage kehrte Parkes nach England zurück, um dort die Ratification desselben zu erwarten und einen Brief nebst Geschenken des Königs von Siam der Königin von England zu überbringen. Trotzdem seine Zeit durch Arbeiten

aller Art im höchsten Maße in Anspruch genommen war, fand er doch Gelegenheit, seine zukünftige Gattin, Miß Fanny Plumer, kennen zu lernen und zu heirathen. Für die Energie des jungen Ehemannes und seine rastlose Thätigkeit mag als Beweis dienen, daß sein Honigmonat zwei Tage dauerte und er acht Tage nach der Hochzeit (9. Januar 1856) England verließ, um sich nach Siam zurückzubegeben. —

Die Reise nach Bangkok, wo Parkes die Ratificationen des Vertrages auswechseln sollte, verlief insofern unglücklich, als in Singapore der größte Theil der für den König von Siam bestimmten Geschenke durch das Umschlagen eines Bootes verloren ging oder verdorben wurde; aber Parkes gelang es trotzdem, besonders in Folge des persönlichen Einflusses, den er bei dem ersten Könige zu gewinnen gewußt hatte, nicht allein die genaue Ausführung des soeben abgeschlossenen Vertrages durchzusetzen, sondern auch eine Anzahl neuer Zugeständnisse zu erlangen, die in einer von ihm am 13. Mai unterzeichneten Zusatz-Convention vereinbart wurden. Für seine Thätigkeit in Siam und die, wie Lord Clarendon schreibt, bei den Verhandlungen mit dem Könige und den Ministern bewiesene Geschicklichkeit, Geduld und Tact, wurde ihm reiches Lob seitens seiner Regierung zu Theil.

Nach China zurückgekehrt, mußte Parkes die Verwaltung des Consulats in Canton übernehmen, dessen Titular Mr. Alcock sich auf Urlaub befand. Hier sollte die Thätigkeit beginnen, die in ihrem weiteren Verlauf seinen Namen zu dem bekanntesten in Ostasien und ihn selbst zu dem berühmtesten Vertreter einer Politik machte, die für zwanzig Jahre die maßgebende gewesen ist.

II.

Die Verhältnisse in Canton hatten sich seit Parkes' erster Anwesenheit daselbst nicht gebessert; trotz wiederholter Versuche war es den Engländern nicht gelungen, den Zutritt zu der chinesischen Stadt, unbehinderten Handel und freien Verkehr mit

den Behörden zu erlangen, obgleich dies Alles durch den Vertrag von Nanking zugesichert war. Die sich der Stadt nähernden Taiping-Rebellen hatten dem neuen General-Gouverneur Yeh allerdings solche Besorgnisse eingeflößt, daß derselbe sich um Unterstützung an die Engländer gewendet hatte, aber trotzdem weigerte er sich hartnäckig, Sir John Bowring oder Parkes zu empfangen: den Ersteren, weil er zu beschäftigt sei, den Anderen, weil für den Empfang eines Consuls durch den General-Gouverneur kein Präcedenzfall vorliege. Die Bevölkerung folgte dem Beispiel, das die Behörden ihr gaben; in den ersten Tagen des Juli wurde eine anonyme Bekanntmachung in den Straßen von Canton angeschlagen, in der die Einwohner aufgefordert wurden, jeden Fremden, der sich auf chinesisches Gebiet wage, todt zu schlagen, und so „den Zorn des Himmels zu besänftigen, ihre Treue und ihren Patriotismus zu bethätigen und dem Lande Frieden und Ruhe wiederzugeben". Auf seine Vorstellungen und das Verlangen, daß die Bekanntmachung entfernt werde, erhielt Parkes von den Behörden keine Antwort, und als wenige Tage darauf in der Umgegend von Canton zwei auf einem Spazierritte befindliche Engländer von einem Volkshaufen mit Steinwürfen angegriffen wurden, blieben seine Bemühungen, die Bestrafung der Thäter zu erlangen, ebenso erfolglos.

So lagen die Sachen, als sich am 8. October 1856 vier Mandarinen mit zahlreicher Begleitung auf die im Hafen von Canton liegende, unter englischer Flagge fahrende Lorcha „Arrow" begaben, die englische Flagge herunterholten und die aus zwölf Chinesen bestehende Mannschaft gebunden an Bord einer Kriegsdschunke schleppten. Der Protest des während des Vorfalls abwesenden, aber gleich darauf zurückgekehrten englischen Capitäns der Lorcha blieb unbeachtet, und als Parkes sich an Bord der Kriegsdschunke begab, um die gefangenen Matrosen zu reclamiren, wurde er wörtlich und thätlich insultirt. Die schriftlich an den General-Gouverneur gerichtete Forderung, die Gefangenen dem Consulat zu übergeben, wo eine Untersuchung der gegen sie

erhobenen Klagen unter Mitwirkung eines chinesischen Beamten stattfinden könne, hatte ebenso wenig Erfolg; Yeh nahm das Verhör selbst vor, sprach drei der Leute schuldig und erklärte sich bereit, die anderen neun dem Consulat zurückzugeben. Auf weitere Vorstellungen erwiderte Yeh, daß die Lorcha kein englisches Schiff sei und die Mannschaft derselben daher der chinesischen Gerichtsbarkeit unterstehe; auch die auf Befehl Sir John Bowring's ausgeführte Wegnahme einer Kriegsdschunke als Repressalie machte keinen Eindruck. Behörden und Volk fanden es lächerlich, daß die Engländer glaubten, durch solche Mittel den General-Gouverneur zur Nachgiebigkeit zwingen zu können. Mit dem Widerstande der Chinesen steigerten sich, wie dies nicht anders der Fall sein konnte, die Forderungen der Engländer, und während diese zuerst mit der einfachen Auslieferung der Matrosen zufrieden gewesen wären, verlangten sie nun am 21. October, unter Stellung einer vierundzwanzigstündigen Frist, die Rücksendung der Matrosen an Bord der Lorcha und Entschuldigungen der Behörden für das Vorgefallene. Yeh erklärte sich jetzt bereit, zuerst zehn, dann alle Gefangenen dem Consulat auszuliefern, aber Parkes bestand auf der vorgeschriebenen Form der Rückgabe und der verlangten Entschuldigung, und da Yeh sich nicht dazu verstehen wollte, wurden am 23. October von dem Oberbefehlshaber des britischen Geschwaders, Admiral Sir Michael Seymour, die Feindseligkeiten gegen die vor Canton gelegenen Forts eröffnet.

Parkes' Handlungsweise ist vielfach, auch in England, scharf getadelt und ihm vorgeworfen worden, die Gelegenheit zu einem Bruch zwischen China und England gesucht, wenn nicht gemacht zu haben. Diesem Vorwurf wird in dem vorliegenden Werke auf Grund amtlicher Schriftstücke und der in Parkes' Privatcorrespondenz enthaltenen Mittheilungen, unzweifelhaft mit Recht, widersprochen. Daß Parkes, wie jeder englische Beamte und wie wohl jeder Fremde in China, überzeugt war, es könne so wie bisher nicht weiter gehen, wenn die Existenz des Vertrages,

Eigenthum und Leben aller Fremden nicht in Frage gestellt werden sollten, und daß er darum entschlossen war, die erste sich darbietende günstige Gelegenheit zu benutzen, um die vorliegenden Schwierigkeiten möglichst gründlich zum Austrage zu bringen, wird kaum einem Zweifel unterliegen; aber ebenso wenig, daß er maßvoll und würdig vorging, daß er nach den ersten unter seiner eigenen Verantwortlichkeit gethanen Schritten nur auf Grund ihm ertheilter höherer Weisungen handelte und daß nicht allein seine Vorgesetzten, von dem Handels-Superintendenten in Hongkong bis zum Auswärtigen Amte, sein Verfahren billigten, sondern auch die englischen Kronjuristen seine Auffassung und Behandlung der Arrow-Frage, als die den Grundsätzen des Völkerrechts entsprechende bezeichneten. Für die Engländer in China wie in England und noch mehr für die Chinesen galt aber Parkes als das treibende Element, und wie er aus diesem Grunde vielfach angeschuldigt und geschmäht wurde, ist ihm dafür von anderer Seite Ruhm und Ehre in reichem Maße zu Theil geworden.

Die vom Admiral Sir M. Seymour ergriffenen Maßregeln, in Folge deren einige Forts bei Canton am 23. und 24. October zerstört, das Yamen des General-Gouverneurs am 27. und 28. bombardirt, die Stadtmauer in Bresche gelegt und das Yamen durch den Admiral am 29. desselben Monats besucht ward, ein weiteres Bombardement anderer Regierungsgebäude am 3., 4. und 5. November und die Einnahme des Bogue-Forts am 12. und 13. vermochten ebenso wenig wie die Bitten der Notablen und Hongkaufleute von Canton und die Intervention seiner eigenen Beamten den Starrsinn Yeh's zu brechen. Vielmehr erließ er am 28. October eine Proclamation, in der er die ganze Bevölkerung zum Kampfe gegen die Engländer aufreizte, und auf jeden Kopf eines Engländers eine Belohnung von 30 Dollars setzte.

Inzwischen war auch die Frage der Eröffnung der Stadt für die Fremden durch den Admiral in die Discussion gezogen

worden, und Yeh hatte die erste Gelegenheit benutzt, zu erklären, daß er Parkes' Absichten wohl kenne, es handle sich um nichts Anderes, als um die Wiederaufnahme der schon im Jahre 1847 durch den Gesandten Davis gestellten Forderungen. Aber der Consul scheine nicht zu wissen, daß das Volk die Grundlage des Staates bilde, und daß das Volk von Kwangtung ganz verschieden von dem anderer Plätze sei.

Der Mißerfolg der englischen Operationen — denn anders konnten Behörden und Volk die nur zeitweilige Besetzung einzelner Punkte und den stets darauf folgenden Rückzug der von den Schiffen gelandeten Matrosen und Seesoldaten nicht deuten — bestärkte Yeh in seiner Hartnäckigkeit. Am 14. December wurden die englischen Factoreien in Canton durch Feuer, das von den Chinesen angelegt war, und bald darauf die Niederlassung in Whampoa in derselben Weise zerstört; selbst in den Straßen von Hongkong erschienen täglich Bekanntmachungen, in denen der jetzt auf 100 Taels erhöhte Preis auf jeden englischen Kopf zur Kenntniß der Bevölkerung gebracht wurde, und ein chinesischer Bäcker machte den Versuch, die Garnison und die anderen Fremden mit Arsenik zu vergiften, so daß schließlich die ganze chinesische Bevölkerung der Insel ausgewiesen werden mußte.

Parkes hatte, sowie er sich von Yeh's Halsstarrigkeit überzeugte, den Vorschlag gemacht, die Feindseligkeiten in Canton zu localisiren. Er hatte empfohlen, daß der Kaiser durch ein an die Mündung des Peiho geschicktes Schiff von den Vorgängen in Canton unterrichtet, der Kampf gegen Yeh aber mit aller Entschiedenheit geführt werden solle, da es keinem Zweifel unterliegen könne, daß eine endgültige Niederlage desselben zu seiner Absetzung führen werde; zugleich hatte Parkes darauf gedrungen, daß die englische Regierung um die Herausſendung von Truppen gebeten werde. Hierzu hatten sich anfänglich weder Sir John Bowring noch der Admiral entschließen können, da sie nach früheren Vorgängen sich für berechtigt hielten, anzunehmen, daß die Regierung durch eine solche Zumuthung höchst unangenehm

berührt werden würde; und als im Januar 1857 die Verhältnisse nicht länger gestatteten, den von Parkes längst angerathenen Schritt weiter hinauszuschieben, suchte Sir John sich dadurch zu schützen, daß er Denjenigen, dem in England vermuthlich die Hauptschuld an den Vorfällen in Canton zugeschrieben werden würde, von dem Schauplatz der Ereignisse fort, nach Amoy versetzte. Zu Sir Michael Seymour's Ehre muß bemerkt werden, daß er, sowie er von dieser Maßregel Kenntniß erhielt, die erforderlichen Schritte that, um dieselbe rückgängig zu machen, was ihm auch gelang; er verlor außerdem keine Gelegenheit, die Admiralität auf die ausgezeichneten Dienste aufmerksam zu machen, die Parkes ihm geleistet habe.

In London hatten die Ereignisse in China weitergehende Folgen, als man erwartete. Die parlamentarische Opposition bemächtigte sich der Angelegenheit, und nach einer längeren Debatte, an der Cobden einen hervorragenden Antheil nahm, blieb das Ministerium in der Minorität; Lord Palmerston aber, welcher fühlte, daß in einer Frage, bei der es sich um den Schutz handelte, den die englische Flagge gewähre, die Mehrzahl der Wähler zu ihm stehen würde, löste das Parlament auf; die Neuwahlen gaben ihm Recht, Lord Elgin wurde zum außerordentlichen Commissar für China ernannt, die Hinaussendung einer ansehnlichen Truppenmacht beschlossen und ausdrücklich angeordnet, daß Parkes bei den Verhandlungen wegen Cantons — man hoffte immer noch die Frage localisiren zu können — verwendet werden solle.

Lord Elgin machte bei seiner Ankunft in China auf die englischen Beamten und Kaufleute keinen besonderen Eindruck. Er ließ durchblicken, daß er die ganzen Verwickelungen, und zumal ihren Anfang, die Arrow-Angelegenheit, für einen groben Mißgriff halte und daß seine Sympathien viel mehr auf Seiten der armen Chinesen ständen, als auf Seiten der Hongkongleute, von denen er behauptete, daß für dieselben nichts zu grausam und zu gewaltthätig scheine; er legte vor Allem Werth darauf,

bei jeder Gelegenheit den Befehlshabern der See- und Landstreitkräfte zu empfehlen, den Chinesen gegenüber die Grundsätze der Menschlichkeit zur Anwendung zu bringen — ein eigenthümlicher Commentar zu dem Verhalten Parkes', der, obgleich von den Chinesen ein Preis von 30 000 Dollars auf seinen Kopf gesetzt war, sich mit Gefahr seines Lebens bei dem Angriff auf Canton vor die feindlichen Linien begeben hatte, um die Chinesen zu warnen und sie zu bitten, sich zurückzuziehen, ehe das Feuer gegen sie eröffnet würde. So begründet aber auch diese und andere, sich aus seinem späteren Verhalten ergebenden ungünstigen Urtheile über Lord Elgin's Haltung in China sein mögen, so kann man doch nicht in Abrede stellen, daß der von demselben gefaßte Entschluß, auf seine eigene Verantwortlichkeit die für den Feldzug in China bestimmten Truppen unterwegs anzuhalten und nach Indien zu dirigiren, wo soeben der Sepoy-Aufstand ausgebrochen war, einen wahrhaft staatsmännischen Blick bewies. Wenn er dadurch auch nicht, wie manchmal behauptet worden ist, Indien für England rettete, so hat er doch unzweifelhaft sehr wesentlich zur Beschränkung des Aufstandes und zu seiner schnelleren Niederwerfung beigetragen.

Die Vorgänge in Indien und der von Lord Elgin gefaßte Entschluß waren die Veranlassung, daß die Ereignisse in China sich langsamer entwickelten, als ursprünglich angenommen worden war. Unter den Umständen erschien es nach einigem Zaudern angemessen, um die Zeit nicht ganz zu verlieren, gegen Canton vorzugehen und sich dieses Hauptsitzes der Fremdenfeindschaft zu bemächtigen. An Yeh wurde die Forderung gerichtet, die Bestimmungen des Vertrages von Nanking auszuführen und namentlich den Zutritt zu der chinesischen Stadt nicht länger zu verhindern; und als darauf eine unbefriedigende Antwort erfolgte, die Forderung in der Form eines Ultimatums wiederholt, zu dessen Annahme ihm achtundvierzig Stunden gelassen wurden. Als auch diese Frist verstrichen war, erstürmten die ungefähr 5000 Mann starken englischen und französischen Truppen, denn

Frankreich hatte sich Englands Vorgehen angeschlossen, nach sechsunddreißigstündiger Beschießung, die indessen wenig Menschenleben kostete, da das Feuer hauptsächlich auf die weite Flächen bedeckenden Regierungsgebäude gerichtet wurde, am 28. Januar 1858 die die Stadt beherrschenden Forts. Hier angekommen, wußten die Alliirten nicht, was sie mit ihrem Erfolge anfangen sollten; sie blieben eine Woche in den eroberten Positionen stehen, ohne sich in die zu ihren Füßen liegende Stadt zu wagen, in der Hoffnung, daß Yeh sich nunmehr herbeilassen werde, die ihm gestellten Bedingungen anzunehmen. Aber auch diesmal sahen sie sich in ihren Erwartungen getäuscht, und es blieb schließlich nichts übrig, als in die Stadt mit einigen Colonnen einzudringen, die sich auch nach kurzer Zeit des Provinzial-Gouverneurs, des Tataren-Generals und der sehr bedeutende Summen enthaltenden Schatzkammer bemächtigten; Yeh allein blieb verschwunden, und es gelang erst nach langem Suchen einem von Parkes selbst geführten Detachement, den sehr beleibten General-Gouverneur in dem Augenblicke zu fassen, als er versuchte, sich über die Mauer eines kleinen Yamens zu flüchten, in dem er bis dahin sich, sein Archiv und sein Gepäck versteckt gehalten hatte. Unter seinen Papieren wurden die ratificirten Exemplare des früheren englischen, französischen und amerikanischen Vertrages gefunden, von denen man angenommen hatte, daß sie sich längst im Staatsarchive in Peking befänden.

Wenn Parkes die Genugthuung gehabt hatte, seinen Gegner fast mit eigener Hand gefangen zu nehmen, so sollten seine Schwierigkeiten nun erst beginnen. Canton war zwar eingenommen, aber es handelte sich darum, es zu regieren; daß dies nicht durch die Alliirten geschehen konnte, war klar, denn diese besaßen nur drei Männer, die der chinesischen Sprache fähig waren: Parkes, Mr., später Sir Thomas Wade und den französischen Dolmetscher, und das war ersichtlich nicht genug für eine solche Aufgabe. Daher entschloß man sich denn, den Provinzial-Gouverneur Pikwei wieder zu installiren und ihm

eine aus einem englischen, einem französischen Offizier und Parkes, gebildete Kommission, deren Seele und treibendes Element natürlich der Letztere war, an die Seite zu setzen, zur Unterstützung, wie es hieß, in der That zur Beaufsichtigung.

Parkes' Aufgabe war keine leichte; er sollte die oft widerwilligen französischen und englischen Elemente in- und außerhalb der Commission zu gemeinsamer Thätigkeit anspornen, die militärischen Mitglieder mit ihren oft unberechtigten Ansprüchen zurückweisen, ohne sie zu verletzen, desgleichen mit Vermeidung von Gewalt die chinesischen Behörden zur Erfüllung der Bestimmungen des Vertrages und der durch die Anwesenheit der fremden Truppen nothwendig werdenden Maßregeln vermögen, den Commandanten, General von Straubenzee, bei guter Laune erhalten, Lord Elgin berichten und die tausenderlei Streitigkeiten und Zwischenfälle schlichten und erledigen, zu denen die eigenthümliche Lage der Dinge Veranlassung gab. Es gereicht zu seiner Ehre, daß er allen diesen Anforderungen gerecht wurde, und daß alle Diejenigen, mit denen er als Untergebener oder Vorgesetzter zu thun hatte, sich rückhaltlos anerkennend über seine rastlose Thätigkeit, über seine Kenntniß der chinesischen Verhältnisse und des chinesischen Charakters und seine absolute Furchtlosigkeit aussprachen. Und daß er die letztere besaß, war sein Glück; denn noch stand der Preis auf seinem Kopfe, und zahlreiche Anschläge gegen sein Leben wurden entdeckt oder nur durch Zufälligkeiten vereitelt; einmal eröffneten einige in den Straßen der Stadt verdeckt aufgestellte Geschütze ihr Feuer unerwarteter Weise auf ihn; Alles in seiner Umgebung fiel, todt oder verwundet, nur er allein blieb unverletzt. Aber nichts verhinderte ihn, bei Tage und bei Nacht, allein oder mit geringer Bedeckung, die Straßen der Stadt zu durchstreifen und persönlich nach dem Rechten zu sehen.

Trotz Allem blieb indessen die Lage in Canton eine sehr ernste; in der nächsten Umgebung der Stadt setzten sich Banden chinesischer freiwilliger Soldaten — „braves", wie sie der Eng-

länder nennt —, fest und trieben schließlich, durch die Unthätigkeit der Besatzung ermuthigt, die Unverschämtheit so weit, die Stadt selbst anzugreifen. Die Situation verschlechterte sich noch erheblich, als statt der erbetenen Erlaubniß, das Gesindel angreifen zu dürfen, von Lord Elgin und Baron Gros, dem französischen Botschafter, der Befehl kam, Niemand solle sich über eine Meile von der Stadt entfernen. Auch die siegreichen Fortschritte der Verbündeten im Norden und der Abschluß des Vertrags von Tientsin am 26. Juni 1858 änderten wenig an der Sachlage, so daß sich Lord Elgin, nach seiner Rückkehr von Japan, wohin er sich zum Abschluß eines Vertrages begeben hatte, genöthigt sah, selbst nach dem Süden zu gehen und die Maßregeln zu genehmigen, die er früher als überflüssig untersagt hatte.

Die „braves“ wurden mit leichter Mühe aus ihren Stellungen in der Umgegend von Canton vertrieben und bald darauf Expeditionen nach der etwa dreißig englische Meilen von Canton gelegenen Stadt Fatshan und den Westfluß hinauf gemacht, deren letztere, vom 18. Februar bis 3. März, durch Gegenden führte, die von den Taipings verwüstet und ihnen durch die kaiserlichen Truppen erst vor Kurzem entrissen worden waren. Parkes begleitete diese Expeditionen, und seiner Anwesenheit war es wohl hauptsächlich zu verdanken, daß die Befehlshaber der verbündeten Truppen zu den chinesischen Generalen in freundliche Beziehungen traten, was einen nicht zu unterschätzenden guten Einfluß auf die Haltung der Bevölkerung von Canton ausübte.

Am 3. März 1859 verließ Lord Elgin, reich an Lorbeeren, die er in China und Japan gewonnen hatte, Hongkong, um nach Europa zurückzukehren, und am 20. Juni desselben Jahres wurde sein Bruder, Mr. Frederick Bruce, der neu ernannte englische Gesandte, der sich nach Peking zur Auswechselung der Ratificationen des Vertrages von Tientsin begeben wollte, an den Taku-Forts mit Kanonenschüssen zurückgewiesen. Parkes hatte sich in seiner Privatcorrespondenz stets wenig günstig über

Lord Elgin's Verhalten geäußert: „Was mich am meisten irre macht," schrieb er unter dem 18. März 1858 an seinen Schwager Lockhart, „ist unsere Politik in China; sie ist meistens schwach und gewährt wenig Aussicht auf großen Erfolg. Lord Elgin ist meiner Ansicht nach kein bedeutender Mann; er mag ein Mann sein, der der Regierung wohl gefällt, der sehr vorsichtig ist und stets Europa, das Parlament, die Welt, das Publicum u. s. w. vor Augen hat. Bei ihm heißt es immer: Was werden die Parteien dazu sagen, nicht, was ist das Beste bei der Lage. — Versöhnung, Milde u. s. w. sind daher bei ihm an der Tagesordnung, das hält das Haus (der Gemeinen) ruhig und genügt dem britischen Publicum."

Später sprach sich Parkes sehr unzufrieden darüber aus, daß Lord Elgin, statt unweigerlich eine Audienz beim Kaiser zu verlangen und bis zur Erledigung aller Fragen Tientsin besetzt zu halten, sich mit den papiernen Zusagen des Vertrags begnügt, den Norden geräumt und bei den späteren Verhandlungen mit den chinesischen Commissaren in Shanghai das Recht zum dauernden Aufenthalt eines britischen Gesandten, welches durch den Vertrag gewährleistet war, aufgegeben und nur auf zeitweiligen Besuchen des Gesandten in der Hauptstadt bestanden hatte.

Diese schwächliche Haltung Lord Elgin's hatte die Kriegspartei in Peking ermuthigt, und ihr endliches Ergebniß war die Niederlage des englischen und französischen Geschwaders vor den Taku-Forts und die Nothwendigkeit eines neuen Feldzugs.

Parkes war inzwischen in Canton nicht unthätig gewesen; er hatte es durchzusetzen gewußt, daß die Auswanderung von Chinesen durch die Provinzialbehörden erlaubt und gesetzlich geregelt wurde, wodurch, wie er — leider vergeblich — hoffte, dem schändlichen Menschenraub und Kulihandel ein Ende gemacht werden würde; er hatte ferner mit den Chinesen einen Vertrag abgeschlossen, durch den die Hongkong gegenüber liegende Halbinsel Kaulun der englischen Regierung vermiethet wurde, und er

hatte endlich die Verhältnisse im Allgemeinen in eine solche Lage gebracht, daß er sich eine kurze Frist zu einem Ausfluge nach Shanghai gönnen konnte, theils zur Erholung und zur Besprechung mit Mr. Bruce, hauptsächlich aber wohl, um sich Shanghai, das ihm nach Auflösung der Commission in Canton als Posten zugesagt war, wieder einmal anzusehen. Von Shanghai ging er über Chusan, wo er Sir Hope Grant, den englischen Oberbefehlshaber, bei der Besetzung der Insel Dienste leistete, nach Canton zurück und nahm seine frühere Thätigkeit wieder auf, unterbrochen von einzelnen in dienstlichem Interesse unternommenen Reisen nach Hongkong. Bei einer derselben traf er mit dem dort eben wieder angelangten Lord Elgin zusammen. Die Beiden waren sich bisher wenig sympathisch gewesen. Der Botschafter hatte während seiner ersten Mission die Dolmetscher sehr von oben herab behandelt, was dieselben sehr übel vermerkt; außerdem hielt Lord Elgin persönlich Parkes für den Vertreter der gewaltthätigen und herrschsüchtigen Politik, die er allen Anglo-Chinesen zutraute, und hatte ihm nie die Arrow-Angelegenheit vergeben, für die ihm stets die richtige Beurtheilung abging. Parkes dagegen hielt Lord Elgin für hochmüthig und ganz besonders schwach; er mißbilligte seine zögernde, vorsichtige Politik und erwartete nichts Gutes von seiner Rückkehr. In dieser Ansicht würde er wahrscheinlich noch bestärkt worden sein, wenn er hätte lesen können, was Lord Elgin während der Reise in sein Tagebuch geschrieben hatte: nämlich, daß das, was man in London erwarte, eine schnelle Erledigung der Angelegenheit unter vernünftigen Bedingungen sei, so guten Bedingungen als möglich, aber vor allen Dingen eine schnelle Erledigung.

Diesmal sollte indessen das Verhältniß zwischen den Beiden ein besseres werden; Lord Elgin hatte den Werth und die Bedeutung von Parkes schätzen gelernt und wohl auch eingesehen, daß das chinesische Problem schwerer zu lösen sei, als er gedacht; kurz, nach einigen Unterredungen in Hongkong erhielt Parkes von dem Botschafter die schriftliche Weisung, ihn, falls er

sich in Canton losmachen könne, nach dem Norden zu begleiten.

Die Geschichte des englisch-französischen Feldzuges gegen China und des Antheils, den Parkes an demselben genommen, ist noch zu frisch im Gedächtniß, um einer ausführlichen Darstellung zu bedürfen.

Wie immer, war Parkes bei den verschiedenen militärischen Operationen, z. B. der Landung bei Pehtang, dem Sturm auf die Taku-Forts, in den vordersten Reihen, und als die Befestigungen auf dem linken Ufer des Flusses gefallen waren, setzte er nur mit zwei Gefährten auf das rechte über, suchte inmitten der feindlichen Streitkräfte den General-Gouverneur von Chili auf und überredete ihn, den Befehl zur Uebergabe auch der anderen Forts zu ertheilen. Er befand sich unter Denjenigen, welche, während sie sich unter dem Schutze einer Parlamentärsflagge nach Tungchau begeben hatten, um Waffenstillstandsverhandlungen zu führen, dort am 17. September in verrätherischer Weise gefangen genommen und nach Peking, zum Theil weiter ins Innere geschleppt wurden. Es ist ein Beweis für die unbeugsame Willenskraft und den Muth des Mannes, der — wie einer der militärischen Befehlshaber, dem er während des Feldzuges zugetheilt war, über ihn berichtete — Furcht nicht kannte, daß er, der wohl wußte, wie die Chinesen ihn haßten, und darum glaubte, daß er verloren sei, sich dennoch weigerte, sein Leben dadurch zu erkaufen, daß er Lord Elgin ersuchte, die militärischen Operationen einzustellen oder auch nur einen dahingehenden Vorschlag zu machen. Wenn Parkes nichts weiter gethan hätte, so würde ihm seine Haltung während der drei Wochen (17. September bis 8. October), die er in chinesischer Gefangenschaft zubrachte, einen Ehrenplatz in der Geschichte der Beziehungen Chinas zur Außenwelt sichern. Die Scene, wie er an dem Tage, an welchem er hoffte, nebst seinem Gefährten Loch in Freiheit gesetzt zu werden, mit den Chinesen zwei Stunden lang über astronomische Fragen discutirte, ohne auch nur mit

einem Wort seiner eigenen Angelegenheiten zu erwähnen, und wie er, als ihm die Mittheilnng geworden, daß er um zwei Uhr die Stadt würde verlassen können, ohne eine Miene zu verziehen, auf die Frage überging, ob die Chinesen glaubten, daß der Mond sich um seine eigene Achse drehe — ist der sprechendste Beweis für die Nervenkraft und Selbstbeherrschung des Mannes, der sich sagen mußte, daß bis zu dem Augenblick, wo er im Lager der Verbündeten anlangen würde, der geringste Zwischenfall seine Hoffnungen zerstören und ihm das Leben kosten könne. In der That traf eine Viertelstunde, nachdem er die Stadt verlassen, der Befehl des Kaisers zu seiner Hinrichtung aus Jehol ein.

III.

Es war eine eigene Fügung des Schicksals, daß der Mann, der immer darauf bestanden hatte, die chinesische Frage könne ihre befriedigende Lösung nur in Peking finden, der Erste von der Expedition war, der Peking, wenn auch als Gefangener, betrat; noch merkwürdiger aber, daß Lord Elgin, dem es, wie schon bemerkt, nicht an Sympathien für die „armen" Chinesen fehlte, derjenige sein mußte, der ihrem Stolz den empfindlichsten Schlag versetzte. Die Zerstörung des Sommerpalastes von Yuen ming yuen, die Lord Elgin anordnete, um den Kaiser persönlich für die in Tungchau begangene Verrätherei und die in dem Palast begangene Mißhandlung der nach dort geschleppten Gefangenen zu strafen, ist eine Lehre gewesen, welche die chinesische Regierung noch heute nicht vergessen hat, und die Ruinen des Palastes haben mehr dazu beigetragen, den Frieden zwischen China und den Vertragsmächten zu erhalten, als alle Noten und Erklärungen der Regierungen und ihrer Vertreter.

Parkes mußte indessen noch eine Enttäuschung erleben; sein Vorschlag, die britische Gesandtschaft sofort in Peking zu installiren, wurde nicht angenommen; er setzte es aber wenigstens durch, daß ein passendes Gebäude, das Palais des Prinzen

von J, desselben, den die Hauptschuld an dem Verrath von Tungchau traf, für die Gesandtschaft in Besitz genommen und ein junger Consularbeamter in demselben zurückgelassen wurde, um so wenigstens den Schein des Rechts zum dauernden Aufenthalt eines Gesandten in der Hauptstadt zu wahren.

Nach der im November erfolgten Räumung Pekings und der Einschiffung des größeren Theils der Expeditionsarmee von Tientsin, wo, ebenso wie in Taku und Shanghai, eine starke Garnison zurückblieb, begleitete Parkes Lord Elgin nach Shanghai und Canton, um im Januar 1861 nach Shanghai zurückzukehren und mit Admiral Hope eine Fahrt den Yangtze hinauf zu machen, die hauptsächlich unternommen wurde, um die Zustände in den an dem Strome gelegenen Landstrichen aus eigener Anschauung kennen zu lernen, Consulate in den durch den Vertrag von Peking geöffneten Häfen einzurichten und von den Taipings, welche Nanking und einige andere Punkte besetzt hielten, die ungehinderte Durchfahrt englischer Schiffe zu erlangen. Parkes erledigte alles Dies mit seiner gewohnten Tüchtigkeit und Umsicht in der ihm eigenen energischen Weise. In Nanking saß der als „der himmlische König" bekannte erste Taipingführer, der seine Befehle auf Grund directer Communication mit dem Himmel erließ; als Admiral Hope ein englisches Kriegsschiff von Nanking zum Schutz des Handels stationiren wollte, erklärten die „Prinzen", mit denen die Engländer verhandelten, daß der „König" eine Offenbarung gehabt habe, die dies untersage. „Tut, tut," erwiderte Parkes, „das geht nicht; dann muß er eben eine andere Offenbarung haben." Und so geschah's. Parkes' Urtheil über die damaligen Zustände am Yangtze läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen: „Die Taipings und ihre Führer sind Gesindel, die von der großen Masse der Bevölkerung gründlich gehaßt werden; die Mandarinen sind aber nicht im Stande, das Volk gegen die Rebellen zu schützen, die den Ruin aller Gegenden herbeiführen, die sie durchziehen."

Um diese Zeit lernte der Schreiber dieser Zeilen, im Mai

1861, Parkes in Tientsin kennen, ohne damals zu ahnen, daß er dereinst in Yedo und Peking der College desselben sein würde. Der junge dreiunddreißigjährige Mann mit der mächtigen Stirne machte einen um so frischeren und sympathischeren Eindruck, als er sich offen über die Verhältnisse aussprach und den Chef der preußischen Mission zum Beharren in der Politik ermuthigte, zu der der Verfasser vorliegenden Berichtes immer gerathen hatte.

Die letzte Amtshandlung Parkes' in Canton war, die am 21. October 1861 erfolgende Uebergabe der Stadt an die chinesischen Behörden zu leiten; er konnte bei dieser Gelegenheit mit Genugthuung nach London berichten, daß — mit Ausnahme des Jahres 1858 — die Beziehungen zwischen der Bevölkerung und der Garnison vortreffliche gewesen seien. Nur zwei Fälle von Angriffen gegen englische Soldaten waren in dem seitdem verstrichenen fast dreijährigen Zeitraum vorgekommen, und nur gegen die Urheber dieser beiden Attentate war die Todesstrafe verhängt worden. Die Geschichte der Occupation bewies aufs Neue, wie empfänglich die chinesische Bevölkerung für gerechte und milde Behandlung ist, und daß die Vorfälle früherer Jahre wie die ganze Haltung der unteren Klassen nur der Aufhetzung der Behörden und der Notablen zuzuschreiben gewesen waren.

Im Januar 1862 kam Parkes endlich dazu, den langersehnten und nothwendigen Urlaub nach England anzutreten. Die höchsten Auszeichnungen erwarteten ihn hier; er wurde, sechsunddreißig Jahre alt, über die Köpfe seiner früheren und jetzigen Vorgesetzten, Mr. Alcock und Mr. Bruce hinweg, K. C. B., d. h. Commandeur des Bath-Ordens und damit Sir Harry Parkes; aber er fand nicht die erforderliche Ruhe, die ihm um so nothwendiger gewesen wäre, als seine schnelle amtliche Laufbahn in der Vergangenheit und die Aussichten, die zum mindesten Andere an seine Zukunft knüpften — wurde doch jetzt schon der Möglichkeit einer späteren Ernennung zum Vicekönig von Indien Erwähnung gethan — nicht dazu beitragen konnten, seinen nie rastenden Ehrgeiz zum Schweigen zu bringen. Zum Theil be-

griff er dies selbst und kehrte daher 1864, ruhiger und geduldiger, als man hätte annehmen sollen, nach China zurück, wo er in der anstrengenden Beschäftigung als Consul in Shanghai eine nothwendige Disciplin für seinen Geist sah und fand.

Sein Aufenthalt daselbst fiel mit der letzten Zeit von Gordon's Thätigkeit an der Spitze der „immer siegreichen Armee", d. h. der disciplinirten chinesischen Truppen unter fremden Offizieren, zusammen, und die beiden in Anlagen und Charakter sehr ähnlichen Männer gewannen eine Achtung und Freundschaft für einander, die weder die Jahre noch die Entfernung zu vermindern vermochten.

Der Aufstand, der auch die nächste Umgebung von Shanghai nicht verschonte, hatte zahlreiche Flüchtlinge nach dort geführt. Zum großen Theil siedelten diese sich in den von Fremden zu dem Zweck errichteten Gebäuden in der damals sogenannten englischen Niederlassung an und brachten damit den Besitzern dieser Häuser reichen Gewinn, der Niederlassung selbst viele Gefahren, da die chinesischen Behörden nicht wagten, die Gerichtsbarkeit über sie auszuüben, und der Municipalrath dies weder rechtlich durfte noch thatsächlich konnte. Das Uebel wurde dadurch noch beträchtlich erhöht, daß Shanghai der Sammelplatz für eine Menge fremden Gesindels geworden war, das sich vom Schmuggelhandel nährte, bald den Kaiserlichen, bald den Rebellen diente, und entweder unter keiner Consulargerichtsbarkeit stand oder sich derselben durch allerlei Lügen und Ausflüchte zu entziehen wußte. Auch hier griff Parkes energisch ein. Er sprach sich entschieden gegen die Souveränitätsgelüste des Municipalraths aus, die übrigens heute noch vorhanden sind, veranlaßte denselben, die sehr verfahrenen Finanzen der Niederlassung zu ordnen, und zwang die Landesbehörden, die ihnen zustehende Gerichtsbarkeit sowohl über die Chinesen in der Niederlassung, wie über die keiner Consulargerichtsbarkeit unterstehenden Fremden auszuüben.

Seine Thätigkeit in Shanghai sollte indessen nicht lange

währen; durch die Ernennung Sir Rutherford Alcock's nach Peking wurde im März 1865 der Posten in Yedo frei, für den Lord John Russell Parkes vorschlug, der das Avancement und die Veränderung mit Freuden begrüßte, obgleich er, arbeit- und dienstmüde, wie er damals war, sich dahin aussprach, daß er nach einigen wenigen Jahren in Japan seinen Abschied nehmen und sich ins Privatleben zurückziehen würde. Aus den wenigen Jahren wurden achtzehn, und er sollte noch einmal als Gesandter nach China zurückkehren, um dort, wo er so Großes und Unvergeßliches geleistet, das Ende seiner thatenreichen Laufbahn zu finden.

Will man die Geschichte der fünfundzwanzig Jahre, in welche Parkes' erste Thätigkeit in China fällt, kurz zusammenfassen, so kann man sie als die Zeit des Kampfes einzelner klarsehender, begabter und energischer Männer gegen die Doppelzüngigkeit und Verrätherei der Chinesen bezeichnen, eines Kampfes, den die britische Regierung weder anordnete noch billigte, und in den sie nur eintrat, wenn sie durch die Gewalt der Umstände dazu gezwungen wurde. Der einzige englische Staatsmann, der von der schwächlichen Haltung der anderen maßgebenden Persönlichkeiten in London eine Ausnahme machte, war Lord Palmerston, der sich hauptsächlich auf Grund der ihm von Parkes mündlich und schriftlich erstatteten Berichte ein durchaus richtiges Bild der Verhältnisse in China gemacht hatte und mit der ihm eigenen Energie auch dem Hause der Gemeinen gegenüber für die Wahrung der Würde und der Interessen Englands in Ostasien eintrat. Der Kampf aber, den Männer wie Parkes, Alcock und andere Jahrzehnte lang und schließlich mit durchschlagendem Erfolge führten, war nur möglich und entschuldbar bei dem Mangel schneller Verbindung zwischen China und England. Wenn ein Beamter Monate lang auf Antworten und Weisungen warten muß, so ist er in asiatischen wie in allen anderen halb oder garnicht civilisirten Ländern oft gezwungen, Maßregeln zu ergreifen und Verantwortlichkeiten zu übernehmen, die sonst nur einer

Regierung zustehen; mit der Einrichtung telegraphischer Verbindungen zwischen Europa und Ostasien resp. in China selbst mußte diese Selbständigkeit der Beamten an Ort und Stelle in Wegfall kommen, und es vollzog sich in der Politik dieselbe Wandlung, wie im kaufmännischen Verkehr: d. h. der Einfluß europäischer Verhältnisse machte sich in erhöhtem Maße bei der Beurtheilung und Behandlung chinesischer Fragen geltend und wurde schließlich der allein maßgebende für dieselben, eine Thatsache, deren Anerkennung sich aber namentlich unberufene Kritiker noch immer gern verschließen.

IV.

Als Parkes im Juni 1865 in Japan eintraf, lagen die Verhältnisse im Lande der aufgehenden Sonne so, daß jeder mit denselben Vertraute eine Krisis voraussehen konnte und mußte. Dem Taikun (Shiogun) oder richtiger dem Shiogunat — denn der junge Träger des Titels war schwer krank und unfähig, irgend welchen persönlichen Einfluß auf den Gang der Dinge auszuüben — war es zwar gelungen, den Versuch des Choshiu-Clans, der sich der Person des Mikados bemächtigen wollte, zu vereiteln: aber die ersten Erfolge der unter der Führung des Ex-Daimio von Owari gegen den aufrührerischen Clan gesandten Executionsarmee waren bald durch die Niederlage der, wenn man sagen darf, reichstreuen Partei in Frage gestellt worden, und es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß in der Mehrzahl der westlichen Clans die Stimmung eher dem Rebellen als dem Shiogun günstig war. Der Grund dafür lag in dem alten Antagonismus zwischen den Tokugawa, denen auch der Shiogun angehörte, und den von ihnen, wenn auch nicht unterworfenen, so doch in Unterwürfigkeit gehaltenen großen, früher reichsunmittelbaren Landesherren im Westen, namentlich den Fürsten von Satzuma, Choshiu und Tosa. Während seit der Ermordung des Regenten Ji Kamon-no-kami im Jahre 1860 und dem Angriff auf den Minister Ando Tsushima-no-kami im Jahre 1862,

der dessen Rücktritt aus dem Staatsrathe zur Folge gehabt hatte, die Vertheidigung der Interessen des Shioguns eine immer schwächlichere geworden, war das Selbstgefühl der großen Landesfürsten entsprechend gewachsen, und der Gedanke, dem Shiogun seine Ausnahmestellung zu nehmen und ihn wieder zu dem zu machen, was seine Vorfahren gewesen, ehe sie die Stellung als Vertreter der weltlichen Macht des Mikados an sich gerissen, fing allmälig an, aus dem Gebiet der literarischen Erörterung in das der praktischen Politik überzugehen. Dazu war in den letzten Jahren ein anderer Grund der Unzufriedenheit der großen Landesfürsten gekommen; sie sahen, wie die Regierung des Shioguns aus dem Verkehr mit den Fremden nicht allein erhebliche finanzielle Vortheile durch Zölle u. s. w. zog, sondern auch die Beziehungen zum Auslande zur Stärkung ihrer Wehrkraft zu Lande und zu Wasser zu benutzen begann, während sie gleichzeitig eifersüchtig alle Berührungen zwischen den Fürsten und dem Auslande zu verhindern suchte. Diese Tendenz war besonders seit der Rückkehr der 1864 nach Paris entsendeten Mission, mehr aber noch seit dem im April 1864 erfolgten Eintreffen des neuen französischen Gesandten, M. Léon Roches, hervorgetreten. Letzterer war wie gemacht dazu, auf orientalische Gemüther einen starken Einfluß auszuüben. Früher ein Beamter der „bureaux arabes“ in Algier, war er als solcher in die Gefangenschaft Abdelcader's gerathen und — wenn ich recht berichtet bin — nur durch seinen Uebertritt zum Islam und die Vermählung mit einer Verwandten des Emirs dem Tode entgangen. Nach seiner Befreiung hatte er bei den späteren Vorgängen in Algier eine nicht unbedeutende Rolle gespielt und war u. A. zu dem Sheriff von Mekka gesandt worden, um von diesem ein Fetwa zu erlangen, daß Mohammedaner Unterthanen einer christlichen Macht sein könnten. Er kam von Tunis, wo er als Geschäftsträger Frankreich vertreten hatte, und verstand es binnen kurzer Zeit, das Vertrauen der maßgebenden Räthe des Shioguns in einem Umfange zu gewinnen, wie solches bisher keinem fremden

Gesandten möglich gewesen war. Das Engagement französischer Offiziere und Unteroffiziere als Instructeure für die Armee des Shioguns, die Inangriffnahme von Dockarbeiten in der Bai von Yokoska unter französischer Leitung und die Bestellung zahlreicher Maschinen und Werkzeuge in Frankreich waren die ersten Früchte der Thätigkeit des neuen französischen Vertreters. Aber auch in politischer Beziehung hatte derselbe die Leitung übernommen, da es seinem Einfluß und dem des Befehlshabers der französischen Station, Contre-Admiral Jaurés, gelungen war, die gemeinsame Expedition der amerikanischen, britischen, französischen und niederländischen Geschwader nach Shimonoseki zur Züchtigung des Fürsten von Choshiu durchzusetzen, eine Expedition, die der Regierung des Shioguns einen großen Dienst erwiesen hatte und dieser daher, trotz ihres durch die Verhältnisse gebotenen Widerspruchs, sehr angenehm gewesen war.

Es dürfte wohl in erster Linie dieses unzweifelhafte französische Uebergewicht gewesen sein, welches den neuen Vertreter Englands in das entgegengesetzte Lager, das der für den Augenblick freilich erst frondirenden Landesfürsten trieb. Mr. Dickins — der Herausgeber des zweiten Theils des Werks, der erste ist von Mr. Stanley Lane Poole, dem Biographen Lord Stratford de Redcliffe's bearbeitet — versucht allerdings es so darzustellen, als wenn Sir Harry Parkes sich in dem Streite jeder Theilnahme enthalten habe, aber die Thatsachen widersprechen dieser Auffassung. Wenn ein bei einer Regierung beglaubigter Vertreter die Gegner derselben aufsucht und ihnen erklärt, daß seine Regierung bei den bereits vorhandenen und noch zu erwartenden Wirren die strengste Neutralität beobachten werde, so verletzt er dieselbe schon durch eine solche Erklärung, die nur als eine Ermuthigung angesehen werden kann und in dem vorliegenden Falle thatsächlich angesehen wurde. Es bedurfte bei der weiteren Entwickelung der Angelegenheit und dem Zusammenbruch des Bestehenden der ganzen Energie und der äußersten Festigkeit der Vertreter der anderen Vertragsmächte, um eine verfrühte offene

Parteinahme seitens ihres englischen Collegen und damit zu verhindern, daß der Druck hinweggeräumt werde, den das diplomatische Corps, so lange es nach außen hin seine Einigkeit wahrte, auszuüben im Stande war. Nur so durfte man hoffen, vermieden zu sehen, daß die sich vollziehende innere Umwälzung äußere Conflicte hervorriefe. Daß in den Elementen, die einen Hauptantheil an dem Erfolge der Landesfürsten und des Mikados hatten, die Gefahr für solche vorhanden war, bewiesen der Angriff der Bizen-Leute auf die Fremden in Kobé, der Ueberfall und die Ermordung der französischen Matrosen in Sakai, der Angriff auf Sir Harry Parkes selbst in Kioto und die dem Schreiber dieser Zeilen in den Straßen von Yokohama durch das Gefolge des kaiserlichen Commissars zugefügte Beleidigung. Nur der Haltung der fremden Vertreter und der Besorgniß, dieselben könnten sich gegen den Mikado erklären, ist es zu verdanken gewesen, daß die liberalen Einflüsse im Rathe der neuen Machthaber die Oberhand behielten, und es ist dadurch nicht nur den fremden Interessen, sondern ebenso den japanischen ein Dienst erwiesen worden, der auch von Seiten vieler Japaner, und nicht solcher, die ihr Vaterland am wenigsten lieben, rückhaltlos anerkannt worden ist.

Selbst heute noch, nach fünfundzwanzigjährigem Bestehen der Regierung des Mikado, machen sich die fremdenfeindlichen Gefühle und Anschauungen geltend, die selbstverständlich während des Kampfes um die Aufrichtung desselben in erhöhtem Maße wirksam waren. Freilich sind dieselben innerhalb der letzten zehn Jahre in bedauerlicher Weise durch das Gebahren der leitenden japanischen Staatsmänner genährt worden, welche die mit der Frage der Revision der Verträge und der Zulassung der Fremden ins Innere verbundene Erregung des nationalen Gefühls für ihre persönlichen Zwecke ausnutzten; aber auch die Regierungen der Vertragsmächte trifft der Vorwurf, von der wenigstens von den europäischen Staaten bis 1875 befolgten Politik der Identität der fremden Interessen abgegangen zu sein

und dadurch den Japanern die Möglichkeit gewährt zu haben, eine Macht gegen die andere auszuspielen. Beide aber, japanische wie fremde Staatsmänner, haben übersehen, daß neben der künstlichen, in Zeitungen und Versammlungen zum Ausdruck gekommenen Erregung im Innern des Landes in weiten Schichten der Bevölkerung eine auf Rassenhaß zurückzuführende Abneigung gegen alle Fremden besteht, die mehr als die Intriguen politischer Streber ins Gewicht fallen muß, und die sich in Zukunft unzweifelhaft in noch unliebsamerer Weise als bisher Luft machen dürfte.

Mit dem endgültigen Siege der Partei des Mikado wurde Parkes' Rolle eine andere, schwierigere und undankbare. Während er bis dahin gewissermaßen der Verfechter der Sache des Mikado seinen Collegen und vielleicht seiner eigenen Regierung gegenüber gewesen war, mußte er jetzt den Mentor spielen und auf Grund der von ihm vertretenen bedeutenden Interessen mit größerer Entschiedenheit als Andere den Versuchen der japanischen Staatsmänner entgegentreten, die durch die Verträge den Fremden gewährleisteten Garantien zu beseitigen. Daß er dadurch bei den Japanern einen großen Theil seiner Popularität einbüßte, kann nicht Wunder nehmen; er wurde aber auch, mehr freilich von Seiten amerikanischer und englischer Scribenten und Politiker, als von denen der Eingeborenen, zur Zielscheibe der gemeinsten und albernsten Verleumdungen und Anschuldigungen gemacht, für die er, ihm zur Ehre sei es gesagt, stets nur schweigende Verachtung hatte und für die ihn das Vertrauen nicht nur seiner Regierung, sondern auch seiner Landsleute und aller Fremden in Japan, die in ihm den Vertheidiger ihrer berechtigten Interessen sahen, entschädigte. Trotz aller Verdienste, die er sich als Förderer der japanischen Restauration und der Einheit des Reichs erworben, sahen ihn die Japaner nicht ungern scheiden, als er im Jahre 1883 auf den erledigten Gesandtenposten nach Peking, das Ziel seiner langjährigen Wünsche, berufen wurde.

V.

Am 13. März 1883 wurde Sir Harry Parkes' Ernennung zum Gesandten in China amtlich veröffentlicht, nachdem die chinesische Regierung auf eine Anfrage der englischen sich mit dieser Ernennung einverstanden erklärt hatte, und am 6. September desselben Jahres traf er in Shanghai ein, wo er mit stürmischer Begeisterung von der Fremdencolonie empfangen und begrüßt wurde. Man erwartete große Dinge von ihm. Sein nach kaum achtzehn Monaten erfolgter Tod hat die Beantwortung der Frage, ob er die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt haben würde, unmöglich gemacht; aber man darf wohl annehmen, daß, wenn er auch unzweifelhaft die Angelegenheiten seiner Landsleute mit größerer Energie und mehr Erfolg als irgend einer seiner Vorgänger wahrgenommen haben würde, die veränderte Sachlage ihm kaum gestattet haben dürfte, einen politischen Einfluß zu gewinnen. Wie schon früher bemerkt, waren die Verhältnisse in China in den letzten Jahren so ganz andere geworden, daß der Initiative eines Vertreters wenig oder kein Spielraum mehr blieb.

Die von der englischen Regierung über die Missionar- und Christenverfolgungen 1891 im Yangtzethal veröffentlichten Blaubücher enthalten viel Interessantes und Lehrreiches gerade über diesen Punkt, und können dem Studium derjenigen, welche sich für ostasiatische Fragen interessiren, nur warm empfohlen werden.

Daß Sir Harry Parkes selbst den Unterschied zwischen Sonst und Jetzt begriffen, unterliegt keinem Zweifel; er hatte auch seine Haltung in anerkennenswerther Weise den neuen Verhältnissen angepaßt, aber er litt schwer darunter, und sein Entschluß, China zu verlassen, schien gefaßt, als der Tod seiner Laufbahn ein Ende machte.

Seine Thätigkeit in China fiel in die Zeit des chinesisch-französischen Zerwürfnisses wegen Tongking, aber ehe dasselbe seine acuteste Form annahm, hatte er im Auftrage seiner Re-

gierung, die den von Admiral Willis 1882 mit Korea abgeschlossenen Vertrag — wohl hauptsächlich auf Sir Harry's Drängen — nicht zu ratificiren wünschte, sich nach Korea zu begeben, um dort zusammen mit einem deutschen Unterhändler, dem zu früh verstorbenen General-Consul in Yokohama, Zappe, einem der tüchtigsten Beamten in Ostasien, neue Vertragsverhandlungen anzuknüpfen. Der von ihm am 26. November 1883 abgeschlossene Vertrag kann als ein wahres Musterdocument bezeichnet werden, aber er hat Streitigkeiten und Zerwürfnisse zwischen der koreanischen Regierung und den fremden Mächten auch nicht verhindern können und wohl nicht unwesentlich zu den inneren Schwierigkeiten der ersteren beigetragen. Etwas weniger wäre in diesem Falle vielleicht mehr gewesen.

Was die Tongkingfrage anbetrifft, so hat dieselbe nur durch das Verkennen der Sachlage seitens der leitenden Persönlichkeiten in Frankreich, namentlich Jules Ferry's, die Form angenommen, die Frankreich und China so bedeutende Opfer an Geld und Menschen gekostet hat und beide Mächte beinahe zum Kriege miteinander gebracht hätte. — Die Kriegspartei in Peking hatte 1883—1884 bis zu den Ereignissen bei Langson freilich entschieden das Uebergewicht; nach denselben war die chinesische Regierung über ihren eigenen Erfolg so erschreckt, daß sie bereitwillig das Li-Fournier'sche Abkommen, das Frankreich zum Herrn von Tongking machte, ausgeführt haben würde, hätte Jules Ferry, besonders auf das oberflächliche Urtheil incompetenter Beobachter gestützt, nicht geglaubt, von der „qualité négligeable" mit leichter Mühe eine erhebliche Entschädigung herauspressen zu können. Der Widerstand Chinas gegen diese Forderung führte zu den weiteren Verwickelungen, die durch das Abkommen vom 4. April und den Vertrag vom 9. Juni 1885 beendigt wurden, welche Frankreich nicht mehr gaben, als es ohne Opfer im Sommer 1884 hätte haben können.

Vor dem Zusammenstoß bei Langson war die Lage der auswärtigen Vertreter in Peking eine wenig angenehme. Fremden-

feinde, deren erster der zum Mitgliede des Tsungli Yamen ernannte Chang pei lun war, führten das große Wort und versuchten, die schlechtesten Erinnerungen der chinesischen Diplomatie wieder aufzufrischen. Maßlose Ueberhebung und Mangel an jeder Form von Seiten Chang pei lun's veranlaßten bedauerliche Scenen auf dem Tsungli Yamen, unter denen Sir Harry Parkes, wenn nicht allein, so doch, wegen seiner früheren Stellung in China, mehr als Andere zu leiden hatte. Glücklicher Weise für die Beziehungen Chinas zum Auslande machte das Schicksal mit Chang pei lun kurzen Proceß; seine bei Futchau bewiesene Unfähigkeit und Feigheit führten zu seiner Degradation und Bestrafung und nahmen seine früheren hohen und höchsten Gönner so sehr gegen ihn ein, daß es ihm trotz aller Bemühungen bis jetzt nicht wieder gelungen ist, eine Anstellung im Staatsdienst zu erhalten. Mit seinem Sturze änderte sich auch die Haltung des Tsungli Yamen, dessen Mitglieder bis dahin nicht gewagt hatten, dem sich hoher Protection erfreuenden Schoßkinde der altchinesischen Partei zu widersprechen.

Aber trotzdem blieb für Sir Harry Parkes Manches zu thun. Die Stimmung der Bevölkerung in Canton und Futchau gab zu ernsten Besorgnissen Veranlassung, die dadurch noch erhöht wurden, daß der General-Gouverneur von Canton die Chinesen in Tongking, Saigon, Singapore und Penang durch amtliche Bekanntmachung aufforderte, die französischen Schiffe zu zerstören und die Franzosen zu vergiften. Dem energischen Protest Sir Harry's gelang es, die chinesische Regierung zum Widerruf dieser Verletzung des Völkerrechts zu bewegen und dadurch weiteren Verwickelungen vorzubeugen.

Auch die Erledigung seit Jahren schwebender Reclamationen seiner Landsleute nahm seine Thätigkeit stark in Anspruch, aber der geschwächte Körper sollte den an ihn gestellten Anforderungen des nie rastenden Geistes nicht lange mehr widerstehen. Im März 1885 erkrankte Sir Harry an einem Anfall des in Peking nicht seltenen typho-malarischen Fiebers, und obgleich sein Zu-

ſtand zu Beſorgniſſen kaum Veranlaſſung zu geben ſchien, erlag er dennoch in der Nacht vom 21. zum 22. März einem Gehirnſchlage. Sein chineſiſcher Diener fand ihn des Morgens anſcheinend ſanft und ſchmerzlos entſchlafen; er war, wie man mit Recht ſagen kann, mitten in der Arbeit hinweggerafft worden, hatte er doch noch ſechsunddreißig Stunden vor ſeinem Tode einige ſechzig Berichte und Erlaſſe unterzeichnet. Wie ſein damaliger Legations-Secretär, der jetzige engliſche Geſandte in Peking, Mr. O'Conor, zur Zeit ſchrieb, war es der raſtloſe Eifer ſeines Gehirns, der ihn getödtet hatte, und nicht das Fieber.

Parkes war ein typiſcher Repräſentant der Claſſe von Engländern, die ihrem Vaterlande Indien und ſeine Colonien gegeben und es zu dem gemacht haben, was es iſt. Von ſeltener Arbeitskraft, wußte er nicht, was Ruhe, kaum, was Erholung war; er ſtellte an ſeine Untergebenen die höchſten Anforderungen, aber er leiſtete allein mehr, als ſie alle zuſammen. Innerlich fromm und gottvertrauend und abſolut furchtlos, ließen ihn die vielerlei Gefahren, denen zu ſeiner Zeit die Fremden, und er mehr als Andere, in China und Japan ausgeſetzt waren, unberührt; aber er beſaß auch den höheren Muth, nicht vor der Uebernahme einer Verantwortung zurückzuſcheuen, und es wäre ihm nie eingefallen, zu verſuchen, dieſelbe Anderen aufzubürden. Er war ehrgeizig in hohem Grade, aber im beſten Sinne; England und die engliſchen Intereſſen galten ihm Alles — was ihn nicht immer zu einem bequemen Collegen machte, aber jedem Einzelnen als ein Beiſpiel von wahrer Vaterlandsliebe und echter Pflichttreue dienen konnte.

Ihm waren während ſeiner amtlichen Laufbahn reiche Ehren zu Theil geworden; aber er hatte ſie alle verdient, und als er, ſiebenundfünfzig Jahre alt, ſtarb, fühlten ſeine Königin, die Regierung, das engliſche Volk und alle Fremden in Oſtaſien, daß ſie einen ſchwer oder gar nicht zu erſetzenden Verluſt erlitten hatten. Auch von Seiten der chineſiſchen und japaniſchen Regierung und Staatsmänner wurde ſeinem Andenken rühmliche

Anerkennung zu Theil: der Leichenfeier des Mannes, der einst als gebundener Gefangener mit zwei Anderen zusammen in einem Karren nach Peking geschleppt worden war, wohnten in derselben Hauptstadt die Minister des Tsungli Yamen, eine zufällig anwesende außerordentliche japanische Mission unter dem Minister Ito und alle Mitglieder des diplomatischen Corps und der fremden Gemeinde bei, und als das Schiff mit seiner Leiche die Taku-Forts passirte, deren Uebergabe er vor einem Vierteljahrhundert erzwungen hatte, feuerten die Geschütze derselben den Trauersalut für den zum letzten Male und für immer von China Scheidenden. Das Andenken an Sir Harry Parkes aber wird noch lange in Ostasien fortleben, den Einen zur Nacheiferung, den Anderen zur Erinnerung an das, was Willenskraft und Festigkeit ihnen gegenüber vermochten.

VIII.

Die koreaniſche Frage.*)

(1894.)

*) Abgedr.: Deutſche Rundſchau. 1894. September.

Der Krieg zwischen China und Japan ist erklärt; die ersten Opfer sind gefallen, und das „Bißchen Korea", wie die neue orientalische Frage in den Zeitungen genannt wurde, ehe das Pulver gesprochen hatte, fängt an, das Interesse der westlichen Welt in ernsthafter Weise in Anspruch zu nehmen. Bei den vielfachen Mittheilungen und Berichten, die jetzt von allen Seiten eintreffen, läuft natürlicherweise manches Falsche oder, wenn man ehrlich sein will, sehr viel Falsches mit unter, und doch läßt sich die Tragweite der Frage nur richtig beurtheilen, wenn man dieselbe von allen bewußten oder unbewußten Zusätzen loslöst und auf der Grundlage ihrer historischen Entwickelung beurtheilt.

Der Appetit auf Korea ist in Japan so alt, wie die Geschichte des Landes oder eigentlich noch viel älter; die Kämpfe gegen Kaoli und Sinra beginnen schon in vorgeschichtlicher Zeit und spinnen sich mit längeren oder kürzeren Unterbrechungen fort bis zu der großen Expedition am Ende des 16. Jahrhunderts, die damit endete, daß die japanischen Streitkräfte, nachdem sie furchtbar im Land gehaust und ganze Schiffsladungen von Ohren getödteter Feinde als Siegeszeichen nach Kioto geschickt hatten, wo der Hügel, unter dem sie verscharrt wurden, noch heute gezeigt wird, durch die vereinigten chinesischen und koreanischen Armeen aus dem Lande vertrieben wurden.

Manches zu diesem für die japanischen Waffen unglücklichen Ausgange mögen die politischen Verwickelungen in Japan selbst beigetragen haben, die damals gerade ihren Höhepunkt erreicht hatten; zwei Thatsachen aber sind als Erinnerungen an diese Kämpfe übrig geblieben: ein wüthender Haß der Koreaner gegen die Japaner und gewisse Ansprüche der letzteren auf die Oberhoheit über Korea. Diese Ansprüche fanden eine Art von Berechtigung in der von Zeit zu Zeit erfolgenden Sendung von koreanischen Gesandtschaften an den Fürsten von Satzuma, denen die japanische Eitelkeit den Namen und die Bedeutung von Tributgesandtschaften beilegte, während sie in Wirklichkeit wenig mehr als Missionen waren, die unter völkerrechtlichem Schutz zur Aufrechterhaltung der sehr spärlichen Handelsbeziehungen dienten. Mit der schwindenden Macht des Shiogunats verlor Japan auch den Willen und die Macht, in die koreanischen Angelegenheiten bestimmend einzugreifen, und die japanische Niederlassung in Fusan sank schließlich, wenn sie überhaupt je etwas Anderes gewesen war, auf den Standpunkt einer Handelsfactorei herab, deren Bewohner von den Koreanern nicht besser, eher vielleicht etwas schlechter, als die Holländer auf Desima von den Japanern behandelt wurden. — Als in Japan 1868 das Shiogunat gestürzt wurde, und der Mikado wieder persönlich die Regierung übernahm, war es für die Leiter dieser Bewegung, die zum großen Theil aus dem Stande der Samurai, niedrigen Adligen, hervorgegangen waren, nicht zweifelhaft, daß sie für den unruhigen Geist ihrer Genossen einer Ableitung nach außen bedürfen würden. Die Nothwendigkeit einer solchen machte sich in noch erhöhtem Maße geltend, als mit der Aufhebung der Feudalität die große Masse der niederen Vasallen beschäftigungs- und zum Theil brotlos wurde. Schon damals tauchte der Gedanke einer Expedition gegen Korea im Geiste der Machthaber auf, und der Hohn, mit welchem von Seiten der koreanischen Regierung die japanische Aufforderung, die Karten des Landes zu übersenden, d. h. sich für tributär zu erklären, zurückgewiesen

wurde, trug nicht wenig dazu bei, denselben eine bestimmtere Form annehmen zu lassen. Im Jahre 1872 gelang es nur den Bemühungen der fremden diplomatischen Vertreter, einen Zug nach Korea zu hintertreiben und die damals gegen den Willen der japanischen Regierung unternommene Expedition der in Nagasaki versammelten Truppen nach Formosa mußte dazu dienen, den Thätigkeitsdrang der Herren Okuma und Saigo und das ungestüme Verlangen der Samurai nach einem Kriege zu befriedigen. Wenige Jahre nachher gab ein Angriff der Koreaner auf ein japanisches Vermessungsschiff in koreanischen Gewässern — und es muß dabei bemerkt werden, daß Japan stets gegen die Vornahme von Vermessungen durch fremde Kriegsschiffe in seinen eigenen Gewässern Verwahrung eingelegt hat — den Vorwand zu der Entsendung einer kleinen Expedition nach Korea, die mit dem Abschluß eines Vertrages endete, in dessen Einleitung Japan Korea als ein unabhängiges Königreich anerkannte und damit, wie es beabsichtigte und wünschte, den ersten Keil zwischen das Oberreich China und das demselben tributäre Korea trieb. Von dieser Zeit an haben die offenen und heimlichen Versuche Japans, sich in die Angelegenheiten Koreas zu mischen, kein Ende genommen, und für jeden unparteiischen Beobachter konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß man in Japan nur auf eine Gelegenheit warte, die alten Ansprüche, die man auf die Oberhoheit über Korea zu haben behauptet, wieder zur Geltung zu bringen.

Im Jahre 1885, während des französisch-chinesischen Conflicts, glaubten die japanischen Staatsmänner den Augenblick gekommen, einen Schritt weiter gehen zu können; der frühere (und jetzige) Premierminister Ito erschien in China, und das Ergebniß seiner Verhandlungen war der Abschluß eines Vertrages mit Li Hung Chang, durch welchen sich beide Mächte verpflichteten, ihre in Korea befindlichen Truppen zurückzuziehen und falls sie sich in Zukunft durch die Verhältnisse genöthigt sehen sollten, aufs Neue solche dorthin zu senden, die andere

vertragschließende Partei davon zu benachrichtigen, die dann ihrerseits ebenfalls berechtigt sein solle, Truppen nach Korea zu schicken.

Seit dieser Zeit ist die Haltung der zahlreichen, nach Korea übergesiedelten Japaner wie die der japanischen Vertreter eine durchaus provocatorische gewesen; nie ist ein unterworfenes Volk von seinem Sieger mit ähnlicher Ueberhebung und Rohheit behandelt worden, wie die Koreaner, Regierung und Volk, von den Japanern. Die radicale Partei im japanischen Parlament und in der japanischen Presse war das treibende Element; sie wußte 1892 die Ernennung eines ihrer Anhänger zum Gesandten in Korea durchzusetzen, sowie daß demselben die Führung der Verhandlungen in der Frage einer von japanischen Kaufleuten gegen die koreanische Regierung erhobenen, von der japanischen Regierung unterstützten Forderung übertragen wurde. Der Gouverneur einer koreanischen Provinz hatte, wozu er vertragsmäßig berechtigt war, die Ausfuhr von Bohnen aus seinem Verwaltungsbezirk untersagt; die japanische Regierung bestritt die Rechtmäßigkeit dieser Verfügung und verlangte für ihre Kaufleute einen Schadenersatz von 300 000 Dollars, obgleich die koreanische Regierung einerseits nachwies, daß in keinem Jahre der Werth der Ausfuhr von Bohnen aus der in Frage kommenden Provinz mehr als 50 000 Dollars betragen habe, und andererseits anbot, die ganze Frage einem Schiedsgerichte zu unterwerfen. Trotzdem wäre es damals, im Sommer 1893, voraussichtlich bereits zum Kriege gekommen, wenn Li Hung Chang nicht seinen ganzen Einfluß aufgeboten hätte, um die koreanische Regierung zur Zahlung der wenn nicht ganz unberechtigten, jedenfalls sehr übertriebenen japanischen Forderung zu vermögen.

Endlich in diesem Jahre haben die Unruhen in der Provinz Chulla-do Japan den gesuchten Vorwand zu einer Einmischung in die koreanischen Angelegenheiten gegeben. Seit einigen Jahren herrscht in der Provinz ein aufrührerischer Geist, der sich in

erster Linie gegen die fremdenfreundliche Politik des Königs und namentlich gegen die Zulassung der Missionare wendet, sonst aber auch durch die Habsucht und Erpressungen der Behörden Nahrung findet. Schon im Frühjahr 1893 ging das Gerücht, daß die Rebellen aus dieser Provinz sich der Hauptstadt näherten, und obgleich keiner von allen Fremden in Söul ernsthaft an die Wahrheit dieser Nachricht glaubte, geschah doch von Seiten der japanischen Gesandtschaft Alles, um dieselbe zu einer ernsthaften Bedrohung der japanischen Interessen aufzubauschen und so eine japanische Intervention herbeizuführen. Dank der Ruhe und Vorsicht der chinesischen Regierung wurde damals ein Conflict vermieden. In diesem Jahre nahmen die Unruhen in derselben Provinz einen bedrohlicheren Charakter an; die Localbeamten wurden erschlagen oder vertrieben, die zur Niederwerfung des Aufstandes entsandten koreanischen Truppen erwiesen sich als ungenügend, und in seiner Rathlosigkeit wandte sich der König von Korea an seinen Lehnsherrn, den Kaiser von China, und bat denselben um Hülfe. Das Erscheinen eines kleinen Corps chinesischer Truppen (2000 Mann) genügte, den Aufstand zu unterdrücken; als aber China, welches Japan von der Entsendung dieser Macht nach Korea Kenntniß gegeben hatte, dieselbe zurückzuziehen bereit war, weigerte sich Japan, das unterdessen angeblich zum Schutz seiner Interessen 10000 Mann nach Söul geschickt hatte, dasselbe zu thun und stellte die bis jetzt nur sehr unvollkommen bekannt gewordenen Forderungen, die zuerst zu den bekannten verlustreichen Zusammenstößen, dann zum Kriege zwischen den beiden Mächten geführt haben.

Vergleicht man mit diesem Vorgehen Japans die Haltung Chinas, so kann man nicht umhin, in dem ersteren einen durchaus unprovocirten Angriff zu sehen. Korea gilt seit ungefähr 1100 v. Chr. als tributär an China, das ihm fast alle seine Dynastien gegeben hat. Aber selbst wenn man von diesen alten, zum Theil prähistorischen Erinnerungen und Ansprüchen absieht, steht als unzweifelhafte Thatsache fest, daß die ersten Kaiser der jetzigen

mandschurischen Dynastie Korea, das an der Ming-Dynastie festhielt, mit Waffengewalt besiegt und zur Erneuerung der alten Tributpflichtigkeit sich gegenüber gezwungen haben. Außer der Bethätigung dieser gewissermaßen theoretischen Abhängigkeit hat China an Korea damals keine weiteren Anforderungen gestellt; das Betreten Koreas war vielmehr jedem Chinesen, die zeitweiligen Gesandtschaften des Kaisers ausgenommen, bei Todesstrafe untersagt, und abgesehen von dem in größeren Zwischenräumen auf der Landesgrenze abgehaltenen Markte wurde der ganze diplomatische und Handelsverkehr durch die koreanischen Missionen vermittelt, die in jedem zweiten Jahre über Land nach Peking kamen, aber auch viel mehr einen commerciellen, als einen politischen Charakter trugen. — Als sich nach Abschluß der Verträge mit den fremden Mächten für China die Gelegenheit geboten haben würde, seine Oberhoheit über Korea jenen gegenüber zu betonen, lehnte es im Gegentheil jede Einmischung in die inneren oder äußeren Angelegenheiten des Landes ab; so Frankreich und den Vereinigten Staaten gegenüber, als dieselben, ehe sie zur Selbsthülfe gegen Korea griffen, die Vermittelung Chinas anriefen. Nach dem Abschlusse des ersten japanisch-koreanischen Vertrages begann es wenigstens Li Hung Chang klar zu werden, daß ein weiteres Beharren Chinas auf der eingeschlagenen Bahn Korea an Japan überliefern müsse, und es war hauptsächlich auf sein Betreiben, daß die chinesische Regierung sich endlich entschloß, einen gewissen Druck auf Korea auszuüben, um dasselbe zur Herstellung allgemeiner Handels- und Schiffahrtsbeziehungen mit dem Auslande zu vermögen. Das Ergebniß dieser Politik war der Abschluß von Verträgen mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und dem Deutschen Reich im Jahre 1882, denen sich später Italien und Rußland anschlossen. Alle auf den Abschluß dieser Verträge bezüglichen Verhandlungen wurden in Beisein eines chinesischen Commissars geführt, und die koreanischen Bevollmächtigten übergaben vor Unterzeichnung der Verträge ein Schreiben ihres Königs, in dem

derselbe erklärte, daß Korea politisch und administrativ unabhängig sei, daß aber die alten tributären Beziehungen des Landes zu China durch den abzuschließenden Vertrag in keiner Weise berührt würden. Wie dies nicht anders der Fall sein konnte, mußte sich mit der Herstellung regerer äußerer Beziehungen mit Korea für die chinesische Regierung der Wunsch und bis zu einem gewissen Grade das Bedürfniß steigern, auch auf die äußere Politik und die innere Verwaltung Koreas einen maßgebenderen Einfluß als früher auszuüben. Die nach dieser Richtung hin erfolgten Schritte waren oft nach europäischen Begriffen falsch und ungeschickt; sie gipfelten zum großen Theil in dem Bemühen, durch ein strenges Festhalten an dem alten Ceremonial keinen Zweifel an der untergeordneten Stellung des Königs aufkommen zu lassen, und sie haben dadurch häufig und nach vielen Seiten hin angestoßen; aber man muß jedenfalls anerkennen, daß von chinesischer Seite einer langsamen und verständigen Entwickelung des äußeren Verkehrs des Landes keine Hindernisse in den Weg gelegt worden sind, wie schon daraus hervorgeht, daß der japanische Handel mit Korea den chinesischen an Umfang und Werth weit übertrifft, und daß China bei jeder Gelegenheit bemüht und bereit gewesen ist, Schwierigkeiten auszugleichen und einen Conflict zu vermeiden. Die Schuld an dem gegenwärtigen Zusammenstoß muß daher einzig und allein der japanischen Regierung zugeschrieben werden, die in der Expedition nach Korea ein Mittel sieht, das Interesse der radicalen Partei nach außen abzulenken und so den Gefahren zu entgehen, die sie im Innern bedrohen.

In den Berichten, die über die koreanische Frage einlaufen, wird oft, und stets an erster Stelle, Li Hung Chang erwähnt, und zwar meistens in einer Weise, die weder der Stellung und dem Charakter dieses hervorragendsten aller chinesischen Staatsmänner noch den Schwierigkeiten, gegen welche derselbe zu kämpfen hat, gerecht wird. Li Hung Chang ist weder Premierminister noch ist er allmächtig oder selbständiger Herr über eine

Flotte und eine Armee. Das Alles ist unrichtig. Li Hung Chang ist General-Gouverneur der Provinz Chili und als solcher einerseits besonders mit dem Schutze der Hauptstadt, andererseits mit der Wahrnehmung der Beziehungen zu Korea betraut. Als ältester Großsecretär ist er der erste Civilbeamte in China; aber das Großsecretariat hat längst seine wichtigeren Functionen an das Staatssecretariat abgegeben, das heute mit dem Cabinet in europäischen Staaten verglichen werden kann. Seine bedeutende Stellung verdankt Li seinen militärischen Verdiensten bei der Niederwerfung des Taiping-Aufstandes; weniger glücklich bei den Operationen gegen die Nienfei, fiel er damals auf einige Zeit in Ungnade, die aber bald wieder der früheren Werthschätzung Platz machte. Wenn erzählt wird, daß er damals mit 10 000 Mann nach Peking gegangen sei, so entbehrt das ebenfalls jeder Begründung. Da er in Tientsin residirt, mußte er eine Anzahl von Verträgen und Abkommen mit fremden Vertretern abschließen, hinsichtlich welcher das Tsungli Yamen vorzog, ihm die Mühe und Verantwortlichkeit der Verhandlungen zu überlassen, um die Kritik der fremdenfeindlichen Partei in der Hauptstadt von sich abzulenken. Li lernte auf diese Weise fremde Anschauungen kennen, und er hat die so erworbenen Erfahrungen oft im Interesse seines Vaterlandes zu verwerthen gewußt. Viel zu intelligent, um nicht die Schwächen der chinesischen Armee zu erkennen und sich der Verantwortlichkeit wohl bewußt, die ihn als Vertheidiger der Hauptstadt treffen muß, hat er allein von allen General-Gouverneuren ein Heer und eine Flotte geschaffen, denen auch vom europäischen Standpunkt aus ein gewisser Werth zuerkannt werden muß, aber gerade in dem Besitz dieser Streitkräfte liegt eine große Gefahr für ihn. Er muß dieselben zusammenhalten, um mit ihnen einem feindlichen Angriff gegen die Hauptstadt begegnen zu können; er darf sich nicht der Gefahr aussetzen, sie in anderen Kämpfen ganz oder theilweise einzubüßen, und in dieser Nothwendigkeit liegt auch die Erklärung der zögernden Politik, die er den Gegnern Chinas gegenüber

stets getrieben hat. Während des französisch-chinesischen Conflicts ist sein ganzes Bestreben dahin gegangen, den Krieg im Süden zu localisiren, und ebenso hat er nichts unversucht gelassen, den Krieg mit Japan zu vermeiden. Jetzt, da derselbe ausgebrochen, wird er sich schwerlich entschließen, seine Provinz zu entblößen, und darin liegt einerseits noch immer die Möglichkeit einer Verständigung mit Japan, andererseits aber auch, wenn man in Peking den Krieg will, die voraussichtliche Verschleppung desselben, um den Streitkräften aus den anderen Provinzen, d. h. den in denselben ausgehobenen Freiwilligenbataillonen, die Zeit zum Herankommen zu lassen.

Wenn der Kaiser Li die gelbe Reitjacke, die höchste militärische Auszeichnung, genommen hat, so ist das bis auf Weiteres nur ein Zeichen der kaiserlichen Unzufriedenheit, wie solche unter allen Umständen einen unglücklichen Führer oder Beamten trifft. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß Li, wie dies sehr häufig geschieht, in dem Bericht über die ersten Vorfälle selbst seine Bestrafung beantragt habe; ein Erfolg würde genügen, ihm die verlorene Auszeichnung wieder zu verschaffen. — Li Hung Chang ist vielen Mitgliedern der alt-chinesischen Partei ein Dorn im Auge, und es ist gar nicht unmöglich, daß seine Gegner die Gelegenheit zu benutzen versuchen, um ihn zu stürzen; man darf aber wohl daran zweifeln, daß derartige Bemühungen bereits jetzt einen Erfolg haben werden; jedenfalls aber wird die Einmischung von Fremden in diese Frage, nach keiner Richtung hin, den Ausschlag geben.

Was Korea selbst angeht, so ist, abgesehen von dem Hasse, der alle Koreaner gegen Japan erfüllt, das Land nur dann im Stande, sich an einem Kampfe zu betheiligen, wenn es die Unterstützung einer chinesischen Armee hat. Charakteristisch aber für das Vorgehen der Japaner ist, daß dieselben nach den letzten eingegangenen Nachrichten sich auf den Vater des Königs, den Tai-wen-kun, stützen zu wollen scheinen, der der wüthendste Fremdenhasser und seit Jahren der Mittelpunkt aller Intriguen

gegen seinen Sohn oder vielmehr gegen die Königin, die wahre Seele der Regierung, ist. Der Tai-wen-kun als Träger der Culturbestrebungen der Japaner, die selbst ihr Land eifersüchtig und sorgfältig verschließen, sich aber gewaltsam in die koreanischen inneren Angelegenheiten mengen, ist die beste Illustration zu den Erklärungen Japans.

Rußland und England werden vermuthlich nicht so bald thätig auf dem Schauplatz erscheinen; ihnen beiden ist der Conflict wenig erwünscht, da sie durch denselben über kurz oder lang gezwungen sein werden, Stellung zu nehmen, was England wohl gern ganz vermieden, Rußland noch hinausgeschoben hätte. Für letzteres wird die Erklärung maßgebend sein, die es 1885 in Tientsin abgegeben hat, daß es keine territorialen Erwerbungen in Korea beabsichtige, so lange China in dem Besitzstand Koreas keine Aenderungen vornehme; für England die Nothwendigkeit, dem russischen Vordringen nach Süden gegenüber einen neuen Stützpunkt in Ostasien zu gewinnen.

Mit Rußland in Port Lazareff und England in Port Hamilton werden die Japaner sich vielleicht noch nach der Zeit zurücksehnen, als der Klotz und nicht der Storch König war in Korea.

IX.

Was in Oſtaſien geſchehen muß!*)

(1894.)

*) Abgedr. Deutſche Revue. 1895. November.

Die Ereignisse in Ostasien beginnen ein immer größeres Interesse zu erregen, und je weniger genau und zuverlässig die über dieselben nach Europa gelangenden Nachrichten sind, mit desto stärkerem Hochdruck arbeitet die Einbildungskraft derjenigen, die sich für berufen halten, an diese spärlichen Informationen die weitestgehenden Schlüsse zu knüpfen.

Im Grunde genommen ist in dem japanisch-chinesischen Conflict bis jetzt wenig geschehen, was nicht von jedem mit den Verhältnissen Vertrauten hätte vorausgesehen werden können.

Japan ist mitten im Frieden über ein befreundetes Land hergefallen und hat dessen Hauptstadt und andere Plätze militärisch besetzt; es hat die Ausübung des, wenn auf keiner anderen Grundlage, so auf der des Vertrages von 1885 China zustehenden Rechts, ebenfalls Truppen nach Korea zu senden, gewaltsam verhindert, und die Folge hiervon ist der Ausbruch des erst am 4. August dieses Jahres den anderen Mächten notificirten Krieges zwischen China und Japan gewesen. Der erste Akt der Feindseligkeit hat seitens der Japaner am 25. Juli durch einen Angriff auf chinesische Kriegsschiffe und den englischen Dampfer Kowshing stattgefunden, während gleichzeitig japanische Truppen das kleine, ursprünglich zur Unterdrückung des Aufstandes in der Provinz Chulla-Do nach Korea entsendete chinesische Corps bei Yashan angriffen. Anfänglich zurückgeschlagen, scheint ein zweiter

Angriff der Japaner auf die Nachhut des bereits im Abzuge begriffenen chinesischen Corps erfolgreicher gewesen zu sein; von einem dort errungenen durchschlagenden japanischen Erfolge kann aber um so weniger die Rede sein, als die große Mehrzahl der chinesischen Truppen, ungefähr 4000 Mann, am 23. August das in gerader Linie 250 Kilometer von Yashan entfernte Ping-Yang erreichten. Der Rückzug des kleinen chinesischen Corps, bei dem dasselbe auf dem in Wirklichkeit fast 500 Kilometer betragenden Marsche, es mußte einen Weg östlich von Söul einschlagen, nicht vom Feinde belästigt worden zu sein scheint, spricht wenig für die Wachsamkeit der Japaner.

Die anscheinend bis Ping-Yang vorgedrungenen, voraussichtlich schwachen Spitzen der japanischen Truppen wurden von den aus Norden vorrückenden chinesischen Truppen Mitte August nach leichten Gefechten aus der Stadt geworfen und nach Süden zurückgedrängt.

Die Chinesen, die wohl als die Avantgarde der chinesischen in der Mandschurei zusammengezogenen Armee gelten können und nach der Vereinigung mit den Truppen aus Yashan höchstens 20 000 Mann stark gewesen sein dürften, Sir Halliday Macartney gibt nur 12 000 Mann an, haben sich dann in Ping-Yang festgesetzt, voraussichtlich ohne etwas für die weitere Befestigung der als alter Königssitz und aus den Kämpfen zwischen Chinesen und Japanern im 16. Jahrhundert berühmten Stadt zu thun. Dort sind sie von den von drei Seiten anrückenden weit überlegenen japanischen Streitkräften am 15. und 16. September angegriffen und geschlagen worden. Was die Verluste auf beiden Seiten anbetrifft, so geben die Japaner die ihrigen auf 165 Todte, 551 Verwundete und 40 Vermißte, zusammen auf 756 Mann, darunter 41 Offiziere an; die Chinesen gestehen einen Verlust von 6000 Mann zu, nach Sir H. M. nur 300, der der Wahrheit ziemlich nahe kommen dürfte; der von den Japanern ursprünglich auf 16 000 Mann angegebene chinesische Verlust ist voraussichtlich weit übertrieben, da nach einer späteren

amtlichen japanischen Meldung eine der Kolonnen nur 611 Gefangene, darunter einige 80 Verwundete, gemacht haben soll. — Fast gleichzeitig mit diesem Treffen hat am 17. September an der Mündung des die Grenze zwischen China und Korea bildenden Yalustusses eine Seeschlacht zwischen der chinesischen und japanischen Flotte stattgefunden, von der die erstere als Bedeckung für eine Transportflotte diente. Daß bei dieser Gelegenheit nur ein Theil der chinesischen Schiffe ihre Schuldigkeit gethan haben und die materiellen Verluste der Chinesen bedeutend größer wie die der Japaner gewesen sind, scheint unzweifelhaft; auf der andern Seite muß die japanische Flotte viel mehr gelitten haben, als zugegeben wird, denn sonst würde es unverständlich sein, warum dieselbe nicht die stark mitgenommenen chinesischen Schiffe oder wenigstens die Transportflotte zerstört oder genommen hat.

Seit dieser Zeit ist kein neuer Zusammenstoß gemeldet worden; ein Theil der japanischen Armee ist von Ping-Yang in nördlicher Richtung aufgebrochen und stand nach den letzten Nachrichten zwischen Anju und Kusang, 75 bis 110 Kilometer nördlich von Ping-Yang und 50—90 Kilometer von dem nächsten Punkt der Grenze der Mandschurei entfernt. — Alle sonstigen Mittheilungen über Landungen oder Landungsversuche der Japaner an der chinesischen Küste entbehren bis heute jeder thatsächlichen Unterlage. Ueber Stellung und Stärke der chinesischen Armeen ist so gut wie nichts bekannt; man wird aber wohl nicht irren, wenn man annimmt daß 50—60000 Mann in der Mandschurei, mindestens doppelt soviel in Chili zwischen Peking und dem Meere und 30—40000 Mann, in Formosa stehen, das man für eins der japanischen Angriffsobjecte hält. Mukden, die Hauptstadt der Mandschurei, ist von Anju in Korea, wo das Gros der japanischen Armee stand, in gerader Linie circa 400 Kilometer, Mukden von Peking circa 550, und das vielgenannte Shan-hai-kwan von der Hauptstadt circa 300 Kilometer entfernt. Es sind dies Entfernungen, die durch die schlechten Wege und die wenigstens in der Mandschurei mangelhafte Be-

völkerung und dadurch erschwerte Ernährung einer Armee doppelt ins Gewicht fallen; diese Schwierigkeiten werden noch dadurch erhöht, daß die chinesischen Truppen die Landstriche, die sie dem Feinde zu überlassen haben, zu verwüsten und die Bewohner aus denselben fortzuführen scheinen, Maßregeln, die schon vor Jahrhunderten mit gutem Erfolge den Einfällen japanischer Seeräuber gegenüber angewendet worden sind. Außerdem kommt von Mitte November für Chili und die Mandschurei in Betracht, daß der dann zu erwartende Frost jede Verbindung zwischen einer feindlichen Armee und Flotte aufheben würde.

Zieht man das Facit aus den kriegerischen Ereignissen in der Zeit von Ende Juli bis Ende September, so wird es das sein, daß die Japaner sich im Besitz von Korea befinden, daß die Chinesen höchstens 16—17000 Mann (nach japanischen Berichten) eingebüßt haben dürften, daß die chinesische Flotte einige ihrer Schiffe verloren hat, daß im übrigen die chinesischen Landstreitkräfte vollständig intact sind, kein Japaner bis zum 1. October auf chinesischem Boden stand und die Schwierigkeiten für die Japaner nunmehr erst beginnen. — Daß sich die japanischen Truppen, namentlich die Offiziere und höheren Befehlshaber den Chinesen überlegen gezeigt haben, konnte diejenigen nicht Wunder nehmen, die die beiden Armeen kennen; daß die Japaner im raschen Siegeslauf Korea überrannt haben, ist nichts Neues in den Kriegen zwischen China und Japan. Bei der Invasion, die am 25. Mai 1592 mit dem Angriff auf Fusan begann, hatten die Japaner in einigen zwanzig Tagen Ping-Yang erreicht, und es war erst gegen Mitte August, daß die von den Koreanern zu Hülfe gerufenen Chinesen die Grenze des Königreichs überschritten; aber im Februar 1593 waren die Japaner aus Ping-Yang und im Mai desselben Jahres aus Söul herausgeworfen, nachdem sie vorher, um die Vertheidigung dieser Stadt zu erleichtern, den größten Theil derselben niedergebrannt und die Bevölkerung niedergemacht oder ausgetrieben hatten. Am 10. Mai 1599 war kein japanischer Soldat mehr auf koreanischem Boden,

aber 185 738 Koreaner und 29 014 Chineſen, deren Ohren und Naſen als Siegestrophäen nach Kioto geſchickt worden waren, hatten ihr Leben durch das Schwert verloren. — Bei dieſen hiſtoriſchen Erinnerungen kann man kaum annehmen, daß die Chineſen ſich durch die erſten Erfolge der Japaner einſchüchtern laſſen oder die Koreaner die Segnungen der japaniſchen Civiliſation mit beſonderer Begeiſterung aufnehmen werden.

Es iſt viel zu früh, den Ausgang des Krieges vorherſagen zu wollen, aber es wird wohl Wenige geben, die China und Japan kennen, die nicht der Anſicht ſein dürften, daß, wenn die Chineſen aushalten, die Stunde kommen muß, in der die Japaner bedauern werden, ſich auf ein Unternehmen eingelaſſen zu haben, deſſen Schwierigkeiten mit jedem Tage zunehmen. Die japaniſche Armee zählt im Frieden circa 65 000 Mann, wenn man die Reſerven und die Territorialarmee jede ebenſo hoch rechnet, ſo erhält man circa 200 000 Mann, von denen 150 000 Mann gegen Korea und China verwendet werden können, ſoweit es möglich iſt, für dieſelben die erforderliche Verpflegung, Munition, Trains u. ſ. w. nachzuführen. Ein großer Theil der Soldaten iſt der Landbevölkerung entnommen; eine längere Dauer des Krieges und größere Verluſte werden dieſelbe bald eines Unternehmens überdrüſſig machen, von dem ſie keinerlei Vortheil, ſondern nur eine Erhöhung der Steuern zu erwarten hat. Mit dieſen Erwägungen wird auch die japaniſche Regierung zu rechnen haben, um ſo mehr, als die Baarreſerven der Nationalbanken ſchon eine nicht unerhebliche Verminderung zeigen und auch der Cours des Papiergeldes bereits im Auguſt, wenn auch nur wenig, unter Pari war.

Vor allen Dingen dürfte es ſich empfehlen, die Alarmnachrichten aus China mit großer Vorſicht aufzunehmen. „In Hankau herrſcht furchtbare Panik, die ſich nach einigen Tagen in Folge der Ankunft des engliſchen Kriegsſchiffes ‚Esk‘ legt.“ Nun iſt der Esk 330 Tonnen groß und hat 52 Mann Beſatzung; Hankau und die beiden anderen Städte am Zuſammenfluſſe des Yangtſze

und des Han zählen mindestens zwei Millionen Einwohner, die Panik unter den Fremden muß also entweder sehr unbegründet oder sehr gering gewesen sein, wenn die Ankunft des Esk solche Wirkung hat hervorbringen können.

„Die verheiratheten Zollbeamten verlassen mit ihren Familien Peking." Das heißt, die in Peking anwesenden verheiratheten Beamten des Generalzollinspektorats der fremden Seezölle sind nach anderen Plätzen versetzt und durch unverheirathete Beamte ersetzt worden, eine äußerst verständige Maßregel des Generalzollinspektors Sir Robert Hart, denn Frauen und Kinder sind in einem Kriege zwischen Orientalen und in einer möglichen Falls einem Angriff ausgesetzten Stadt immer eine Last und eine Sorge, darum ist die Maßregel aber auch keine, die irgend welche Aufregung hervorrufen sollte. — Endlich, um nur noch ein Beispiel anzuführen, hat die letzte Sitzung des englischen Cabinets zu den allerunmöglichsten Gerüchten und Voraussetzungen Veranlassung gegeben, die schließlich darin gipfelten, daß ein Lager englischer Truppen bei jedem der 19 Vertragshäfen aufgeschlagen werden solle.

Nun gibt es nicht neunzehn, sondern zwanzig geöffnete Plätze, Peking und sechs Landeplätze am Yangtsze nicht eingerechnet, und wo soll England die Truppen hernehmen für solche Besatzungen, da es in Hongkong nur circa 3000 Mann, in Singapore 1000 Mann stehen hat, die es dort selbst gebraucht? Nebenbei scheint man ganz zu vergessen, daß in 1884—86, während des chinesisch-französischen Conflicts, die chinesische Regierung durchaus im Stande gewesen ist, Ruhe im Lande zu halten und die Fremden zu schützen, und daß sie die Verpflichtung dazu auch in dem vorliegenden Falle den fremden Regierungen gegenüber ausdrücklich anerkannt und übernommen hat. — Daß eine gewisse Aufregung in China herrscht, ist unzweifelhaft, sowie daß dieselbe durch die Zusammenziehung starker Truppenmassen vermehrt wird, beides würde aber auch in jedem andern Lande der Fall sein, und von Angriffen auf Fremde,

wie sie zum Beispiel in 1891 stattfanden, ist bis jetzt nichts berichtet worden.

Dann die Gerüchte über den Verrath und die Pläne Li Hung Changs! — Li hat sein Bestes gethan, den Krieg zu vermeiden, schon weil er wußte, daß die Verantwortlichkeit für die Führung und den Erfolg ihm zufallen würde, und weil er hoffte und wünschte, daß ihm bei seinem Alter, er ist 73 Jahre alt, eine solche Aufgabe erspart werden möge. Außerdem sind die frühere Kaiserin-Regentin und der Prinz von Kung, und wohl auch der junge Kaiser seine besten Stützen, während die der ultrakonservativen Partei angehörigen chinesischen Staatsmänner seine erbitterten Feinde sind. Welches Interesse sollte er also an dem Sturze der mandschurischen Dynastie haben? Und warum sollte der Bestand derselben bedroht sein, wenn der Kaiser und der Hof Peking verließen? In 1860 hat der Kaiser Peking verlassen und sich nach Jehol geflüchtet; Peking ist in dem Jahre von den Engländern und Franzosen eingenommen worden, während das halbe Reich in den Händen der Taiping, Nienfei und mohammedanischen Rebellen war, und die Dynastie hat dies Alles überstanden. Der Unterschied zwischen Chinesen und Mandschuren besteht viel mehr in den Köpfen der Fremden wie in denen der Chinesen, und ich glaube kaum, daß ein einziger chinesischer Staatsmann eine solche Eventualität ernsthaft ins Auge faßt. Es geschieht dies schon deshalb nicht, weil weder eine Persönlichkeit noch eine Partei vorhanden sind, die an die Stelle der jetzt regierenden Dynastie treten könnten. Von allen fremden Mächten hat nur Frankreich ein Interesse an einen für China möglichst ungünstigen Ausgange des Krieges, da es dann hoffen kann, im Trüben zu fischen und seine Besitzungen in Hinterindien auf Kosten Chinas zu vergrößern. — Rußland ist der Conflict zwischen den beiden ostasiatischen Mächten sehr unangenehm; ein siegreiches Japan kann und muß ein um so unbequemerer Nachbar werden, als Rußland eine starke Macht in Korea nicht dulden will und darf; ein durch Niederlagen zur

Einsicht gekommenes China, das seine Armee wirklich reorganisirt, würde aber auch viel größere Anstrengungen und Rücksichten seitens Rußlands erfordern als das frühere unkriegerische und ungerüstete. Rußland würde es daher am liebsten sehen, wenn der Kampf zwischen China und Japan mit einer Wiederherstellung des früheren Zustandes endigte, bis die Vollendung der transsibirischen Bahn ihm erlaubt, bei der endgültigen Regelung der koreanischen Frage das entscheidende Wort zu sprechen. Auch England ist durch die Eröffnung der Feindseligkeiten in sehr unangenehmer Weise berührt worden, heute sucht es sich mit den Ereignissen abzufinden, indem es hofft, in der neu entdeckten Macht Japans eine Unterstützung gegen Rußland finden zu können. Die Vereinigten Staaten halten sich reservirt, obgleich die Sympathien der öffentlichen Meinung für Japan sind, hauptsächlich wegen der Frage der Einwanderung chinesischer Arbeiter nach Amerika.

Daß vor Ausbruch des Krieges England und Rußland in Peking wie in Tokio bemüht gewesen sind, denselben zu verhindern und eine Verständigung herbeizuführen, unterliegt keinem Zweifel; ihre Bemühungen sind erfolglos geblieben, weil Japan, das den Krieg wollte, bei jedem Nachgeben Chinas stets neue Forderungen stellte und weil — wie ein fremder Diplomat sehr richtig bemerkte — die beiden Mächte sich ihre Vermittelung nichts kosten lassen wollten. Derselbe Grund verhindert auch heute eine gemeinsame Aktion der Mächte zur Beendigung der Feindseligkeiten. Der Augenblick dazu war nach der Vertreibung der Chinesen aus Korea gekommen; Vermittelungsvorschläge würden in Peking gern angenommen worden sein; in Tokio hätten sie von der Erklärung begleitet sein müssen, daß die fremden Mächte sich einer Fortsetzung der Feindseligkeiten vorkommenden Falles widersetzen würden. Vor einem solchen Schritt sind England und Rußland zurückgeschreckt; die anderen Mächte haben aber keine Veranlassung, für die am meisten bei der ostasiatischen Frage interessirten Staaten die Kastanien aus dem Feuer zu

holen. Von ihnen kann nur erwartet und verlangt werden, daß sie sich etwaigen Schritten Rußlands und Englands anschließen. — Nachdem die erste Gelegenheit so versäumt worden ist — denn von einer solchen Erklärung nicht begleitete Vermittelungsversuche können nicht ernst genommen werden — bleibt nur zu hoffen, daß der Augenblick nicht mehr fern sein wird, wo Verluste und Ermüdung auch die Japaner gutem Rathe zugänglicher machen werden.

Was den Schutz der Fremden in China anbetrifft, das heißt den Schutz der fremden Niederlassungen oder der in den geöffneten Häfen lebenden Fremden, so kann derselbe leicht durch die Kriegsschiffe der Vertragsmächte bewerkstelligt werden; es gehört dazu nur, daß die diplomatischen Vertreter und die Befehlshaber der verschiedenen Geschwader in den ostasiatischen Gewässern sich darüber verständigen, daß an jeden Platz je nach seiner Bedeutung und der Anzahl der sich dort aufhaltenden Fremden ein oder mehrere Schiffe gelegt werden, die sich dauernd dort aufzuhalten haben. Daß seitens der diplomatischen Vertreter einer solchen Vereinbarung keine Hindernisse in den Weg gestellt werden würden, ist unzweifelhaft; weniger zugänglich für derartige Erwägungen pflegen die Stationskommandanten zu sein, die gern hohe Politik treiben und zu dem Zweck ihre Schiffe möglichst zusammenzuhalten suchen. Es würde Sache der heimischen Regierungen gewesen sein, nach dieser Richtung hin einerseits bestimmte Befehle zu ertheilen, andererseits durch die Verstärkung ihrer Flottenstationen in Ostasien die Möglichkeit für die Ausführung derselben zu geben. Wenn aber, wie dies thatsächlich der Fall, die erforderlichen Verstärkungen erst Anfangs October von Europa abgehen, nachdem die Feindseligkeiten Ende Juli begonnen hatten, so beweist das, wie sehr man sich in London und Paris über die Tragweite der Ereignisse in Ostasien getäuscht hatte. Die diplomatischen Vertreter, namentlich in Peking, dürfte keine Schuld treffen; sie werden ihre Regierungen nie darüber im Zweifel gelassen haben, daß China sich für Korea

schlagen müßte und würde, und daß die unzureichende militärische Organisation Chinas Mißerfolge desselben wenigstens zu Anfang außer Frage stellte.

In ähnlicher Weise trifft die heimischen Regierungen die Schuld dafür, daß das Leben der Fremden in China bedroht erscheint. Hätten sie die sich seit Jahren bietenden Gelegenheiten benützt, die chinesische Regierung in unzweideutiger Weise daran zu erinnern, daß das Leben und das Eigenthum der Fremden unverletzlich sein müsse, so würde die Ueberzeugung davon heute in das Fleisch und Blut der Lokalbehörden und der Bevölkerung übergegangen sein. Dort mußte der Hebel angesetzt werden, und wenn die Strafe für Ausschreitungen und Angriffe die Beamten und die Bevölkerung, namentlich die Notabeln (Gentry) getroffen hätte, so würde heute der Geist des zu thätlichen Angriffen geneigten Fremdenhasses sich nirgends mehr regen. Daß dies möglich, beweist die für den Mord des Missionars Wylie erlangte schnelle und vollständige Genugthuung, darum tragen aber auch die Vertragsmächte, die bei früheren Gelegenheiten es an Entschiedenheit und Entschlossenheit haben fehlen lassen, die Schuld an der heutigen unbefriedigenden Lage und den sich aus derselben ergebenden Gefahren.

Was unter den jetzigen Verhältnissen in Ostasien nothwendig erscheint, ist eine Verständigung aller Mächte zum gemeinsamen Schutz aller Fremden in den geöffneten Häfen Chinas durch die dauernde Stationirung von Kriegsschiffen in denselben, begleitet von der kategorischen Erklärung an die Regierung und die Lokalbehörden, daß die Befehlshaber der Schiffe angewiesen seien, jede Ausschreitung erforderlichen Falles mit Gewalt zu unterdrücken oder zu strafen. In Bezug auf die im Inlande zerstreut lebenden Missionare muß der Schutz derselben der chinesischen Regierung überlassen bleiben, die auch durchaus im Stande ist, denselben auszuüben. Wenn die Lokalbeamten und die Notabeln und vor allen Dingen die letzteren wissen, daß sie verantwortlich gehalten werden, so ist wenig Gefahr vor-

handen, daß sie ihren Einfluß nicht im guten Sinne anwenden werden.

In politischer Beziehung wäre zu wünschen, daß Rußland und England sich über gemeinsame, Japan und China zu machende Vorschläge einigten und deren Annahme dann im Verein mit den anderen Vertragsmächten seitens der Kriegführenden mit Entschiedenheit betrieben und durchsetzten; es wird dies immer noch leichter und einfacher sein, als später die Folgen einer nur abwartenden Politik tragen zu müssen.

X.

Der chinesisch-japanische Conflict.*)

(1895.)

*) Abgedr.: Deutsche Rundschau. 1895. Februar.

Der bisherige Verlauf des chinesisch-japanischen Krieges ist in mehr als einer Beziehung reich an Ueberraschungen gewesen. Während von vornherein angenommen werden konnte, daß die japanischen Truppen sich den chinesischen in Ausrüstung, Tapferkeit und Führung überlegen zeigen würden, mußte man nach den im Jahre 1860, sowie während des Taiping-Aufstandes und des Krieges in Tongking gemachten Erfahrungen voraussetzen, daß auch die Chinesen sich mit Bravour schlagen und wenigstens dort, wo sie durch das Terrain oder Verschanzungen unterstützt waren, ihren Gegnern den Sieg schwer machen würden. In dieser Beziehung hat man sich, wenigstens bis jetzt, gründlich getäuscht gesehen; den verschiedenen Niederlagen der Chinesen ist durch ihre erbärmliche Vertheidigung Port Arthurs und die Art, wie sie die Festungswerke, Docks und sonstigen Anlagen dieses Hafens dem Feinde unversehrt überlassen haben, die Krone aufgesetzt worden, denn bei nur einigermaßen guter Vertheidigung, und nachdem die Chinesen Monate gehabt hatten, um die weniger befestigte Landseite durch Feldverschanzungen zu verstärken, hätte Port Arthur auch einem tüchtigen Gegner einen langen Widerstand entgegenzusetzen im Stande sein müssen. Niemals aber hätte es den Japanern in einem Zustande in die Hände fallen dürfen, der ihnen erlaubt, es zum Stützpunkt weiterer Operationen zu machen. Nur die Flotte, deren Be-

mannung sich doch theilweise, unter äußerst ungünstigen Verhältnissen, gut geschlagen hat, bietet ein etwas besseres Bild, und in der Mandschurei scheinen die chinesischen Führer und Truppen sich in der letzten Zeit so weit ermannt zu haben, daß sie dem japanischen Vordringen einen entschiedeneren und nicht erfolglosen Widerstand leisten.

Trotz dieser erbärmlichen chinesischen Haltung und trotz ihrer Siege stehen die Japaner heute noch weiter von Peking entfernt, als die verbündeten englisch-französischen Truppen 1860 nach der Landung bei Petang. Aus dem militärischen Spaziergang nach der Hauptstadt, den Viele vorausahen und vorausagten, ist also nichts geworden, und China hat somit Zeit und Gelegenheit gehabt, aus den entfernteren Provinzen neue Kräfte heranzuziehen, die Ausrüstung seiner Armeen zu verbessern und zu vervollständigen und durch das Engagement fremder Instructeure seinen Soldaten das Selbstvertrauen zu geben, das ihnen bis jetzt so sehr gefehlt hat.

Die Lage für China würde also durchaus nicht eine so verzweifelte sein, wie dies vielfach behauptet wird. Nicht China ist zusammengebrochen, sondern einzelne politische Persönlichkeiten, die aus nicht recht klaren Gründen vom Beginn des Conflicts an es vorgezogen haben, nach Frieden zu jammern, statt in energischen Anstrengungen zur Vertheidigung das sicherste Mittel zu sehen, billige und ehrenvolle Bedingungen für denselben zu erhalten.

Die Gefahr der Lage besteht aber für China sowohl wie für die neutralen Mächte viel weniger in den bisherigen militärischen Erfolgen der Japaner, als in der in Europa lange nicht genug gewürdigten Thatsache, daß die jetzigen Leiter der japanischen Politik durchaus nicht als in ihren Entschlüssen frei angesehen werden können, sondern sehr wesentlich von dem Drängen der radicalen Partei beeinflußt werden, deren Programm auf Ueberhebung und Fremdenhaß beruht.

Die Entführung des Mikado nach Hiroshima entspricht nur

den alten Ueberlieferungen der japanischen inneren Politik; wer die Person des Mikado besitzt, wird als der legitime Vertreter seines Willens angesehen. In den Kreisen der japanischen Politiker hat der Mikado freilich schon längst jede wirkliche Bedeutung verloren — ich erinnere mich, daß bereits 1871 die sich damals in Berlin aufhaltenden japanischen Studenten, von denen heute viele hohe Stellungen einnehmen, die Frage erörterten, ob ein Kaiserthum oder eine Republik die wünschenswerthere Regierungsform für Japan sei, und daß sich die Mehrzahl nur aus Opportunitätsgründen für das erstere entschied. Im Volke dagegen, das freilich wenig um seine Ansicht gefragt wird, besitzt der Kaiser immer noch einen großen moralischen Einfluß, den auch seine Modernisirung nicht vollständig zu zerstören vermocht hat. Aber trotzdem die im Amt befindlichen Minister sich so der Person des Herrschers versichert haben, wird die radicale Partei maßgebend auf den Gang der in Aussicht genommenen Friedensverhandlungen einwirken; denn weder Graf Ito noch einer seiner Collegen werden wagen, vor das japanische Parlament mit einem Frieden zu treten, der nicht die Forderungen der Partei des Grafen Okuma und Genossen befriedigt. Diese Forderungen sind eingestandener Maßen die Eroberung Pekings und die Demüthigung Chinas und selbstverständlich, wenn auch nicht besonders erwähnt, gewisse materielle Vortheile, als welche von den stets mehr oder weniger von einzelnen hervorragenden Persönlichkeiten beeinflußten japanischen Zeitungen eine hohe Kriegsentschädigung und die Abtretung von Formosa, Liaotung und Shinking, d. h. dem südlichen Theil der Mandschurei, genannt werden. Der Phantasien von der Zerstückelung Chinas, der Reorganisation der chinesischen Armee durch die Japaner und besonderen Handelsvortheilen für die Japaner braucht hier wohl nicht Erwähnung zu geschehen; aber schon die angeführten Bedingungen, namentlich was die Gebietsabtretungen anbetrifft, sind der Art, daß kein chinesischer Staatsmann sich bereit finden dürfte, denselben zuzustimmen, ehe die Japaner nicht ganz andere

Erfolge als die bisher errungenen aufzuweisen haben. — Es ist also nicht unwahrscheinlich, daß der Krieg fortdauern und damit an die Japaner die Nothwendigkeit herantreten wird, noch größere Opfer zu bringen, als sie dies bisher gethan haben.

Unter den vielen Dingen, die die Japaner vom Auslande gelernt haben, nimmt die ausgiebige und geschickte Benutzung der Presse einen hervorragenden Platz ein. Vom Kriegsschauplatz dringen nur die spärlichsten Nachrichten in die Oeffentlichkeit, und Alles, was an den Erfolgen der Japaner Zweifel erwecken oder dieselben als mit zu großen Opfern erkauft erscheinen lassen könnte, wird sorgfältig verschwiegen. Trotzdem wird man wohl nicht irren, wenn man annimmt, daß die Verluste an Menschen recht beträchtliche sind, und daß die angebliche Begeisterung, mit welcher die Bevölkerung der Regierung ihre Ersparnisse zu geringen Zinsen zur Verfügung gestellt haben soll, wenn sie überhaupt je in dem angegebenen Maße bestand, eine recht erhebliche Abkühlung erlitten hat.

Alles in Allem darf man die Sachlage wohl dahin zusammenfassen, daß, während die Japaner durch gute Organisation wohl vorbereitete militärische Erfolge errungen haben, dieselben doch noch durchaus nicht der Art sind, um die Chinesen zu nöthigen, sich dem Sieger auf Gnade oder Ungnade zu unterwerfen. China ist im Gegentheil noch vollständig im Stande, sich der Angriffe seiner Nachbarn zu erwehren, die bis jetzt nur die äußeren Grenzen des großen Reiches angeschnitten haben, und Japan durch Ermüdung und Erschöpfung zum Aufgeben seines Unternehmens zu zwingen. Ein solcher Erfolg, für den der Umfang und die Bevölkerungszahl Chinas einen sehr wesentlichen Factor bilden würden, hängt allerdings wesentlich davon ab, ob die leitenden chinesischen Staatsmänner sich zu dem Entschluß, energischen Widerstand zu leisten, aufraffen werden, oder ob ihnen derselbe durch die übertriebenen Forderungen der Japaner aufgezwungen werden wird. Jedenfalls würde ein solcher Entschluß und seine Durchführung nicht nur

im Interesse Chinas, sondern auch der Vertragsmächte und ganz besonders Deutschlands liegen.

Deutschland hat China in dem ihm aufgedrängten Kriege bisher wenig Sympathien entgegengebracht; die öffentliche Meinung und die Presse haben vielmehr um das japanische Kalb getanzt, wie weiland 1848 um das polnische. Es ist dies um so bedauerlicher, als die deutschen Interessen mit am meisten unter einer Veränderung der bisherigen Lage der Dinge in Ostasien zu leiden haben würden. Was zuerst Japan anbetrifft, so ist es durchaus irrthümlich, die Annahme europäischer Cultur durch die regierende Classe — denn nur um diese und auch um sie nur theilweise handelt es sich — irgend welchem ethischen Bedürfniß zuzuschreiben; es hat sich vielmehr bei derselben nur darum gehandelt, möglichst bald auf Grund der fremden Cultur und Tracht die politische und sociale Gleichstellung mit den Kaukasiern verlangen zu können. Im Uebrigen ist der Japaner das geblieben, was er war, und man braucht ihn gar nicht sehr zu kratzen, damit unter dem schwarzen Gehrock und der engen Hose der Asiat zum Vorschein komme, der den Fremden viel mehr haßt und — wenn man die Wahrheit sagen will — viel mehr verachtet, als der lymphatischere Chinese. Nebenbei ist der Japaner auch auf industriellem Gebiete der Concurrent der Europäer, und er hat seit einem Jahrzehnt besonders der deutschen Industrie gegenüber das getrieben, was wir in der Heimath unlauteren Wettbewerb zu nennen pflegen; das heißt, er hat deutsche Schutzmarken aller Art ungescheut nachgemacht und mit Hülfe derselben unseren Handelsverkehr in China ernstlich geschädigt.

Fragt man nun, welchen Vortheil für Europa und besonders für Deutschland der Sieg der Japaner bringen würde, so hört man oft die Antwort: Die Chinesen ordentlich aufzurütteln und der westlichen Cultur zugänglich zu machen. Wenn man darunter versteht, aus China einen Militär- oder Industriestaat nach europäischen Anschauungen zu machen, so ist wirklich schwer zu

begreifen, welche Vortheile sich daraus ergeben könnten. Ein halbes Dutzend Bankiers würde gute Geschäfte mit chinesischen Anleihen machen, ein Dutzend Industrieller mit dem Verkauf von Maschinen für größere Fabrikanlagen desgleichen, und dann? Haben wir ein Interesse daran, unseren Arbeitern das Brot vom Munde zu nehmen, indem wir durch Anlegung und Beförderung industrieller Unternehmungen in China selbst nicht nur unsere Ausfuhr nach dort schmälern, sondern auch noch chinesische Concurrenz auf unseren Märkten groß ziehen? Oder würden wir in dem Falle die Einfuhr in China gefertigter Waaren verhindern, wie heute schon einzelne Staaten sich der Einwanderung chinesischer Arbeiter widersetzen? Und würde ein militärisch erstarktes China sich eine solche Behandlung gefallen lassen, oder würde es nicht vielmehr, wie der japanische Minister der auswärtigen Angelegenheiten am 14. Februar 1894 dies dem britischen Geschäftsträger, Herrn von Bunsen, gegenüber that, erklären, daß es zu anderen Mitteln greifen werde, um das durchzusetzen, was es als sein Recht betrachte, wenn seine Vorschläge in London nicht die gewünschte Beachtung fänden?

Und den anderen Fall gesetzt, daß Japan China zwänge, ihm Formosa, die südliche Mandschurei und Liaotung abzutreten, wie lange würde es dauern, bis Rußland den anderen Theil der Mandschurei und das neue Gebiet an sich risse, bis Frankreich nach Yünnan und Kwangsi hinübergriffe, ja seine Hand vielleicht nach Canton ausstreckte und England sich durch andere Erwerbungen chinesischen Gebiets schadlos hielte? Glaubt man etwa in Deutschland, daß wir in Gebieten unter französischer, russischer oder japanischer Herrschaft so unbehindert und unter so vortheilhaften Bedingungen Handel und Schiffahrt würden treiben können, wie dies geschieht, so lange sie zu China gehören? Was wir von französischen und russischen schutzzöllnerischen Tendenzen zu erwarten haben, wissen wir, und der Japaner ist sicherlich ein noch viel schlimmerer Schutzzöllner, als die beiden, nur daß er bis jetzt nicht in der Lage gewesen ist,

seinen Gelüsten so nachgehen zu können, wie er dies wohl gewünscht hätte.

Es wäre aber auch möglich, daß Japan das Ziel erreichte, welches wenigstens einzelnen seiner Staatsmänner als das wünschenswertheste erscheint, d. h. eine Verständigung mit China, die ihm dessen Hülfsmittel gegen das Ausland zur Verfügung stellte; wie würde uns die Uebertragung der Monroe-Doctrin auf Ostasien, „Asien für die Asiaten", gefallen? Und würde die mögliche politische Wirkung, die eine solche Combination auf Rußland ausüben könnte, den Schaden ersetzen, den unser Handel unbedingt dadurch erleiden müßte?

Die Phrasen von der Eröffnung des ganzen China und dem civilisatorischen Einfluß des Auslandes auf dasselbe sind für den, der die Verhältnisse kennt, ohne jeden praktischen Werth. Welchen Einfluß das Ausland übt, haben wir zur Genüge in der uns näher liegenden Türkei gesehen, wo die Leute als die besten gelten, die am wenigsten von der europäischen Cultur berührt worden sind. Die Eröffnung des ganzen Landes ist eine Forderung, über deren Tragweite Diejenigen, die sie stellen, sich wohl kaum klar geworden sein dürften. Die Pioniere der Civilisation, die sich einige hundert Meilen von einem der geöffneten Häfen entfernt im Inlande niederlassen würden, dürften, nach allen bisherigen Erfahrungen zu urtheilen, nicht gerade die für die Verbreitung westländischer Cultur geeignetsten Persönlichkeiten sein; sie würden außerdem nicht allein jedes thatsächlichen Schutzes, sondern auch jeder Aufsicht entbehren und daher zu Zuständen Veranlassung geben, die die Macht, der sie angehören, nur zu oft vor das Dilemma eines Conflicts oder eines würdelosen Geschehenlassens stellen müßten. Außerdem ist es Thatsache, daß in einer großen Zahl der bis jetzt geöffneten Häfen wenige oder keine europäischen Handlungshäuser sich niedergelassen haben, und der Verkehr fast ausschließlich in den Händen der Chinesen liegt. Auch darf nicht übersehen werden, daß eine derartige, von japanischer Seite gestellte Forderung

um so eigenthümlicher sein würde, als die japanische Regierung selbst durchaus nicht die Absicht hat, die Chinesen in das Innere Japans zuzulassen, wie es denn überhaupt noch zweifelhaft ist, welche Stellung die radicale Partei der in den jüngst abgeschlossenen Verträgen vereinbarten Zulassung anderer Ausländer ins Innere gegenüber einnehmen wird.

Der Lage in Korea ist in Vorstehendem nicht Erwähnung geschehen; aber selbst dem Voreingenommensten muß während der letzten sechs Monate klar geworden sein, daß die japanische Civilisation den Bewohnern des Reichs der Morgenruhe nur mit Gewalt aufgezwungen werden kann, und daß es Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende von Opfern kosten wird, bis der Koreaner die Segnungen eines parlamentarischen Regimes, einer politischen Presse und europäischer Kleidung über sich ergehen läßt.

Es gibt andere Mittel und Wege, Reiche der Civilisation zu erschließen und zuzuführen, als gezogene Geschütze und Gewehre, und die Welt hat kein Interesse daran, in Ostasien einen Staat entstehen zu sehen, der, wie Frankreich in Europa, durch seine ungezähmte und lange unbestrafte Eitelkeit, Ruhm- und Ländergier, seinen Nachbarn eine Geißel und allen Staaten ein Gegenstand fortwährender Besorgniß wird. Daß Japan aber das werden würde, wenn sein Ueberfall Chinas auch nur einen Theil der Erfolge zeitigte, die es von demselben erhofft, kann selbst für seine Freunde wohl kaum einem Zweifel unterliegen; es würde daher in dem Interesse seiner eigenen gedeihlichen Weiterentwickelung sein, wenn es durch den erfolgreichen Widerstand der Chinesen oder andere äußere Veranlassungen daran erinnert würde, daß Eitelkeit und Ruhmsucht schlechte Berather sind, und die Aera willkürlicher, durch keine zwingenden ethischen Nothwendigkeiten gebotener Ausbrüche auch für Ostasien vorüber ist.

XI.

Zur oſtaſiatiſchen Frage.*)

(1895.)

—x—

*) Abgedr.: Deutſche Rundſchau. 1895. Juli.

Der ostasiatischen Tragödie erster Theil hat mit einem Possenspiel, der Ausrufung der formosanischen Republik, geendigt. Die neue Regierung, die ihre Existenz wohl der unbotmäßigen Soldateska verdankte, ist bald zusammengebrochen, den Japanern aber wird die Unterwerfung der aufständischen Soldaten und Bevölkerung voraussichtlich trotzdem noch erhebliche Opfer an Geld und Menschen kosten. Ein Theil des westlichen Abhanges des das Rückgrat der Insel bildenden Gebirgszuges und der ganze östliche Abhang desselben ist von ununterworfenen Stämmen, den wahrscheinlich malayischen Ursprungs und in halbwildem Zustande befindlichen Ureinwohnern Formosa's, bewohnt, die sich vielfach unter einander befehden und mit den Chinesen in dauerndem Kriegszustande leben, obgleich an einzelnen Punkten zeitweilig ein gewisser Verkehr, Tauschhandel, namentlich mit Salz stattfindet. Die Bevölkerung des den Chinesen bisher unterworfenen westlichen Theils der Insel besteht aus Ping-pu-hwans, Hakkas und Fukinesen. Die Ping-pu-hwans, d. h. die Wilden der Ebene, sind die Ureinwohner, welche sich der chinesischen Herrschaft unterworfen und, zum Theil wenigstens, chinesische Sitten und Kleidung angenommen haben. Die Hakkas, d. h. Fremde, gehören einer zur Zeit der Mongolenherrschaft im zwölften Jahrhundert aus Kiangsu oder Shantung nach dem Süden, d. h. den beiden Kwangs, ein-

gewanderten Rasse an, die sich durch Fleiß, Gradheit und Unbotmäßigkeit auszeichnet. Zwischen ihnen und den Puntis, d. h. „denen vom Boden", den ursprünglich in den Kwangs angesiedelten Chinesen, besteht und bestand bittere Feindschaft; aus den Hakkas gingen die Leiter des Taiping-Aufstandes hervor, und in ihren Landsleuten fanden dieselben ihre tapfersten Anhänger. Um den Verfolgungen und Bedrückungen der Mandarinen und der Puntis zu entgehen, sind große Scharen von Hakkas nach Formosa ausgewandert, wo sie den Ureinwohnern gegenüber gewissermaßen die Rolle von Pionieren der chinesischen Civilisation spielen. Ihrer Thätigkeit und ihrem unablässigen Vordringen nach Osten allein sind die Fortschritte zu verdanken, die die Chinesen den Ureinwohnern gegenüber auf der Insel gemacht haben. In unablässigen Kämpfen mit einem jungfräulichen Boden und den Wilden hat sich der Charakter der nach Formosa eingewanderten Hakkas noch mehr gestählt; sie sind, wie verschiedene Aufstände wegen der Erpressungen der Beamten noch in der letzten Zeit bewiesen haben, sehr unbequeme Unterthanen, und es wird im Wesentlichen von der Behandlung, welche man japanischerseits diesem Theil der Bevölkerung angedeihen läßt, abhängen, wie die Zustände auf dem der chinesischen Herrschaft bis jetzt unterworfenen Gebiet sich gestalten. — Aus den Fukinesen, den vom gegenüberliegenden Festland eingewanderten Chinesen, setzt sich die Handel und Handwerk treibende Classe zusammen; wenn dieselben auch zuerst den neuen Herren der Insel großes Mißtrauen und Zurückhaltung entgegenbringen werden, so sind sie viel zu praktische Geschäftsleute, um nicht bei guter und gerechter Behandlung bald den alten Verkehr wieder aufzunehmen. Sollte die japanische Verwaltung ihr Vertrauen und ihre Zustimmung zu erlangen wissen, so würde damit der Corruption der chinesischen Behörden gegenüber eine etwaige japanische Propaganda auf dem Festlande sehr gefördert werden und eine politische Bedeutung erlangen können, die ernster Beachtung werth wäre.

Wie sich aus dem Vorstehenden ergibt, ist die Aufgabe der Japaner, die noch durch die auf der Insel befindlichen Schwarzflaggen und entlassenen Soldaten erschwert wird, keine leichte; die Verluste, die ihre Truppen namentlich durch Krankheiten erleiden dürften, werden ihnen den begehrten Besitz wohl manchmal noch als etwas theuer erkauft erscheinen lassen und dadurch vielleicht beitragen, den Eifer der Heißsporne in Opposition und Presse etwas abzukühlen. Die Schwierigkeiten, mit welchen die japanische Regierung zu kämpfen hat, um denselben nicht nur das durch das Eingreifen Deutschlands, Rußlands und Frankreich nothwendig gewordene Aufgeben der dauernden Gebietserwerbungen auf dem Festlande, sondern überhaupt die Bedingungen des Friedens von Shimonoseki annehmbar zu machen, zeigen, wie wenig die extremen Parteien und die unverantwortlichen Berather der öffentlichen Meinung im Stande oder bereit sind, thatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen und ihre eigenen hochgespannten Ansprüche auf das Maß des Erreichbaren herabzusetzen. In diesem Mangel an der Fähigkeit zur Beschränkung, wie in der Ueberschätzung des eigenen Wissens und Könnens, zwei Eigenschaften, zu deren Entwickelung das den Japanern von Europäern und Amerikanern in maßloser Weise gespendete Lob und die damit verbundene geistige Verhätschelung nicht unwesentlich beigetragen haben, liegt für alle wahren Freunde Japans die schwerste Gefahr für die gedeihliche Weiterentwickelung des Landes, eine Gefahr, die dadurch nicht vermindert wird, daß der Haß gegen die Fremden noch immer wie ein rother Faden sich durch alle Kundgebungen des öffentlichen Lebens zieht. Erst am 18. März d. J., fast genau siebenundzwanzig Jahre nach der durch nichts provocirten oder zu entschuldigenden Ermordung von elf französischen Matrosen bei Sakai, ist in dem japanischen Herrenhause der Antrag eingebracht worden, den elf Soldaten des Prinzen von Tosa, welche ihre Schandthat am 16. März 1868 mit dem Tode gebüßt hatten, in dem zur Verehrung der Geister der im Kampfe für

den Mikado gefallenen Soldaten in Tokio errichteten Tempel auf Staatskosten Ehrendenkmäler zu setzen, und dieser Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen und der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen worden. Daß Generallieutenant Vicomte Tani Takeki, früher Minister für Ackerbau und Handel und noch jetzt Mitglied des Staatsraths, die diesen Antrag enthaltende Petition einbrachte und vertrat, mag sich dadurch erklären, daß er selbst ein Tosa-Mann ist und während der Kämpfe 1867 und 1868 an der Spitze des von seinem Fürsten gestellten Contingents stand; an der Bedenklichkeit der Erscheinung, daß die Mehrzahl der Pairs des Reiches einem solchen Antrage zustimmt und sich dadurch gewissermaßen mit der Partei der Soshi identificirt, in deren Glaubensbekenntniß die Berechtigung und selbst die Pflicht zum politischen Meuchelmorde einen Platz haben, ändert an dieser Thatsache nichts. Solange solche Vorfälle aber sich ereignen können, wird man, wenn auch nicht an der Weisheit und dem guten Willen einzelner Staatsmänner, so doch an denen der Mehrzahl der maßgebenden politischen Persönlichkeiten zweifeln müssen und mit Beunruhigung und Besorgniß dem Zeitpunkt entgegensehen, von welchem ab Fremde der japanischen Gerichtsbarkeit unterstellt werden sollen. Die Aufgabe der japanischen Regierung, in dieser Beziehung in den nächsten fünf Jahren eine Aenderung in den Gefühlen conservativer und radicaler Politiker, die in dieser Frage Hand in Hand gehen, hervorzubringen, ist eine schwere und verantwortliche, die indessen wesentlich erleichtert werden könnte, wenn Bestrebungen, wie die jüngst im japanischen Herrenhause hervorgetretenen, auf denselben geschlossenen Widerstand Seitens der Regierungen der Vertragsmächte stießen, wie derselbe, bevor eine telegraphische Verbindung bestand, Seitens der Vertreter dieser Mächte ähnlichen Ausschreitungen entgegengesetzt wurde.

Die ostasiatische Frage hat eine europäische und eine asiatische Seite, wie Herr Hanotaux neulich in sehr treffender Weise dem französischen Senat auseinandergesetzt hat, und die allgemeinen

Gründe, welche der französischen Regierung die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und der Lebensfähigkeit China's und damit des Friedens in Ostasien und vielleicht in Europa wünschenswerth und nothwendig erscheinen ließen, decken sich mit denen, welche für die Haltung der deutschen Regierung maßgebend waren. Das Zusammengehen Deutschlands, Rußlands und Frankreichs aber bewies, daß es, trotz aller auseinandergehenden Einzelinteressen, doch immer möglich ist, ein Feld und eine Art und Weise zu finden, auf dem und in denen Europa seine gemeinsamen Interessen vertreten kann. Eine weitere Entwickelung und Bethätigung dieser Bestrebungen würde daher nur mit Befriedigung zu begrüßen sein.

Die ostasiatische Frage hat aber, außer der von Herrn Hanotaux berührten zweitheiligen politischen Seite, auch noch eine commercielle und industrielle, die in ihren Wirkungen jede ebenfalls wieder in eine europäische und asiatische zerfallen. Einer Erörterung derselben wird aber eine kurze Erwähnung der Folgen vorauszuschicken sein, die sich für China aus dem Verlust von Formosa ergeben. Die Zolleinnahmen der Insel beliefen sich, soweit dieselben durch die fremden Seezollämter erhoben wurden, auf etwa eine Million hunderttausend Taels, d. h. $3^1/_2$ Millionen Mark. Da die Zolleinnahmen aus dieser Quelle seit 1883 sich mehr als verdoppelt hatten, so ist anzunehmen, daß dieselben bei verständiger Entwickelung der Hülfsquellen der Insel noch einer bedeutenden Steigerung fähig gewesen sein würden. Ob die Einnahmen der chinesischen Verwaltung der Insel erhebliche Ueberschüsse über die Ausgaben ergeben haben, mag dahin gestellt bleiben; Formosa, welches erst vor wenigen Jahren eine selbständige Verwaltung erhalten hat, besaß immer den Ruf eines der am schlechtesten verwalteten Theile des chinesischen Reiches. Die wichtigsten Ausfuhrartikel der Insel sind: Kampher, Zucker und Kohlen. Nur an dem ersteren besitzt Deutschland ein directes Interesse. Der Zucker ging ausschließlich nach Japan und Hongkong, und die Kohlen, für welche in der deutsch-

chinesischen Zusatzconvention von 1880 eine erhebliche Ermäßigung des Ausfuhrzolles vereinbart worden war, damit dieselben auf den ostasiatischen Märkten vortheilhaft mit den japanischen concurriren könnten, sind in Folge der schlechten Bearbeitung und Verwaltung der bei Kilung befindlichen Gruben zu keiner wirthschaftlichen Bedeutung gelangt; 1892 betrug die Ausfuhr 14503 Tonnen im ungefähren Werth von 150000 Mark. Von Kampher wurden in demselben Jahre beinahe 17500 Piculs, d. h. 2100000 Kilogramm ausgeführt, im Werthe von über 850000 Mark; die Kampherproduction ist unzweifelhaft auf Formosa einer sehr bedeutenden und namentlich auch einer viel rationelleren Entwickelung fähig, mit dem Uebergang der Insel in den japanischen Besitz erhält Japan aber fast das Monopol derselben, eine Thatsache, die bei der Verwendung dieses Artikels zur Herstellung des rauchschwachen Pulvers ernster Erwägung bedarf, wie denn überhaupt die Frage der Erhaltung der durch die mit China abgeschlossenen Verträge den Fremden auf Formosa gesicherten Vortheile voraussichtlich noch den Gegenstand diplomatischer Erörterungen bilden wird.

In politischer Beziehung sichert der Besitz Formosa's und namentlich der Pescadores, deren Hafen denen der Hauptinsel weit vorzuziehen ist, den Japanern die Herrschaft über die Straße von Formosa und das chinesische Ostmeer und damit die Möglichkeit, in jedem Augenblick offensiv gegen Südchina vorzugehen, was die chinesische Regierung nöthigen wird, der fortificatorischen, militärischen und maritimen Vertheidigung der an diesem Meere gelegenen Provinzen in viel höherem Maße ihr Augenmerk zuzuwenden, als dies bisher der Fall war.

Was die commercielle Seite der ostasiatischen Frage anbetrifft, so ist man wohl jetzt schon in den betreffenden Kreisen überzeugt, daß die Hoffnungen, die man etwa an die ersehnte und erwartete Eröffnung Chinas zu knüpfen geneigt war, sehr verfrühte gewesen sind. Wie englische Zeitungen mit Recht hervorheben, denkt die chinesische Regierung gar nicht daran, von

ihren alten conservativen Bahnen abzulenken, und es würde eines sehr scharfen Druckes bedürfen, um sie dazu zu veranlassen, d. h. um sie zu vermögen, Concessionen zum Bau und Betriebe von Eisenbahnen und zur Bearbeitung von Bergwerken zu ertheilen. Diesen Druck auszuüben wird aber wohl, und mit Recht, kein Staat geneigt sein, man wird sich vielmehr im Gegentheil wahrscheinlich darauf gefaßt machen müssen, daß die chinesischen Behörden einer Entwickelung der Hülfsmittel des Reiches unter fremder Aufsicht und Leitung für die nächste Zukunft eher noch größeren Widerstand als früher entgegensetzen werden, wäre es auch nur, um sich selbst die Illusion zu erhalten, daß China trotz der Mißerfolge des letzten Jahres seine Unabhängigkeit in vollem Maße bewahrt habe.

Die möglichen Folgen, welche eine weitere Entwickelung der japanischen industriellen Thätigkeit und eine Uebertragung derselben auf chinesisches Gebiet, unter Ausnutzung der dort befindlichen Hülfsmittel und eventueller Benutzung europäischen Capitals, auf die europäische Industrie haben kann, sind wiederholt, unter Anderen auch von Herrn von Hesse-Wartegg, eingehend erörtert worden. Daß die von demselben wie von Anderen und auch von dem Verfasser dieses Artikels aufgestellten Ansichten manchen Kritiken ausgesetzt gewesen sind, ist selbstverständlich und von gewissem Gesichtspunkte aus auch erfreulich, wiewohl sie sich weitaus auf Irrthümer zurückführen lassen, deren Aufklärung und Richtigstellung im allgemeinen Interesse liegen dürfte. Daß ein hoch entwickeltes Land immer ein besserer Abnehmer sein wird als ein niedriger entwickeltes, ist ein theoretisch unangreifbarer Lehrsatz; damit derselbe sich aber in der Praxis bewähre, gehört zu der höheren Entwickelung auch eine entsprechende Steigerung der Bedürfnisse der einzelnen Individuen, und zwar nicht einzelner durch Stellung und Besitz ausgezeichneter Personen, sondern der großen Masse der Consumenten. Nun sind aber in den letzten zehn Jahren die Bedürfnisse des japanischen Arbeiters wenig oder gar nicht gestiegen, und es ist

auch nicht zu erwarten, daß dies während der nächsten Jahrzehnte der Fall sein werde. Die bisherige Entwickelung der japanischen Industrie hat daher bis jetzt hauptsächlich die Wirkung gehabt, eine Anzahl fremder Erzeugnisse von dem japanischen und aus anderen ostasiatischen Märkten zu verdrängen und durch solche japanischen Ursprunges zu ersetzen; ähnlich, nur wahrscheinlich in erhöhtem Maße, wird für absehbare Zeit unzweifelhaft auch das Ergebniß einer weiteren Entwickelung dieser oder anderer ostasiatischer Industrien sein. Eine Concurrenz japanischer Waaren, einzelne Luxusartikel abgerechnet, mit europäischen Waaren auf europäischen Märkten ist für den Augenblick allerdings noch nicht zu befürchten, wohl aber eine solche auf den ostasiatischen Märkten, wo sie in Stapelartikeln, Garnen und Baumwollstoffen, den Absatz englischer und indischer, und in einer Menge anderer Artikel, den deutscher Waaren ernstlich schädigt. In dieser Beziehung wird die Entwickelung jeder ostasiatischen Industrie, die billiger arbeiten kann und weniger Fracht, Versicherung u. s. w. zu bezahlen braucht, als jeder europäischen schädlich anzusehen sein. Selbstverständlich sind auch in diesem Falle der Bimetallismus und noch mehr die Silberwährung als unfehlbare Gegenmittel bezeichnet worden; aber die Rechnung dürfte auch diesmal in der Praxis nicht stimmen, obgleich sich gegen die Richtigkeit des Satzes, daß Goldländer von Silberländern für ihre Erzeugnisse weniger erhalten, als wenn sie selbst auch Silberländer wären, theoretisch nichts einwenden läßt. Es wird dabei immer vergessen, daß das Verhältniß des Silbers zum Golde von ungleich geringerem Einfluß ist als es andere Factoren sind: die Billigkeit des Rohmaterials, der Kohlen, der Arbeit, der Unterschied in den Entfernungen und die davon abhängigen Fracht- und Versicherungssätze und sonstigen Spesen. Vor dreißig Jahren galt der mexikanische Dollar, die hauptsächlichste Handelsmünze Ostasiens, fünf Schillinge und mehr, heute ist er wenig mehr als zwei Schillinge werth; trotzdem ist der Werth der großen Mehrzahl der internen Verbrauchsgegenstände

in China und Japan nicht gestiegen, Einfuhr und Ausfuhr nach und von Europa haben an Quantität und Gesammtwerth dauernd zugenommen, und überall in Europa sind neue industrielle Unternehmungen aller Art entstanden und vermehren sich noch täglich. Darum muß die Abhülfe für die von der Ueberproduction unzertrennlichen Schäden in der Eröffnung neuer Märkte gesucht werden, wie dies auch Lord Salisbury vor Kurzem in Bradford hervorgehoben hat, und nicht in einem Sprunge in die Tiefen eines Zwangskurses, dessen Folgen Niemand voraussagen kann.

Die weitere Entwickelung des Verkehrs mit China und die Möglichkeit einer Steigerung desselben wird aber ganz wesentlich davon abhängen, ob es der chinesischen Regierung oder richtiger den Leuten, in deren Händen dieselbe sich befindet, mit der Reorganisation des Heeres und der Finanzen Ernst ist, oder ob es bei den Phrasen des kaiserlichen Edicts, welches die Nothwendigkeit darauf bezüglicher Maßregeln hervorhebt, sein Bewenden haben wird. Manches scheint darauf hinzudeuten, daß man in China noch nicht zur Erkenntniß der Unabweisbarkeit einer Reform in diesen beiden wichtigsten Zweigen der Verwaltung gekommen ist, sondern daß man, wie von Alters her, versuchen wird, mit kleinen Mittelchen und Mitteln die sichtbarsten Löcher zu übertünchen und im Uebrigen die Sachen gehen zu lassen, wie sie gegangen sind, in dem Glauben, daß eine gütige Vorsehung schließlich doch das Schlimmste verhindern würde. Auf solche Weise gehen Reiche zu Grunde, besonders wenn an ihren Grenzen schon besorgte Nachbaren auf die Erbschaft warten, die Zeiten aber, welche dem Antritt solcher Erbschaften vorangehen, pflegen im Allgemeinen wenig vortheilhafte für Handel und Schiffahrt zu sein, seitdem unsere moderne Civilisation dieselben zu friedlichen Geschäften gemacht hat.

XII.

Das Cabinet Salisbury und die oſtaſiatiſche Frage.*)

(1895.)

*) Abgedr.: Deutſche Revue. 1895. Auguſt.

Als Lord Salisbury vor einigen Monaten seinen Landsleuten in Bradford auseinandersetzte, daß für England eine zwingende Nothwendigkeit bestehe, sich unter den halb- und uncivilisirten Nationen der Erde neue Absatzgebiete zu eröffnen, und daß man sich von den darauf abzielenden Bemühungen, die für England eine Lebensfrage seien, auch dann nicht abschrecken lassen dürfe, wenn dieselben dem Reich und der Regierung neue Verantwortlichkeiten auferlegten, hat er wahrscheinlich nicht angenommen, daß er sich binnen so kurzer Zeit in der Lage befinden würde, den Versuch der Durchführung seines Programms selbst zu machen. Die ihm und der konservativen Partei durch die Uebernahme der Regierung nach dieser Richtung hin gestellte Aufgabe ist eine um so schwierigere, als es gilt, entgegengesetzten Wünschen und Forderungen gerecht zu werden. Während Industrie und Handel und mit ihnen die an dem Gedeihen derselben betheiligte große Masse der Arbeiter nach neuen Märkten rufen, um für die trotz der bereits vorhandenen Ueberproduktion in immer noch zunehmender Menge angefertigten Waaren aller Art Absatz zu finden, verlangen die Kapitalisten, daß ihnen die Gelegenheit zur nutzbringenden Anlegung ihres Geldes gerade in einem Theil des Gebietes, dem ostasiatischen, gewährleistet werde, auf das die heimische Industrie ihre Hoffnung für größeren Absatz baut. Die industrielle Frage in Ostasien

wird auch dadurch nicht einfacher, daß die japanische Regierung, nicht befriedigt durch die errungene Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit für die in Japan lebenden Fremden, sehr ernsthafte Anstrengungen macht, sich der letzteren, soweit sie als Mittelspersonen für den geschäftlichen Verkehr zwischen Japan und Europa dienen, dadurch zu entledigen, daß sie direkte Beziehungen zwischen dem japanischen Abnehmer und dem europäischen Fabrikanten herzustellen sucht. Bisher hatten sich diese Bemühungen auf dahin zielende amtliche Weisungen an die verschiedenen japanischen Gesandtschaften und Konsulate beschränkt, nach dem „Manchester Guardian" ist die Frage aber nunmehr dadurch in ein akuteres Stadium getreten, daß das japanische Ministerium für Ackerbau und Handel sie in die Hand genommen und durch einen Agenten, Mr. Perrott Forshaw, direkte Schritte in England gethan hat, um die englischen Fabrikanten zu veranlassen, unter dem Schutz und mit der Unterstützung der japanischen Regierung in Tokio und Osaka Agenturen zu errichten und unter der Garantie der leistungsfähigsten japanischen Bank direkte Geschäfte mit den japanischen Abnehmern zu machen. Da es sich nach dem officiellen Programm hauptsächlich um Fabrikanten von Maschinen für das Kleingewerbe und Eisenbahnmaterial handeln würde, so tritt auch hier das Bestreben zu Tage, nicht nur dem fremden Kaufmann, sondern auch dem fremden Fabrikanten, und zwar dem letzteren mit seinen eigenen Waffen, Concurrenz zu machen; daß dies wenigstens theilweise gelingen wird, unterliegt kaum einem Zweifel, da die Zahl der Leute, die ein kleiner persönlicher Gewinn für den großen nationalen Schaden blind macht, immer eine sehr erhebliche ist und man schließlich von dem Privatmann kaum verlangen kann, was selbst der Staatsmann nur zu oft übersieht. Dem fremden in Japan ansässigen Kaufmann gegenüber kommt bei den Plänen der dortigen Regierung wohl auch noch der Wunsch in Betracht, ihm ihr Mißfallen für den Widerstand fühlen zu lassen, den er der Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit in den Weg gelegt hat.

Vielleicht ist hier der Platz, einen Blick auf die sogenannten deutschfreundlichen Sympathien der Japaner zu werfen und auf den Widerhall, den dieselben entgegen der Auffassung fast aller an Ort und Stelle befindlichen Personen auch in einem großen Theile der deutschen Presse und des Publikums gefunden haben. Dem gegenüber muß festgestellt werden, daß die japanische Regierung über die gründliche Ausnützung der ihr von deutscher Seite gewährten Gelegenheiten in bequemster Weise die Früchte unserer Arbeit auf militärischem und wissenschaftlichem Gebiet sich anzueignen, sowie über platonische Freundschaftsversicherungen nicht hinausgekommen ist. Seit vielen Jahren ist mit Ausnahme eines Kontrakts für die Lieferung von Pulver, das anders nicht beschafft werden konnte, keine Bestellung der japanischen Regierung weder für Kriegs- und Eisenbahnmaterial noch Schiffe nach Deutschland gelangt; kein Deutscher wird darin einen Akt der Feindseligkeit oder Mißachtung sehen, aber es ist gut, zu weit gehender Sympathie oder Besorgnissen gegenüber an die nackte Thatsache zu erinnern.

Auch in politischer Beziehung ist die Aufgabe des Ministeriums Salisbury in Ostasien keine leichte. Man braucht den Theorien des neuen Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amte, Mr. Curzon, wie derselbe sie in seinen „Eastern Problems" niedergelegt hat, und die wie die Auseinandersetzungen des Obersten Bell in der „Asiatic Review" in dem Wunsche der Einführung eines englischen Protektorats über China gipfeln, keine besondere Bedeutung beizulegen, aber man wird sich der Auffassung nicht verschließen können, daß die russisch-französisch-chinesische Anleihe und der französisch-chinesische Grenzvertrag das konservative Cabinet zu größerer Consequenz und Energie in der ostasiatischen Frage werden veranlassen müssen, wenn es nicht die Folgen der Unentschlossenheit Lord Roseberys in erhöhtem Maße auf sich nehmen will.

Nach Artikel IV des Vertrages von Shimonoseki verpflichtet sich China an Japan eine Kriegsentschädigung von 200 Millionen

Kuping Taels (ungefähr 3,50 Mark) in acht Theilzahlungen, die beiden ersten in Höhe von 50 Millionen, in sechsmonatlichen Zwischenräumen, die letzten sechs in gleichen Raten in jährlichen Terminen zu entrichten, und zwar so, daß die ganze Kriegsentschädigung in sieben Jahren bezahlt ist. Die unbezahlten Beträge sollen von dem Fälligkeitstermin der ersten Theilzahlung an, das heißt sechs Monate nach der Auswechselung der Ratifikationen (8. Mai d. J.) mit fünf Procent verzinst werden. China steht aber das Recht zu, die Kriegsentschädigung theilweise oder ganz früher als an den angegebenen Zeitpunkten zu bezahlen, in welchem Falle, falls dieselbe vor dem Ablauf von drei Jahren ganz abgetragen sein sollte, keine Zinsen zu zahlen, respektive die bereits gezahlten zurückzuerstatten sein würden.

Artikel VIII des Vertrages bestimmt, daß als eine Garantie für die Ausführung der in demselben vereinbarten Bestimmungen die japanische Regierung das Recht haben soll, Wei-hai-wei in der Provinz Shantung zeitweilig militärisch zu besetzen. Nach der Zahlung der beiden ersten Raten der Kriegsentschädigung ist die japanische Regierung bereit, die Besatzung aus Wei-hai-wei zurückzuziehen, falls die chinesische Regierung für die Zahlung des Restbetrages der Schuld die Seezölle verpfändet und der im Vertrage ebenfalls vorgesehene Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen China und Japan inzwischen bereits abgeschlossen und ratificirt ist.

Nach Artikel I der Separatartikel zum Vertrage von Shimonoseki verpflichtet sich China ferner während der Dauer der Besetzung von Wei-hai-wei jährlich 500000 Taels an Japan zu zahlen.

Wird der Vertrag wie niedergeschrieben ausgeführt, so hat China innerhalb der nächsten sieben Jahre an Kapital 700 Millionen Mark und an Zinsen und Besetzungskosten über 100 Millionen Mark zu zahlen. Rechnet man dazu, was Japan für die Rückgabe von Liaotung verlangen kann mit nur 100 Millionen Taels, das heißt 350 Millionen Mark, die für den Rückkauf einzelner Anleihen erforderlichen Beträge mit circa 150 Millionen Mark und was China in der nächsten Zeit für

die Reorganisation seiner Armee und Flotte gebrauchen dürfte, mit 100 Millionen Mark, so ergibt sich ein Betrag von 1300 Millionen Mark, für die China auf den europäischen respektive amerikanischen Geldmarkt angewiesen ist und die sich baldmöglichst zu verschaffen in seinem wohlverstandenen Interesse liegt, da es nur durch die Zahlung der Kriegsentschädigung der Besetzung von Wei-hai-wei ein Ende machen und damit die Kosten für dieselbe und die Zinsen für die Kriegsentschädigung sparen kann.

Den Abschluß der erforderlichen Gesammtanleihe aber durch Theilanleihen, wie die russisch-französisch-chinesische 320 Millionen Mark Anleihe, zu erschweren oder unmöglich zu machen, ist von Seiten Chinas nicht allein ein ökonomischer, sondern auch ein politischer Fehler, da er die Dauer der Abhängigkeit von Japan verlängert und derselben die von Rußland hinzufügt. Daß man sich in Peking dieser Folgen des Projekts erst im letzten Augenblicke klar geworden, beweist aufs Neue, wie unfähig die dort maßgebenden Persönlichkeiten sind, eine gegebene Lage richtig zu beurtheilen und kleinlichen Erwägungen, in diesem Falle der Versuchung eines anscheinend guten Geschäfts, das heißt einer vierprocentigen Anleihe zu widerstehen, obgleich sie sich selbst wohl kaum darüber im Zweifel sein können, daß sie für diesen niedrigeren Zinsfuß in anderer Weise mehr als überreichlich zu zahlen haben werden.

Was den französisch-chinesischen Grenzvertrag anbetrifft, der am 20. Juni in Peking unterzeichnet worden zu sein scheint, so ist die englische Presse eifrig bemüht, denselben auf Rechnung der gemeinsamen Aktion Deutschlands, Rußlands und Frankreichs zu setzen, was als eine mit den Thatsachen durchaus im Widerspruch stehende Auffassung bezeichnet werden muß. Die Verhandlungen zwischen China und Frankreich über die Festsetzung der Grenzen zwischen Tongking, respektive Annam und China dauern seit dem Jahre 1885, und der englischen Diplomatie konnte nicht unbekannt sein, was sonst ein offenes Geheimniß war, daß bereits auf den der theilweisen Regelung der Grenzfrage durch den von Herrn Constans in 1887 abgeschlossenen

Vertrag zu Grunde gelegten Karten das von Frankreich als früher zu Annam gehörig beanspruchte Gebiet als bis an den Mekong gehend bezeichnet war. Ebenso ist das in dem soeben vereinbarten Abkommen erlangte Zugeständniß, daß die in Tongking gebauten Eisenbahnen und Telegraphenlinien nach China hinein verlängert werden können, nur eine Ausführung der in dieser Hinsicht bereits in dem Vertrage von 1885 getroffenen Vereinbarung, durch welche die chinesische Regierung sich bereit erklärte, sich in solchen Fällen an die französische Industrie zu wenden. Wenn die schwebenden Fragen jetzt den von Frankreich gewünschten Abschluß gefunden haben, so ist das dem zuzuschreiben, daß sich die englische Diplomatie unter Lord Rosebery sowohl in der französisch-siamesischen Frage als in dem chinesisch-japanischen Conflikt als qualité négligeable erwiesen hat, und daß Seitens der französischen Regierung und Gesandtschaft die hülflose Lage Chinas benützt worden ist, um durch die bei der Vertretung der aus den Christenverfolgungen in Szechuan entstandenen Reklamationen gezeigte Energie einschüchternd auf das Tsungli Yamen zu wirken. Das zur Unterstützung dieser Reklamation in Wusung zusammengezogene französische Geschwader hat viel mehr zu dem diplomatischen Erfolge Frankreichs beigetragen, als die etwaige Dankbarkeit Chinas für die französische Betheiligung an der Aktion, die Liaotung für China gerettet hat.

Für das konservative englische Cabinet wird es sich aber nicht allein darum handeln, die Versäumnisse des liberalen wieder gut zu machen, der Entschluß der russischen Regierung, die transkaspische Bahn bis Taschkent zu verlängern und das ersichtliche Bestreben derselben, den Ausgangspunkt für die sibirische Bahn an das Ufer des gelben Meers zu verlegen, stellen der englischen Diplomatie Aufgaben, die ihre ganze Geschicklichkeit und Thatkraft in Anspruch nehmen dürften. Die Frage der Räumung Liaotungs und Wei-hai-weis durch Japan, der Festsetzung Japans in Formosa, der internationalen Stellung Koreas und, mehr als jede andere, die der Lebensfähigkeit eines unabhängigen Chinas sind Aufgaben, an deren Lösung sich

das Cabinet Salisbury in der nächsten Zeit zu betheiligen haben wird, und deren gedeihliche Durchführung im englischen Interesse es nur erhoffen kann, wenn es ihm gelingt, auch den anderen an den Fragen interessirten Mächten die Ueberzeugung größerer Entschlossenheit und Stetigkeit zu geben, als den Entschließungen des liberalen Cabinets beizuwohnen pflegte.

Die deutsche Presse und das deutsche Volk aber werden wohl thun, im Hinblick auf die sich vorbereitenden Veränderungen in den ökonomischen und politischen Zuständen Ostasiens sich die Mißerfolge der englischen Politik in Hinterindien und an den Küsten des chinesischen Meeres zur Lehre dienen zu lassen. Wenn wenige Jahre unfruchtbarer parlamentarischer Zänkereien und die Berücksichtigung parteipolitischer Interessen vor denen des Reichs genügt haben, um eine Weltmacht wie England aus der von ihr seit Jahrhunderten eingenommenen Stellung zu verdrängen und zu einer schwächlichen Defensive zu nöthigen, und wenn die Möglichkeit einer entschiedeneren Politik in der ostasiatischen Frage auch heute noch davon abhängt, ob die konservativ-unionistische Mehrheit des Cabinets Salisbury in dem neuen Parlament bedeutend genug sein wird, um ihm eine solche zu gestatten, so liegt die Gefahr, seine wirthschaftlichen und politischen Interessen bei der in Ostasien drohenden Krisis bei Seite geschoben zu sehen, für Deutschland, das eben erst seine Flügel als Weltmacht zu rühren beginnt, noch viel näher und kann nur vermieden werden, wenn alle diejenigen zusammenhalten, für die die vor einem Vierteljahrhundert erfolgte Gründung des deutschen Reiches nicht einen Endpunkt, sondern einen Ausgangspunkt bedeutet. Daß aber die gedeihliche Entwickelung des jungen Reiches allein in der festen und entschlossenen Ergreifung und Durchführung der Rolle als Weltmacht möglich ist, daran kann nur derjenige zweifeln, dessen Blick nicht über das enge Getreibe des Parteiwesens hinausreicht und für den die Geschicke anderer Völker keine Lehren für das eigene Vaterland enthalten.

XIII.

Zwei aſiatiſche Staatsmänner.*)

Ito Hirobumi. — Li Hung Chang.

(1896.)

*) Abgedr. D. Rundſchau. 1896. Band 87, S. 230 f. und Band 88, S. 30 f.

Unter den Namen, die während des chinesisch-japanischen Conflicts am häufigsten genannt worden sind, haben keine wohl einen Anspruch auf größeres Interesse, als die der beiden hauptsächlichsten Unterhändler des Friedens von Shimonoseki, des japanischen Premierministers Ito Hirobumi und des General-Gouverneurs von Chili, Li Hung Chang. Beide Männer, aus Nichts hervorgegangen, haben es verstanden, die höchsten Würden und einflußreichsten Aemter zu erringen, und beide sind, wenn auch in verschiedenem Sinne, typische Repräsentanten der neuesten Entwickelung ihrer Heimathländer. Eine Skizze ihrer Laufbahn wird daher besser als andere Auseinandersetzungen gestatten, die Bahnen zu beurtheilen und zu vergleichen, in welchen sich nicht allein diese beiden Persönlichkeiten, sondern auch die innere und äußere Politik Japans und China's während der letzten dreißig Jahre bewegt haben.

I. Ito Hirobumi.

Das Jahr 1863 war ein ganz besonders ereignißreiches für die Beziehungen Japans zum Auslande. Am 14. September 1862 hatten Leute aus dem Gefolge Shimadzu Saburo's, dessen Sohn der Fürst von Satzuma war, den Engländer Richardson ermordet. Während die Forderungen, welche die britische Regierung aus dieser Veranlassung an die Regierung des Shioguns

gerichtet hatte, noch erfolglos geblieben waren, verübten die Schiffe und Batterien eines anderen großen Landesfürsten, des Daimios von Nagato oder von Choshiu, wie er gewöhnlich genannt wurde, im Juni und Juli 1863 eine Anzahl von Angriffen auf fremde Handels- und Kriegsschiffe, welche im tiefsten Frieden die Straße von Shimonoseki zu passiren versuchten. Daß dies in Folge des von dem Mikado an den Shiogun (Taikun) gerichteten Befehls, die „häßlichen Barbaren" auszutreiben, geschah, wurde zur Zeit der That als wahrscheinlich angenommen und später durch die Erklärungen des Fürsten von Choshiu selbst bestätigt. Die Lage der Fremden wurde dadurch nicht leichter, daß die Regierung des Shioguns, unfähig, offen für die Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen zum Auslande einzutreten, Zeit zu gewinnen suchte und amtlich wenigstens die Räumung Yokohama's von den fremden Mächten verlangte.

In dieser gefahrdrohenden Lage war die Beschießung von Kagoshima, der Hauptstadt des Fürsten von Satzuma, durch ein britisches Geschwader, am 15. August 1863, zur Erzwingung der von der englischen Regierung gestellten Forderungen der Wendepunkt zum Besseren. Als ein militärischer Erfolg konnten die englischen Operationen allerdings kaum angesehen werden; das englische Geschwader, das, trotzdem es drei japanische Handelsdampfer als Pfand für die Erfüllung der gestellten Forderungen genommen hatte, unvorbereitet im Schußbereich der japanischen Batterien vor Anker lag, wurde bei einem plötzlich ausbrechenden Taifuhn von den letzteren heftig beschossen, und obgleich das Feuer, nachdem die Schiffe Ankerauf gegangen waren, von denselben in der kräftigsten Weise erwidert wurde, wobei ein großer Theil der hinter den japanischen Batterien gelegenen Stadt in Flammen aufging, muß es doch dahin gestellt bleiben, welche von den beiden Parteien die größeren Verluste zu erleiden gehabt hatte. Jedenfalls waren die Japaner um so mehr geneigt, sich den Sieg zuzuschreiben, als das britische Geschwader am nächsten Morgen nach einer kurzen Erneuerung

des Kampfes die Bai von Kagoshima verließ, ohne einen einzigen Punkt des Ultimatums durchgesetzt zu haben. Trotzdem war der moralische Erfolg des Kampfes ein durchschlagender. Die zweischwertigen Leute von Satzuma waren, wie Mr. Adams, der Verfasser der „History of Japan“ anführt, zum ersten Male zu der Ueberzeugung gekommen, daß Japan nicht das stärkste Land der Welt sei, und daß es andere, mächtigere und civilisirtere Völker gebe. Von dieser Zeit an war es, daß sie aufhörten, auf die Fremden mit Verachtung herabzublicken, und daß, wie sie selbst sagen, ihr Fürstenthum „geöffnet“ wurde.

Dieser Umschlag machte sich zunächst darin bemerkbar, daß der Fürst von Satzuma einige Monate später die von England geforderte Entschädigungssumme wirklich bezahlte; aber auch seine Leute waren davon berührt worden und trugen, als die Choshiu-Leute im August 1864 sich der Person des Mikado's in Kioto bemächtigen wollten, sehr wesentlich dazu bei, daß dieser Versuch mißlang, und der Kampf, der sich in den Straßen der Stadt und um den Palast des Mikado's entspann, zu Gunsten seiner Vertheidiger, d. h. der Regierung des Shioguns, entschieden wurde. — Trotzdem diese somit Siegerin geblieben war, ihr heftigster Gegner, der Fürst von Choshiu, und seine Anhänger in den Bann des Reiches gethan wurden, und auch am Hofe des Mikado's eine dem Shiogun weniger feindliche Gesinnung Platz griff, wagte die Regierung doch nicht, die Wiedereröffnung der bis dahin immer noch dem Fremdenverkehr geschlossenen Straße von Shimonoseki in die Hand zu nehmen oder auch nur ein von ihrem Gesandten in Paris gegebenes Versprechen, daß dies innerhalb dreier Monate erfolgen solle, zu ratificiren. Den Vertretern der Vertragsmächte — damals unterhielten nur England, Frankreich, die Niederlande und die Vereinigten Staaten von Amerika diplomatische Agenten in Yedo — blieb daher nichts Anderes übrig, als die Eröffnung der Shimonoseki-Straße selbst in die Hand zu nehmen; ehe aber das zu diesem Zwecke zusammengezogene Geschwader Yokohama ver-

ließ, wurde noch ein Versuch gemacht, mit dem Fürsten von Choshiu in Verbindung zu treten, und es war bei dieser Gelegenheit, daß der Name Ito Shunskés, wie er damals hieß, zum ersten Male den Fremden bekannt wurde.

Im Jahre 1863 hatte der Fürst von Choshiu, ohne die Erlaubniß der Regierung des Shioguns dazu einzuholen, fünf junge Samurais seines Clans nach England gesendet, um dort erzogen zu werden. Als die Nachricht von den Vorgängen in der Shimonoseki-Straße nach Europa gelangte, kehrten zwei derselben, Ito Shunské und Inouyé Bunda nach Yokohama zurück, um womöglich von dort nach dem Gebiete ihres Fürsten zu gelangen, den sie von der Nutzlosigkeit seines Widerstandes gegen die fremden Forderungen überzeugen zu können glaubten. Sie setzten sich mit der englischen Gesandtschaft in Verbindung, und der damalige Chef derselben, Mr., später Sir Rutherford Alcock, ließ sie auf zwei englischen Kriegsschiffen, begleitet von Offizieren und Beamten der vier Vertragsmächte, als Träger von Schreiben der Vertreter derselben nach der Straße von Shimonoseki befördern. Wie sich hatte voraussehen lassen, waren die Bemühungen Ito's und Inouyé's vergeblich; der Fürst von Choshiu bestand auf seinem Entschlusse, die Schiffahrt durch die Straße nicht freizugeben, und die englischen Schiffe kehrten unverrichteter Sache nach Yokohama zurück. Wenige Tage später, am 29. August, verließ das vereinigte Geschwader, bei dem die Engländer durch neun, die Franzosen durch drei, die Niederländer durch vier Kriegsschiffe, die Amerikaner durch einen gemietheten Handelsdampfer vertreten waren, die Rhede dieses Platzes, um sich nach der Inlandsee zu begeben. Es mag hier bemerkt werden, daß entgegen der allgemeinen Auffassung, nicht der englische Vertreter und Admiral es waren, welche die Expedition ins Werk setzten, sondern der französische Gesandte, M. Léon Roches, und der Contreadmiral Jaurès, und daß der Zweite noch im letzten Augenblick die Bedenken des englischen Admirals in Betreff der Sicherheit der Fremdenniederlassung in

Yokohama durch die Erklärung beruhigte, er wolle persönlich die Verantwortung für dieselben übernehmen.

Ein kurzes Gefecht am 5. September genügte, die Batterien des Fürsten von Choshiu zum Schweigen und den Herrn derselben zur Vernunft zu bringen; der Fürst versprach, in Zukunft der freien Schiffahrt durch die Straße keine weiteren Hindernisse in den Weg zu legen, die zerstörten Batterien nicht wieder herzustellen oder neu zu armiren und alle Kosten der Expedition zu ersetzen.

Der Eindruck, den die Beschießung von Kagoshima gemacht hatte, wurde durch das Gefecht von Shimonoseki vervollständigt, und man kann mit Recht behaupten, daß, wenn der Haß gegen die Fremden auch fortfuhr, das leitende Motiv vieler der Führer der nun beginnenden japanischen Bewegung zu sein, die Verständigeren unter ihnen sich seit dieser Zeit darüber klar wurden, daß es zur Vertreibung der Fremden anderer Mittel als der bisher angewandten bedürfe, und daß man, vorläufig wenigstens, mit denselben einen modus vivendi herzustellen bemüht sein müsse.

Ito, wiewohl einer unbedeutenden Samurai-, d. h. zum niedrigen Adel gehörigen, Familie in Choshiu entsprossen, war durch seine natürliche Begabung dem Vater Kido Jiunichiro's, des vielleicht bedeutendsten Leiters der Reformbewegung, aufgefallen; dadurch, durch seinen Aufenthalt in Europa und die Kenntniß der dortigen Verhältnisse von einem weit über seine Jahre und seine sociale Stellung hinausgehenden Einfluß auf seine Genossen, bemühte er sich unabläßig nach dieser Richtung hin, und trug nicht am wenigsten dazu bei, daß es zwischen den Fürsten von Choshiu, Satzuma, Tosa, Hizen, Owari und Echizen zu einer Verständigung kam, deren Spitze sich in erster Linie gegen das Shiogunat richtete. Träger dieser Bürde war seit 1866 Prinz Hitotsbashi, von seinen Gegnern auch Keiki genannt, nach der chinesischen Aussprache seines japanischen Namens Yoshinobu. Unzuverläßiger und wankelmüthiger als der Unzuverläßigste und Wankelmüthigste seiner Landsleute, hatte er sich

während einer Reihe von Jahren als Werkzeug gegen das Shiogunat gebrauchen lassen und am meisten dazu beigetragen, die Befugnisse und die Macht desselben zu schmälern; es war eine Ironie des Schicksals, daß er, selbst zum Shiogun gewählt, an der Aufgabe, es zu erhalten, zu Grunde gehen mußte und in den Augen seiner Landsleute nicht einmal die eigene Ehre durch den selbstgewählten Tod zu wahren verstand.

Auf welchen Grundlagen die Verständigung zwischen den Führern der verschiedenen Clans zu Stande kam, ist schwer zu sagen; in dem Gewirr der japanischen inneren Politik und Intriguen kann sich kein Fremder zurecht finden, und zuverlässige einheimische Berichte fehlen. Aber man wird wohl nicht irren, wenn man annimmt, daß die Aufhebung des Shiogunats, die Wiederherstellung der Herrschaft des Mikado's, die Vertreibung der Fremden, resp. die Beschränkung des Verkehrs mit ihnen auf das geringste Maß, trotz der 1865 durch den Mikado erfolgten Ratification der Verträge, und die Schaffung einer gewissen öffentlichen Vertretung der Interessen der Clans die Hauptpunkte des Uebereinkommens bildeten. Die Vertretung der Clan-Interessen wurde, nachdem 1868 das Shiogunat gestürzt und der Mikado wieder zur Macht gelangt war, sofort in der Weise ins Leben gerufen, daß neben den Verwaltungs-Ministerien berathende Versammlungen, die Chôshi und Kôshi, eingesetzt wurden. Die Vertreter der ersteren, für vier Jahre gewählt, sollten in unbegrenzter Anzahl aus allgemeiner Wahl hervorgehen, die letzteren aus 312, im Verhältniß zu der Größe der einzelnen Lehnsfürstenthümer oder Daimiate aus den Samurai gewählten Delegirten bestehen. — Eine längst bei der Regierung des Shioguns wie bei den einzelnen Daimiaten bestehende Einrichtung, in wichtigeren Fragen die Fürsten und anderen Lehnsträger, sowie die höheren und niederen Beamten zu Rathe zu ziehen, sollte somit auf weitere, gewissermaßen parlamentarische Basis gestellt werden.

Nachdem die Armee des Shioguns bei Fushimi besiegt

worden war, trat zuerst das fremdenfeindliche Element des Bundes in den Vordergrund; die tumultuarischen Auftritte in Kobé, die Ermordung der französischen Matrosen bei Sakai und der Angriff auf Sir Harry Parkes' Escorte in Kioto, die in der Zeit von kaum sieben Wochen auf einander folgten, waren Ausbrüche dieses Gefühls; aber die Leiter der Bewegung waren sich des Einflusses, welchen eine durch solche Ausschreitungen hervorgerufene Parteinahme der Fremden gegen den Mikado auf den Ausfall des noch zu entscheidenden endgültigen Kampfes mit den Anhängern des Shioguns haben konnte, zu wohl bewußt, um nicht Alles daran zu setzen, wenn nicht die Unterstützung, so doch wenigstens die wohlwollende Neutralität der Vertragsmächte sich zu sichern. Den Angriffen und Mordthaten folgte die Bestrafung auf dem Fuße, und der Mikado erkannte in öffentlicher Proclamation die mit dem Auslande abgeschlossenen Verträge als zu Recht bestehend an, allerdings mit dem Zusatz, daß dieselben einer späteren Revision unterworfen werden sollten.

Von ebenso großer, für die innere Entwickelung Japans vielleicht von noch durchgreifenderer Bedeutung war der am 6. April 1868 vor einer Versammlung des Hofadels (der Kugé) und der Lehnsfürsten abgelegte Eid des Mikado's, daß eine berathende Versammlung einberufen und alle Regierungsmaßregeln durch die öffentliche Meinung bestimmt werden sollten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Schritt des Kaisers von den intellectuellen Führern der Bewegung, die ihm die thatsächliche Herrschaft wiedergegeben hatte, in der Absicht angerathen und durchgesetzt worden war, den Eifersüchteleien der verschiedenen Clans untereinander die Spitze abzubrechen und in einer, freilich mehr fremden als japanischen Form eine dauernde Verständigung zwischen allen Elementen herbeizuführen, die sich zum Sturz des Shiogunats zusammengefunden hatten. Diese letzteren waren allerdings sehr verschiedener und widersprechender Art. Der Hofadel, reich an Rang und äußeren Ehren, arm an Geld und wirklichem Einfluß, erhoffte beides vom Sturz des

Shioguns; seine intelligentesten Mitglieder waren bittere Fremdenhasser: sieben von ihnen, darunter Sandjo, der spätere Premierminister, Higashi Kuzé und Sawa, alle drei berufen, eine politische Rolle zu spielen, hatten 1863 zum Fürsten von Choshiu flüchten müssen und waren erst kurz vor der Vertreibung des Shioguns aus Kioto an den Hof des Mikado zurückgekehrt. Die Mehrzahl ihrer Standesgenossen waren unfähige, nur in Hofintriguen niedrigster Art sich bewegende Wollüstlinge, auf die für eine durchgreifende Reform nach irgend einer Richtung hin nicht gerechnet werden konnte. Was den Schwertadel, die Lehnsfürsten und ihre Vasallen anbetraf, so hatten die Erblichkeit, das Leben in den Frauengemächern, dem sie sich hingaben, und die Abgeschlossenheit, in der sie sich befanden, nicht nur bei den Landesfürsten, sondern auch bei ihren Räthen, den Karo's, den Erfolg gehabt, ein fast durchweg körperlich und geistig verkommenes Geschlecht zu schaffen. Wo eine Ausnahme stattfand, beeilte sich der Träger der erblichen Stellung und Gewalt derselben zu entsagen, um als Fürst oder Rath außer Dienst einen im Allgemeinen viel bedeutenderen Einfluß auszuüben, als er im Besitz der früheren Würde besessen hatte. Im Allgemeinen lag die wirkliche Macht in den Händen fähiger Mitglieder der Samurai-Familien; sie zogen die Fäden, welche Fürsten und Räthe bewegten. Dies erklärt die demagogische Richtung, die sehr bald das charakteristische Kennzeichen der Bewegung wurde. Unter diesen Leuten, zu denen auch Ito gehörte, befanden sich, mit wenigen Ausnahmen, die intellectuellen Urheber und Leiter der Revolution von 1868.

So lange der Kampf gegen das Shiogunat und die mit demselben verbündeten Landesfürsten dauerte, d. h. bis Ende Mai 1869, hatten die Regierung des Mikado's und die Anhänger derselben die Hände zu voll, um an etwas Anderes als die Besiegung ihrer Gegner zu denken; dennoch wußte die fremdenfeindliche Partei die Erneuerung der Verbote gegen die Ausübung des Christenthums durchzusetzen und dem Widerstand der

fremden Vertreter zum Trotz wenigstens theilweise zur Ausführung zu bringen. Mit der Niederwerfung der als Rebellen gegen den Mikado bezeichneten Fürsten von Aidzu und Shendai und der Wiedereroberung der Insel Yezo, auf welcher der auch später oft genannte Capitän Enomoto, augenblicklich Minister im Cabinet Ito, eine freilich sehr kurzlebige Republik gegründet hatte, trat aber die fremdenfeindliche Richtung eines großen Theils der Anhänger der Reformpartei stärker hervor. Die Angriffe und Insulten gegen Fremde mehrten sich, in öffentlichen Anschlägen wurde zum Kampfe gegen sie und zu ihrer Vertreibung aufgefordert, zwei Minister des Mikado's, Yokoi Heishiro und Omura Masujiro, wurden als fremdenfreundlicher Sympathien verdächtig ermordet, und während einiger Zeit befand sich sogar der auf der Reise von Kioto nach Yedo begriffene Mikado in den Händen einer Bande von „Fremdenvertreibern". Es bedurfte der ganzen Entschiedenheit der Anhänger einer auf den Frieden mit dem Auslande gerichteten Politik, um dem wilden Drängen und Treiben dieser Energumenen zu widerstehen.

Zu gleicher Zeit geschah Seitens einiger der mächtigsten Bundesfürsten ein Schritt, der von weitgreifenden Folgen sein sollte. Im Februar 1869 erklärten die Fürsten von Satzuma, Choshiu, Tosa und Hizen, daß sie ihre Besitzungen und Unterthanen dem Mikado zur Verfügung stellten; nur ein Wille und ein Gesetz, der des Mikado, dürfe hinfort in Japan herrschen. Wenn dann die inneren Angelegenheiten des Reiches auf der richtigen Grundlage geregelt worden, werde dasselbe im Stande sein, den ihm gebührenden Platz neben den anderen Ländern der Welt einzunehmen.

Die große Mehrzahl der Landesfürsten, 241 von 276, folgten schnell dem ihnen gegebenen Beispiel; der Mikado nahm die Aufgabe der Feudalrechte Seitens seiner Lehnsträger an, und die früheren Landesherren kehrten als kaiserliche Gouverneure in ihre Territorien zurück. Von ihren früheren Einkünften wurde ein Zehntel ihnen für ihre persönlichen Ausgaben über-

wiesen, während der Rest für staatliche Zwecke Verwendung finden sollte. Gleichzeitig wurde durch kaiserliches Edict der Unterschied zwischen den Kugé, dem Hofadel, und den Landesfürsten für aufgehoben erklärt und die Ernennung aller Beamten in den früheren Daimiaten für den Kaiser in Anspruch genommen.

Fragt man sich, welche Gründe den hohen Adel Japans zum Verzicht auf seine historische Stellung, seine Vorrechte und seinen Besitz veranlaßt haben können, so geben die japanischen Quellen darauf die Antwort, die Betreffenden seien Puppen in der Hand einiger ihrer Clansleute gewesen und hätten nicht gewußt, was sie thäten. Diese Erklärung ist wahrscheinlich die richtige; der Einfluß der Leute hinter den Kulissen erscheint aber um so bemerkenswerther, als die große Mehrzahl ihrer Standesgenossen, der Samurai, weit entfernt davon war, ihre Auffassung zu theilen. So stimmte in einem im April 1869 in Yedo eröffneten sogenannten Parlament von 276 Mitgliedern die überwiegende Majorität gegen die Abschaffung des Bauchaufschlitzens oder Harakiri und des Tragens der zwei Schwerter, gegen die Duldung der christlichen Religion und die Erweiterung der Handelsbeziehungen. Ein anderes Zeichen für das Vorhandensein dieser conservativen, fremdenfeindlichen Richtung war die verstärkte, heftigere Verfolgung der eingeborenen Christen, die 1870, trotz des Protestes der fremden Vertreter, ihren Höhepunkt erreichte, da die japanische Regierung erklärte, die von ihr angeordneten Maßregeln zur Unterdrückung des Christenthums unter der eingeborenen Bevölkerung nicht zurücknehmen zu können, weil sie ihre eigene Existenz dadurch auf das Spiel setzen würde.

Diese Befürchtung war nicht unbegründet. Ein zweites, im Juni 1870 einberufenes, ausschließlich aus Samurai der verschiedenen Clans bestehendes Parlament mußte wieder nach Hause geschickt werden, da die Mitglieder sich als ganz unerfahren in allen praktischen Fragen erwiesen und ihre Zeit in

nutzlosen Debatten vergeudeten, während die Zusammensetzung des Daijokan, des Staatsministeriums, wenn man will, das aus drei früheren Kugé, drei Hizenleuten, zwei Choshiuleuten und nur je einem Satzuma- und Tosamann bestand, zu Empfindlichkeiten namentlich unter den Leitern und Angehörigen der beiden letzteren Clans Veranlassung gab, die bald eine solche Ausdehnung annahmen, daß der Fortbestand der Regierung des Mikado's und selbst die Herrschaft des letzteren ernsthaft gefährdet erschienen. Im Januar 1871 wurde daher der Energischste und Intelligenteste unter den Kugé, Iwakura, in Begleitung von dem Satzumamann Okubo nach Kagoshima geschickt, während Kido, selbst ein Choshiumann, in seine Heimathprovinz ging, um eine Verständigung zwischen den Clans herbeizuführen, die den größten Antheil an der Wiederherstellung der Herrschaft des Mikado's gehabt hatten. Dies gelang auch in der Form, daß die Clans von Satzuma, Choshiu und Tosa gemeinschaftlich dem Mikado eine Anzahl von Truppen zur Verfügung stellten, die ihm zum Schutz in einer neuen Residenz, Yedo oder Tokio, wie es jetzt genannt wurde, dienen, und das Staatsministerium in der Weise reconstruirt werden sollte, daß dasselbe in Zukunft aus zwei Kugé, Sandjo und Iwakura und je einem Vertreter der Clans von Satzuma, Choshiu, Tosa und Hizen, d. h. Saigo, Kido, Itagaki und Okuma, bestehe. Aber bevor diese Maßregeln ins Leben gerufen werden konnten, brachen Aufstände an verschiedenen Stellen des Reiches aus, hauptsächlich in Folge der localen Ausgabe von Papiergeld, das später den Bauern nur mit einem bedeutenden Disconto abgenommen wurde. Ein anderer Minister des Mikado, Hirozawa Hioske, wurde ermordet und eine weit verzweigte Verschwörung entdeckt, an deren Spitze zwei Kugé standen, und deren Mitglieder nichts weniger beabsichtigten, als die hauptsächlichsten Räthe des Mikado's aus dem Wege zu räumen und die Fremden zu vertreiben oder zu ermorden. Um der Wiederkehr ähnlicher Bestrebungen vorzubeugen, entschloß sich die Regierung, eine möglichst große

Anzahl junger Leute nach Europa und Amerika zu entsenden. Aber auch diese Maßregel erwies sich nicht allein als nutzlos, sondern als gefährlich, denn es stellte sich bald heraus, daß es den zu Erziehenden sowohl an den erforderlichen Vorkenntnissen wie an der nöthigen Charakterstärke fehlte, um einerseits mit Erfolg lernen und andererseits den geistigen Versuchungen einer fremden, höheren Civilisation widerstehen zu können. So griff man denn wieder auf innere Reformen zurück und beschloß, um die Verwaltung einheitlich zu machen und der Wiederholung der Mißbräuche, die sich in den Clans gezeigt hatten, für die Zukunft vorzubeugen, die letzteren ganz aufzuheben und ihr Gebiet in Provinzen umzuwandeln. Die früheren Landesfürsten, jetzigen Gouverneure der Clans, wurden nach Tokio berufen, und durch kaiserliches Edict vom 29. August 1871 die Umwandlung angeordnet; die Maßregel war eine gewagte, aber sie gelang wenigstens für den Augenblick überraschend gut. Der Bauer war seit Jahrhunderten an passiven Gehorsam gewöhnt, auf die Loyalität des niederen Schwertadels glaubte man rechnen zu können, täuschte sich auch nicht in dieser Erwartung, und die früheren Landesherren gewannen an Unabhängigkeit und Selbständigkeit, was sie vielleicht an äußerem Glanz und Schein der Macht einbüßten. Eine wichtige Frage, wie nämlich das erbliche Einkommen der Samurai aus Land oder baaren Bezügen abgelöst und in welcher Weise lebenslängliche Pensionen capitalisirt werden sollten, blieb allerdings für den Augenblick unerledigt, da der Vorschlag der Capitalisirung der lebenslänglichen Pensionen in der vierfachen Höhe des Jahresbetrages und der Ablösung der üblichen Einkommen durch die Auszahlung des sechsfachen Jahresbetrages, der ersteren in achtprocentigen Staatsschuldscheinen, der letzteren halb in baarem Gelde, halb in eben solchen Staatsschuldscheinen, die Zustimmung der Betheiligten nicht fand.

Die Verwaltung wurde nach der Aufhebung der Clans aufs Neue organisirt. Was früher der Daijokan, das Staatsministerium, gewesen war, wurde jetzt das Sei-in, der Staatsrath, der aus

denselben Mitgliedern wie die frühere Behörde bestand und auch dieselben Functionen ausübte; an Stelle des wiederholt mißglückten Versuchs einer parlamentarischen Repräsentation trat das Sa-in, eine Art berathender Versammlung, deren Mitglieder und Vorsitzende von dem Kaiser ernannt wurden.

Wichtiger aber als diese inneren Wandlungen erschien den an der Spitze befindlichen Männern das Verhältniß zum Auslande und die wenigstens theilweise Befriedigung der nationalen Partei, welche unter Anderem Beseitigung der exterritorialen Gerichtsbarkeit der Fremden forderte, um Japan den auswärtigen Mächten ebenbürtig erscheinen zu lassen. Die Revision der Verträge war für den Juli 1872 in Aussicht genommen, und die Regierung des Mikado's wünschte und hoffte vor diesem Termin die Zustimmung der Vertragsmächte zu der Aufhebung der ihr unbequemen Bestimmungen erlangen zu können. Neben diesem Wunsche machte sich auch der geltend, die Einrichtungen der verschiedenen Mächte genauer, namentlich auch mit Bezug auf ihre Anwendbarkeit auf Japan, zu studiren, und so kam es, daß, als die Mission im December 1871 Japan verließ, sie aus einem ersten Botschafter, Iwakura, vier Vicebotschaftern, Kido, Okubo, Ito und Yamagutchi, und einigen vierzig anderen Beamten bestand, also in sich selbst den Keim der Discussion und des Widerspruchs tragen mußte.

Der Name Ito's ist in der vorhergehenden Skizze der Entwicklung des japanischen Staatswesens seit der Wiederherstellung der Herrschaft des Mikado's nicht oft erwähnt worden; nicht als ob er nicht einen für seine Jugend und seine Stellung verhältnismäßig großen Antheil an derselben gehabt hätte: aber er mußte hinter älteren, einflußreicheren Persönlichkeiten zurückstehen. Man wird wohl nicht irren, wenn man die Zeit von 1868—1871 als seine politischen Lehrjahre bezeichnet. Als Gouverneur von Hiogo vereinbarte er mit Sir Harry Parkes und dem Schreiber dieser Zeilen die Bestimmungen, die aus der Fremdenniederlassung in Kobé ein Vorbild für alle ähnlichen

Gemeinwesen gemacht haben; er bekleidete dann einen Posten im Finanzministerium, in welcher Stellung er die erste auswärtige Anleihe zum Zweck des Baues der Eisenbahnstrecke Yokohama-Yedo abschloß, und wurde später im Ministerium des Innern verwendet. Im Jahre 1870 besuchte er für kurze Zeit die Vereinigten Staaten, um das Finanzministerium derselben kennen zu lernen, und wurde bei seiner Rückkehr Chef des Bureaus der Abgaben und bald darauf Viceminister der öffentlichen Arbeiten.

Unter den Botschaftern mußte ihm seine Vertrautheit mit der englischen Sprache einen hervorragenden Platz sichern, und er benutzte die erste sich darbietende Gelegenheit, bei einem der Mission in San Francisco gegebenen Feste, um in einer längeren Rede das Programm der Regierung zu entwickeln. Dasselbe ließ sich in den Worten: „Fortschritt und Annahme aller fremden, vortheilhaft scheinenden Einrichtungen" zusammenfassen; der Wunsch nach Aufhebung der einschränkenden Bestimmungen der Verträge fand Ausdruck in der vorsichtigen Phrase, „daß es die Pflicht der Botschafter sei, die Rechte und Privilegien ihres Volkes zu schützen." Mit brausendem Beifall wurde der Schluß seiner Rede aufgenommen, dahin lautend, „daß der rothe Kreis in der japanischen Nationalflagge nicht länger als ein Siegel über einem verschlossenen Reiche, sondern als das erscheinen solle, was es wirklich sei: das Bild der aufgehenden Sonne, die hinauf und vorwärts strebe, inmitten der civilisirten Nationen der Welt" — eine Voraussage, die, wenigstens was die Eröffnung Japans anbetrifft, bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen ist.

Die japanischen Botschafter sollten sich bald in ihren Erwartungen getäuscht sehen; überall freundlich aufgenommen, konnten ihnen die Regierungen der Vertragsmächte doch keinen Zweifel darüber lassen, daß es, um ihre Zustimmung zur Aufhebung der exterritorialen Gerichtsbarkeit zu erlangen, mehr bedürfe, als bloßer Aspirationen und Versprechungen. Während so die Aussichten auf eine Befriedigung der nationalen Eitelkeit

und des Ehrgeizes auf dem Wege der Vertragsrevision mehr und mehr schwanden, wurde die Lage der Japaner selbst eine immer schwierigere. Es fehlte an Geld, um die nothwendigsten Ausgaben, vor allen Dingen die Einkommen und Pensionen der Samurai, zu bestreiten, und in vielen der Provinzen begann sich der Wunsch nach einer Rückkehr zum Feudalwesen bemerkbar zu machen. Die an der Spitze der Regierung befindlichen Minister, der ältere Saigo, Soyeshima, Yeto Shimpei, Goto Shogiro und Itagaki, waren wohlwollende, aber zum Theil wenigstens in doctrinären Auffassungen befangene Männer; während die Einen, besonders Soyeshima und Itagaki, in der baldigen Erfüllung der Versprechung des Mikado's, eine parlamentarische Versammlung einzuberufen, das Heil erblickten, verlangten die Anderen, namentlich Saigo, den Krieg gegen Korea als ein Mittel, die unruhigen Samurai zu beschäftigen und zu befriedigen; Alle aber zeigten sich einer Eröffnung des ganzen Landes für die Fremden nicht abgeneigt. In Japan eintreffende fremde Prinzen wurden mit allen Ehren, in einer dem europäischen Ceremonial sich annähernden Weise empfangen, und im August des Jahres 1872 unternahm der Mikado eine Reise in die südlichen Provinzen seines Reiches. Bei dieser Gelegenheit überreichte der schon früher genannte Vater des letzten Landesfürsten von Satzuma, Shimadzu Saburo, ihm eine Denkschrift, die in energischen Ausdrücken die für nöthig gehaltenen Reformen, unter anderen auch die Feststellung eines klaren Unterschiedes zwischen den Rechten der Japaner und denen der Fremden, forderte. Es mag hier gleich bemerkt werden, daß die über diesen Schritt sehr entrüstete Regierung im nächsten Jahre den Verfasser der Denkschrift nöthigte, sich nach Yedo zu begeben und dort eine Stelle im Staatsrathe anzunehmen.

Die Vorgänge im Vaterlande erregten die Besorgnisse der in Europa sich aufhaltenden Botschafter. Okubo und Ito eilten nach Japan zurück, und letzterer unterbreitete, nach japanischen Quellen, dem Cabinet den Vorschlag, die Fremden der japanischen

Gerichtsbarkeit zu unterwerfen und dagegen das Verbot des Christenthums in Japan aufzuheben. Als er mit diesem Vorschlage nicht durchdrang, schloß er sich wieder der Mission Iwakura's an und kehrte zusammen mit dieser erst im September 1873 nach Japan zurück, wo es sehr bald zwischen den Mitgliedern des bisherigen Cabinets und denen der Botschaft zu so ernsten Zwistigkeiten kam, daß die ersteren sämmtlich demissionirten, und Iwakura, Terashima (ein Satzumamann), Okubo, Ito und Katsu Awanokami, ein Lehnsträger des früheren Shioguns, an ihre Stelle traten. Die Richtung des neuen Cabinets, vielleicht durch die in Europa erlittenen Enttäuschungen verursacht, war unzweifelhaft eine den Fremden wenig günstige, aber die Ereignisse im Lande selbst nahmen bald eine solche Form an, daß von einem Zerwürfniß mit den europäischen Mächten keine Rede mehr sein konnte. Im Januar 1874 wurde Iwakura das Opfer eines gegen ihn gerichteten Attentats, schwer verwundet entrann er nur mit Mühe seinen Angreifern: kurze Zeit darauf brach, unter der Führung des früheren Justizministers Yeto Shimpei, ein Aufstand in Hizen auf Kiushiu aus, der, nach anfänglichen Erfolgen der Rebellen, nur mit großen Opfern unterdrückt werden konnte, und einige Monate später fand sich die Regierung vor einem ernsten Conflict mit China, mit dem eben erst ein Handels- und Schiffahrtsvertrag abgeschlossen worden war. Um dem Drängen der Samurai auf eine auswärtige Expedition wenigstens in etwas nachzukommen, hatte die Regierung sich zu einer solchen gegen die unabhängigen eingeborenen Stämme in Südformosa entschlossen; im letzten Augenblicke sollten die eingeleiteten Maßregeln rückgängig gemacht werden, aber die Führer des in Nagasaki liegenden Geschwaders wagten nicht, den Befehlen der Regierung nachzukommen, und gingen vor. Der militärische und diplomatische Erfolg, den die Regierung bei dieser Gelegenheit davon trug, gab ihr einen gewissen Grad von Popularität, der ihr erlaubte, an die Regelung innerer Angelegenheiten zu gehen. Das Sa-in wurde abgeschafft, und

an seine Stelle trat das Genro-in, das Vorbild des noch heute bestehenden Senats; zugleich berief man eine Versammlung der Präfecten, der Ito vorsaß, und der gewisse Verwaltungsreformen zur Begutachtung vorgelegt wurden. Aber dies Einverständniß im Schoße des Cabinets selbst dauerte nicht lange; Shimadzu Saburo und Itagaki schieden unter dem Vorwande aus, daß ihrem Vorschlag, nach dem künftig kein Mitglied des Staatsrathes einen Ministerposten bekleiden dürfe, nicht Folge gegeben worden sei, in Wirklichkeit aber, weil sie, namentlich der Erstere, mit dem neuen Zustande der Dinge unzufrieden waren und eine Rückkehr zum alten Feudalsystem wünschten. Im Süden gährte es heftig; in Kumamoto auf Kiusiu brach im October 1876 ein Aufstand der Samurai aus, der allerdings mit leichter Mühe niedergeschlagen wurde; aber im Januar 1877 erhob der ältere Saigo, der Abgott aller japanischen Samurai, in Satzuma die Fahne der Rebellion, und es kostete der Regierung nach ihren eigenen Angaben 180 Millionen Mark und 17000 Todte und Verwundete, denselben zu unterdrücken, während die Verluste der Rebellen auf 7000 Todte und 11000 Verwundete angegeben wurden.

Aber der Erfolg der Regierung war nur ein oberflächlicher; unter der Asche fuhr das Feuer fort zu glimmen. Am 14. Mai 1878 unterlag der Staatsrath Okubo, der als der erbittertste Gegner Saigo's und der Urheber von dessen Tode angesehen wurde, den Streichen einer Bande von Mördern, die sich nach der That den Behörden stellten und erklärten, nur einen Verräther bestraft zu haben, und die Samurai von Tosa richteten an die Regierung eine Denkschrift, in der sie ihr unter Anderem vorwarfen, daß die Rathgeber der Krone bisher die Ausführung des von dem Mikado gegebenen Versprechens einer Constitution hintertrieben, daß die mit den fremden Mächten abgeschlossenen Verträge noch nicht revidirt worden seien, und daß die Regierung in Betreff Sachalins (dasselbe war an Rußland abgetreten worden), Korea's und Formosa's die Ehre des Landes preis-

gegeben hätte. Diesen Symptomen der Unzufriedenheit gegenüber verstand sich der Mikado 1881 dazu, für das Jahr 1890 die Ertheilung einer Verfassung zuzusagen. Zugleich wurden, dem früheren Vorschlage Itagaki's gemäß, die Aemter der Staatsräthe und Minister von einander getrennt, und kurze Zeit darauf Ito zum stellvertretenden Präsidenten des Staatsrathes ernannt. Mit dieser Zusage des Mikado trat in den inneren Zuständen des Landes eine Pause der Ruhe ein, und die Aufmerksamkeit der Politiker wie der verschiedenen Parteien wendete sich nunmehr fast ausschließlich der Frage der Revision der Verträge zu. Schon im Jahre 1877 hatten die Japaner zu diesem Zweck versucht, den Weg der Sonderverhandlungen mit den einzelnen Mächten einzuschlagen, aber nur bei den Vereinigten Staaten einen Erfolg erzielt; der mit diesen im Juli 1878 abgeschlossene Vertrag hatte indessen keinen praktischen Erfolg, da er nach einer in demselben enthaltenen Bestimmung erst in Kraft treten sollte, wenn die anderen Mächte sich zu den gleichen Concessionen verstanden haben würden, die man in Washington gemacht hatte. Ebenso erfolglos blieb 1879 ein weiterer Versuch der Japaner, auf Grund eines den Mächten vorgelegten Tarifs zu einer Verständigung in der Zollfrage zu gelangen; er scheiterte daran, daß die Japaner aufs Neue versuchten, mit einzelnen Mächten hinter dem Rücken der anderen einen Abschluß herbeizuführen. Die in Tokio 1882 aufgenommenen gemeinsamen Berathungen der fremden Vertreter und japanischen Bevollmächtigten verliefen ebenfalls ohne Resultat, und die Frage ruhte, bis 1886 Deutschland und England gemeinschaftlich den Entwurf eines die Frage der Gerichtsbarkeit regelnden Vertrages vorlegten, der nach einigen Verhandlungen und Abänderungen von dem japanischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Inouyé, im April 1887 als annehmbar bezeichnet wurde. Aber innerhalb des japanischen Cabinets selbst erhoben sich Stimmen gegen die Unterzeichnung des Vertrages; es ist charakteristisch für japanische Verhältnisse, daß der damalige

Miniſter für Handel und Landwirthſchaft, Vicomte Tani Tatéki, der ſich am ſchärfſten gegen die in dem Vertrage vorgeſehene Berufung fremder Richter ausſprach, derſelbe iſt, der im März vorigen Jahres die Petition für die Errichtung von Ehrendenkmälern für die Mörder der franzöſiſchen Matroſen bei Sakai im Senat einbrachte und befürwortete. Nach ihm bemächtigten ſich die Preſſe und die Feinde Inouyé's der Sache, und die Verhandlungen endigten nicht mit der Unterzeichnung der Verträge, ſondern mit dem Sturz des Miniſters. Erſt ein Jahr ſpäter nahm ein liberales Miniſterium, in dem Okuma die Stelle des Miniſters des Auswärtigen bekleidete, die Verhandlungen wieder auf, die diesmal nach weiteren Zugeſtändniſſen ſeitens der betheiligten fremden Mächte zu dem Abſchluß und der Unterzeichnung von Verträgen mit Deutſchland und den Vereinigten Staaten führten. Aber auch dieſem unzweifelhaften Erfolge der japaniſchen Politik gegenüber dauerte der urſprüngliche Jubel der Preſſe und der öffentlichen Meinung nicht lange; die Oppoſition gegen die Anſtellung fremder Richter, die in dieſen Verträgen zeitweilig gewährleiſtet war, machte ſich in erhöhtem Maße geltend, und als Okuma trotzdem fortfuhr, auf derſelben Grundlage mit anderen Vertragsmächten zu verhandeln, wurde er im Oktober 1889 das Opfer eines Dynamitattentats, das ihm eine ſchwere Verwundung beibrachte und die japaniſche Regierung veranlaßte, von der Ratification der bereits abgeſchloſſenen Verträge Abſtand zu nehmen.

An allen dieſen Verhandlungen nahm Ito keinen äußerlich hervorragenden Antheil, obgleich er in dem Getriebe japaniſcher Parteiintriguen, deren Mittelpunkt die Frage der Vertragsreviſion war, keine unbedeutende Rolle geſpielt haben wird. Ihm war die Aufgabe zugefallen, die japaniſche Verfaſſung auszuarbeiten, deren Verkündigung der Mikado für das Jahr 1890 in Ausſicht geſtellt, und er hatte ſich dafür durch das Studium der europäiſchen Verfaſſungen während einer neuen Reiſe nach Europa 1882—1883 vorzubereiten geſucht. Man kann nicht in Abrede

stellen, daß die hauptsächlich auf Grund deutscher Verfassungen zusammengestellte, im Februar 1889 verkündete japanische Verfassung eine sehr tüchtige Arbeit ist, die dem politischen Geist und Verständniß ihres hauptsächlichsten Urhebers alle Ehre macht. In dieser jüngsten aller Constitutionen ist versucht worden, die Ursachen der nach den, in anderen Ländern gemachten Erfahrungen häufigsten Conflicte zwischen Krone und Volksvertretung dadurch zu vermeiden, daß die bei Weitem größte Mehrzahl aller jährlichen Ausgaben der Bewilligung durch die Volksvertretung nicht bedarf, und eine Verfassungsveränderung nur der Initiative der Krone entspringen kann; aber auch diese Vorsichtsmaßregeln haben sich als ungenügend erwiesen, und die kurze Geschichte des japanischen Parlaments ist voll von Conflicten der bittersten Art, von gegenseitigen Anklagen und Beschuldigungen, von gestürzten Ministern und aufgelösten Kammern, so daß Jung-Japan in dieser Beziehung dem älteren Europa nichts zu beneiden hat. Ist es doch die Haltung der, die Mehrheit in der zweimal aufgelösten Kammer besitzenden radicalen Partei und die Besorgniß vor den Folgen der durch dieselbe geforderten Kündigung der Verträge, welche die Regierung zu dem durch keinen äußeren Grund gerechtfertigten Krieg mit China getrieben hat. Als Vorwand für denselben mußte ein Abkommen dienen, welches Ito mit Li Hung Chang im Frühjahr 1885 als Specialgesandter Japans in Tientsin abgeschlossen hatte, und in dem vereinbart worden war, daß jeder der beiden contrahirenden Theile seine augenblicklich in Korea befindlichen Truppen zurückziehen, und wenn er sich später genöthigt sähe, wieder Truppen nach dort zu entsenden, den anderen Theil davon benachrichtigen solle, dem dann freistehe, ein Gleiches zu thun.

Die Ereignisse, welche zu dem Ausbruch des chinesisch-japanischen Krieges geführt haben, sind noch zu neu, als daß es nöthig wäre, näher darauf einzugehen; es ist dem japanischen Unterhändler der Convention von Tientsin vorbehalten gewesen,

als Premierminister seines Landes aus dem von ihm abgeschlossenen Uebereinkommen die politischen Consequenzen zu ziehen, die zu dem militärischen Siege Japans über China geführt haben. Aber wenn es für ihn auch eine Genugthuung gewesen sein mag, dem Mitunterzeichner des Abkommens in Shimonoseki den Frieden zu dictiren, so ist er doch ein zu gewiegter Politiker, um nicht in ihrem vollen Umfange die inneren und äußeren Gefahren zu würdigen, die der ihm aufgedrängte Versuch, die Interessen dritter Mächte denen Japans gegenüber zu ignoriren, für sein Land mit sich führen muß. Seine politische Vergangenheit spricht dafür daß Ito nur Erreichbares anstreben wird; aber die vorhergegangene Erörterung der Zustände, die zu der Revolution von 1868 geführt, und derer, die sich daraus entwickelt haben, läßt leider kaum erwarten, daß er in den vorhandenen Parteien und bei der Mehrzahl der maßgebenden Politiker eine genügende Unterstützung für eine gemäßigte Politik finden wird.

In der Geschichte Japans haben Zwistigkeiten zwischen den verschiedenen Clans nur zu oft einen bestimmenden Einfluß ausgeübt, und der Meuchelmord ist zu sehr eine politische Institution geworden, als daß es Wunder nehmen kann, beiden Elementen auch in der neuesten Geschichte Japans auf jedem Schritt zu begegnen. Die innere Lage Japans wird dadurch zu einer gespannteren, daß eine wirkliche Versöhnung zwischen den Siegern und den Besiegten von 1868, d. h. den südlichen und nördlichen Clans, nicht stattgefunden hat, und daß heute noch, mit wenigen, verschwindenden Ausnahmen, alle bedeutenderen Stellungen in der Regierung, der Verwaltung, der Armee und der Marine sich in den Händen von Südlichen befinden. Und selbst zwischen den Angehörigen der südlichen Clans, Choshiu, Hizen, Satzuma, Tosa, bestehen die alten Eifersüchteleien und Zerwürfnisse bis auf den heutigen Tag und bei allen Intriguen und allen politischen Combinationen spielt die Clanangehörigkeit der in Frage kommenden Persönlichkeiten eine

wichtige, wenn nicht die ausschlaggebende Rolle. Auch die Samurai sind weit entfernt davon, von ihrer jetzigen Lage befriedigt zu sein, und wenngleich nur ein Theil von ihnen als Shoshi zum politischen Rowdyismus und zum rabbiaten, radicalsten Journalismus übergegangen ist, so dürfte die Zahl Derer, die von einer politischen Umwälzung oder einem äußeren Conflict eine Verbesserung erwarten, nicht gering sein und daher ein Contingent bilden, auf das politische Agitatoren immer zählen können. Ob Ito allen diesen Schwierigkeiten gegenüber die bisher mit vielem Geschick befolgte Politik der Mäßigung wird weiter durchführen können, scheint mehr als zweifelhaft; im Interesse seines Landes wäre ihm voller Erfolg zu wünschen. Der kleine, untersetzte, durch seine Persönlichkeit nichts weniger als imponirende Samurai ist eine typische Figur für das moderne Japan; aus unbedeutenden Verhältnissen hervorgegangen, hat er das höchste Ziel erreicht, und wenn eine Anzahl von Prinzen und Grafen in dem Verzeichniß der Pairs ihm, dem neuerdings zum Marquis erhobenen, immer noch vorgehen, giebt es keinen derselben, der seinem Vaterlande ähnliche Dienste geleistet oder einen ähnlichen Einfluß zu erringen gewußt hätte. Wie seine Landsleute über ihn denken, mag aus der nachfolgenden Stelle einer von Ikeda Chugoro 1887 veröffentlichten Biographie einiger japanischer Staatsmänner hervorgehen: „Graf Ito Hirobumi ist von hoher Gesinnung und besitzt einen weiten und ausharrenden Geist, der sich nie mit Kleinigkeiten abgibt. Diese großen Eigenschaften haben die Herzen vieler bedeutender Leute gewonnen. Der verstorbene Minister Kido sagte einmal, daß Ito der bedeutendste Mann unter den Choshiuleuten sei. Der Schreiber dieser Zeilen neigt aber zu der Ansicht, daß er vielmehr der fähigste Mann im ganzen Lande sei.“ Vielleicht hat der Schreiber mit diesem Schlusse nicht Unrecht.

II. Li Hung Chang.

Es war im April 1875, daß ich die Bekanntschaft des schon damals berühmten chinesischen Staatsmannes machte, und als er 1893 dem Feste beiwohnte, das mir bei dem Scheiden von meinem Posten unsere deutschen Landsleute in Tientsin gaben, konnte er mit Recht sagen, wenn wir auch manchmal verschiedener Ansicht gewesen und bei unseren Discussionen die Geister nicht selten aufeinandergeplatzt seien, so hätten doch stets die besten Beziehungen zwischen uns bestanden und wären auch durch die Vertretung sich widerstrebender Interessen nicht beeinträchtigt worden. Ich hatte, ehe ich ihn sah, viel von Li gehört, aber ich war doch überrascht, als bei meinem ersten Besuche mir in dem inneren Thor seines Yamen die stattliche Figur, die mich fast um eines Kopfes Länge überragte — und ich gehöre nicht zu den Kleinsten — entgegentrat, und die klugen Augen in dem fein geschnittenen, energischen Gesicht mich prüfend anschauten. „Sie sehen ganz wie einer unserer Generalgouverneure aus," waren seine ersten Worte, aber das Compliment prallte an mir ab, denn ich hatte es schon im Tsungli Yamen in Peking gehört und wußte, daß ich es ausschließlich meinem langen, weißen Bart verdankte. Dagegen kam Li's zweite Aeußerung, die er machte, sobald wir Platz genommen hatten, mir doch etwas überraschend. „Man hat Ihnen einen Consul in Japan ermordet, und Sie haben keine Geldentschädigung verlangt; das war recht, und Sie sind mein Mann," begann er die Unterhaltung. Trotz der Anerkennung meiner Handlungsweise, die in diesen Worten lag, schien es mir doch, im Hinblick auf weitere Möglichkeiten, wünschenswerth, meinen Standpunkt klar zu stellen, und ich erwiderte: „Ja, weil es sich um einen Mord handelte, an dem die japanische Regierung keine Schuld trug, und weil sie im vollsten Maße ihre Pflicht gethan, den Mörder ergriffen und bestraft hat. Unter den Verhältnissen lag kein Grund vor, ihr eine Strafe in Form einer Geld-

entschädigung aufzuerlegen." — „Eine Strafe?" fragte Li. — „Ja, Strafe," fuhr ich fort, „für die Nichterfüllung der Verpflichtung, die jede Regierung hat, ein begangenes Verbrechen zu ahnden, und ich hoffe, nie in die Lage zu kommen, eine solche Forderung an die chinesische Regierung richten zu müssen." — Li sah mich groß an und wechselte den Gegenstand des Gesprächs, aber wir sind seit der Zeit stets gute Freunde gewesen, und ich habe bei ihm nie Widerstand gegen die Durchführung der Ansicht getroffen, die ich ihm am ersten Tage unserer Bekanntschaft ausgesprochen hatte. Glücklicherweise habe ich diese Ansicht nur einmal der chinesischen Regierung gegenüber vertreten müssen.

Li wurde 1822 in der Provinz Anhui geboren, in einer Literaten-Familie, die sich aber weder durch Vermögen noch durch Einfluß auszeichnete. Schon in jungen Jahren bestand er die drei vorgeschriebenen Prüfungen und wurde, nach Ablegung der letzten, höchsten, Mitglied des „Pinselwaldes" des Hanlin-Collegiums. Aber seine Laufbahn sollte während der ersten Jahre seiner amtlichen Thätigkeit eine fast ausschließlich militärische sein, wenn man den Ausdruck für einen Führer gebrauchen kann, der aus sicherer Entfernung die Bewegungen seiner Truppen leitet und selten oder nie in die Lage kommt einen Feind auf dem Schlachtfelde zu sehen.

Die Taiping-Rebellen waren von ihrem ursprünglichen Sitze in Kwangtung und Kwangsi bis an den Yangtze vorgedrungen und hatten 1853 Nanking erobert; die kaiserlichen Behörden und Truppen erwiesen sich als durchaus unfähig, ihnen erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen, und das Yangtze-Thal würde für die Regierung verloren gewesen sein, wäre nicht eine Anzahl von Männern aufgestanden, die, wenigstens anfänglich, auf eigene Hand und mit eigenen Mitteln den Kampf aufnahmen und nach manchen wechselnden Erfolgen schließlich den Sieg davon trugen. Der bedeutendste dieser Männer war der 1807 in Hunan geborene Tsêng Kwoh Fan, der mit einer kleinen, aus Freiwilligen gebildeten Armee gegen die Taipings operirte; ihm

schloß sich Li an, dem seine Erfolge 1859 den Rang als Taotai (Regierungspräsident, der zugleich an der Spitze der Militärverwaltung steht) und 1862 die Ernennung zum Gouverneur von Kiangsu brachten. In dieser letzteren Eigenschaft entriß er in Gemeinschaft mit Gordon, dem Befehlshaber der „immer siegreichen Armee", einer von europäischen Offizieren disciplinirten und befehligten Truppe, den Rebellen Suchau, ihren Hauptstützpunkt in Kiangsu, und vertrieb sie schließlich ganz aus seiner Provinz. Li, wie mancher andere chinesische Staatsmann, hatte den Werth einer Unterstützung durch Fremde kennen gelernt, und er war bereit, sich derselben zu bedienen, so weit dies seiner Ansicht nach ohne Gefahr für das Reich und seine eigenen Interessen geschehen konnte. Nach dem unbotmäßigen Verhalten Burgevine's als Führer der disciplinirten Chinesen und dem Versuch Lay's und Osborne's, die von ihnen organisirte Flotille der Autorität der chinesischen Behörden zu entziehen, war diese Besorgniß nicht ganz unbegründet, was man nicht außer Acht lassen darf, wenn man das Verhältniß Li's zu Gordon richtig verstehen will. Letzterer sollte gegen die Rebellen benutzt werden, aber seine persönlichen Erfolge durften nicht groß genug sein, um diejenigen Li's in den Schatten zu stellen; zugleich wurde die ihm anvertraute Truppenmacht in Grenzen gehalten, welche sie nicht als eine Gefahr für die Regierung erscheinen lassen konnte. Gordon besaß unzweifelhaft ein sehr tüchtiges organisatorisches Talent und hatte durch seine persönliche Tapferkeit, seine Geradheit und Gerechtigkeit einen bedeutenden Einfluß auf seine aus sehr verschiedenen Elementen zusammengesetzten Offiziere und zum Theil aus früheren Rebellen bestehenden Soldaten erworben. Nebenbei jedoch war er nicht frei von einem gewissen Don-Quixotismus, der bei der Einnahme von Suchau zum Bruch zwischen ihm und Li und beinahe zu schlimmeren Folgen führte. Von den zehn Führern (sog. Wangs, d. h. Prinzen) der Rebellen hatte die Mehrzahl sich mit Gordon in Verbindung gesetzt und versprochen, die Stadt zu übergeben, wenn es ihnen

gelänge, sich des Energischsten und Tapfersten unter ihnen, des Mu Wang, zu entledigen; dies sollte auf die Weise geschehen, daß ihm die Leitung eines Ausfalls anvertraut und, sowie er die Stadt verlassen, die Thore derselben hinter ihm geschlossen würden. Der Plan kam nicht zur Ausführung, weil der Mu Wang, der Argwohn geschöpft hatte, seine Mitführer zu einer Berathung zusammenberief, in deren Verlauf er von ihnen ermordet wurde. Die anderen Wangs öffneten dann die Thore der Stadt und begaben sich zu Li, der Gordon versprochen hatte, das Leben der Rebellen zu schonen. Statt dessen ließ Li die Führer ergreifen und hinrichten. Gordon war so entrüstet über den Bruch des mit ihm getroffenen Abkommens, daß er, ein Gewehr in der Hand, Li suchte, um ihn nieder zu schießen — ein Schicksal, dem sich dieser dadurch entzog, daß er sich vor Gordon verbarg. Letzterer erklärte, das Commando der Truppen nicht länger behalten zu wollen, und das Zerwürfniß zwischen den beiden Führern drohte einen um so ernsteren Ausgang zu nehmen, als sich unter den Gordon'schen Truppen, in Folge der gezwungenen Unthätigkeit, ein aufrührerischer Geist zu zeigen begann. Mr., jetzt Sir Robert Hart, General-Zollinspector der fremden Seezölle, gelang es, zwischen Li und Gordon eine Verständigung herbeizuführen, der eine Proclamation Li's als Grundlage diente. In dieser erklärte Li, daß Gordon den Vorfällen nach der Uebergabe von Suchau fern gestanden und er, Li, sich genöthigt gesehen habe, dem ursprünglichen Abkommen entgegen, die sofortige Hinrichtung der Rebellenführer anzuordnen, da sie in der frechsten Weise verlangt hätten, daß ihre Anhänger in ihrer bisherigen Formation in die Reihen der kaiserlichen Armee eingereiht und ihnen selbst höhere Commandostellen in derselben übertragen würden. Energische Maßregeln seien daher unumgänglich nothwendig gewesen, um weiteres Unglück zu vermeiden.

Diese Erklärung Li's entsprach wahrscheinlich den thatsächlichen Verhältnissen, wie denn auch zu seiner weiteren Entschuldigung angeführt werden kann, daß kurze Zeit vorher die

Garniſon einer von den Taipings beſetzten Stadt ſich ebenfalls ergeben und dann eine kaiſerliche Truppenabtheilung meuchlings überfallen und niedergemacht hatte. Gordon hat ſich bei ruhigerer Ueberlegung ſpäter ſelbſt von der Richtigkeit dieſer Auffaſſung überzeugt, denn er ſchied nach Beendigung ſeiner Thätigkeit in China als Freund von Li, wie er auch nicht zögerte, auf deſſen Ruf 1880 nach China zurückzukehren, als die Nichtratification des Vertrages von Livadia zu einem Conflict zwiſchen Rußland und China zu führen drohte.

Die Einnahme von Suchau brachte Li außer anderen Ehren die gelbe Jacke, die auch Gordon erhielt, als er einige Zeit ſpäter den chineſiſchen Dienſt verließ. Da in der letzten Zeit ſo viel von der gelben Jacke die Rede geweſen iſt, wird vielleicht nicht unintereſſant ſein, was Li an Gordon ſchrieb, als Letzterer ſich bei ihm über dieſe Auszeichnung erkundigt hatte: „Die gelbe Jacke wurde zuerſt unter der jetzigen Dynaſtie eingeführt, als eine Belohnung für Prinzen, Staatsmänner und berühmte Generäle; die Erſten, welche ſie erhielten, waren die, die gegen die ‚drei Empörer‘ kämpften (die drei Generalgouverneure, die ſich im Süden und Weſten gegen die mandſchuriſche Herrſchaft erhoben hatten) und die aufſtändiſchen Diſtrikte wieder unterwarfen. Seit den Zeiten Hien Fung's (d. h. ſeit der Regierung des gewöhnlich ſo bezeichneten Kaiſers 1851—1861) ſind Derjenigen, welche dieſe Auszeichnung erhalten haben, ſehr wenige, während von Denen, aus weſtlichen Ländern, die China militäriſche Dienſte geleiſtet haben, Sie allein für Ihre treuen und werthvollen Dienſte der Empfänger dieſes Zeichens höchſter Gnade geweſen ſind.“ —

Nach der Unterdrückung des Taiping-Aufſtandes war Li mit der ihm eigenen Energie beſchäftigt, die Wunden zu heilen, die die jahrelangen Kämpfe ſeiner Provinz geſchlagen hatten; aber der Ausbruch der Nienfëi-Rebellion in Nordchina war die Veranlaſſung, daß er bald dorthin an die Spitze der kaiſerlichen Truppen berufen wurde. Hier war ihm das Glück indeſſen

weniger günstig als in Kiangsu; die Rebellen, die er gehofft hatte auf der Shantung-Halbinsel einzuschließen, bemächtigten sich einer Anzahl Dschunken und gelangten so in seinen Rücken und aus dem Bereich seiner Streitkräfte. Auch Li's spätere Operationen waren nicht von Erfolg gekrönt; er erhielt den Befehl, das Obercommmando abzugeben und sich auf seinen neuen Posten — er war in der Zwischenzeit Generalgouverneur von Hunan und Hupei geworden — zu begeben; mit vieler Mühe gelang es ihm, diese Ungnade abzuwenden, aber das Schicksal blieb ihm auch ferner abhold; die ihm früher verliehene gelbe Jacke wurde ihm wieder abgenommen, die Censoren richteten die heftigsten Angriffe gegen das, was sie seine Trägheit und Nachlässigkeit nannten, und trotz seines Einflusses und Ansehens würde er diesen Anklagen voraussichtlich doch erlegen sein, wenn es ihm oder vielmehr seinen Unterbefehlshabern schließlich nicht gelungen wäre, den Nienfei eine entscheidende Niederlage beizubringen.

Auf seinem Posten in Wuchang ließ Li es sich angelegen sein, soweit dies angänglich war, die Errungenschaften der modernen Industrie auch für China nutzbringend zu machen, und es war wesentlich seiner Initiative zu verdanken, daß das Regierungsarsenal in Nanking eingerichtet und Dr. Macartney, der als Offizier in der „immer siegreichen Armee" gedient hatte und jetzt als Sir Halliday Macartney der englische Secretär der chinesischen Gesandschaft in London ist, mit der Leitung desselben beauftragt wurde.

Die englischen Consularberichte aus der Zeit, in welcher Li Gouverneur von Kiangsu und Generalgouverneur der beiden Hu-Provinzen war, sprechen sich wenig günstig über ihn aus und bezeichnen ihn als den Fremden und fremden Interessen durchaus feindlich gesinnt. Trotzdem oder vielleicht gerade deswegen wurde er, als im Frühjahr 1870 der französische Consul, eine Anzahl französischer Geistlichen und Schwestern, andere Franzosen und mehrere Russen in Tientsin bei einem Pöbel-

aufstande ermordet worden waren, an Stelle des zum Generalgouverneur in Nanking ernannten Tseng Kwoh Fan's in gleicher Eigenschaft nach Chili berufen, wo es ihm gelang, mit den Vertretern Frankreichs und Rußlands zu einer Verständigung zu gelangen, die die eigentlichen Anstifter des Massacres, wie es gewöhnlich genannt wird, straflos ließ, aber von den betreffenden Regierungen als eine hinreichende Genugthuung angesehen und angenommen wurde. Wie die Geschichte der letzten fünfundzwanzig Jahre sich gestaltet haben würde, wenn die Nachricht von den Vorfällen des 21. Juni 1870 rechtzeitig genug nach Paris gelangt wäre, um eine französische Expedition gegen China an die Stelle des Krieges gegen Deutschland zu setzen, mag der Phantasie des Lesers überlassen bleiben.

Seit 1870 ist Li mit einer einzigen Unterbrechung im Jahre 1882, als er an das Todtenbett seiner Mutter geeilt war, Generalgouverneur der hauptstädtischen Provinz und in dieser Stellung berufen gewesen, in allen Fällen von einiger Bedeutung eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Rolle zu spielen. Die Lage der ihm unterstellten Provinz zwischen dem Meere und der Hauptstadt brachte es mit sich, daß ihm bei dem Abschluß fast aller neuen Verträge wie bei allen Fragen, welche politische Verwickelungen herbeiführen und dadurch die Sicherheit der kaiserlichen Residenz bedrohen konnten, der Hauptantheil zufiel. Aber auch sonst wußte die Regierung in Peking ihm alle diejenigen Verhandlungen zuzuweisen, bei denen ein gewisser Muth dazu gehörte, der aufgeregten öffentlichen Meinung gegenüber die Verantwortung für eine den Wünschen derselben nicht entsprechende Lösung zu übernehmen. Nach der 1875 erfolgten Ermordung des englischen Dolmetschers Margary in Yünnan gelang es ihm, in dem darauf folgenden Jahre in Tschifu mit dem englischen Gesandten, Sir Thomas Wade, ein Abkommen abzuschließen, das alles Andere, nur keine Genugthuung für das begangene Verbrechen, enthielt und in vielen seiner Bestimmungen selbst der englischen Regierung so unbefriedigend erschien, daß

es noch heute zum größten Theil unratificirt geblieben ist. Eine neue Gelegenheit, seinen Einfluß in maßgebender Weise geltend zu machen, bot Li 1878 die Kuldja-Frage. Während des Aufstandes der Dunganen im Tekke-Thale hatte General Kolpakowski, der Befehlshaber der russischen Streitkräfte an der Grenze des insurgirten Gebietes, es für nöthig gehalten, einen Theil desselben mit der Hauptstadt Kuldja zu besetzen; die russische Regierung hatte der chinesischen hiervon Mittheilung gemacht, mit dem Zusatz, daß sie nach Unterdrückung der Unruhen durch die Chinesen bereit sein werde, das nur zeitweilig zur Sicherung der eigenen Grenzen besetzte Gebiet an China zurückzugeben. Nach dem Tode Jakub Chan's und der Wiedereroberung der Kashgarei sandte die chinesische Regierung 1878 den Vorgänger Li's auf dem Posten als Superintendent des nördlichen Handels, Chung Hau, der diese Stelle noch während des Massacres im Juni 1870 bekleidet hatte, nach Rußland, um die Verhandlungen über die Rückgabe des Gebietes zu führen. Chung Hau schloß den Vertrag von Livadia ab, der den wichtigsten Theil des Gebietes bei Rußland ließ, und kehrte dann nach China zurück, wo er sofort nach seiner Ankunft in der Hauptstadt in Anklagezustand versetzt und ins Gefängniß geworfen wurde, und zwar, echt chinesisch, nicht wegen seines wirklichen Vergehens, des Abschlusses eines ungünstigen und durch nichts zu rechtfertigenden Vertrages, sondern weil er seinen Posten ohne die Erlaubniß des Kaisers verlassen habe. Die Erbitterung gegen Chung Hau war allgemein in den Regierungskreisen, und er wurde zum Tode verurtheilt; vor der Ausführung des Urtheils rettete ihn indessen das Einschreiten der fremden diplomatischen Vertreter und die Ueberzeugung der Regierung, daß die Hinrichtung Chung Hau's zum Kriege mit Rußland führen müsse. Trotzdem blieb die Lage eine sehr gespannte. Rußland glaubte nicht mit Unrecht, sich beschweren zu können wegen der Verschleppung einer großen Anzahl von Klagen über Vertrags- und Grenzverletzungen, die seit Jahren unerledigt geblieben waren, und das Vorgehen

der chinesischen Regierung gegen den seiner Zeit in Rußland mit großen Ehren empfangenen Chung Hau wie die Weigerung, den Vertrag von Livadia zu ratificiren, waren nicht geeignet, diese Mißstimmung zu bessern. Auf der anderen Seite drängte, wie das bei solchen Gelegenheiten der Fall zu sein pflegte, das ganze Heer Derer, die in China nichts von den auswärtigen Verhältnissen verstanden, zum Kriege mit Rußland.

Theils um diesen eine Art Genugthuung zu geben, theils um die Russen glauben zu machen, daß es den Chinesen Ernst mit ihren kriegerischen Velleitäten sei, forderte Li den damals als Privatsecretär des Vicekönigs, Lord Ripon, in Indien befindlichen Oberst Gordon auf, ihn in Tientsin zu besuchen. Gordon kam, entsprach aber wenig den Erwartungen Li's, da er von vornherein sowohl demselben wie dem Tsungli Yamen gegenüber jeden Widerstand gegen Rußland für unmöglich erklärte. Li war von diesem Verhalten Gordon's wenig erbaut und bat den Schreiber dieser Zeilen, der in Tientsin mit ihm die Grundlagen vereinbart hatte, auf denen einige Tage später die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Rußland und China stattfand, Gordon zu ersuchen, durch seine Abreise die chinesische Regierung nicht ganz kopfscheu zu machen. Gordon hatte indessen Peking schon verlassen, unsere Begegnung fand auf dem Peiho statt; eine zweistündige Unterredung an den Ufern desselben gab mir schon damals die Ueberzeugung, daß der Fatalismus Gordon's, wenn man den Glauben an eine persönliche Vorausbestimmung so nennen darf, ihn zu einem sehr gefährlichen Leiter jeder Unternehmung machen müsse — eine Ueberzeugung, die später durch die Unterlassung der einfachsten, bei der Belagerung Chartum's gebotenen Vorsichtsmaßregeln ihre Bestätigung gefunden hat. Trotz des ungünstigen Eindrucks, den Gordon auf das Tsungli Yamen machte, und unter dem Li doppelt zu leiden hatte, da Gordon die von ihm zum Schutz der Hauptstadt getroffenen Anstalten, wie z. B. die Befestigung der Peihomündung und die Armirung derselben mit schweren

Geschützen, als überflüssig und sogar nachtheilig bezeichnete, gelang es Li doch, eine friedliche Lösung des Zerwürfnisses mit Rußland anzubahnen. Die Verhandlungen endeten mit dem durch den Marquis Tsêng abgeschlossenen Vertrage von St. Petersburg, der Kuldja gegen den Ersatz der Occupationskosten an China zurückgab. Bemerkt mag aber noch werden, daß Gordon, trotz seiner unzweifelhaften persönlichen Uneigennützigkeit, auch hier wieder als typischer Engländer für die Interessen seines Vaterlandes Propaganda machte, indem er den Chinesen rieth, zu überlegen, welche Macht am wahrscheinlichsten durch Dick und Dünn mit ihnen gehen würde (natürlich England), und diese dann zu ersuchen, an China die Offiziere abzugeben, die dasselbe für seine Flotte brauche.

Der Ausbruch von Unruhen in Korea 1882, die in erster Linie gegen die japanische Gesandtschaft gerichtet waren, und als deren Anstifter der gewöhnlich unter dem Namen Tai wenkun bezeichnete Vater des Königs nicht mit Unrecht angesehen wurde, gab Li Veranlassung, seine Energie dem Ruhestörer gegenüber zu beweisen. Er wurde in das chinesische Lager gelockt, dort gefangen genommen und nach China gebracht, wo er während längerer Zeit in der Hauptstadt der Provinz Chili, Paotingfu, internirt blieb, bis er auf Bitten seines Sohnes, der übrigens nur durch die ceremoniellen Vorschriften der kindlichen Liebe, wie sie der Confucianismus anordnet, zu dieser Intervention bewogen wurde, die Erlaubniß erhielt, nach Korea zurückzukehren. Daß Li die Ertheilung dieser Erlaubniß befürwortete, war ein Fehler und hat sehr wesentlich zu dem Zustande der Dinge in Korea beigetragen, die als Vorwand für den Conflict zwischen China und Japan gedient haben; er verfuhr so, wahrscheinlich in der Voraussetzung in dem alten Ex-Regenten und Hauptintriganten eine zuverlässige Stütze wenigstens gegen die ehrgeizigen Pläne der Japaner zu finden, mit denen ein Zusammenstoß wegen Korea's damals schon als wahrscheinlich angenommen wurde. Ihn vorausgesehen, auf eine bessere Rüstung gegen diese

Gefahr gedrungen und den Krieg doch länger als zehn Jahre vermieden zu haben, ist ein unzweifelhaftes Verdienst Li's; weniger anerkennend muß man sich allerdings darüber aussprechen, daß die Vorbereitungen, die er traf, um dem drohenden Ausbruch zu begegnen, doch durchaus ungenügender Natur waren und im Augenblick des Gebrauchs versagten. Auf die Gründe dieser Erscheinung wird später zurückzukommen sein.

Den schwersten Stand, wenn man die jüngsten Ereignisse ausnimmt, hatte Li in dem französisch-chinesischen Conflict, der 1883 dadurch herbeigeführt ward, daß Frankreich activ in Tongking vorging. Der zwischen Li und dem französischen Corvetten-Capitän Fournier 1884 abgeschlossene Vertrag, durch den China Tongking aufgab, kam deswegen nicht zur Ausführung, weil die französische Regierung nachträglich die schleunige Räumung Tongking's forderte, und diese Forderung entweder von dem französischen Unterhändler nicht mit der nöthigen Klarheit gestellt wurde, oder Li nicht wagte, dieselbe nach Peking, wo sich bereits eine heftige Opposition gegen das getroffene Abkommen geltend machte, zu übermitteln. Li's Haltung während der Dauer der Feindseligkeiten war eine solche, daß man in Paris glaubte, auf seine Mitwirkung zur Erzielung eines vortheilhaften Friedens rechnen zu können, und es war wohl zum Theil wenigstens dieser Erwägung zuzuschreiben, daß jede feindliche Unternehmung gegen die Li direct unterstehenden Gebietstheile unterblieb. Der schließlich durch ihn verhandelte und in Tientsin abgeschlossene definitive Frieden — wenn man von Frieden sprechen kann, wo kein Krieg bestanden —, dem die Unterzeichnung des durch Vermittelung Sir Robert Hart's herbeigeführten Pariser Protokolls vorausgegangen war, gab Frankreich nicht mehr als das Li-Fournier'sche Abkommen, dessen Ausführung es ohne die von ihm gebrachten Opfer an Geld und Menschen hätte haben können. Während der ganzen Dauer des französisch-chinesischen Conflicts war die Haltung Japan's eine Frage von der größten Bedeutung für China gewesen; trotz der wiederholt an Japan herangetretenen

Aufforderungen, den französischen Operationen in einer oder der anderen Weise, besonders durch Gewährung einer Verproviantirungsbasis, Vorschub zu leisten, hatte die japanische Regierung eine strenge Neutralität beobachtet, und erst als die Friedensverhandlungen zwischen Paris und Peking bereits im Gange waren, sah sich die Regierung genöthigt, dem Drängen der Actionspartei nachzugeben und China gegenüber die koreanische Frage aufzunehmen. Graf Ito wurde mit der Führung der Verhandlungen beauftragt und schloß am 18. April 1885 in Tientsin mit Li die Convention ab, durch welche beide Staaten sich verpflichteten, ihre Truppen aus Korea zurückzuziehen und dem Könige von Korea zu empfehlen, sein eigenes Heer durch fremde, keinem der beiden vertragschließenden Theile angehörende Offiziere ausbilden zu lassen, um selbst die Ruhe im Lande aufrecht erhalten zu können. Zugleich wurde vereinbart, daß, im Falle eine der beiden Mächte sich in Zukunft genöthigt sähe, Truppen nach Korea zu schicken, sie der anderen davon Mittheilung machen werde, die dann berechtigt sein solle, dies auch ihrerseits zu thun.

Das diese letztere Klausel den Japanern 1894 zum Vorwand für die Invasion Korea's gedient hat, ist bekannt. Li war sich bei Abschluß des Vertrages entweder der Handhabe nicht bewußt, welche er dem japanischen Ehrgeize bot, oder er rechnete darauf, selbst nicht mehr in die Lage zu kommen, mit bewaffneter Hand in die Angelegenheiten Korea's eingreifen zu müssen; in Peking aber tröstete man sich damit, daß man das Abkommen, das in der That keine Bestimmung über eine eventuelle Ratification enthielt, als eine nur Li angehende, keine internationale Geltung besitzende persönliche Verpflichtung desselben ansah. Vor der Hand hatte das in seinen späteren Folgen so bedeutungsvolle Abkommen das Ergebniß, daß es zu einer Auseinandersetzung zwischen Rußland und China über die koreanische Frage führte, bei welcher das erstere erklärte, daß es seinerseits keine Aenderung im Besitzstande Korea's anstreben werde, solange China denselben nicht antaste. —

Neue Unruhen in Korea sollten China und mit ihm Li vor die Frage stellen, die ihren vorläufigen Abschluß durch den Frieden von Shimonoseki gefunden hat. Ueber die Ursachen der Niederlage China's ist viel geredet und geschrieben worden, meistens ohne tiefer auf den wahren Grund derselben einzugehen, überzeugt, daß das, was man als die Corruption des chinesischen Beamtenthums bezeichnet, als solche anzusehen sei. Uns näher liegende Beispiele hätten die Kritiker überzeugen sollen, daß eine Corruption, ebenso groß, wenn nicht noch größer als die der Mandarinen, einen gewissen, keineswegs unbeträchtlichen oder zu verachtenden Grad militärischer Tüchtigkeit nicht ausschließe. Die Ursachen der militärischen Mißerfolge China's müssen also auf einem anderen Gebiete gesucht werden, und sie dürften sich — wie dies auch durch die Berichte eines Augenzeugen, des Herrn von Hanneken, bestätigt wird — in dem Mangel an Verständniß, in der Ueberhebung und der falschen Sparsamkeit finden, die den Grundzug im Wesen der neueren Chinesen bilden. Sie sind das würdige Vorbild aller Doctrinäre, denen über der Wahrung der theoretischen Bedeutsamkeit eines Princips die Möglichkeit der Beurtheilung der praktischen Anwendbarkeit desselben abhanden gekommen ist.

Ich habe schon früher darauf hingewiesen, einen wie großen Antheil daran, daß die Chinesen für den Kriegsfall unvorbereitet waren, die falsche Sparsamkeit gehabt hat, die auf ausdrücklichen Befehl von oben herab in allen Zweigen der Verwaltung der Armee und der Marine herrschte. Wenn es sich Seitens der Beamten nur um Durchstechereien und Erpressungen gehandelt hätte, so würden sie sich's unbedingt haben angelegen sein lassen, die durch ihre Hände gehenden Bestellungen an die fremde Industrie nach Zahl und Umfang möglichst zu vermehren; aber nichts der Art ist geschehen. Die Panzerschiffe hatten keine Torpedonetze, diese wurden vielmehr erst nach Ausbruch des Krieges bestellt; Munition war nur in durchaus ungenügender Menge vorhanden, namentlich in Betreff aller Arten von Ge-

schossen, und als das Wenige verbraucht war, hat es nicht Wochen, sondern Monate gedauert, bis man sich zu Nachbestellungen entschloß. Die Truppen waren elend bewaffnet, wenigstens zum großen Theil, aber nicht, weil — wie namentlich von englischer Seite vielfach berichtet worden ist — für gutes Geld schlechte Waare gekauft, sondern weil die vorhandenen guten Gewehre an schlechter Behandlung und mangelhafter Aufsicht zu Grunde gegangen waren und, was überhaupt beschafft worden, für die später aus allen Theilen des Reichs zusammenströmenden Scharen von Rekruten bei Weitem nicht ausreichte und nicht ausreichen konnte. Für alles dies hat man Li Hung Chang verantwortlich gemacht, und es ist wohl unzweifelhaft, daß ein Theil dieser Verantwortlichkeit ihn in der That trifft; aber man würde Unrecht thun, diesen Theil zu schwer zu machen. Li ist so wenig ein Freund der Fremden, wie irgend ein der Literatenclasse angehöriger Chinese; doch die Verhältnisse haben ihn gezwungen, mit den Fremden mehr zu verkehren, als dies seinen Wünschen und Neigungen entsprochen haben dürfte, und er hat diesen ihm aufgezwungenen Verkehr benutzt, um von ihnen zu lernen und sie in seinem und des Landes Interesse nach Kräften auszunutzen. In China selbst ist ihm das sehr verdacht worden, und wenn er bei der großen Masse nicht nur der Literaten, sondern des Volkes überhaupt als Christen- und Fremdenfreund durchaus unpopulär ist, so ist dies in erster Linie dem ihm zum Vorwurf gemachten Umgang mit Fremden, der Aneignung fremder Ideen, Hülfsmittel und der Ordnung, die er in seiner Provinz gehalten, zuzuschreiben. Daß ein so von Argwohn und Haß umgebener und verfolgter Mann, ganz abgesehen von der ihm von oben herab stets aufs Neue zur Pflicht gemachten, zum Theil durch die Geringfügigkeit der vorhandenen Mittel gebotenen Sparsamkeit, bei der Anwendung fremder Methoden und Hülfsmittel doppelt vorsichtig sein mußte, liegt auf der Hand. Trotzdem hat er in der Organisation von Truppen, der Schaffung des Nordgeschwaders, der Befestigung der Küsten Anerkennungswerthes

geleistet. Wenn das Alles sich im Augenblick der Gefahr als ein zerbrochenes Rohr erwies, das die Hand verletzte, die sich darauf stützen wollte, so kommen dabei wieder zwei Gründe in Betracht, die von wohl- und übelwollenden Kritikern gleich wenig berücksichtigt worden sind. Die höheren Truppenführer waren meistens alte Kriegsgenossen Li's aus der Zeit seiner Kämpfe gegen die Taipings und die Nienfëi, denen gegenüber er ebenso wie die Centralregierung gewisse Rücksichten zu nehmen hatte und in der That auch nahm; dann herrschte in Armee und Flotte außer dem in ganz China und bei allen Chinesen so überaus mächtigen Protectionswesen, das nur die Interessen der Familie und des Geschlechts kennt und wahrnimmt, ein Provinzialgeist, der an Zähigkeit und Agressivität dem Clangeist in Japan nichts nachgab und viel schlimmere Folgen als dieser gehabt hat. In der Armee Li's waren es Anhui-Leute, die keinen Anderen neben sich aufkommen ließen, in der Flotte herrschte thatsächlich eine Clique von Fukien-, hauptsächlich Futchau-Leuten, die ebenso, wie sie den englischen Instructeur, Capitain Lang, angefeindet und vertrieben hatten, immer und überall, selbst in der Schlacht, dem Oberbefehlshaber, Admiral Ting, und den wenigen nicht aus Fukien gebürtigen Offizieren gehässig begegneten und zu schaden suchten. Diesem Geiste gegenüber, der mit hundert Fäden bis in die höchsten Regierungskreise hinaufreichte, war selbst Li machtlos; er mußte mit unfähigen und zum Theil widerstrebenden Elementen arbeiten und ließ daher häufig die Sachen gehen, wie sie gingen, nur um weitere Reibungen zu vermeiden.

Li ist kein Soldat. Er hatte von vornherein das Gefühl, daß China auf dem Schlachtfelde militärisch und maritim Japan nicht gewachsen sei; er glaubte indessen, wie man dies auch in Peking that, daß Japan nicht wagen werde, China anzugreifen, und im schlimmsten Falle nach der Eroberung Korea's am Yalu Halt machen würde; dann hätte sich weiter reden und ein Mittel finden lassen, China's „Gesicht zu retten". Als aber diese Voraussetzung nicht eintraf, waren für Li nur zwei Punkte maß-

gebend: zu verhüten, daß er selbst bei dem allgemeinen Schiffbruch zu Schaden komme, und eine Intervention der fremden Mächte zu Gunsten China's herbeizuführen. Was den ersteren Punkt anbetraf, so suchte er einerseits die Bürde des militärischen Oberbefehls von sich abzuschütteln. Diejenigen, die in der Ernennung eines Anderen zum Generalissimus eine Niederlage Li's erblickten, irrten daher sehr; im Gegentheil wird er es sich ungezähltes Geld haben kosten lassen, um dies durchzusetzen. Andererseits wollte er die hauptstädtische Provinz vor einem directen Angriff und sich selbst vor persönlicher Verantwortlichkeit retten und trieb daher zum Frieden. In Betreff einer etwaigen Intervention der fremden Mächte war er bald zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine solche während des Krieges nicht wahrscheinlich sei; er rieth also auch darum zum Frieden, weil er glaubte und hoffte, daß die übermäßigen Ansprüche der Japaner ein Dazwischentreten der an dem Schicksal Ostasiens interessirten Mächte herbeiführen würden. Daß er selbst diese Ansprüche gesteigert habe, um desto sicherer seinen Zweck zu erreichen, ist wohl Legendenbildung neuester Zeit; dagegen hat er in weit größerem Maße, als dies bisher allgemein bekannt geworden, sich bemüht, die von ihm selbst den Japanern gemachten Zugeständnisse durch den Widerspruch dritter Mächte herabmindern oder ganz aufheben zu lassen.

In der vorstehenden Skizze der Laufbahn Li Hung Chang's ist seiner Thätigkeit als Generalgouverneur von Chili nicht gedacht worden; er hat auch bei einigen Unruhen in den zu seinem Verwaltungsgebiet gehörigen Theilen der Mongolei und den durch Heuschrecken, Dürre oder Ueberschwemmungen verursachten Theuerungen und Hungersnöthen sich als ein tüchtiger Administrator erwiesen und mehr als ein Anderer für die Hebung der Wohlfahrt in dem seiner Verwaltung unterstellten Gebiete gethan. Wenn die von ihm ins Leben gerufenen Einrichtungen, wie die chinesische Dampfschiffahrts-Gesellschaft der China Merchants Co., die Eisenbahn von Tientsin nach den Kohlenminen von Kaiping, deren Weiterführung bis Mukden in Aus-

ſicht genommen und bis Shan-hai-kuan durchgeführt worden war, die Bearbeitung dieſer und anderer Minen nach fremdem Vorbilde und die Errichtung von Baumwollen-Spinnereien nicht den gewünſchten finanziellen Erfolg gehabt haben, ſo lag und liegt dies an dem in China ſo mächtigen Familien- und Geſchlechtsgeiſt, dem gegenüber auch Li machtlos iſt. Jedenfalls hat er bewieſen, daß er an Weite des Blickes die meiſten ſeiner Landsleute übertrifft, und es kann ihm daher kaum verdacht werden, wenn er, um die Unterſtützung der Regierung und der maßgebenden Beamtenkreiſe für jene Unternehmungen zu erhalten, ſie als Mittel zur Beſchränkung des Einfluſſes der Fremden bezeichnete und empfahl.

Li zählt heute 74 Jahre; es iſt daher kaum von ihm zu erwarten, daß er bei der abſolut nothwendigen Reorganiſation des Heeres, der Marine und der Finanzen China's eine ſehr thätige Rolle ſpielen wird. Aber man wird annehmen können, daß er ſich in Betreff der unvermeidlichen Aenderungen, ſoweit dieſelben nicht die Sphäre ſeiner eigenen Macht berühren, entgegenkommender verhalten wird, als die Mehrzahl ſeiner Amtsgenoſſen. In jedem Falle iſt er ein Factor, mit dem zu rechnen iſt, und deſſen oft verſtändiger, ſelten obſtructiver Einfluß ſchwer vermißt werden wird, wenn er dereinſt aus der Regierung des Reiches geſchieden. Er hat nach einer Zeit glänzender Erfolge, der Niederwerfung der Taipings, der Nienfëi, der mohammedaniſchen Rebellen in Yünnan, Kanſu und Turkeſtan den Beginn des Niederganges ſeines Landes und den Verluſt von Annam und Tongking, den Liukiu-Inſeln, Korea und Formoſa erlebt, aber wenn er auch nicht von jeder Schuld an dieſen Ereigniſſen freizuſprechen, ſo wird ihm doch die Geſchichte das Zeugniß ausſtellen, daß es mehr anderen Umſtänden als ſeinem Eingreifen und Rath zuzuſchreiben iſt, wenn China ſich der ihm geſtellten Aufgabe nicht gewachſen gezeigt hat. Für mich aber wie für viele Andere, die ihn näher gekannt haben, wird Li Hung Chang eine intereſſante, hochbedeutende und ſympathiſche Perſönlichkeit bleiben.

XIV.

Li Hung Changs Weltreiſe und die chineſiſche Diplomatie.*)

(1896.)

*) Abgedr.: Deutſche Revue. 1896. November.

Als gegen Ende des Jahres 1895 an die chinesische Regierung die Frage der Entsendung eines Botschafters zu den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau herantrat, beabsichtigte dieselbe, den bereits früher in außerordentlicher Mission in Rußland gewesenen Wang Tchi Tchun mit der Vertretung des Kaisers bei dieser Gelegenheit zu betrauen. Von russischer Seite wurde dagegen geltend gemacht, daß der Rang, den Wang in der chinesischen Beamten-Hierarchie einnehme, ihn wenig für eine solche Mission geeignet erscheinen lasse, und daß es dem bei solcher Gelegenheit üblichen Gebrauch mehr entsprechen würde, wenn dieselbe einem der Prinzen des kaiserlichen Hauses übertragen würde. Es wurde dabei wohl in erster Linie an den Prinzen Ching, Präsidenten des Tsungli Yamen, gedacht, und die Idee fand bei Li Hung Chang wie bei dem damals gerade in Peking anwesenden Generalgouverneur von Nanking, Liu Kun Yi, warme Unterstützung. Aber wie so oft in China stellten sich alte Vorschriften und Gebräuche der Ausführung des Gedankens entgegen. Nach den Satzungen der mandschurischen Dynastie war es den Prinzen des kaiserlichen Hauses verboten, die Hauptstadt zu verlassen, wegen der Besorgniß, daß dieselben sich an die Spitze einer aufständischen Bewegung stellen könnten; hierzu kam die persönliche Abneigung aller etwa in Frage stehenden Persönlichkeiten, eine solche Mission zu übernehmen, so daß

einer der hervorragendsten chinesischen Würdenträger die Lage in den Worten zusammenfassen konnte: „Der Kaiser wird es nicht befehlen, und wenn er's thäte, ginge der Prinz doch nicht." So wurde denn wieder, wie schon bei mancher früheren Gelegenheit, von fremder Seite an Li Hung Chang gedacht und an maßgebender chinesischer Stelle diese Idee um so eifriger aufgenommen, als sie den Gegnern und Feinden des greisen Staatsmanns Gelegenheit gab, sich seiner für einige Zeit zu entledigen und zu versuchen, ihn während dieser erzwungenen Abwesenheit für immer unschädlich zu machen. Li fühlte und wußte, daß es nur seine Gegner waren, die auf seine Ernennung zum Botschafter drängten, und sträubte sich mit allen Kräften gegen die ihm zugedachte Ehre; seine Bemühungen schienen von Erfolg zu sein, und er konnte am 6. Februar dieses Jahrs seiner näheren Umgebung und einigen Freunden mittheilen, daß es ihm endgültig gelungen sei, die Uebertragung der Mission von sich abzuwehren. Wenn er trotzdem wenige Tage später den kaiserlichen Befehl erhielt, sich nach Rußland zu begeben, so mußte dies als ein ganz entschiedener Erfolg seiner Feinde angesehen werden, und er selbst war sich darüber so wenig im Zweifel, daß er alle Maßregeln traf, die Beendigung seiner Mission so einzurichten, um erst nach Schluß der Schiffahrt nach dem Norden in Shanghai einzutreffen, um, falls ihm bis dahin kein neues Amt übertragen worden sei, sich nach seiner Heimat in der Provinz Anhui zurückzuziehen.

Li Hung Chang verließ Peking mit dem Auftrage, den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau als Specialbotschafter beizuwohnen, dem Kaiser von Rußland, dem deutschen Kaiser und dem Präsidenten der französischen Republik Dankschreiben des Kaisers von China für die in Betreff der Retrocession der Liaotunghalbinsel gewährte Hülfe zu überreichen und so weit als möglich die Höfe der anderen Vertragsmächte, besonders England und die Vereinigten Staaten, zu besuchen, und sich über die Bereitwilligkeit der Vertragsregierungen in eine Erhöhung der Ein-

gangssteuern zu willigen, wie überhaupt über alles, was die chinesische Regierung interessiren könne, zu informiren. Vollmachten zum Abschluß irgend welcher diplomatischen, finanziellen oder sonstigen Geschäfte besaß er nicht. Wenn in dieser letzteren Beziehung bei den Regierungen der Vertragsmächte falsche Anschauungen bestanden haben sollten, was nicht wahrscheinlich ist, so könnten dieselben nur auf eine höchst unvollkommene Berichterstattung ihrer Vertreter zurückzuführen sein. Daß man sich in kaufmännischen, industriellen und finanziellen Kreisen der Hoffnung hingegeben, Li werde sofort Bestellungen vornehmen und Contrakte abschließen, ist, wenigstens bei den mit chinesischen Verhältnissen bekannten Firmen und Banken nicht anzunehmen; sie mußten von ihren Agenten an Ort und Stelle wissen, was Li's Aufträge seien; dagegen ist es wohl erklärlich und verständlich, daß in vielleicht übertriebener Weise versucht worden ist, persönlich und sachlich einen möglichst vortheilhaften Eindruck auf den Mann zu machen, durch dessen Hände während zweier Jahrzehnte die wichtigsten Aufträge gegangen waren und in dessen Macht es vielleicht auch später noch einmal liegen konnte, solche zu vergeben.

Li's Abreise gingen — hinter den Kulissen — einige kleine Scenen vorher, deren Bedeutung nicht zu überschätzen sein dürfte, die aber als symptomatisch für manche Vorgänge in China einer Erwähnung nicht unwerth sind. Für Li's Reise waren Seitens der russischen Gesandtschaft in Peking alle Vorkehrungen getroffen worden; er sollte sich in Shanghai auf einem der (französischen) Dampfer der Messageries nationales einschiffen und in Port Said ein Schiff der russischen Freiwilligenflotte finden, mit dem er sich direct nach Odessa begeben würde. Die erste Schwierigkeit ergab sich bereits in Tientsin. Li hat ein gewisses Zutrauen zu der europäischen Heilkunde und er ist abergläubig; nun wohnt in Tientsin ein ihm seit Jahren befreundeter englischer Arzt, der ihn wiederholt behandelt und gute Resultate erzielt hat; das einzige Mal, daß Li sich von einem andern

Arzte hatte begleiten lassen, auf seiner Reise nach Japan, war er bei dem auf ihn gemachten Mordanfall verwundet worden. Was war natürlicher als der Wunsch, sich auf der großen Reise, die bevorstand, von dem Engländer begleiten zu lassen; darob großer Zorn der Russen, der sich bis zu der Drohung verstieg, dem betreffenden Arzte werde der Zutritt in Rußland nicht gestattet werden, sich schließlich aber vor der Aussicht, die Angelegenheit in England an die große Glocke gehängt zu sehen, mit der Idee aussöhnte. In Shanghai wurde trotz der entente cordiale zwischen Frankreich und Rußland, die namentlich durch den französischen Gesandten in Peking, Mr. Gérard, bis ins Ueberschwengliche proklamirt wird, der Versuch gemacht, Li zu bewegen, zuerst in Frankreich europäischen Boden zu betreten. Die ungünstigen Witterungsverhältnisse im Schwarzen Meere, die Annehmlichkeit, auf demselben Schiffe bis Marseille bleiben zu können, und die Vorzüge der Eisenbahnfahrt durch Europa wurden Li so abschreckend, respective so verlockend dargestellt, daß er nach Peking seine Absicht mittheilte, diesen Weg einschlagen zu wollen; ein Telegramm der russischen Gesandtschaft, daß er dann gefälligst auch selbst die weiteren Arrangements für seine Reise nach Rußland treffen möge, machten diesen Velleitäten schnell ein Ende. Glücklicher waren die Franzosen in Hongkong, wo der Hinweis auf die dort herrschende Pest und die Möglichkeit einer Quarantäne in den später anzulaufenden Häfen, vielleicht im Verein mit Li's Besorgniß vor der Stimmung der ihm sehr feindlichen, meistens aus den Kwangprovinzen stammenden eingeborenen Bevölkerung, ihn veranlaßten, die von dem Gouverneur von Hongkong ihm zugegangene Einladung abzulehnen und überhaupt nicht an Land zu gehen. So hatten die Franzosen wenigstens die Genugthuung, ihm zuerst in Saigon einen officiellen feierlichen Empfang bereiten zu können.

In Rußland wurde Li Hung Chang mit Ehren empfangen, die, wenn sie auch dem berühmtesten aller ostasiatischen Staatsmänner dargebracht wurden, weit über das hinaus gingen, was

er, selbst als der höchste Beamte des chinesischen Reiches und als außerordentlicher Botschafter beanspruchen konnte. Man dachte dabei vielleicht, wenn man überhaupt einen andern Zweck hatte, als Li's persönlicher Eitelkeit und der staatlichen Chinas zu schmeicheln, an seinen Titel als Vicekönig, der aber durchaus nicht chinesischen Auffassungen und Gebräuchen entspricht, wie denn der Chinese nur Generalgouverneure kennt, deren es acht oder neun gibt, und die amtlich mit und hinter einer ganzen Anzahl anderer Beamten rangiren. Das Verhalten Rußlands gab aber den Maßstab für die Beurtheilung der anderen Mächte ab, und so hat Li Hung Chang in wahrhaft fürstlicher Weise seine Rundreise durch Europa vollendet. Was Deutschland im Besonderen anbetrifft, so kann nach allen Zeugnissen mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die von Seiner Majestät dem Kaiser Li gewährte erste feierliche Audienz einen weit über den aller ähnlichen Zeremonien hinausgehenden, wahrhaft imponirenden Eindruck auf denselben gemacht hat. Ob derselbe später abgeschwächt worden, mag dahingestellt bleiben.

Der allgemeine politische Eindruck, den Li Hung Chang von seiner Reise mitgenommen haben dürfte, wird, wie zu befürchten, der weiteren Entwickelung der Beziehungen zwischen China und dem Auslande vielleicht weniger günstig sein, als man vielfach anzunehmen geneigt sein möchte. Er kam als der Vertreter eines soeben erst im Kampfe gegen eine viel kleinere Macht schimpflich besiegten Landes, das nur durch das Dazwischentreten einiger der Mächte, die er zu besuchen hatte, vor weiterem schweren Schaden bewahrt worden war; an der chinesischen Regierung, als solcher waren die Lehren der letzten Jahre spurlos vorübergegangen; im Volke selbst wußte man einige Meilen von den direct berührten Gebieten wenig oder nichts von dem stattgehabten Kriege und dessen Ergebnissen, und die jüngere Beamtengeneration, die als Mitglieder des sogenannten Reformclubs in Peking und als Berather der Provinzialbehörden, wo es sich um Beziehungen zu den Fremden handelte, mühsam nach einigem

Einfluß strebte, eignete sich nach Bildung, Charakter und Stellung wenig dazu, bereits in der nächsten Zukunft eine führende Stellung in der Verwaltung oder Regierung des seinem Umfange und seiner Bewohnerzahl nach immer noch mächtigen Reiches einzunehmen. Unter den Umständen würde es sich empfohlen haben, Li Hung Chang in ernstester Weise auf die für China bestehende Nothwendigkeit aufmerksam zu machen, so weit für seine Wehrhaftigkeit zu sorgen, um nicht ausschließlich auf die Unterstützung anderer Mächte angewiesen zu sein, eine Politik, zu der man in China nur zu sehr hinneigt, wie denn schon in dem im Jahre 1874 berufenen großen Staatsrath die Mehrzahl der Mitglieder sich dahin aussprach, daß China von dem Auslande nichts zu befürchten habe, da sich immer einige fremde Mächte finden dürften, die aus Eifersucht nicht gestatten würden, daß von einer andern China empfindlich geschädigt werde. Daß in dieser Beziehung das Erforderliche versäumt worden ist, geht daraus hervor, daß Li in England als eine der Errungenschaften seiner Mission die Ueberzeugung erwähnt hat, daß die europäischen Mächte, das heißt, wohl die des ostasiatischen Dreibunds, nicht gestatten würden, daß China durch weitere Angriffe geschädigt würde. Es ist das eine in erster Linie für China höchst gefährliche Ueberzeugung, da in Europa kaum die Absicht bestehen dürfte, sich auf die Dauer in Asien einen zweiten kranken Mann heranzuziehen und Vormacht für ein Land zu spielen, das trotz seiner ungeheuren natürlichen Hülfsmittel nicht einmal bereit ist, den Versuch zu machen, selbst mit fremder Unterstützung auf den eigenen Beinen zu stehen.

Li Hung Chang hat stets den Ruf gehabt, ein undankbares Object für Interviewer zu sein und er hat das auch während seiner jetzigen Reise wieder in vollstem Maße bethätigt. Wie eine amerikanische Zeitungscorrespondentin bei einer ihr von Li in London bewilligten Zusammenkunft ausrief: „Aber ich bin hierher gekommen, Eure Excellenz auszufragen, nicht mich ausfragen zu lassen," so werden wohl eine ganze Anzahl Journalisten

und andere Leute nach Besuchen bei der chinesischen Sphinx gedacht haben. Li, dem es weder an guter Meinung von sich selbst — die Bezeichnung der chinesische Bismarck stammt von ihm oder seiner nächsten Umgebung und ist mindestens zwanzig Jahre alt, nicht aber wie behauptet wurde, von seinen deutschen Verehrern erst jüngst ad hoc erfunden — noch von seinem Lande fehlt, neigt stark zur Ueberhebung und hat nie angestanden, Leuten gegenüber, mit denen er sich das erlauben zu dürfen glaubte, von dieser Neigung ausgiebigen Gebrauch zu machen. — Mit jeder Meile, die er sich von Berlin entfernt, wächst dieses Gefühl, in Köln findet er einen in der Form immer noch passenden Ausdruck dafür, aber in Frankreich, noch mehr in England und am allermeisten in den Vereinigten Staaten läßt er seiner Laune freien Lauf und macht sich unbarmherzig über die Leute lustig, die um das goldene Kalb tanzen. Wer die Artikel der englischen Zeitungen gelesen hat, in denen mit der Ueberlegenheit wahrer Größe die Deutschen abgekanzelt wurden, weil sie Li Hung Chang zu sehr gefeiert und als Gast der Regierung aufgenommen und behandelt hätten, der wird sich eines gewissen Gefühls der Schadenfreude nicht haben erwehren können, als die klugen Engländer es nun gerade ebenso und noch toller trieben als die thörichten Deutschen. Am charakteristischsten aber für die Eindrücke, die Li in Europa empfangen, ist seine Haltung in den Vereinigten Staaten gewesen, wo er sich nicht gescheut hat, Regierung und Bevölkerung gleichmäßig vor den Kopf zu stoßen. Das Vorgehen der Vereinigten Staaten in der Frage der chinesischen Einwanderung und die dort für Japan bestehenden Sympathien, die während des jüngsten Krieges einen besonders scharfen Ausdruck gefunden hatten, mögen Li's Voreingenommenheit erklären, er würde dieselbe aber weniger zur Schau getragen haben, wenn er nicht in der ihm in Europa zu Theil gewordenen Behandlung Grund zu der Annahme zu finden geglaubt hätte, daß China stets auf die Unterstützung mehrerer Mächte zählen könne. Wer sich die Mühe geben will, die von dem

früheren chinesischen Geschäftsträger in Paris Tcheng Ki tung, veröffentlichten Bücher „Les Chinois peints par eux-mêmes“ und „Les Parisiens peints par un Chinois“ zu lesen, der wird in ihnen genau denselben Ton überlegener Sittlichkeit und beißenden Spotts gefunden haben, der Li Hung Chang's Verkehr mit den rothhaarigen Barbaren in ihren eigenen Ländern gekennzeichnet hat und den genährt und geduldet zu haben als ein ganz entschiedener Fehler bezeichnet werden muß, für den die in China beglaubigten fremden Diplomaten bei ihrem Verkehr mit der Regierung des Himmlischen Reichs zu büßen haben werden.

Für Li Hung Chang selbst muß die Rundreise als ein großer Erfolg bezeichnet werden; die Aufnahme, die er überall gefunden und über die er nicht unterlassen haben wird, ausführlichst nach Peking zu berichten, werden seine dort sehr erschütterte Stellung wesentlich gehoben und gekräftigt haben. Der Mann, der es verstanden, als Botschafter des besiegten China alle Ehren einzuheimsen, wird auch seinen Gegnern als ein würdiger Vertreter der chinesischen Interessen dem Auslande gegenüber erscheinen. Das ihm stets bewahrt gebliebene Wohlwollen der Kaiserin-Exregentin, das er seit seiner Enthebung von der Stellung als Generalgouverneur von Petchili durch den ihrem Lieblingswunsch, der Wiederherstellung des Sommerpalastes in Yuen ming yuen, geleisteten Vorschub nicht unwesentlich vermehrt haben dürfte, wird das weitere thun, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß Li nach seiner Rückkehr nach China wieder ein Amt erhalte. Seinen Wünschen würde es wahrscheinlich am meisten entsprechen, wieder in möglichst unabhängiger Stellung in Petchili thätig sein zu können, da er bei den fortdauernden Reibungen in Peking selbst kaum einen durchgreifenden Einfluß auszuüben im Stande sein würde. Ob er sich überhaupt in der Lage befinden wird, dies selbst bei einer Verwendung außerhalb der Hauptstadt zu thun, dürfte nach den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre zweifelhaft erscheinen, um so mehr, als seine Gegner sich immer in der Lage befinden werden, auf die thatsächlichen Miß-

erfolge der von ihm früher empfohlenen und eingeführten Neuerungen hinzuweisen, Mißerfolge, an denen sie freilich eine größere Schuld tragen als er, die aber zu groß gewesen sind, um auch ihn ganz freisprechen zu können.

Wenn Li's Rundreise so weit auch keine praktischen Ergebnisse aufzuweisen gehabt hat, so hat sie doch die maßgebenden europäischen Staatsmänner und das große Publicum in Berührung mit einem chinesischen Diplomaten gebracht und ihnen Gelegenheit gegeben, die „Mache" desselben in nächster Nähe zu sehen und wahrscheinlich mit dem Bemerken zu bewundern, daß der chinesische Diplomat sich den westländischen weit überlegen gezeigt habe. Das letztere ist in gewissem Sinne unbestreitbar, wenn man an die aalglatte Geschmeidigkeit denkt, mit der Li alles angenommen, und außer schönen Redensarten nichts gegeben hat; eine Politik aber, die innerhalb zwanzig Jahren die Oberhoheit über die Liukiu-Inseln, Birma, Tongking, Annam und Korea eingebüßt, Formosa verloren und aus dem Schiffbruch ihrer Ansprüche nicht einmal die Ehre eines anständigen, wenn auch vergeblichen Widerstandes gerettet hat, kann keine besonderen Diplomaten in ihren Diensten gehabt haben, und über diese Thatsachen, die auch dem mit ostasiatischen Verhältnissen wenig Vertrauten in die Augen springen müssen, können auch die Erfolge passiven Widerstandes, deren sich die chinesische Diplomatie ja unbedingt rühmen darf, nicht hinwegtäuschen. In der That ist dieser passive Widerstand das Charakteristische der chinesischen Diplomatie und sie hat daher ihre Erfolge hauptsächlich da aufzuweisen, wo die fremden Diplomaten ein Interesse gehabt haben, sich täuschen zu lassen, oder wenigstens kein Interesse, aus einer theoretischen Erörterung zu einer praktischen Durchführung ihrer Ansichten und Forderungen überzugehen. Seit den ersten Berührungen mit Fremden in den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts hat die chinesische Diplomatie es niemals verstanden, sich über den Unterschied klar zu werden, der zwischen dem Umfang ihrer Ansprüche und den ihr zur

Durchführung derselben zu Gebote stehenden materiellen Mitteln bestand; ein Fehler, der zu den Demüthigungen Chinas in 1842, 1858, 1860, 1885 und schließlich zu dem chinesisch-japanischen Conflikt und dem Frieden von Shimonoseki geführt hat. Aber wenn sie in dieser Beziehung nur Mißerfolge aufzuweisen gehabt hat, läßt sich auf der andern Seite die Meisterschaft nicht bestreiten, mit der sie es verstanden gehabt hat, namentlich und ganz besonders den europäischen Staatsmännern Sand in die Augen zu streuen und die Aufgabe der fremden Diplomaten in Peking selbst zu einer Sisyphusarbeit zu machen, bei der dieselben außerdem noch den Tadel für das zu tragen gehabt haben, was andere verschuldet hatten. Der größte bis jetzt nicht wieder gut gemachte Fehler der europäischen Diplomatie war die Zustimmung zu der von der unter Ping Chun und dem Amerikaner Burlingame in 1868 entsandten ersten chinesischen Mission gestellten Forderung, daß in Zukunft Streitfragen nicht mehr an Ort und Stelle durch die Consuln, eventuell mit Hülfe eines zur Hand befindlichen Kriegsschiffes, sondern in allgemein gebräuchlicher Weise durch einen Appell an die chinesische Regierung Seitens der in Peking beglaubigten Gesandten erledigt werden sollten. Bei der Ertheilung der Zustimmung zu dieser an und für sich nicht unberechtigten Forderung vergaß man zwar nicht, daß das nothwendige Corollaire zu derselben die Voraussetzung sein müsse, daß die chinesische Regierung nun auch ihrerseits die übernommene Verpflichtung erfülle und das Ihrige thue, um den Fremden den ihnen nicht mehr in auskömmlicher Weise durch die Consuln und Kriegsschiffe gewährten Schutz zu ertheilen, aber man wagte nicht die nothwendigen Consequenzen aus der stets wiederkehrenden Nichterfüllung dieser Voraussetzung zu ziehen. An dieser Thatsache kranken seit fast dreißig Jahren die Beziehungen Chinas zum Auslande, und es wird in dem chronisch gewordenen Zustande der Unsicherheit für Leben und Eigenthum Fremder in einzelnen Theilen des chinesischen Reiches nicht eher eine Aenderung eintreten, bis Regierung und Provinzialbehörden zu der Ueber-

zeugung gelangt sind, daß die Macht, deren Angehörige geschädigt worden, oder besser alle Mächte gemeinschaftlich den Schutz selbst ausüben werden, den China nicht ertheilen kann oder will. Von dem Tage an, an welchem man in China die Ueberzeugung von der Gewißheit eines solchen Vorgehens erlangt hat, wird die Nothwendigkeit für dasselbe wegfallen, denn daß die chinesische Regierung die Ordnung aufrecht erhalten kann, wenn sie will, geht daraus hervor, daß dieselbe niemals gestört worden ist, sobald äußere Verwickelungen die Vermeidung neuer Conflikte mit anderen Mächten wünschenswerth erscheinen ließen. Wenn aber, wie dies zum Beispiel mit dem früheren Taotai von Wuhu der Fall ist, der in 1891 sehr wesentlich zum Ausbruch der Missionar- und Christenverfolgung an diesem Platze beitrug und auf Verlangen des diplomatischen Corps von seinem Posten entfernt wurde, solche Vorgänge dem Schuldigen nicht zum Schaden, sondern zum Nutzen gereichen, denn der Betreffende ist heute Vicepräsident eines der hauptstädtischen Ministerien, des Opferamts, so kann man sich allerdings nicht wundern, ähnliche Vorfälle stets wiederkehren zu sehen.

Die chinesische Diplomatie hat seit der Entsendung chinesischer stehenden Missionen ins Ausland in 1876 sehr wesentlich zur Abschwächung der fremden Interessen in China Seitens der eigenen Regierungen gewährten Schutzes beigetragen und damit unzweifelhaft einen ihr von Peking ertheilten Auftrag in für die chinesische Regierung befriedigender Weise gelöst. Sie ist dabei nicht unwesentlich durch die Unkenntniß der heimischen Staatsmänner mit den einschlagenden Verhältnissen, durch die immer steigende Tendenz aller auswärtigen Aemter, die Leitung aller Angelegenheiten in der eigenen Hand zu konzentriren, und durch die Abneigung zünftiger und parlamentarischer Politiker gegen räumlich fernliegende Verwickelungen unterstützt worden. Ob sie selbst dabei viel gelernt hat, dürfte zweifelhaft sein; was in Blau-, Gelb- und sonstigen amtlichen Veröffentlichungen zu Tage tritt, läßt nur zu oft die alte Unzuverlässigkeit und Ueber-

hebung erkennen, die China schon so oft verderblich gewesen ist und es immer wieder werden dürfte.

Charakteristisch für die Auffassung ihrer Aufgabe im Auslande Seitens der chinesischen Diplomaten sind die von dem bis vor einigen Jahren in England, Frankreich, Belgien und Italien beglaubigt gewesenen chinesischen Gesandten, Hsüeh Fu-ch'eng, veröffentlichten Aufzeichnungen, über die frühere und jetzige Haltung der fremden Mächte und Diplomaten China gegenüber. „In alten Tagen," so schreibt er, „benutzten die fremden Mächte ihre Stärke, um Unruhe zu verursachen; wenn irgend etwas geschah, was es vortheilhaft erscheinen ließ, so übten sie einen unbequemen und unvernünftigen Druck aus. Die fremden Mächte kämpften gegen Peking, um ihre Zwecke zu erreichen; sie machten Verträge unter einander, um einen noch stärkeren Druck ausüben zu können. Wenn ihnen irgend welche Vortheile zuerkannt wurden, so waren sie dafür nicht dankbar, und wenn Peking sich an ihre Großmuth wendete, so zeigten sie sich nicht gleich entgegenkommend. China schloß Verträge, um die Fremden innerhalb gewisser Grenzen zu halten, aber sie ließen sich nicht überzeugen, die Verträge in ihrem vollen Umfange zu beobachten . . ."

„Jetzt, das heißt in 1893, sei das anders geworden. Die fremden Staatsmänner hätten aufgehört, verächtlich über China zu denken; dafür seien vier Gründe vorhanden: Der Krieg mit Frankreich wegen Tongkings, der beendet worden sei, ohne daß China eine Entschädigung gezahlt, was bewiesen habe, daß China nicht mehr durch bloße Drohungen zu etwas zu zwingen sei; die Errichtung chinesischer Gesandtschaften im Auslande, die zu besserem Verständniß der Lage der Dinge Seitens der chinesischen Gesandten wie der fremden Staatsmänner geführt habe; die großen Fortschritte, die die chinesische Marine und die Befestigung der Küsten gemacht haben, die die Würde und die Macht Chinas vermehren; und endlich der vortheilhafte Eindruck, den die Erfolge chinesischer Studenten im Auslande erweckt hätten, was zur geistigen Gleichstellung der Chinesen mit den Fremden sehr wesentlich beigetragen habe."

Manche dieser Illusionen sollten durch das Ergebniß des Krieges mit Japan gründlich zerstört worden sein, aber wer wissen will, was die chinesische Diplomatie noch immer durch die bloße Macht der Trägheit auch einem siegreichen Gegner gegenüber zu leisten vermag, der wird in dem Ausgang der Verhandlungen über den chinesisch-japanischen Handelsvertrag dafür eine ebenso interessante wie lehrreiche Illustration finden.

Artikel 6 des Friedensvertrages von Shimonoseki bestimmt, daß alle von Japanern in China angefertigten Waren, was den Versandt nach dem Innern und die Inlandzölle, Abgaben, Spesen und so weiter angehe, ebenso behandelt werden sollen wie aus Japan eingeführte Waaren, und daß, falls Zusatzreglements und so weiter nothwendig werden würden, dieselben in den abzuschließenden Handels- und Schiffahrtsvertrag aufgenommen werden sollten. Japanischerseits hatte man übersehen, über die Besteuerung des aus dem Innern kommenden Rohmaterials für die anzulegenden Fabriken Bestimmungen in den Friedensvertrag aufzunehmen, und die Chinesen machten sich dies zu nutze, um in ihren Gegenvertragsentwurf darauf abzielende Bestimmungen aufzunehmen. Trotz aller Bemühungen des japanischen, sehr geschickten Unterhändlers, und obgleich Weihaiwei noch von japanischen Truppen besetzt ist und bis zum Abschluß eines Handelsvertrages besetzt bleiben kann, ermüdete der passive Widerstand der Chinesen die japanische Regierung so, daß sie die Frage fallen ließ mit dem Erfolge, daß die chinesische Regierung nunmehr selbständig eine Fabrikationssteuer von zehn Procent vom Werth eingeführt hat, während die Festsetzung einer Platz- und Likinsteuer für das Rohmaterial den Provinzialbehörden überlassen bleibt. Wenn das Tsungli Yamen in seiner Eingabe an den Thron über diese Frage bemerkt, daß erst durch den Vertrag von Shimonoseki fremde Kaufleute das Recht erhalten hätten, Waaren chinesischen Ursprungs anzufertigen, so ist dies nur ein neuer Beweis für die Unverfrorenheit der chinesischen Diplomatie, denn sämmtliche seit 1858 abgeschlossenen Verträge

enthalten die Bestimmung, daß den betreffenden Staatsangehörigen die Ausübung des Handels und der Industrie in China freistehe.

In ganz ähnlicher Weise haben Li und die chinesische Regierung es verstanden, die in Betreff der beantragten Erhöhung der Eingangszölle zu eröffnenden Verhandlungen bereits zu Gunsten der chinesischen Wünsche zu verschieben. Statt das erbetene Zugeständniß als eine Vergünstigung anzusehen und zu behandeln, stellen sie dasselbe vielmehr als die Vorbedingung für von den Fremden als nothwendig bezeichnete Reformen, besonders der Einführung von Eisenbahnen in China, hin, wobei es ihnen wieder geschieht, daß sie vergessen, wie zum Beispiel die Eröffnung des Westflusses bereits im Januar dieses Jahres der englischen Regierung zugesagt worden ist, falls dieselbe sich bereit erklären würde, die in Betreff der Abgrenzung zwischen Birma und China gemachten Zugeständnisse, welche durch die im Juli 1895 erfolgte Abtretung eines Theils des China als uncedirbar überlassenen Gebiets an Frankreich hinfällig geworden waren, aufrecht zu erhalten.

Unter den Umständen haben die Vertragsregierungen die Pflicht, nicht, ohne sich über die Lage der Dinge, die Tragweite ihrer Zugeständnisse und die eigenen Forderungen und Ziele klar geworden zu sein, in die von China gewünschten Verhandlungen einzutreten. Uns aber vor allen liegt es ob, doppelt aufmerksam und vorsichtig zu sein, denn wir haben keinen Grund, auf besondere Rücksichtnahme Seitens Englands und Frankreichs zu rechnen, und die in beiden Ländern lautgewordenen Aeußerungen der Presse lassen erkennen, daß man dort nicht unzufrieden sein würde, den unbequemen Concurrenten auf dem commerziellen wie dem politischen Gebiete etwas an die Wand zu drücken.

XV.

Der französisch-siamesische Friedensschluß.*)

(1893.)

Zum besseren Verständniß des Aufsatzes „China und seine Beziehungen zu Hinterindien und den Vertragsmächten“ nachträglich hinzugefügt.

*) Abgedr.: Deutsche Revue. 1893.

Durch den am 1. October zu Bangkok unterzeichneten Vertrag sind die zwischen Siam und Frankreich schwebenden Verhandlungen zum Abschluß gebracht worden. Siam entsagt durch Art. I. dieses Abkommens allen Ansprüchen auf das gesammte Gebiet auf dem linken Ufer des Mekong, sowie auf die Inseln in diesem Flusse, es verpflichtet sich durch Art. II, kein bewaffnetes Fahrzeug oder Boot auf dem „Großen See", dem Mekong und ihren Zuflüssen innerhalb einer Entfernung von 25 km zu unterhalten oder fahren zu lassen, und (Art. III) keinerlei befestigte Posten oder Militär-Stationen in den Provinzen von Battambang und Sien Reap und auf einem Rayon von 25 km am rechten Ufer des Mekong anzulegen. Innerhalb dieser Gebiete wird die Ordnung durch die lokalen Behörden mit den unumgänglich nothwendigen Kräften aufrecht erhalten werden, eine bewaffnete Macht, reguläre oder irreguläre, darf in denselben aber nicht gehalten werden (Art. IV). Nach Art. I einer dem Vertrage beigefügten Convention müssen das linke Ufer des Mekong und die in Art. III genannten Gebiete auf dem rechten Ufer des Flusses innerhalb eines Monats von den siamesischen Truppen geräumt und die in den letzteren gelegenen Befestigungen der Erde gleich gemacht sein.

Soweit die politischen Bestimmungen des Vertrages. Um die Tragweite derselben richtig zu würdigen, muß man sich erinnern, daß die Provinzen Battambang und Sien Reap (oder

Angkor, wie die letztere auch in der Convention genannt wird,) am West- und Ostufer des großen Sees liegen und ursprünglich zu Cambodja gehörten, von dem König Ang Eng ungefähr im Jahre 1785 aber an Siam für die Hülfe, welche dasselbe ihm gegen die Annamiten geleistet hatte, abgetreten worden waren, wie die siamesische Regierung wenigstens amtlich bei der Krönung des jetzigen Königs von Cambodja und der Errichtung des französischen Protektorats über dasselbe erklärt hat. Nach andern Mittheilungen wäre die Regierung der beiden Provinzen dem Mandarin Bien, welchem Ang Eng zu großem Danke verpflichtet gewesen, nur für seine Lebenszeit übertragen worden, bei seinem Tode im Jahre 1812 hätten die Siamesen sich aber unrechtmäßiger Weise derselben bemächtigt. Wie dem aber auch gewesen sein mag, es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der König von Cambodja seit dem Anfang dieses Jahrhunderts, wenn er auch ebenfalls an Annam Tribut zahlte, wenig mehr war als ein Vasall Siams, von dem er die Investitur empfing und der im Lande schaltete, wie es seine Interessen oder die seiner Beamten erforderten. Um diesem Zustande und den Hindernissen ein Ende zu machen, welche von siamesischer Seite der Ausdehnung französischen Einflusses und Handels nach dem mittleren Laufe des Mekong in den Weg gelegt wurden, übernahm Frankreich im Jahre 1864 das Protektorat Cambodjas, nachdem der Einfluß des französischen Agenten am Hofe Norodom's, des Commandanten de Lagrée, den schwachen und ängstlichen König endlich bewogen hatte, Siam gegenüber eine etwas festere Haltung anzunehmen und sich den französischen Einflüsterungen willfährig zu zeigen. Siam gab schließlich seine Zustimmung zu diesem Schritt, indem es Norodom durch einen besonders zu diesem Zweck entsandten Beamten die seit längerer Zeit vorenthaltene Investitur ertheilte. Für diesen Entschluß Siams war aber wohl hauptsächlich maßgebend, daß die französische Regierung ihm die später auch erfüllte Zusicherung ertheilte, es in dem Besitz der Provinzen Battambang und Sien Reap anzuerkennen, sowie die Hoffnung, daß

es ihm gelingen würde, seinen Einfluß neben dem Frankreichs trotzdem in Cambodja zu erhalten. Wie trügerisch diese Hoffnung und das damals erlangte Zugeständniß sich erweisen sollten, hat für das erstere die Geschichte der letzten fünfundzwanzig Jahre, für das letztere die der jüngsten Zeit gelehrt. Siam hatte längst jede Spur von Einfluß am Hofe von Pnom Penh verloren, und die wohl theilweise durch dasselbe angezettelten Aufstände von Söhnen oder Verwandten des Königs waren erfolglos geblieben, der Vertrag vom 1. October kostet ihm die beiden Provinzen, denn daß es die dem Nachbarstaate abgenommenen Gebiete nicht behaupten kann, wenn ihm untersagt wird, Truppen in denselben zu unterhalten, liegt auf der Hand. Bald genug werden Unruhen in Battambang und Sien Reap ausbrechen, und da Frankreich allein dieselben unterdrücken kann, wird es auch zum Ersatz für die daraus erwachsenden Kosten und Opfer zum mindesten das Protektorat über dieselben beanspruchen, wie es dasselbe schon über Annam und Cambodja ausübt.

Was Handel und Verkehr anbetrifft, so enthält der Vertrag und die demselben beigefügte Convention die Bestimmung, daß der Handel in den beiden Provinzen und der Grenzzone zollfrei solle betrieben werden können, bis die innerhalb sechs Monaten zu beginnenden Verhandlungen über den einzuführenden Zolltarif zum Abschluß gekommen seien; gleichzeitig soll der französisch-siamesische Vertrag vom Jahre 1856 revidirt werden. Frankreich darf auf dem rechten Mekongufer alle für den Verkehr auf dem Flusse nothwendigen Einrichtungen treffen. Franzosen oder französische Schutzbefohlene können sich frei und ungehindert in den vorgenannten Gebieten bewegen und in denselben Handel treiben, und die Errichtung französischer Consulate ist in ganz Siam freigegeben, in Korat und Muong Nau bereits in Aussicht genommen.

Außerdem gewährt die Zusatz-Convention der französischen Regierung gewisse Genugthuungen für die Angriffe u. s. w., über welche sie sich zu beschweren hatte, und setzt fest, daß Chantabun

bis zu der Ausführung aller getroffenen Vereinbarungen von den Franzosen besetzt gehalten werden solle.

Der Vertrag gibt Frankreich mehr als es erwarten und hoffen konnte, und es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß er, wenn er auch noch nicht als die Krönung des begonnenen Werkes angesehen werden kann, jedenfalls einen großen Schritt vorwärts auf der Bahn bedeutet, die Frankreich im Jahre 1858 betrat, als Admiral Rigault de Genouilly seine von der Cholera decimirten Truppen aus der Bai von Tourane nach der Mündung des Mekong führte und die Befestigungen von Saigon erstürmte. In 35 Jahren haben das zweite Kaiserreich und die Republik ein Hinterindisches Reich gegründet, das vom 102. bis 109. Längen-Grade und vom 9. bis 23. Breiten-Grade reicht und in den Deltas des Mekong und des Sonka zwei der reichsten Gebiete der Erde besitzt. — Und Frankreich hat den Erfolg verdient. Trotz aller Fehlgriffe der Regierungen und Verwaltungen, trotz aller Nörgeleien in den Deputirten-Kammern und der Presse, trotz aller Anfeindungen, Aufhetzungen und Verleumdungen ist es zweckbewußt vorgeschritten und hat sein Ziel, eine feste Stellung, von wo es englischen Einfluß und Handel bedrohen kann, zum großen Theil erreicht. Denn daß es sich darum handelt, ist keine Frage, das heutige Frankreich setzt nur die Politik fort, die schon Ludwig XIV. und Ludwig XVI. als die richtige erkannt und eingeschlagen hatten.

Die Beziehungen Ludwig XIV. zu Siam sind bekannt, sie wurden durch den während einiger Zeit unter dem König Phra-Narai am siamesischen Hofe allmächtigen Constantin Phaulcon und die französischen Jesuiten, ganz besonders durch den seit 1662 in Ayuthia residirenden Bischof von Berythe, Msgr. de la Motte-Lambert und nach dem im Jahre 1679 erfolgten Tode desselben durch den Bischof von Heliopolis, Msgr. Pallu und den Bischof von Metellopolis vermittelt. Der erste greifbare Erfolg war die Entsendung des Chevalier de Chaumont als Botschafter an den Hof von Ayuthia; in dem Jagdschloß von Lophaburi fanden die Verhandlungen zwischen demselben und

Phaulcon statt, in Folge deren der Botschafter und der Jesuit Tachard mit drei siamesischen Würdenträgern nach Frankreich zurückkehrten, anscheinend mit dem Auftrage, von Louis XIV. zwölf Mathematiker aus dem französischen Jesuiten-Collegium für den König zu erbitten. Ludwig gewährte viel mehr wohl in Folge der geheimen Aufträge Phaulcon's und entsandte eine neue Botschaft, an deren Spitze sich die Herren de la Loubère und Ceberet befanden, fünf Kriegsschiffe und ein Corps französischer Truppen unter dem Befehl des Marschalls Des Farges und des General-Lieutenants Bruant. Nach der getroffenen Vereinbarung sollten die Franzosen nicht nur als Instrukteure, sondern auch zum Schutz des Königs und der Regierung dienen und ihnen zu dem Zweck zwei feste Plätze angewiesen werden.

Im October 1687 traf das französische Geschwader in Siam ein; eine neue Convention, über deren Inhalt aber nichts bekannt geworden ist, wurde unterzeichnet, die Truppen gelandet und in Bangkok, damals nur ein Dorf mit einigen Forts, und in Merui an der Küste von Tenasserim untergebracht. Alles dies schien aber dem Könige, der die französischen Offiziere und Missionare mit der größten Auszeichnung behandelte, nicht zu genügen, er ließ durch Tachard, der mit der Botschaft zurückgekehrt war und nun wieder nach Paris ging, um eine Anzahl junger vornehmer Siamesen zur Erziehung dorthin zu bringen, Ludwig um die Heraussendung von zweihundert Gardes du Corps bitten.

Indessen zog sich ein Ungewitter über den Häuptern von Phaulcon und den Franzosen zusammen. Der König erkrankte, Streitigkeiten über die Nachfolge erhoben sich, eine seit lange vorbereitete Verschwörung brach aus, Phaulcon wurde gefangen und im Juni 1688 hingerichtet, und die Franzosen, mit Ausnahme von den Missionaren, die zum Theil als Geißeln zurückbehalten wurden, aus dem Lande vertrieben. Seit dieser Zeit hat Frankreich bis zum Abschluß seines Vertrags im Jahre 1856 eine politische Rolle nicht gespielt; daß es seine Ziele nicht gewechselt, dafür hat die jüngste Zeit den Beweis geliefert.

Die Beziehungen zu Cochinchina und Annam unter Ludwig XVI. kamen nicht über die ersten Stadien hinaus, aber sie sind insofern von größerer Bedeutung gewesen, als die im Jahre 1787 getroffenen Vereinbarungen den Vorwand für das französische Vorgehen im Jahre 1858 gegeben haben. Auch hier waren es die französischen Missionare, die der Politik vorarbeiteten und die Vermittler-Rolle zwischen dem asiatischen Potentaten und dem allerchristlichen Könige übernahmen. Im Jahre 1780 war der damalige Herrscher von Annam, Gia long, durch den Aufstand der Tay-son schwer bedroht und übergab, um ihn dem drohenden Untergange zu entziehen, seinen Sohn dem damaligen apostolischen Vikar von Cochinchina, Msgr. Pigneaux de Béhaine, Bischof von Adran, der den jungen Prinzen in das Seminar der Mission Etrangères nach Paris schickte, um dort erzogen zu werden. Die Absicht Gia long's, sich mit der Bitte um Unterstützung an die Holländer oder Engländer zu wenden, veranlaßten dem französischen Bischof patriotische Beklemmungen, und er stellte dem König die Möglichkeit französischer Hülfe in Aussicht. Eine weitere Entwickelung nahm die Sache aber erst im Jahre 1787, als der Prälat sich nach Frankreich begab und den jungen Prinzen am französischen Hofe vorstellen konnte. In der bei dieser Gelegenheit überreichten Denkschrift schlug der Bischof von Adran die Gründung einer Colonie bei den Annamiten vor. Er hob in derselben hervor, daß es darauf ankäme, den englischen Einfluß in Indien zu bekämpfen, dazu scheine eine Niederlassung in Cochinchina ganz besonders geeignet. Man könne von dort aus den englischen Handel schädigen, im Frieden, indem man ihm in China Concurrenz mache, im Kriege dadurch, daß man ihm überhaupt den Zugang zu China versperre; Cochinchina eigene sich vortrefflich für die Ausbesserung und Ausrüstung von Schiffen, man könne dort Soldaten und Matrosen anwerben, und vor allen Dingen den Engländern einen Riegel in ihren Bestrebungen vorschieben, sich immer weiter nach Westen auszudehnen. — Schließlich schlägt

der Bischof als passendste Punkte für die Ansiedelungen neben den beiden Flußmündungen, in die große Schiffe einlaufen könnten, Tourane vor. Ludwig XVI. nahm den Plan des Missionar Bischofs günstig auf, und am 28. November 1787 wurde von den Grafen von Montmorin und von Vergennes im Namen des Königs von Frankreich und durch den Sohn Gia long's und den Bischof von Adran für den König von Cochinchina ein Vertrag unterzeichnet, durch den der König von Frankreich sich verpflichtete, seinem Verbündeten eine Anzahl Kriegsschiffe, europäische Truppen und zwei Regimenter Colonial-Truppen, Munition, Waffen u. s. w. zur Verfügung zu stellen. Der König von Cochinchina versprach dagegen nach der Herstellung der Ruhe in seinen Staaten an Frankreich den Hafen und das Gebiet von Tourane mit den Inseln von Fai Fo und Hai Wen abzutreten, französische Consuln überall in seinem Reiche zuzulassen, Material zum Bau von vierzehn Linienschiffen zu liefern, die Aushebung von 14000 Mann zu gestatten und die vierfache Zahl von Truppen unter die Befehle der französischen Generale zu stellen, für den Fall, daß dieselben in Cochinchina angegriffen würden. Außerdem wurde Religionsfreiheit zugesagt.

Der Gouverneur von Pondichery, M. de Conway, erhielt den Befehl, vier Fregatten, 1600 Mann und eine entsprechende Anzahl Feldgeschütze zur Verfügung des Bischofs von Adran zu stellen, der zum Bevollmächtigten Frankreichs in Cochinchina ernannt wurde. Herr de Conway kam diesen Weisungen indessen nicht nach und erhob alle möglichen Einwendungen, so daß schließlich die Einwohner von Pondichery die Sache selbst in die Hand nahmen, zwei Schiffe und eine Anzahl Freiwilliger ausrüsteten und dieselben sowie Waffen und Kriegsmaterial nach Annam schickten. Erst einige Monate später entschloß sich Conway, dieser ersten Expedition eine Fregatte und einige Offiziere folgen zu lassen.. Der Ausbruch der Revolution in Frankreich verhinderte die Absendung weiterer Unterstützungen zur großen Befriedigung der Engländer, die in dem Vorgehen der Franzosen in Annam

die Absicht sahen, ihren Besitzungen in Indien und dem Handel der Kompagnie zu schaden.

Trotz der Geringfügigkeit der von Frankreich erhaltenen Unterstützungen waren dieselben Gia long (oder Nga Hüyen), wie er sich zu dieser Zeit und bis 1802 nannte) von großem Nutzen; mit ihrer Hülfe, namentlich mit der der französischen Offiziere, reorganisirte er sein Heer und seine Flotte, schlug die Rebellen und zog als Sieger wieder in seine Hauptstadt ein. Im Jahre 1799 starb der Bischof von Adran, zwei Jahre darauf sein Schüler, der Kronprinz Cauh, den sein Vater zum Mitregenten ernannt hatte, und der, wie die Missionare erzählen, als Heide gelebt hatte aber als Christ starb. Diese beiden Todesfälle und die Befestigung seiner Herrschaft lockerten die Beziehungen Gia longs zu den Franzosen wie zu den eingeborenen Christen; er ernannte allerdings zwei der französischen Offiziere, Vannier und Chaigneau, zu Mandarinen und schlug im Jahre 1804 die Entlassung derselben, die der General-Gouverneur von Britisch-Indien forderte, in entschiedener Weise ab, ebenso ließ er keine Verfolgung der Christen zu, lehnte aber die Erfüllung der dem Bischof von Adran zu ihren Gunsten gemachten Zusicherungen zwei Mal ab. —

Ludwig XVIII. versuchte den Vertrag von 1787 wieder ins Leben zu rufen und verlangte die Uebergabe von Tourane. Diese durch keine Streitkräfte unterstützte Forderung hatte nur den Erfolg, die Annamiten argwöhnisch zu machen und auch dem französischen Handel die Häfen des Landes zu schließen. Nach dem Tode Gia long's wurde die Lage der Dinge so kritisch, daß Chaigneau und Vannier im Jahre 1825 Annam verließen, seit welcher Zeit eine große Anzahl von Edicten gegen die Fremden und Christen erlassen worden sind.

Erst unter dem zweiten Kaiserreich greift Frankreich wieder thätig in die Geschichte Hinter-Indiens ein, und wieder sind es die Missionare, die den Anlaß dazu geben. Im Jahre 1857 wendet sich der Cardinal de Bonnechose an den Kaiser Napoleon III.